



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

N° 28

2013

# STATISTISCHE ANALYSEN



Statistik nutzen

Rheinland-Pfalz

Ein Ländervergleich in Zahlen

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16

56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0

Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)

Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Redaktion:

Referate „Analysen, Europa“ und „Veröffentlichungen“

Autoren:

Diane Dammers, Simone Emmerichs, Werner Kertels, Bettina Link, Romy Siemens (verantwortlich),

Dr. Julia Stoffel, Dr. Marc Völker, Dr. Stefan Weil

Erschienen im Mai 2013

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:

[http://www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich\\_2013.pdf](http://www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich_2013.pdf)

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz . Bad Ems . 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



Föderative Gemeinwesen wie die Bundesrepublik Deutschland sind durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet. Mithilfe von Indikatoren können die Unterschiede zwischen den Ländern aufgezeigt werden. Sie können als Grundlage für ein Benchmarking dienen und eine wichtige Orientierung bei Entscheidungen in Politik und Wirtschaft geben. Die ganze Vielfalt der Länder kann durch solche Vergleiche natürlich nicht wiedergeben werden.

Der Vergleich der Länder zeigt, dass Rheinland-Pfalz das dichteste Straßennetz in Deutschland hat und den rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern im Durchschnitt die größten Wohnungen zur Verfügung stehen. Bei vielen weiteren Indikatoren nimmt das Land zwar nicht die Spitzenposition ein, steht aber im oberen Drittel. So weist das Land schon seit vielen Jahren die drittniedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland auf, nimmt bei den Beschäftigten in Hochtechnologiebranchen und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen den vierten Platz ein, hat die zweithöchste Wohneigentumsquote und die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz beweisen mit der dritthöchsten Exportquote ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit.

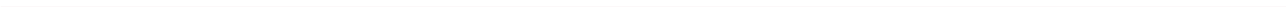
Mit der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ stellt das Statische Landesamt zum vierten Mal für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dar. Gegenüber der Ausgabe 2010 wurden alle Themengebiete überarbeitet und zusätzliche Merkmale aufgenommen. So wurde beispielsweise das Kapitel „Umwelt“ ausgebaut. Neu sind dort die Merkmale „Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch“, „Ökologischer Landbau“ und „Haushaltsabfälle“. Das Kapitel „Gesundheit“ wurde ebenfalls erweitert. Dort finden Sie jetzt auch Ländervergleiche zu den Merkmalen „Body-Maß-Index“ und „Rauchgewohnheiten“.

Die Zusammenfassung am Anfang der Analyse gibt nicht nur einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz, sondern enthält zusätzlich Angaben über die Spannweiten zwischen den Ergebnissen der Länder mit den höchsten und den niedrigsten Merkmalswerten. Dadurch wird auch eine Bewertung der rheinland-pfälzischen Daten ermöglicht. Der umfangreiche Tabellenanhang enthält die Werte aller ausgewählten Merkmale und zeigt zudem auch zeitliche Entwicklungen auf, wobei jeweils die aktuellsten verfügbaren Erhebungen herangezogen wurden.

Bad Ems, im Mai 2013

(Jörg Berres)

Präsident des Statistischen Landesamtes



<b>Vorwort</b> .....	3
<b>Zeichenerklärung, Datenquellen und sonstige Hinweise</b> .....	8
<b>Karte von Deutschland</b> .....	9
<b>Zusammenfassung</b> .....	11
<b>Bevölkerung</b>	
Bevölkerung 2011 .....	18
Altersstruktur der Bevölkerung 2011 .....	19
Jugend- und Altenquotient 2011 .....	20
Frauen im gebärfähigen Alter und zusammengefasste Geburtenziffer 2011 .....	21
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Saldo der Wanderungen 2000–2011 .....	22
Eheschließungen und Ehescheidungen 2011 .....	23
Ausländische Bevölkerung 2011 .....	24
Haushaltsgröße 2011 .....	25
<b>Wohlstand und Soziales</b>	
Verbraucherinsolvenzen 2012 .....	26
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) im Dezember 2012 .....	27
Betreuungsquote unter 3-Jähriger im März 2012 .....	28
Betreuungsquote 3- bis 6-Jähriger im März 2012 .....	29
Leistungsempfänger von Elterngeld 2011 .....	30
Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes 2011 .....	31
Armutgefährdungsquote 2011 .....	32
Einkommensreichumsquote 2011 .....	34
<b>Gesundheit und Pflege</b>	
Niedergelassene Ärzte und Zahnärzte 2011 .....	35
Aufgestellte Betten in allgemeinen Krankenhäusern und in Vorsorge- und Rehabilitations- einrichtungen 2011 .....	36
Pflegequote 2011 .....	37
Pflegebedürftige 2011 nach Art der Versorgung .....	38
Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren 2009 .....	39
Rauchgewohnheiten der Bevölkerung ab 15 Jahren 2009 .....	40
<b>Wahlen</b>	
Landtagswahlen .....	41
Bundestagswahl 2009 .....	42

## Bildung

Unterrichtsstunden an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2011/12 .....	43
Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2011/12 .....	44
Schulabgänge von allgemeinbildenden Schulen 2011 nach Abschlussart .....	45
Studienanfängerquote 2011 nach Land des Studienortes .....	46
Bildungsausländerinnen und -ausländer im Wintersemester 2011/12 .....	47
Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventinnen und -absolventen im Prüfungsjahr 2011 .....	48
Wanderungssaldo der Studierenden im Wintersemester 2011/12 .....	49

## Verkehr

Straßendichte 2012 und Pkw-Bestand 2013 .....	50
Straßenverkehrsunfälle 2011 .....	51

## Wohnen

Durchschnittliche Wohnfläche 2011 .....	52
Wohneigentumsquote 2010 .....	53

## Umwelt

Nutzung der Bodenfläche 2011 .....	54
Ökologisch bewirtschaftete Fläche 2010 .....	55
Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) 2010 .....	56
Aufkommen an Haushaltsabfällen 2011 .....	57
Energieproduktivität 2009 .....	58
Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch 2009 .....	59
CO <sub>2</sub> -Emissionen 2009 .....	60
Umweltschutzinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2009 .....	61

## Wirtschaft

Bruttoinlandsprodukt 2012 .....	62
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) 2012 .....	63
Bruttowertschöpfung 2012 nach Wirtschaftsbereichen .....	64
Umsatz im verarbeitenden Gewerbe 2012 .....	65
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe 2012 .....	66
Umsatz im Bauhauptgewerbe 2012 .....	67
Umsatz in den Dienstleistungsbereichen 2010 .....	68
Bruttoanlageinvestitionen 2010 .....	69
Gewerbeanmeldungen 2011 und Unternehmensinsolvenzen 2012 .....	70
Gästeintensität im Tourismus 2012 .....	71

Übernachtungsintensität im Tourismus 2012 .....	72
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus 2012 .....	73

**Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale**

Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2009 .....	74
FuE-Personal im Wirtschaftssektor 2009 .....	75
Beschäftigte in Hochtechnologiebranchen und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen 2012 .....	76
Beschäftigte mit Hochschulabschluss 2011 .....	77
Patentdichte 2009–2012 .....	78
Gründungsintensitäten 2007–2010 .....	79

**Arbeitsmarkt**

Erwerbstätige am Arbeitsort 2012 .....	80
Arbeitsplatzdichte 2011 .....	81
Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe 2012 .....	82
Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen 2012 .....	83
Selbstständige 2012 .....	84
Arbeitsvolumen 2012 .....	85
Teilzeitbeschäftigte 2011 .....	86
Frauenerwerbsquote 2011 .....	87
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte 2012 .....	88
Arbeitslosenquote 2012 .....	89
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen 2012 .....	90
Berufsauspendler 2012 .....	91
Berufseinpendler 2012 .....	92

**Öffentliche Finanzen**

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände 2011 .....	93
Kassenmäßige Steuereinnahmen 2011 nach Gebietskörperschaften .....	94
Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2011 .....	95
Schulden der Länder sowie Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2011 .....	96
Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich (Vollzeitäquivalente) 2011 .....	97
Länderfinanzausgleich 2011 .....	98

<b>Tabellenanhang</b> .....	<b>99</b>
-----------------------------	-----------

<b>Glossar</b> .....	<b>145</b>
----------------------	------------

### Zeichenerklärung, Datenquellen und sonstige Hinweise

<b>Zeichenerklärung</b>	x	Nachweis nicht sinnvoll
	.	Zahl unbekannt oder geheim
	-	nichts vorhanden
	...	Zahl fällt später an

**Datenquellen** Bundesagentur für Arbeit, Bundesärztekammer, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bundesverwaltungsamt (Ausländerzentralregister), Deutsches Patent- und Markenamt, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Umweltbundesamt, Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW)

**Sonstige Hinweise** Um einen Vergleich zwischen den Ländern zu ermöglichen, wurden überwiegend Kennziffern berechnet. Sofern dazu die Bevölkerungszahlen herangezogen wurden, handelt es sich in der Regel um die Stichtagswerte zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

Zum 9. Mai 2011 haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder im Rahmen einer Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung, dem Zensus 2011, aktualisierte Zahlen für die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes sowie des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes erhoben. Solange diese Daten noch nicht umfassend ausgewertet sind, gelten bis zur Aktualisierung die vorliegenden Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes sowie des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes auf der Basis der Volkszählung sowie der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987.

Die Rangfolge ist grundsätzlich so aufgebaut, dass der höchste Wert den Rang 1 erhält. Ausnahmen bilden Merkmale, bei denen ein hoher Wert als eindeutig negativ anzusehen ist. In diesen Bereichen wurde dem niedrigsten Wert der Rang 1 zugeordnet. Im Einzelnen sind dies: der Altenquotient, die Verbraucherinsolvenzen, die SGB II-Quote, die Armutsgefährdungsquoten, die Pflegequote, der Body-Mass-Index, der Anteil der Raucher, der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss, die durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventen, die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, die Verkehrstoten, der Wasserverbrauch, das Aufkommen an Haushaltsabfällen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die Unternehmensinsolvenzen, die Arbeitslosenquoten, die Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände und der Länderfinanzausgleich.

Im Allgemeinen wurden die Einzelangaben und Summen unabhängig voneinander auf die kleinste in der jeweiligen Grafik oder in der jeweiligen Tabelle zur Darstellung kommende Einheit auf- bzw. abgerundet. Dadurch kann die Summe der Einzelpositionen geringfügig von dem nachgewiesenen Gesamtergebnis abweichen.

Bei Merkmalen und Indikatoren, die im Zeitablauf größeren Schwankungen unterliegen, ergeben sich – je nach Wahl der Länge und des Ausgangsjahrs des Vergleichszeitraums – stark von einander abweichende Veränderungsraten (unter Umständen mit Vorzeichenwechsel). Daher wurden in solchen Fällen Durchschnittswerte von Vergleichszeiträumen gebildet, um kurzfristige Schwankungen auszugleichen. Aus diesen Werten wurden Veränderungsraten ermittelt.







## Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
<b>Bevölkerung</b>										
Bevölkerung	2011	Anzahl	7	3 999 117	NW	17 841 956	HB	661 301	18	105
Anteil an der Gesamtbevölkerung	2011	%	7	4,9	NW	21,8	HB	0,8	18	105
Veränderung	2011/ 2000	%	9	-0,9	HH	4,9	ST	-11,6	18	105
Anteil der unter 20-Jährigen	2011	%	6	18,8	BW	19,5	ST	14,1	19	105
Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen	2011	%	13	60,7	BE	64,9	SH	59,1	19	106
Anteil der 65-Jährigen und Älteren	2011	%	10	20,6	SN	24,5	HH	18,8	19	106
Jugendquotient	2011	Quotient	6	30,9	NI	32,6	ST	22,8	20	106
Altenquotient*	2011	Quotient	7	33,9	BE	29,2	SN	40,3	20	107
Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15- bis unter 45-Jährige)	2011	%	8	35,0	HH	41,2	ST	30,2	21	107
Zusammengefasste Geburtenziffer (Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 45 Jahren)	2011	je 1 000 Frauen	9	1 365	SN	1 475	HH	1 257	21	107
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	2000– 2011	je 10 000 Einwohner	9	-287	BW	- 3	ST	-642	22	108
Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze	2000– 2011	je 10 000 Einwohner	8	206	HH	604	ST	-810	22	108
Eheschließungen	2011	je 10 000 Einwohner	3	50,5	MV	63,6	BE	35,8	23	108
Ehescheidungen	2011	je 10 000 Einwohner	1	27,9	RP	27,9	SN	17,2	23	109
Anteil der ausländischen Bevölkerung	2011	%	9	7,4	BE	13,5	TH	1,7	24	109
Veränderung	2011/ 2000	Prozentpunkte	7	0,0	TH	0,4	HH	-6,3	24	109
Haushalte	2011	1 000	8	1 888	NW	8 660	HB	364	25	109
Anteil der Ein-Personen-Haushalte	2011	%	16	35,3	BE	54,2	RP	35,3	25	110
Anteil der Zwei-Personen-Haushalte	2011	%	6	36,5	BB	38,5	BE	29,1	25	110
Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen	2011	%	2	28,2	BW	28,8	BE	16,8	25	110
<b>Wohlstand und Soziales</b>										
Verbraucherinsolvenzen*	2012	je 10 000 Einwohner	6	11,3	BW BY	7,9	HB	21,4	26	111
Veränderung*	2012/ 2003	%	4	145,7	SL	83,9	ST	350,0	26	111
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)*	2012	je 100 unter 65-Jährige	3	6,7	BY	4,1	BE	20,6	27	111
Veränderung*	2012/ 2005	je 100 unter 65-Jährige	11	-1,2	MV	- 4,7	BE NW	-0,1	27	111
Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung	2012	je 100 Kinder	8	27,0	ST	57,5	NW	18,1	28	111
Veränderung	2012/ 2007	je 100 Kinder	3	15,0	SH	16,0	BE	2,8	28	111
Betreuungsquote 3- bis 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung	2012	je 100 Kinder	1	97,4	RP	97,4	HH	87,4	29	112
Veränderung	2012/ 2007	je 100 Kinder	7	2,7	NI	8,8	SL	0,7	29	112

\* Niedrigster Wert = Rang 1.

## Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
<b>noch: Wohlstand und Soziales</b>										
Beendete Bezüge von Elterngeld	2011	1 000	8	37,2 NW	166,2	HB	6,2	30	112	
Anteil der Frauen	2011	%	5	81,6 SL	84,6	BY	74,8	30	-	
Anteil der Männer	2011	%	12	18,4 BY	25,2	SL	15,4	30	112	
Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes von Frauen	2011	EUR	8	646 HH	760	HB	593	31	113	
Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes von Männern	2011	EUR	6	1 096 BY	1 204	ST	887	31	113	
Armutsgefährdungsquote*	2011	%	6	15,1 BW	11,2	HB	22,3	32	113	
Veränderung*	2011/ 2005	Prozentpunkte	14	0,9 TH	-3,2	NW	2,2	32	113	
unter 18-Jährige*	2011	%	5	19,3 BY	11,8	HB	32,6	33	114	
65-Jährige und Ältere*	2011	%	16	16,8 HH	9,7	RP	16,8	33	114	
Einkommensreichumsquote	2011	%	5	8,9 HH	12,2	MV ST	3,0	34	114	
Veränderung	2011/ 2005	Prozentpunkte	4	1,0 HH	2,0	BE	-0,3	34	114	
<b>Gesundheit und Pflege</b>										
Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte	2011	je 100 000 Einwohner	9	147 HB	206	ST	124	35	115	
Niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte	2011	je 100 000 Einwohner	15	56 BE	87	SL	54	35	115	
Aufgestellte Betten in allgemeinen Krankenhäusern	2011	je 100 000 Einwohner	9	585 HB	746	BW	472	36	115	
Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	2011	je 100 000 Einwohner	11	198 MV	640	BE HB HH	-	36	116	
Pflegequote (ab 75 Jahre)*	2011	%	4	20,3 BW	19,6	MV	27,1	37	116	
Anteil der reinen Pflegegeldempfänger	2011	%	2	50,9 HE	55,0	SH	39,5	38	116	
Anteil der ambulanten Pflege	2011	%	14	20,7 BB	29,1	SH	19,9	38	117	
Anteil der stationären Pflege	2011	%	10	28,4 SH	40,6	BB	23,2	38	117	
Body-Mass-Index (ab 18 Jahre)*	2009	kg je m <sup>2</sup>	10	25,9 HH	25,0	MV ST	26,4	39	117	
Veränderung*	2009/ 2003	kg je m <sup>2</sup>	6	0,3 BY SN	0,1	SL	0,8	39	117	
Anteil der Raucher (ab 15 Jahre)*	2009	%	5	25,1 BW	22,8	BE	31,3	40	118	
Veränderung*	2009/ 2003	Prozentpunkte	6	-2,5 HH	-4,3	ST	1,7	40	118	
<b>Wahlen</b>										
Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl	letzte	%	3	61,8 BB	67,0	ST	51,2	41	118	
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung (Landtag)	letzte	%	2	41,6 HB	42,2	BW	18,1	41	118	
Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl	2009	%	6	72,0 HE	73,8	ST	60,5	42	119	
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung (Bundestag)	2009	%	4	40,6 BB	52,6	HH	23,1	42	119	

\* Niedrigster Wert = Rang 1.

## Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
<b>Bildung</b>										
Allgemeinbildende Schulen										
Unterrichtsstunden	SJ 2011/12	je Schüler	13	1,57	ST	1,86	NW	1,48	43	119
Veränderung	2011/12/ 2000/01	%	6	14,6	SL	20,3	HB	4,3	43	119
Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler	SJ 2011/12	%	9	5,6	BE	13,2	BB TH	1,4	44	120
Veränderung	2011/12/ 2000/01	Prozentpunkte	9	-1,9	SN	1,1	HH	-8,6	44	120
Anteil der Schulabgänger										
mit Hochschulreife	2011	%	10	32,8	HH	53,8	SN	29,1	45	121
mit qualifiziertem Sekundarabschluss I	2011	%	5	40,6	SN	48,8	HH	22,9	45	121
mit Hauptschulabschluss	2011	%	6	21,0	SL	27,8	MV	11,9	45	120
ohne Hauptschulabschluss*	2011	%	7	5,6	BY	4,1	MV	14,1	45	120
Studienanfängerquote	2011	%	9	50,2	HB	83,7	SH	32,7	46	121
Veränderung	2011/ 2000	Prozentpunkte	13	16,7	HH	28,5	SH	8,2	46	121
Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer	WS 2011/12	%	12	7,0	BE	13,2	MV	4,8	47	122
Veränderung	2011/12/ 2000/01	Prozentpunkte	15	-0,5	HB	4,9	BW	-0,6	47	122
Durchschnittliche Fachstudiendauer*	2011	Semester	11	9,2	BW	8,2	BE	9,6	48	122
Veränderung*	2011/ 2000	Semester	10	-1,5	SL	-3,0	SN	-0,5	48	122
Wanderungssaldo der Studierenden	WS 2011/12	Anzahl	7	5 477	BE	27 257	NI	- 45 817	49	122
<b>Verkehr</b>										
Straßendichte	2012	m je km <sup>2</sup> Fläche	1	927	RP	927	HH	270	50	123
Pkw-Bestand	2013	je 1 000 Einwohner	2	580	SL	592	BE	328	50	123
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden*	2011	je 10 000 Einwohner	9	40	TH	32	HB	48	51	123
Verkehrstote*	2011	je 100 000 Einwohner	9	5	BE HB HH	2	MV	9	51	124
<b>Wohnen</b>										
Durchschnittliche Wohnfläche	2011	m <sup>2</sup> je Wohnung	1	99,1	RP	99,1	SN	70,3	52	124
	2011	m <sup>2</sup> je Einwohner	2	48,7	SL	49,7	HH	36,2	52	124
Wohneigentumsquote	2010	%	2	58,0	SL	63,7	BE	14,9	53	125
Veränderung	2010/ 2002	Prozentpunkte	10	2,3	SL	6,8	SH	0,3	53	125
<b>Umwelt</b>										
Bodenfläche	2011	km <sup>2</sup>	9	19 854	BY	70 550	HB	419	54	125
Anteil der Waldfläche	2011	%	1	42,0	RP	42,0	HB	1,9	54	125
Anteil der Landwirtschaftsfläche	2011	%	13	41,8	SH	70,0	BE	4,2	54	126
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche	2011	%	7	14,2	BE	70,4	MV	8,0	54	126

\* Niedrigster Wert = Rang 1.

## Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
<b>noch: Umwelt</b>										
Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt	2010	%	10	5,4	BE	12,4	NI	3,1	55	126
Veränderung	2010/ 1999	Prozentpunkte	6	3,7	HB	9,1	MV	1,8	55	126
Wasserverbrauch privater Haushalte*	2010	l je Einwohner und Tag	9	119	SN	84	NW	135	56	127
Veränderung*	2010/ 2001	%	9	-4,8	SH	-11,8	MV	3,9	56	127
Haushaltsabfälle*	2011	kg je Einwohner	16	518	SN	329	RP	518	57	127
Veränderung*	2011/ 2004	%	16	5,1	SL	-12,9	RP	5,1	57	127
Energieproduktivität	2009	1991=100	16	107,1	TH	223,6	RP	107,1	58	127
Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch	2009	%	7	14,4	MV	54,7	BE	2,8	59	128
Veränderung	2009/ 2008	Prozentpunkte	7	1,4	NW ST	3,3	HB	-0,5	59	128
CO <sub>2</sub> -Emissionen*	2009	t je Einwohner	7	6,5	TH	4,7	BB	21,1	60	128
Veränderung*	2009/ 2000	%	10	-9,7	BE	-24,3	SN	22,3	60	128
Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen	2010	%	5	5,0	HH	13,1	SL	1,3	61	128
Veränderung	2010/ 2000	Prozentpunkte	3	2,9	HH	8,1	MV	-2,2	61	128
<b>Wirtschaft</b>										
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen	2012	Mill. EUR	6	117 659	NW	582 054	HB	27 693	-	129
BIP preisbereinigt										
Veränderung	2012/ 2011	%	5	0,9	MV	1,9	SL	-0,4	62	129
Veränderung	2012/ 2000	%	6	13,3	BY	22,9	ST	6,5	62	129
Arbeitsproduktivität	2012	EUR	8	61 096	HH	82 485	TH	47 472	63	129
Veränderung	2012/ 2000	%	11	19,4	ST	32,3	HH	12,4	63	129
Bruttowertschöpfung										
Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2012	%	7	1,6	MV	3,9	BE	0,0	64	130
Anteil des produzierenden Gewerbes	2012	%	3	34,9	BW	39,0	HH	14,9	64	130
Anteil der Dienstleistungsbereiche	2012	%	15	63,5	HH	85,0	BW	60,3	64	130
Umsatz im verarbeitenden Gewerbe	2012	1 000 EUR je Beschäftigten	5	312,7	HH	1 055,6	TH	187,9	65	132
Veränderung	2012/ 2000	%	7	54,8	HH	85,0	BE	-8,4	65	132
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe	2012	%	3	51,9	BE HB	52,8	HH	22,1	66	132
Veränderung	2012/ 2000	Prozentpunkte	3	11,3	BE	29,2	HB	3,3	66	132

\* Niedrigster Wert = Rang 1.

## Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
<b>noch: Wirtschaft</b>										
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe	2012	1 000 EUR je Beschäftigten	9	119,1	HH	179,6	TH	105,8	67	132
Veränderung	2012/ 2000	%	12	25,7	MV	49,0	HE	19,7	67	132
Umsatz in den Dienstleistungsbereichen	2010	1 000 EUR je Beschäftigten	9	94,2	HH	207,1	TH	63,7	68	133
Veränderung	2010/ 2008	%	4	1,3	BW	8,8	HB	-13,6	68	133
Bruttoanlageinvestitionen (Anteil am BIP in jeweiligen Preisen)	2010	%	7	19,1	MV	25,4	HB	12,6	69	133
Veränderung	2010/ 2000	%	5	-3,4	HH	5,1	BB	-16,8	69	133
Gewerbeanmeldungen	2011	je 10 000 Einwohner	6	98	BE	139	ST	63	70	133
Unternehmensinsolvenzen*	2012	je 10 000 Unternehmen	7	70	BW	49	NW	158	70	134
Gästeankünfte im Tourismus	2012	je 100 Einwohner	7	201	MV	429	SL	77	71	134
Veränderung	2012/ 2000	%	15	16,2	BE	106,7	NI	13,4	71	134
Übernachtungen im Tourismus	2012	je 100 Einwohner	6	528	MV	1 714	SL	226	72	134
Veränderung	2012/ 2000	%	16	1,5	BE	107,6	RP	1,5	72	134
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus	2012	Tage	8	2,6	MV SH	4,0	HB	1,8	73	135
Veränderung	2012/ 2000	%	13	-13,3	HH	5,6	BY	-18,2	73	135
<b>Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale</b>										
Ausgaben für FuE (Anteil am BIP)	2009	%	10	2,1	BW	4,8	SL SH	1,3	74	135
Veränderung	2009/ 2001	Prozentpunkte	11	0,1	BW	0,9	BE	-0,4	74	135
FuE-Personal im Wirtschaftssektor	2009	je 1 000 Erwerbstätige	4	8,1	BW	18,7	BB	2,3	75	135
Veränderung	2009/ 2001	je 1 000 Erwerbstätige	9	0,4	BW	3,5	BE	-3,4	75	135
Beschäftigte in den Hochtechnologiebranchen (Anteil an allen Beschäftigten)	2012	%	4	15,1	BW	22,0	MV	5,0	76	136
Beschäftigte in den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen (Anteil an allen Beschäftigten)	2012	%	12	37,6	BE	50,7	BW	35,9	76	136
Beschäftigte mit Hochschulabschluss (Anteil an allen Beschäftigten)	2011	%	15	8,2	BE	15,3	SH	6,8	77	136
Patentdichte (jährlich)	2009– 2012	je 100 000 Einwohner	7	30	BW	137	MV	11	78	137
Veränderung	2009–12/ 2005–08	%	15	-18,9	SN	28,6	HE	-21,6	78	137
Gründungsintensität (jährlich)	2007– 2010	je 10 000 Erwerbsfähige	7	41	HH	61	ST	29	79	137
Veränderung	2007–10/ 1999– 2002	%	4	-4,7	HB	-2,1	HH	-39,0	79	137

\* Niedrigster Wert = Rang 1.

## Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
<b>Arbeitsmarkt</b>										
Erwerbstätige am Arbeitsort	2012	1 000	7	1 926	NW	8 903	HB	414	-	137
Veränderung	2012/ 2011	%	8	0,9	BE	2,6	ST	- 0,8	80	137
Veränderung	2012/ 2000	%	4	8,2	HH	11,6	ST	-5,3	80	137
Arbeitsplatzdichte (Erwerbstätige bezogen auf Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren)	2011	je 1 000 Einwohner	10	722	HB	936	BB	652	81	138
Veränderung	2011/ 2000	je 1 000 Einwohner	9	56	SN	94	BW	33	81	138
Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe	2012	%	6	26,3	BW	31,4	BE	12,4	82	138
Veränderung	2012/ 2000	Prozentpunkte	4	-3,3	TH	-1,7	BE	-5,3	82	138
Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen	2012	%	12	71,4	BE	87,6	BW	67,4	83	138
Veränderung	2012/ 2000	Prozentpunkte	12	3,6	BE	5,4	TH	2,0	83	138
Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen	2012	%	8	11,1	BE	14,0	HB	8,6	84	139
Veränderung	2012/ 2000	Prozentpunkte	14	0,2	BE	3,5	BY	-0,5	84	139
Arbeitsvolumen	2012	Stunden je Erwerbstätigen	16	1 355	TH	1 503	RP	1 355	85	139
Veränderung	2012/ 2000	%	15	-5,9	HH	-3,3	BB RP	-5,9	85	139
Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängig Erwerbstätigen	2011	%	3	28,9	HB	31,5	BB TH	21,0	86	140
Veränderung	2011/ 2000	Prozentpunkte	9	7,6	MV	12,1	HH	3,6	86	140
Frauenenerwsquote (weibliche Erwerbspersonen bezogen auf Frauen im erwerbsfähigen Alter)	2011	%	13	70,3	BB	78,7	SL	65,1	87	140
Veränderung	2011/ 2000	Prozentpunkte	4	9,3	NI	10,4	MV	6,1	87	140
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	2012	je 1 000 Einwohner	6	63,5	HB	69,5	ST	36,9	88	140
Veränderung	2012/ 2000	%	7	22,4	BB	47,4	BW	10,8	88	140
Arbeitslosenquote*	2012	%	3	5,3	BY	3,7	BE	12,3	89	141
Veränderung*	2012/ 2000	Prozentpunkte	8	-2,0	ST	-8,7	NW	-1,1	89	141
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen*	2012	%	3	4,8	BW	2,8	BE	13,3	90	141
Veränderung*	2012/ 2000	Prozentpunkte	12	-3,0	ST	-8,3	BY NW	-1,8	90	141
Berufsauspendler	2012	je 1 000 Einwohner	3	71	BB	104	NW	15	91	141
Veränderung	2012/ 2000	je 1 000 Einwohner	4	12	BB	29	NW	4	91	141
Berufseinpendler	2012	je 1 000 Einwohner	8	37	HB	190	MV	15	92	142
Veränderung	2012/ 2000	je 1 000 Einwohner	6	8	HB	20	SL	1	92	142

\* Niedrigster Wert = Rang 1.

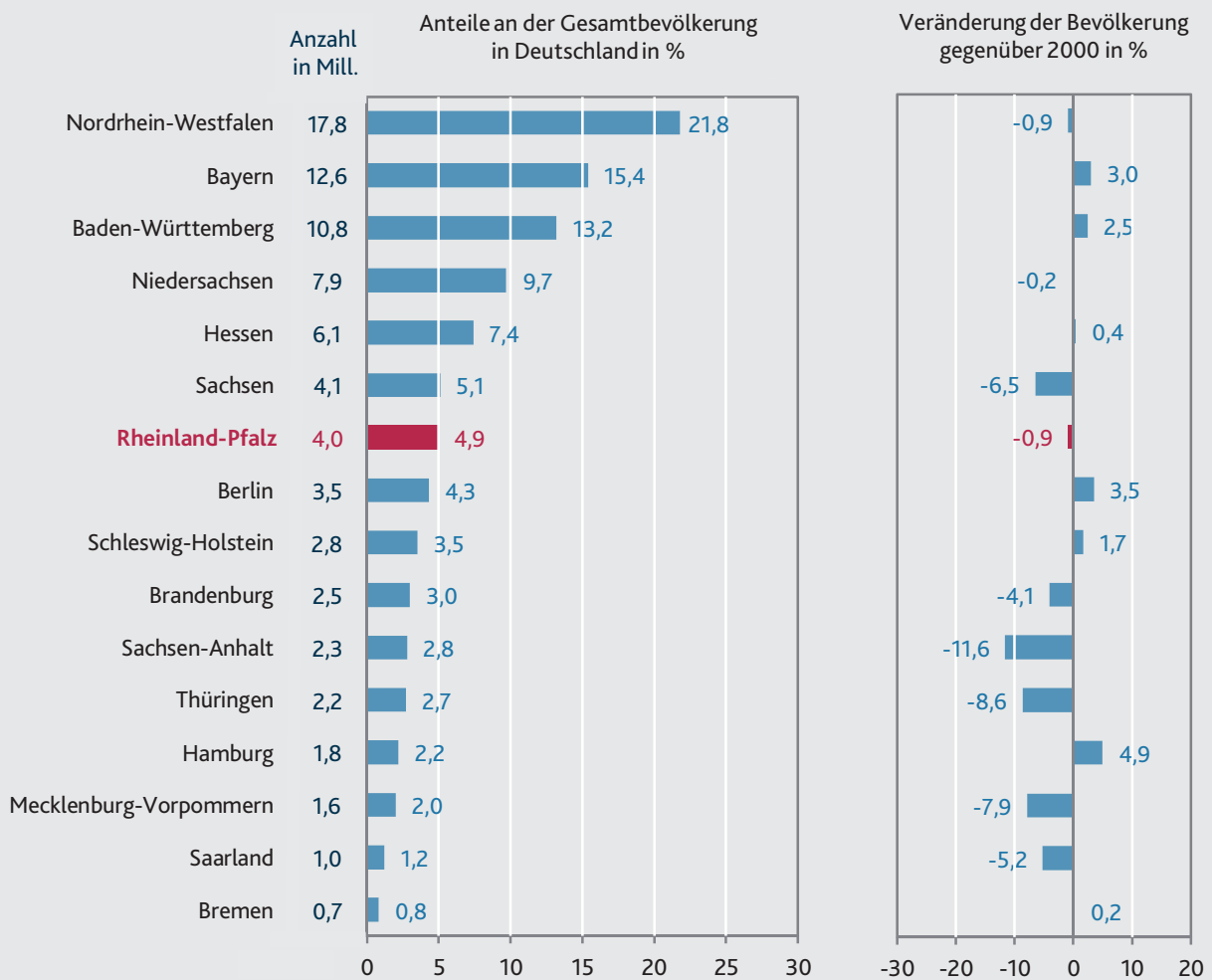


## Ein Ländervergleich in Zahlen - Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter		Grafik/ Text Seite	Tabelle Seite
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert		
<b>Öffentliche Finanzen</b>										
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände	2011	EUR je Einwohner	14	3 369	HB	5 005	NI	3 302	93	142
Veränderung	2011/ 2000	%	12	20,7	ST	28,2	HB	-1,0	93	142
Anteil des Landes	2011	%	9	75,5	MV	87,1	HH	65,5	94	142
Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände	2011	%	8	24,5	HH	34,5	MV	12,9	94	143
Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich*	2011	EUR je Einwohner	12	10 647	SN	2 153	HB	27 954	95	143
Veränderung*	2011/ 2010	%	16	9,0	SN	-8,2	RP	9,0	95	143
Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich*	2011	EUR je Einwohner	10	7 948	SN	1 358	HB	27 954	96	143
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich*	2011	EUR je Einwohner	12	2 699	BW	574	SL	2 806	96	144
Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich	2011	Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohner	10	39,2	BE	48,1	SH	34,9	97	144
Länderfinanzausgleich*	2011	Mill. EUR	9	234	BY	-3 663	BE	3 043	98	144
Veränderung*	2011/ 2000	Mill. EUR	6	-165	BY	-1 746	NW	1 349	98	144

\* Niedrigster Wert = Rang 1.

## G 1 Bevölkerung 2011



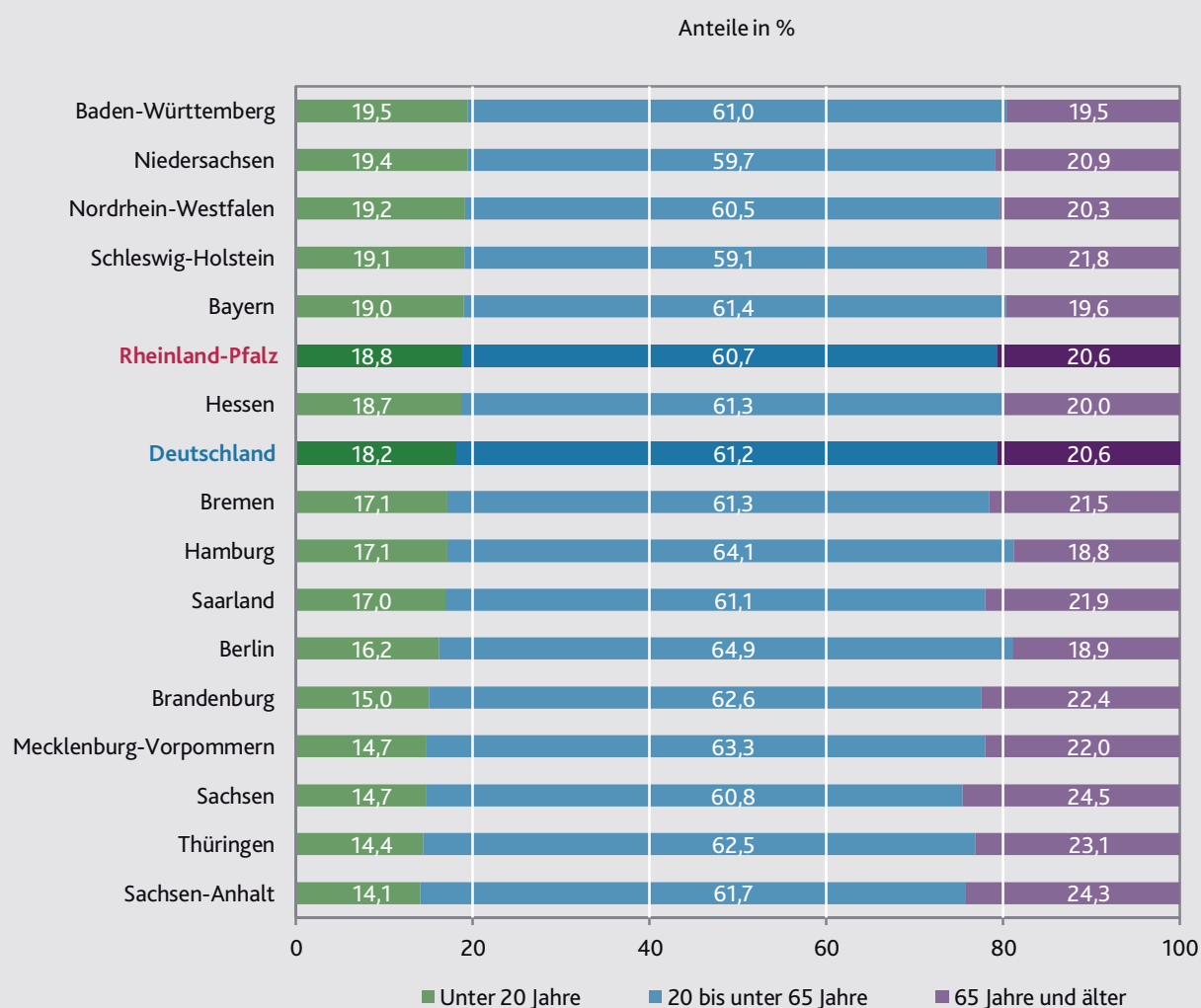
Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

### Fast fünf Prozent der Bevölkerung von Deutschland leben in Rheinland-Pfalz

Ende 2011 wohnten in Rheinland-Pfalz 3 999 117 Menschen und damit fast fünf Prozent der 81 843 743 Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands. In einer Rangliste der Bevölkerungsstärke steht das Land damit auf Platz sieben. Den größten Anteil an der Bevölkerung in Deutschland hat Nordrhein-Westfalen; etwa jede bzw. jeder Fünfte lebt dort. Am geringsten ist der Anteil mit 0,8 Prozent im Stadtstaat Bremen.

Seinen bisherigen Bevölkerungshöchststand hat Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 mit 4 061 105 Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht, seitdem schrumpft die Bevölkerung. Die Ursache für die sinkende Bevölkerungszahl liegt im Wesentlichen in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Werden alle Bevölkerungsbewegungen seit dem Jahr 2000 betrachtet, so stehen den 398 494 Geborenen 513 342 Sterbefälle gegenüber, auf 1 218 850 Zuzüge kommen 1 136 383 Fortzüge. Das Geburtendefizit (-114 848 Menschen) konnte somit nicht von dem Wanderungsgewinn (+82 467 Menschen) ausgeglichen werden.

## G 2 Altersstruktur der Bevölkerung 2011



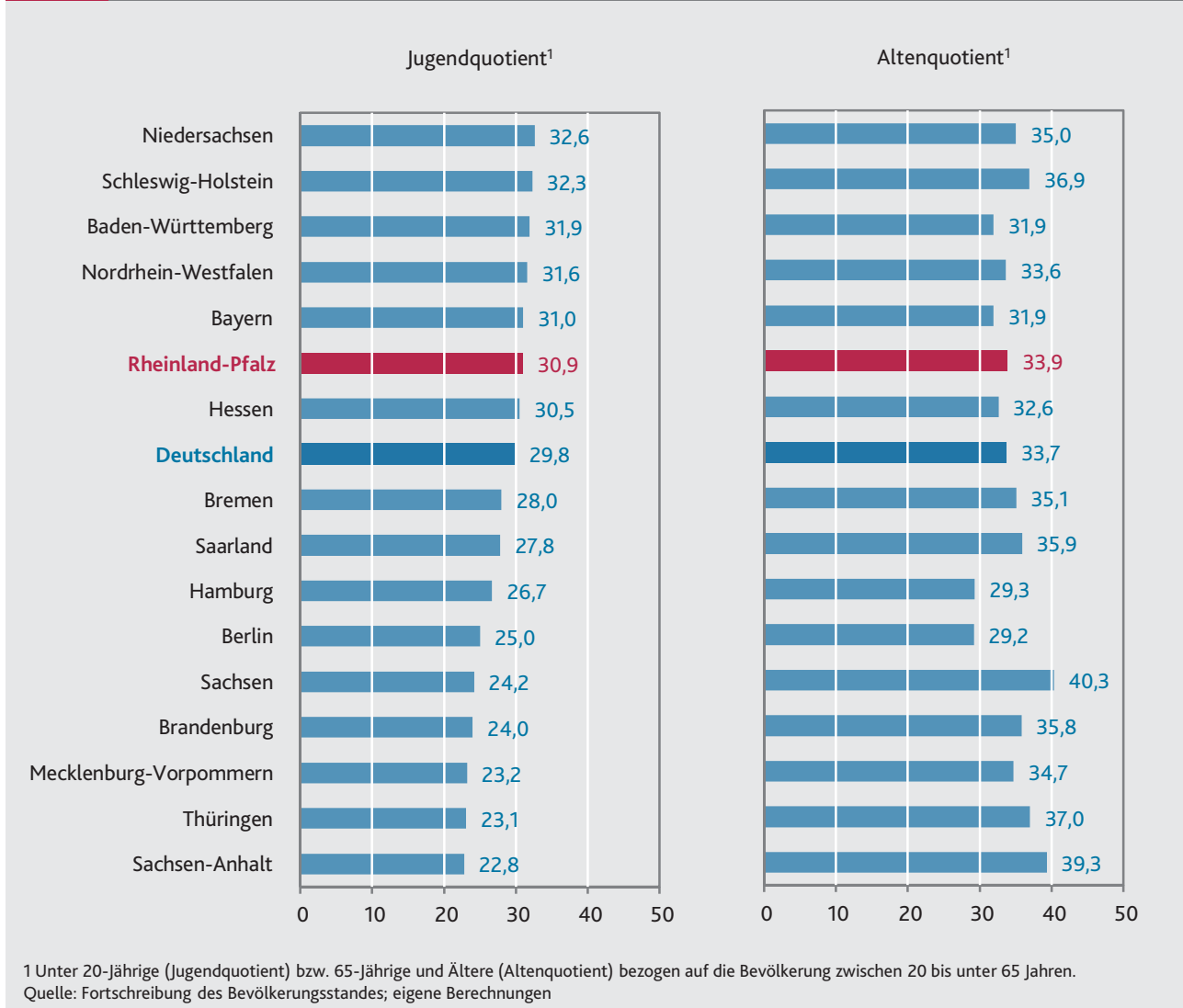
### Jede bzw. jeder Fünfte hat das Ruhestandsalter bereits erreicht

Die demografische Alterung der Gesellschaft schreitet voran: In Rheinland-Pfalz war im Jahr 2011 nur noch knapp ein Fünftel der Menschen jünger als 20 Jahre. Drei Fünftel waren zwischen 20 und 65 Jahren. Ein gutes Fünftel hatte das 65. Lebensjahr bereits erreicht.

Während der Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen seit dem Jahr 2000 bei knapp 61 Prozent nahezu unverändert geblieben ist, hat sich der Bevölkerungsanteil der jüngeren um drei Prozentpunkte verringert und der Anteil der älteren Bevölkerung um 3,2 Prozentpunkte erhöht.

Nach der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes wird sich diese Entwicklung auch in Zukunft fortsetzen. Treffen die Annahmen der mittleren Variante zu, so wären im Jahr 2060 lediglich noch 15 Prozent der Bevölkerung unter 20 Jahren und nur noch 51 Prozent zwischen 20 und 65 Jahren. Dagegen könnte der Anteil der 65-Jährigen und Älteren auf 34 Prozent zunehmen.

## G 3 Jugend- und Altenquotient 2011

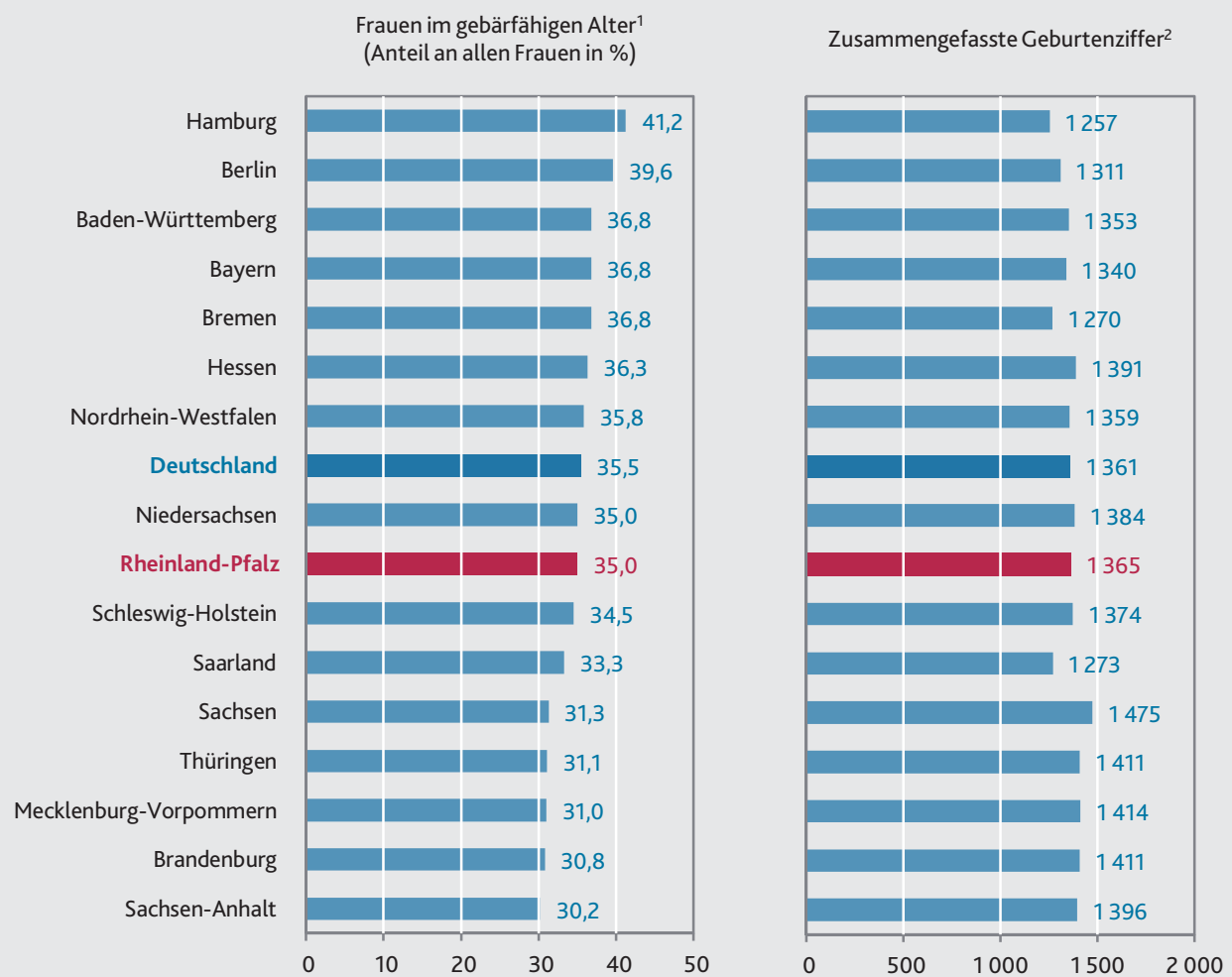


### Altenquotient steigt nachhaltig

Jugend- und Altenquotient vermitteln einen Eindruck von den Belastungen der erwerbsfähigen Bevölkerung durch Transfers aus dem volkswirtschaftlichen Einkommen an die jüngeren und älteren Menschen. Die Jüngeren sind in der Regel noch nicht erwerbstätig, die Älteren nicht mehr.

Bezogen auf 100 Menschen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren kommen in Rheinland-Pfalz derzeit 31 unter 20-Jährige. Gegenüber dem Jahr 2000 ist der Jugendquotient um fünf Punkte gesunken und somit vom zweiten auf den sechsten Rang gefallen. Dagegen ist der Altenquotient in den vergangenen Jahren in Rheinland-Pfalz nachhaltig gestiegen: Seit 2000 erhöhte er sich um fünf Punkte auf 34 und damit von Platz 13 auf Platz sieben. Hier wird der demografische Wandel sichtbar, der durch den starken Geburtenrückgang Anfang der 70er-Jahre in Gang gesetzt wurde und nach den Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes auch in Zukunft weiter gehen wird. Nach der mittleren Variante könnte der Altenquotient bis zum Jahr 2060 sogar auf 66 steigen, während der Jugendquotient in etwa konstant bliebe.

## G 4 Frauen im gebärfähigen Alter und zusammengefasste Geburtenziffer 2011



1 Zwischen 15 bis unter 45 Jahren. – 2 Lebendgeborene je 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter.  
Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

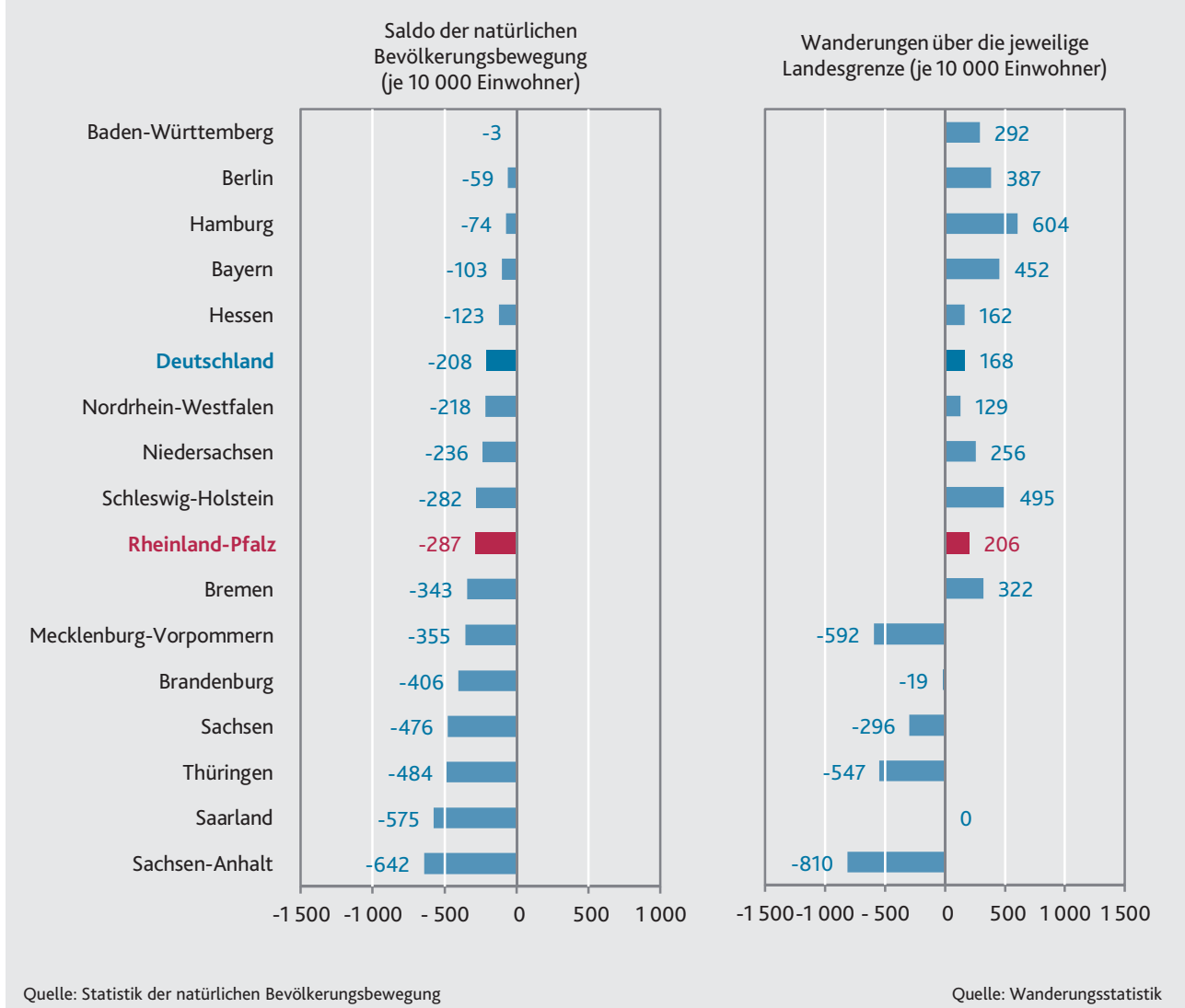
Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

### Immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter

Im Jahr 2011 erblickten in Rheinland-Pfalz 31 081 Kinder das Licht der Welt. Eine Erklärung für die zweitniedrigste Zahl der Geborenen seit der Gründung des Landes ist der geringe Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter. Zuletzt waren nur noch 35 Prozent der Rheinland-Pfälzerinnen zwischen 15 bis unter 45 Jahren; im Jahr 2000 lag der Anteil noch bei 39 Prozent. Der Anteil der Frauen dieser Altersklasse war in allen Ländern rückläufig, sodass Rheinland-Pfalz im Ländervergleich vom elften auf den achten Rang rückt.

Die Geburtenrate, d. h. die Zahl der Kinder, die eine Frau in ihrem Leben im Durchschnitt zur Welt bringt, liegt in allen Ländern weit unter dem sogenannten Bestandserhaltungsniveau von 2 100 Kindern je 1 000 Frauen. Rheinland-Pfalz belegt 2011 mit 1 365 Kindern je 1 000 Frauen Rang neun im Bundesvergleich. Im Jahr 2000 wurde mit 1 440 Kindern je 1 000 Frauen noch der zweite Rang erreicht. Eine Geburtenrate in dieser Größenordnung bedeutet, dass sich jede Elterngeneration nur zu etwa zwei Dritteln reproduziert.

## G 5 Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Saldo der Wanderungen 2000–2011

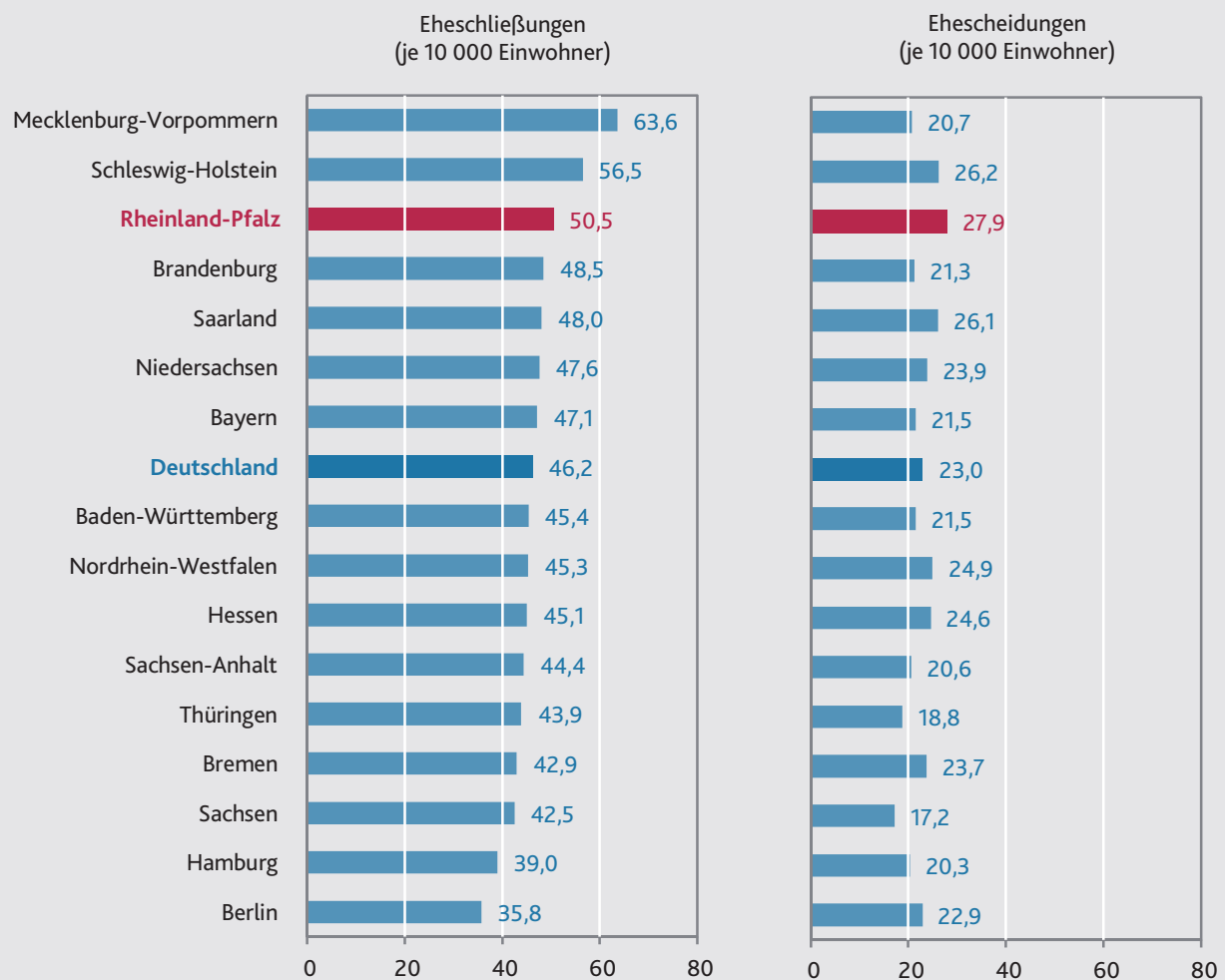


### Wanderungsgewinn kann Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen

In den Jahren von 2000 bis 2011 wurden in Rheinland-Pfalz 398 500 Kinder geboren und 513 300 Menschen starben. Bezogen auf 10 000 Einwohner ergab sich für diesen Zeitraum ein Geburtendefizit von 287 Menschen. Das ist Rang neun im Ländervergleich. Im selben Zeitraum zogen 1,22 Millionen Menschen nach Rheinland-Pfalz zu und 1,14 Millionen verließen das Land. Der Wanderungssaldo belief sich auf 206 Personen je 10 000 Einwohner (Rang acht).

Die stärksten Wanderungsbewegungen gab es zwischen Rheinland-Pfalz und seinen Nachbarländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. Allein aus Nordrhein-Westfalen kamen im Betrachtungszeitraum 202 130 Menschen, 197 100 Personen zogen dorthin. Kräftige Wanderungsverflechtungen gab es aber auch mit dem Ausland. Rund 379 400 Menschen zogen aus dem Ausland hierher, 315 100 Personen wählten die umgekehrte Richtung. Seit 2011 wurde das Wanderungsgeschehen mit dem Ausland stark durch die volle Freizügigkeit für die acht mittel- und osteuropäischen Länder geprägt.

## G 6 Eheschließungen und Ehescheidungen 2011



Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

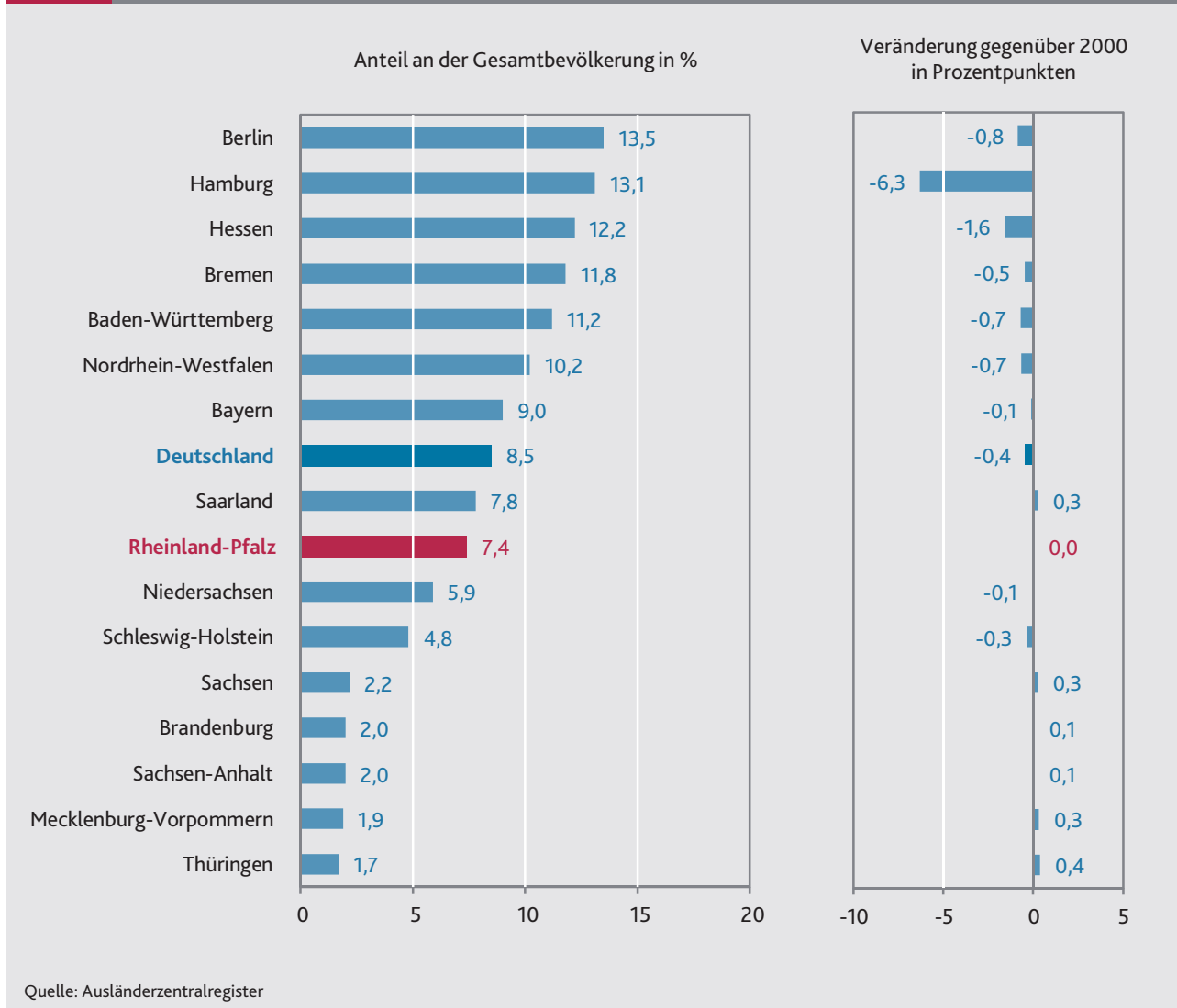
Quelle: Statistik der Ehescheidungen

### Viele Hochzeiten, aber auch viele Scheidungen

Im Jahr 2011 gab es bezogen auf 10 000 Einwohner fast 51 Eheschließungen. Damit steht Rheinland-Pfalz auf dem dritten Rang hinter Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Die beiden Küstenländer sind jedoch auch für viele Menschen aus anderen Regionen attraktive Heiratsorte, somit geht die hohe Zahl der Eheschließungen nicht allein auf die eigene Bevölkerung zurück.

Aber in Rheinland-Pfalz wird nicht nur besonders häufig geheiratet, hierzulande werden Ehen auch häufig geschieden. Unter allen Ländern weisen die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit 28 Scheidungen je 10 000 Einwohner auch die höchste Scheidungsrate aller Länder auf. Hierbei muss natürlich die hohe Zahl der Eheschließungen berücksichtigt werden. Das zeigt auch ein Blick auf das Ende der Rangskala: Die niedrigste Scheidungsquote hat Sachsen mit lediglich 17 Ehescheidungen bezogen auf je 10 000 Einwohner. Dort heiraten die Menschen aber auch deutlich seltener; mit nur rund 43 Hochzeiten je 10 000 Einwohner belegt Sachsen einen der letzten Plätze im Ländervergleich.

## G 7 Ausländische Bevölkerung 2011



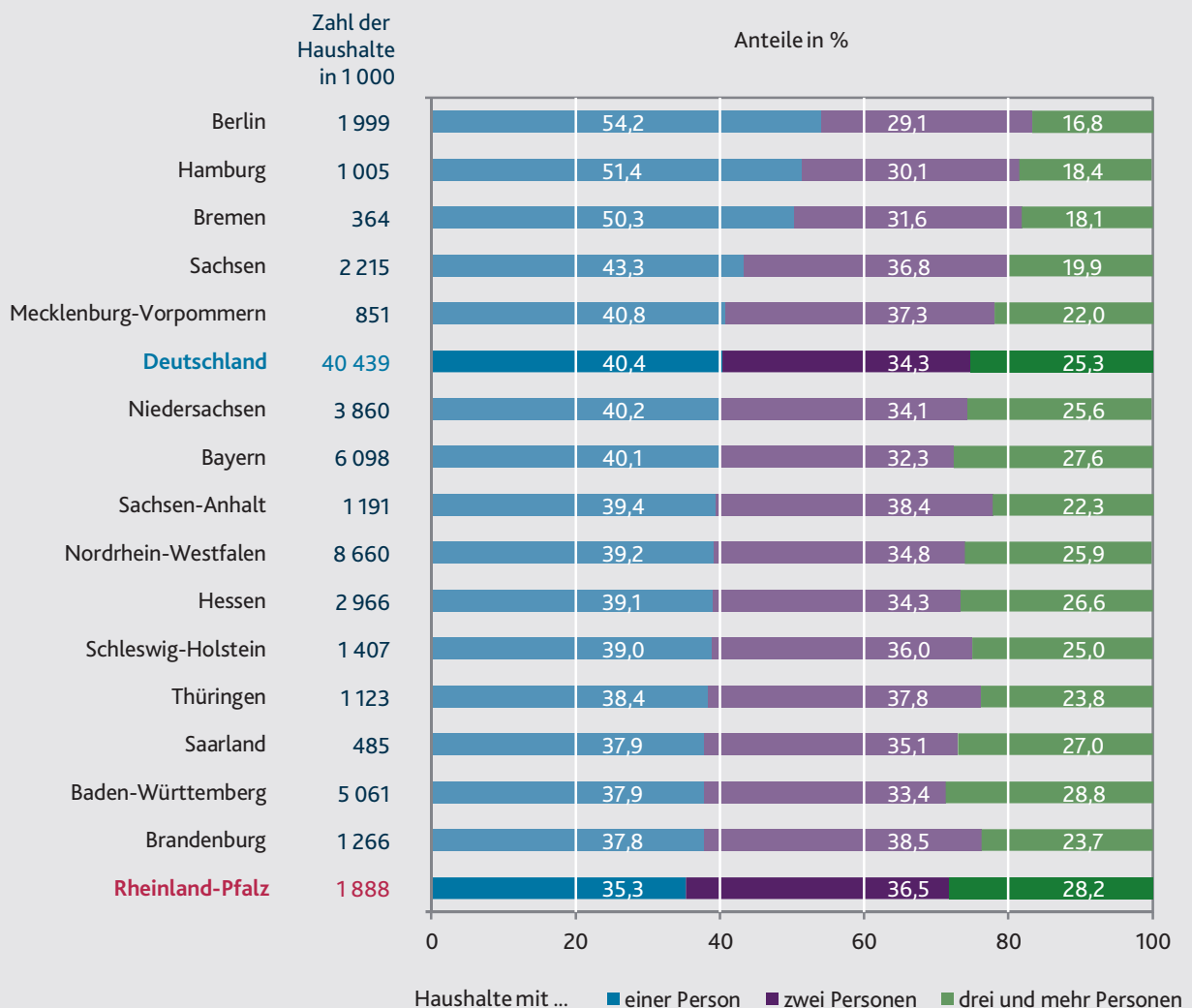
### Ein Fünftel der Ausländerinnen und Ausländer besitzt die türkische Staatsangehörigkeit

Ende 2011 lebten in Rheinland-Pfalz 296 246 Bürgerinnen und Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Das sind 7,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Eine Ursache für den relativ geringen Ausländeranteil mag die eher ländliche Siedlungsstruktur und die geringe Zahl an Großstädten in Rheinland-Pfalz sein, da tendenziell ein positiver Zusammenhang zwischen Bevölkerungsdichte und Ausländeranteil besteht. Die mit Abstand meisten Ausländerinnen und Ausländer, die in Rheinland-Pfalz leben, stammen aus der Türkei (63 900). Werden nur die EU-Staaten betrachtet, so leben hierzulande besonders häufig Menschen aus Italien (26 400) und aus Polen (25 900).

Rund 764 000 Menschen in Rheinland-Pfalz haben einen Migrationshintergrund, d. h., sie sind entweder selbst aus dem Ausland zugewandert oder Nachkommen von Zugewanderten. Mit einem Anteil von 19 Prozent an der Gesamtbevölkerung liegt Rheinland-Pfalz knapp unter dem Durchschnitt aller Länder (19,5 Prozent). Bundesweit die höchsten Anteile weisen Bremen und Hamburg aus (28 bzw. 27 Prozent).



G 8 Haushaltgröße 2011

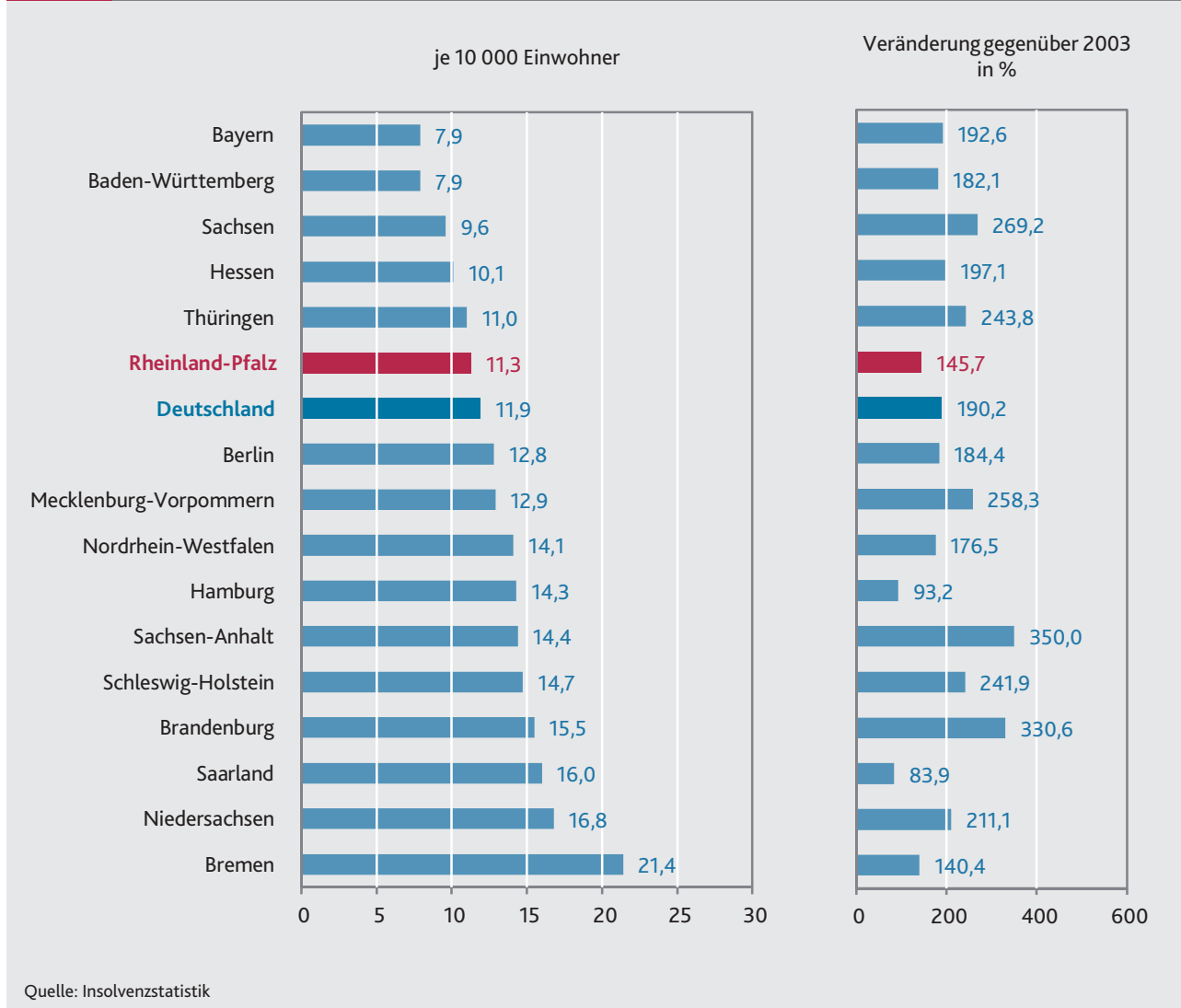


**In jedem dritten Haushalt lebt eine Person allein**

Obwohl seit dem Jahr 2000 weniger Menschen in Rheinland-Pfalz leben, ist die Zahl der Haushalte seitdem um drei Prozent auf nunmehr 1,9 Millionen gewachsen. Das liegt daran, dass es immer mehr Ein- und Zweipersonenhaushalte und immer weniger große Haushalte gibt. In 35 Prozent der Haushalte lebte im Jahr 2011 eine Person allein, in 36,5 Prozent wohnten zwei Personen zusammen. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen lag bei 28 Prozent. Damit gibt es in keinem Land weniger kleine Haushalte und nur in Baden-Württemberg häufiger große Haushalte als in Rheinland-Pfalz.

Im Schnitt wohnen hierzulande 2,1 Personen in einem Haushalt. Das ist zusammen mit Baden-Württemberg und Bayern die höchste durchschnittliche Haushaltsgröße. In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg ist die durchschnittliche Haushaltsgröße besonders niedrig: In mehr als der Hälfte der Haushalte dort lebt eine Person allein.

## G 9 Verbraucherinsolvenzen 2012

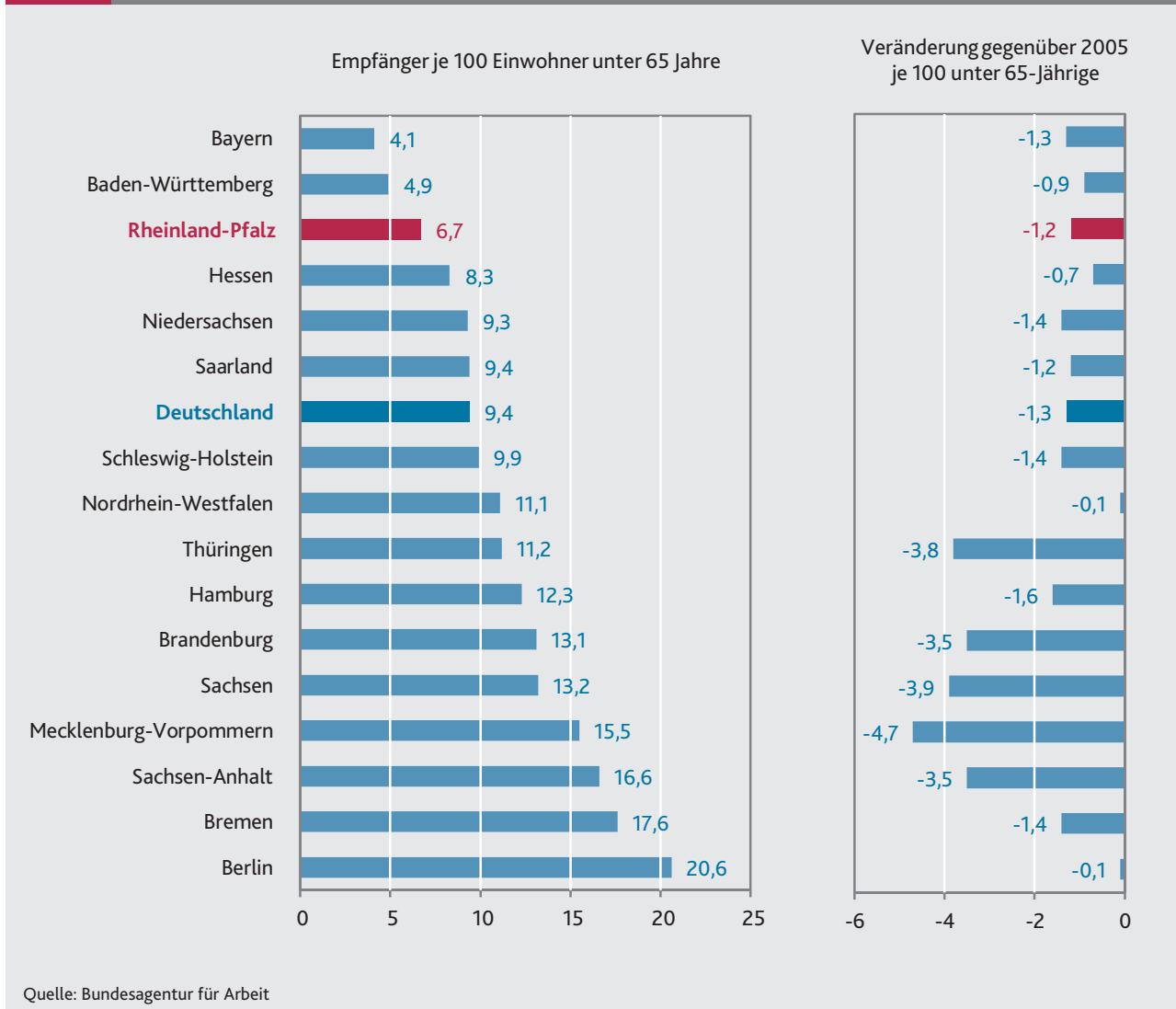


### Weniger Verbraucherinsolvenzen

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ist in Rheinland-Pfalz 2012 im Vergleich zu 2011 um 2,7 Prozent auf 4 518 gesunken. Auch auf Bundesebene wurde ein Rückgang registriert, der jedoch mit –5,5 Prozent deutlich stärker ausfiel. Mit elf Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner liegt Rheinland-Pfalz knapp hinter Thüringen auf dem sechsten Rang. Den ungünstigsten Wert weist Bremen auf. Mit 21 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner liegt der Wert dort fast doppelt so hoch wie hierzulande.

Seit der Einführung der Verbraucherinsolvenz 1999 nutzten in Rheinland-Pfalz 41 433 Privatpersonen und ehemalige Selbstständige mit überschaubaren Verhältnissen ein Verbraucherinsolvenzverfahren, um nach einer Wohlverhaltensphase von ihren restlichen Schulden befreit zu werden. Nach den Ergebnissen der Überschuldungsstatistik ist Arbeitslosigkeit der häufigste Grund für die Privatinsolvenz. Aber auch Trennung bzw. Scheidung, Erkrankung, Sucht oder Unfall führen häufig zu kritischen finanziellen Situationen. Unwirtschaftliche Haushaltsführung und gescheiterte Selbstständigkeit sind weitere Faktoren.

## G 10 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) im Dezember 2012

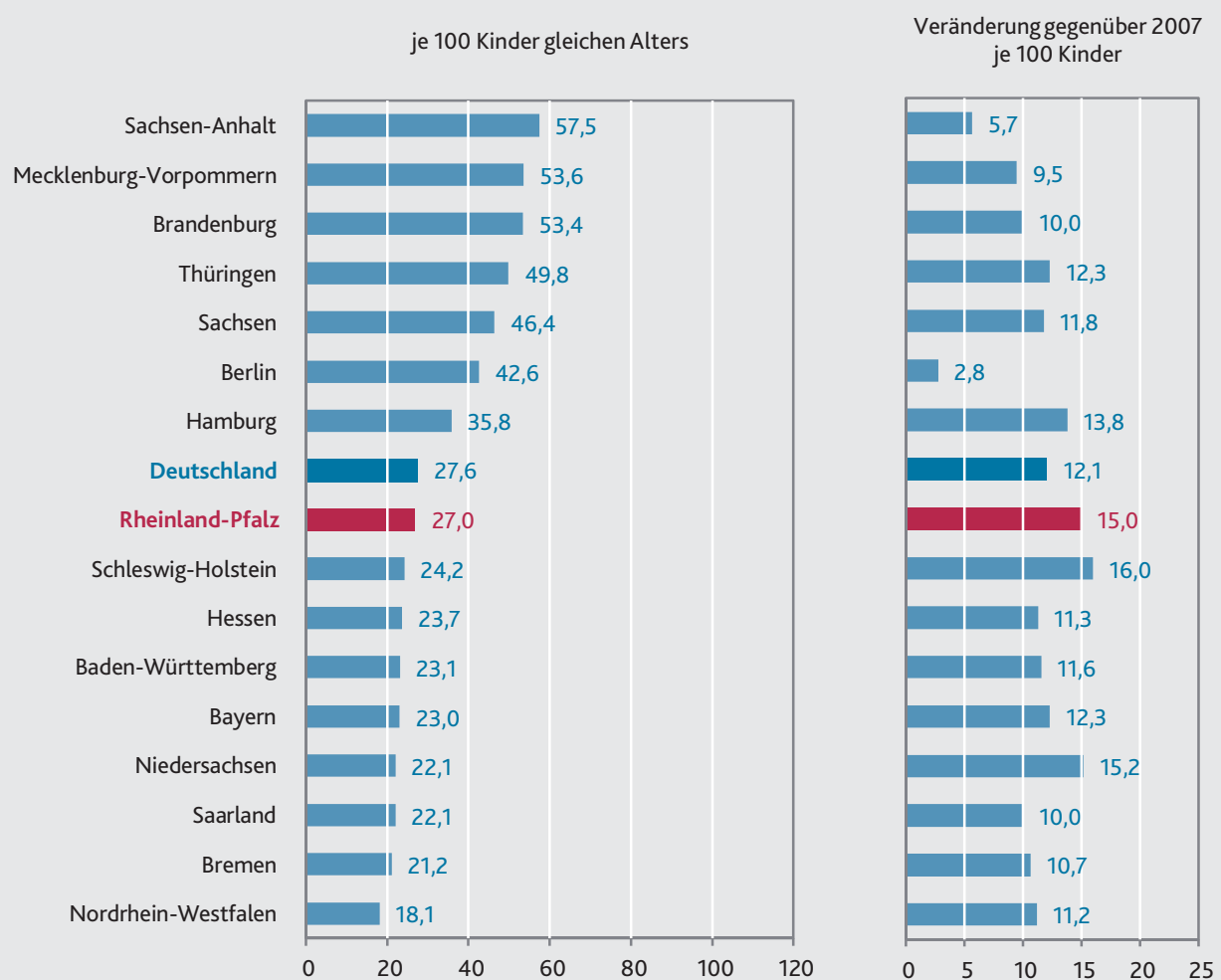


### Rheinland-Pfalz hat drittniedrigste SGB II-Quote

In Rheinland-Pfalz erhielten Ende 2012 von 100 Menschen unter 65 Jahren 6,7 Grundsicherung für Arbeitsuchende. Nur in Bayern und Baden-Württemberg war die Quote mit 4,1 bzw. 4,9 Prozent niedriger. Die höchste SGB II-Quote weist Berlin auf; dort war jeder Fünfte im Alter unter 65 Jahren auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) angewiesen.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende löste 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe ab. Die Leistung ist im SGB II geregelt und setzt sich zusammen aus dem Arbeitslosengeld II und dem Sozialgeld. Sie wird erwerbsfähigen Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren sowie deren Angehörigen gewährt, die über kein ausreichendes Einkommen zur Absicherung ihrer materiellen Grundbedürfnisse verfügen. Von den rund 214 000 Leistungsempfängerinnen und -empfängern in Rheinland-Pfalz bezogen 151 300 als Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den übrigen 62 400 Personen handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige, insbesondere Kinder, denen das sogenannte Sozialgeld gezahlt wurde.

## G 11 Betreuungsquote<sup>1</sup> unter 3-Jähriger im März 2012

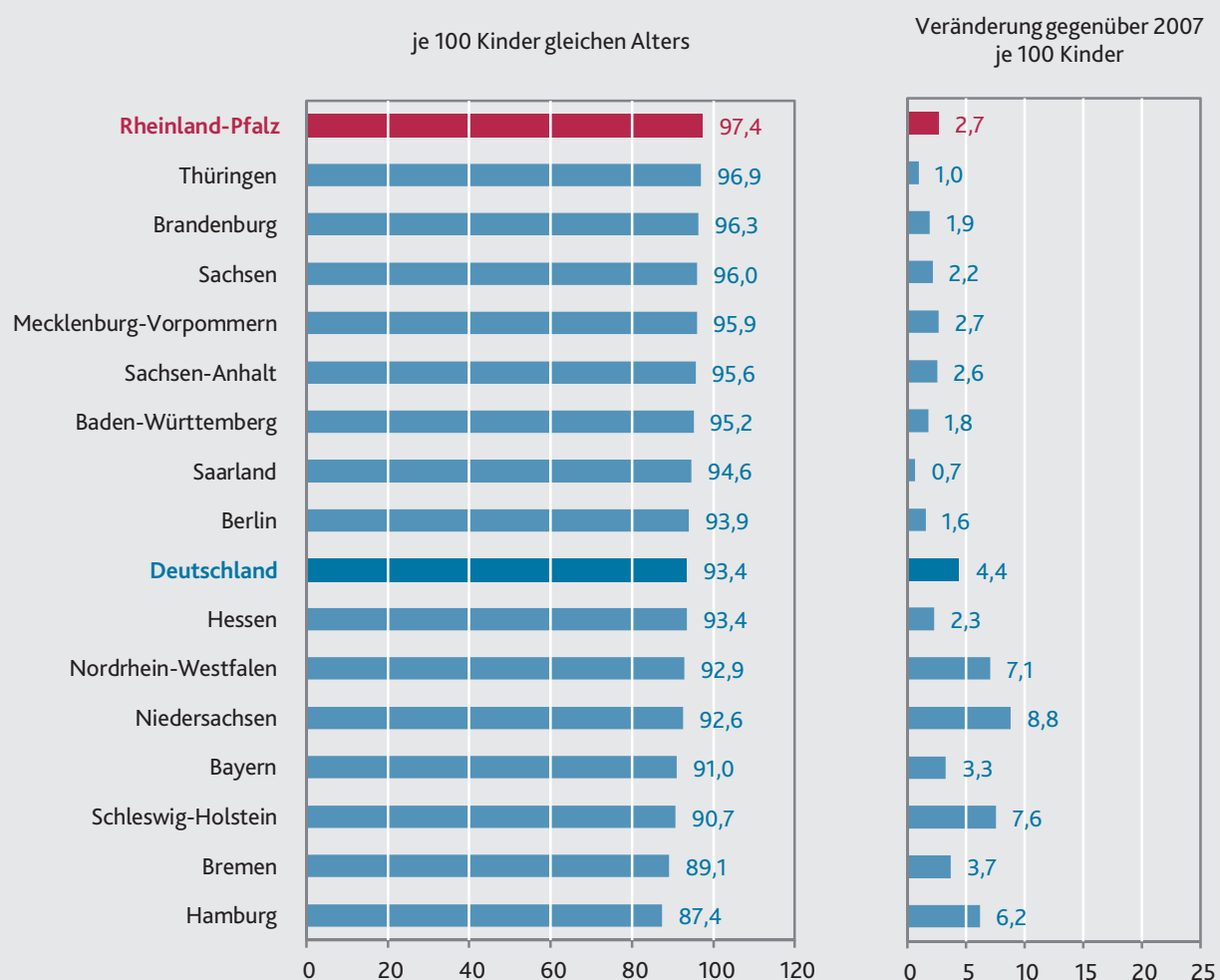


<sup>1</sup> Kinder in Kindertagesbetreuung (Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege).  
Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

### Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz: Beitragsfrei ab Zwei

Kindertagesstätten spielen für die Bildung und die Erziehung von Kindern eine große Rolle und fördern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, in dem der Kindergartenbesuch bereits für Kinder ab dem vollenden zweiten Lebensjahr beitragsfrei ist, gleichzeitig besteht auch ein Rechtsanspruch für einen Platz in der Kindertagesbetreuung ab diesem Alter.

Zum Stichtag 1. März 2012 befanden sich in Rheinland-Pfalz 27 Prozent der unter 3-Jährigen in Tagesbetreuung. Unter den westdeutschen Flächenländern ist das die höchste Betreuungsquote, im Vergleich aller Länder Platz acht. Besonders hoch ist die Betreuungsquote der Jüngsten in den neuen Ländern. An der Spitze steht Sachsen-Anhalt mit fast 58 betreuten Kindern je 100 unter 3-Jährigen. Dort besteht bereits ab der Geburt ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung. Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren wurde in den vergangenen Jahren in allen Ländern ausgebaut. Ab dem 1. August 2013 besteht bundesweit ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung.

G 12 Betreuungsquote<sup>1</sup> 3- bis 6-Jähriger im März 2012

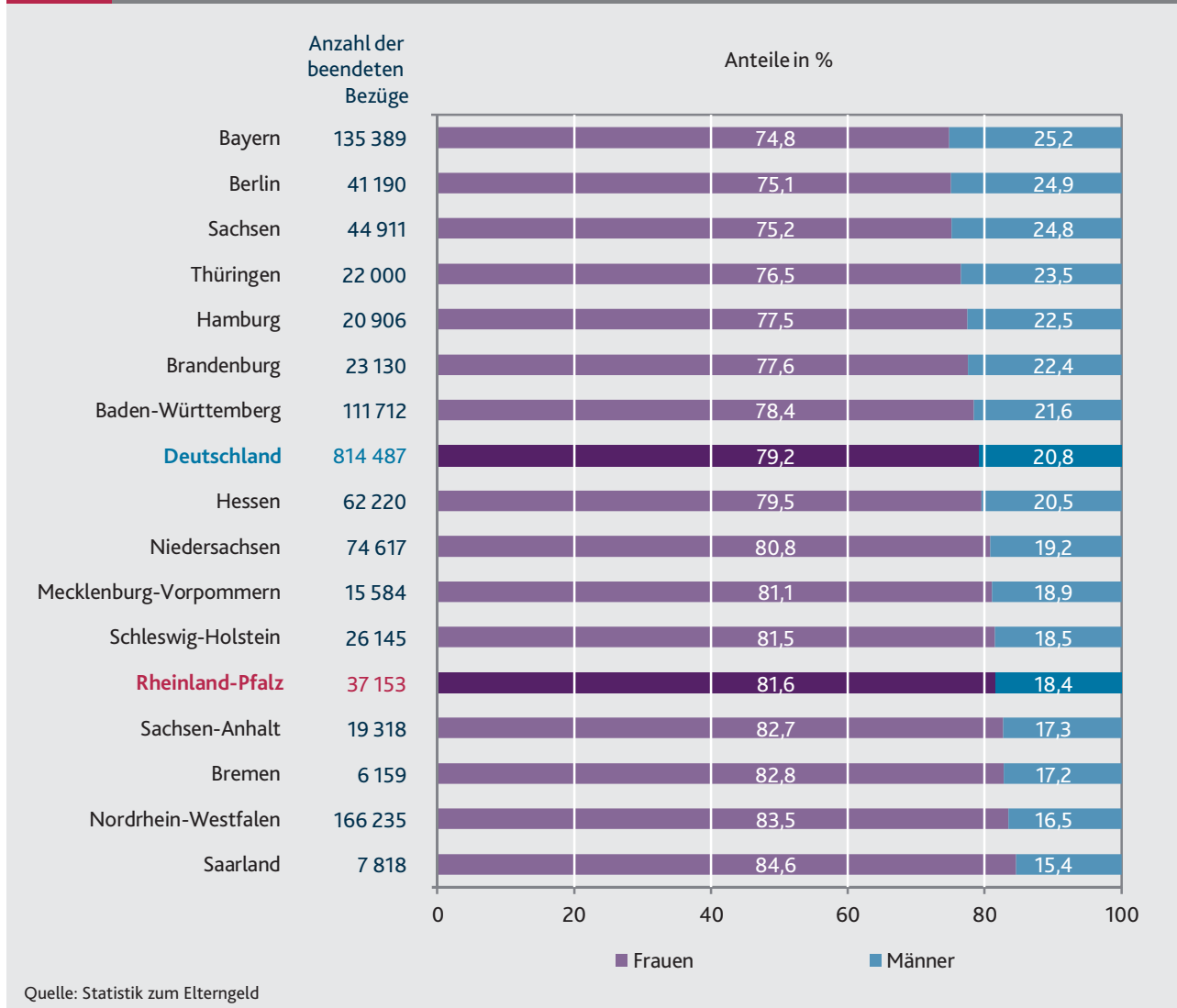
<sup>1</sup> Kinder in Kindertagesbetreuung (Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege).  
Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

### Spitzenposition bei der Versorgung der 3- bis 6-jährigen Kinder

Kinder im klassischen Kindergartenalter werden in Rheinland-Pfalz besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Von 100 Kindern dieser Altersgruppe besuchten im März 2012 gut 97 Kinder eine Kindertageseinrichtung oder wurden von einer Tagespflegeperson betreut. Damit belegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer Platz eins. Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein stehen am Ende der Rangliste. Der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter hat in allen Ländern in den letzten Jahren weiter zugenommen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss auch berücksichtigt werden, dass die finanzielle Belastung, die bei der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung auf die Eltern zukommt, in den Ländern unterschiedlich ist. Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, in dem die Betreuung bereits ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr beitragsfrei ist.

## G 13 Leistungsempfänger von Elterngeld 2011



### Väter nutzen häufiger Elternzeit

In Rheinland-Pfalz wurden 2011 rund 37 150 Elterngeldbezüge beendet. Der Anteil der Frauen an den Elterngeldbeziehern lag bei 82 Prozent. Mit rund 18 Prozent liegen die rheinland-pfälzischen Männer im Ländervergleich nur auf dem zwölften Platz. Gegenüber 2008 ist der Anteil der Väter, die Elternzeit nutzen, in allen Bundesländern gestiegen (Rheinland-Pfalz: +4,6 Prozentpunkte). Besonders hoch war die Väterbeteiligung in Bayern, Berlin und Sachsen mit jeweils rund 25 Prozent. Nach wie vor nehmen Männer jedoch oft nur die sogenannten Partnermonate in Anspruch. So bezogen die rheinland-pfälzischen Männer durchschnittlich für 3,3 Monate Elterngeld, bei den Frauen waren es 10,1 Monate.

Das Elterngeld wurde am 1. Januar 2007 eingeführt. Eltern, die ihre Kinder im ersten Lebensjahr zu Hause betreuen, erhalten eine Einkommensersatzleistung, die sich am vorherigen Nettoeinkommen orientiert. Ziel ist es, die Geburtenrate positiv zu beeinflussen, indem den Menschen die finanzielle Grundlage gegeben wird, sich für Kinder zu entscheiden und diese nach der Geburt selbst zu betreuen.

G 14 Durchschnittliche Höhe des Elterngeldes<sup>1</sup> 2011

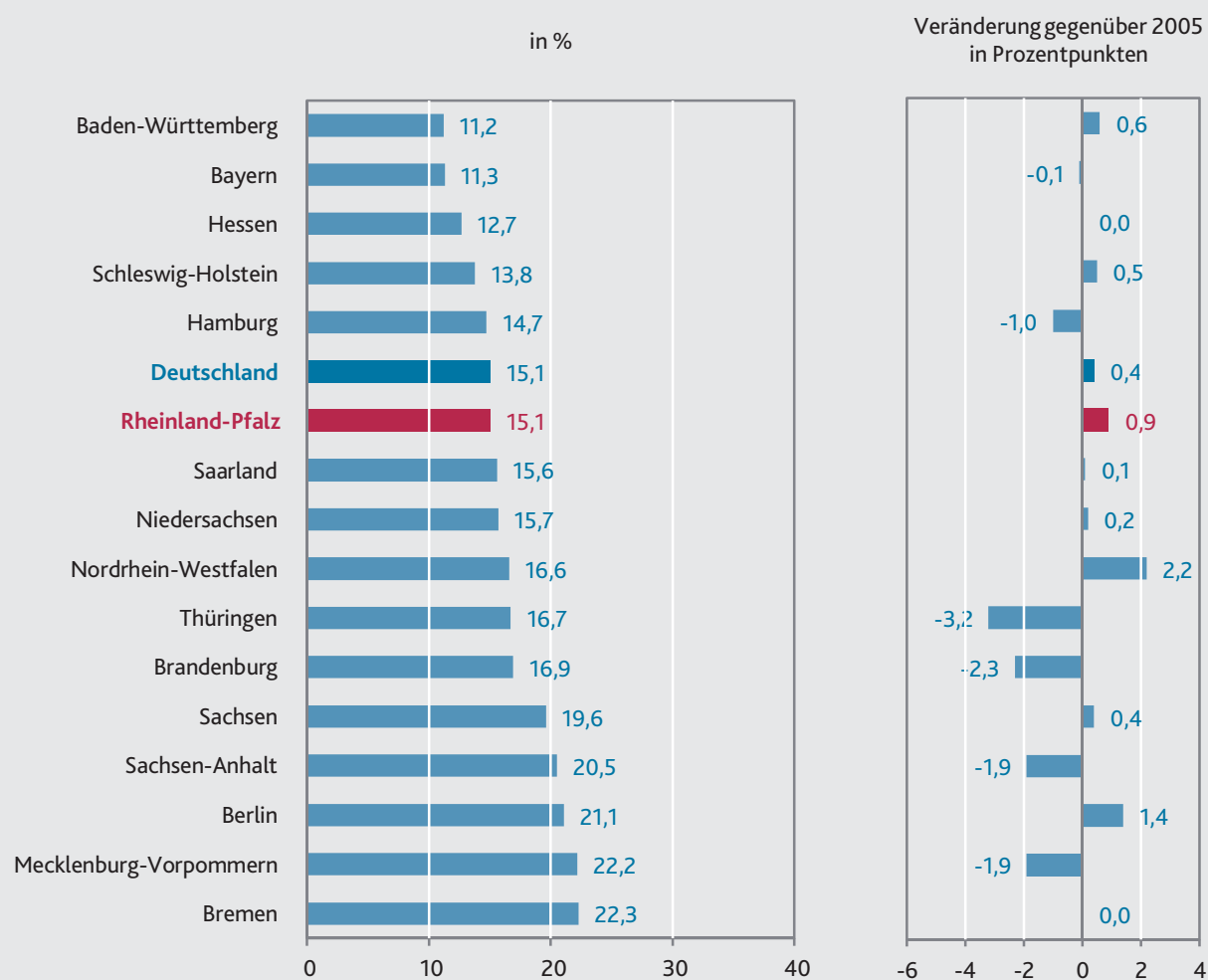
<sup>1</sup> Im ersten Bezugsmonat.  
Quelle: Statistik zum Elterngeld

### Im Schnitt erhalten Männer fast 70 Prozent mehr Elterngeld als Frauen

Das durchschnittliche Elterngeld lag 2011 in Rheinland-Pfalz mit rund 730 Euro etwas unter dem Bundesdurchschnitt (750 Euro). Das Elterngeld ist abhängig von der Höhe des vorherigen Erwerbseinkommens. Personen, die zuvor nicht erwerbstätig waren, erhalten den Mindestsatz von 300 Euro.

Mütter erhielten im Durchschnitt knapp 650 Euro. Im Ländervergleich bedeutet das Rang acht. Die höchsten Beträge gab es für Mütter in Hamburg (760 Euro), die niedrigsten für Mütter in Sachsen-Anhalt und Bremen mit jeweils knapp 600 Euro. Deutlich höher waren die ausgezahlten Beträge für Väter. In Rheinland-Pfalz bekamen die Männer mit durchschnittlich 1 100 Euro im Mittel fast 70 Prozent mehr als die Frauen. Den höchsten Betrag erhielten Väter in Bayern mit 1 200 Euro. Väter in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegen mit rund 900 Euro am Ende der Rangliste. Gründe für diese großen Unterschiede sind: Zum einen erhalten Männer im Vorfeld im Schnitt höhere Nettoeinkommen, zum anderen sind sie auch häufiger erwerbstätig als Frauen.

## G 15 Armutsgefährdungsquote<sup>1</sup> 2011



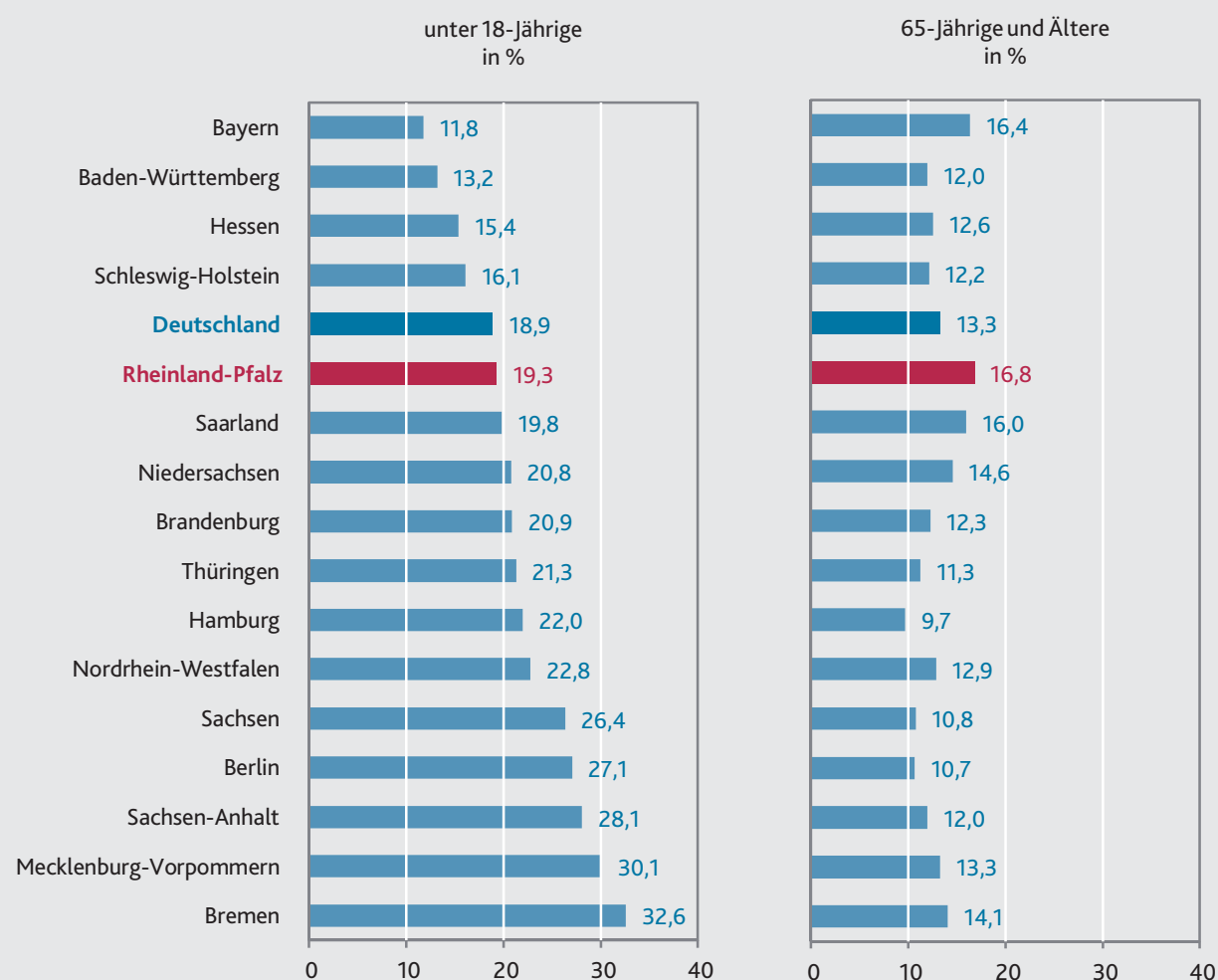
<sup>1</sup> Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians (hier: Bundesmedian) der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.  
Quelle: Mikrozensus

### Jeder siebte Einwohner in Rheinland-Pfalz von Armut bedroht

Im Jahr 2011 waren 15 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung von Armut bedroht. Dieser Wert entspricht dem Bundesdurchschnitt und bedeutet Rang sechs im Ländervergleich. Die niedrigste Armutsgefährdungsquote weist Baden-Württemberg mit elf Prozent auf. Fast doppelt so hoch sind dagegen die Quoten in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils über 22 Prozent.

Die Armutsgefährdungsquote ist gemäß EU-Konvention der Anteil der Bevölkerung, dessen Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt. Der 60-Prozent-Wert wird auch als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) liegt die Schwelle für einen Einpersonenhaushalt bei 848 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnet sich eine Armutsgefährdungsschwelle von 1 781 Euro. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich durch das gemeinsame Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen (z. B. geringerer Mietanteil, niedrigere Heizkosten pro Person).



G 16 Armutsgefährdungsquote<sup>1</sup> 2011

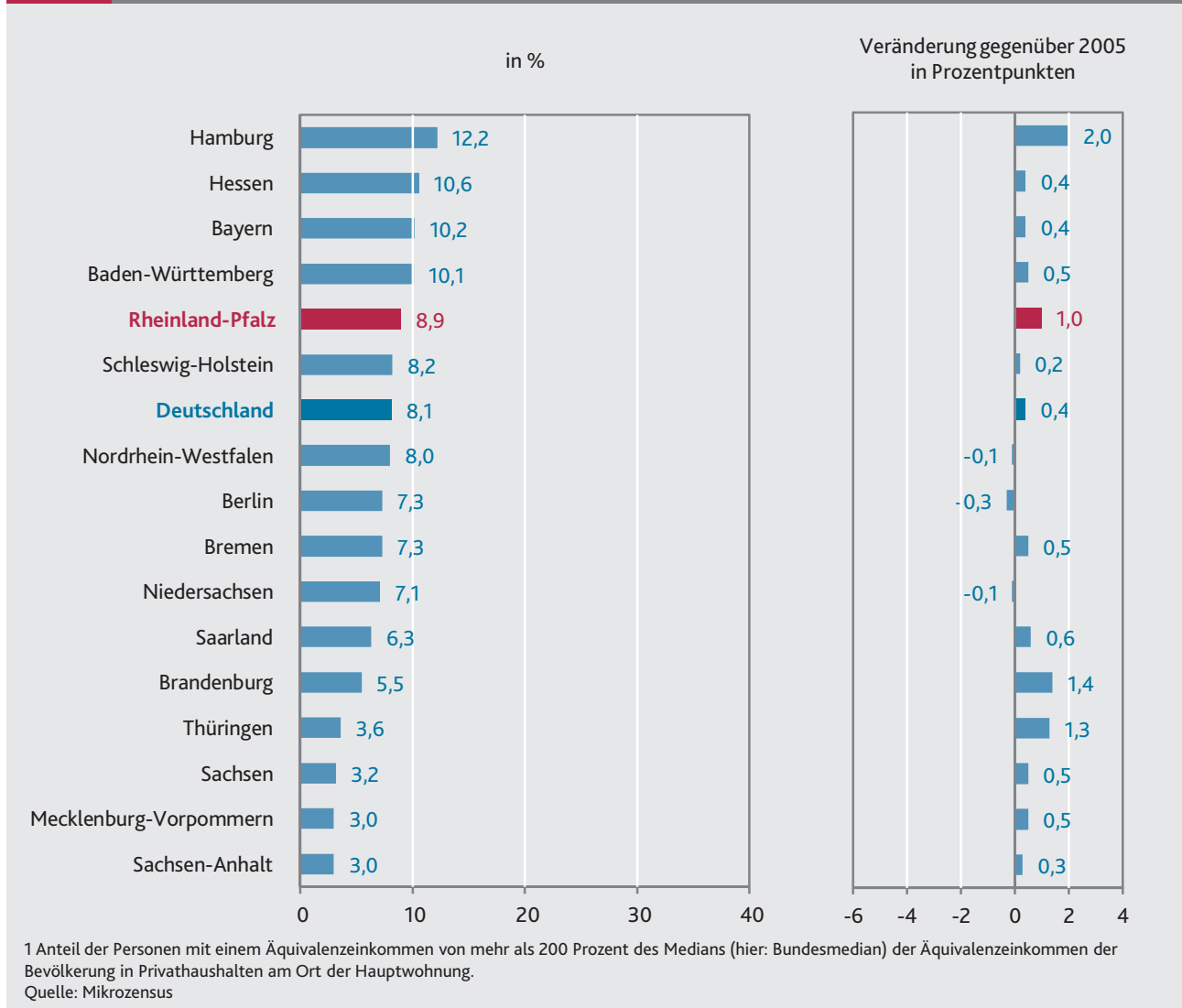
<sup>1</sup> Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Medians (hier: Bundesmedian) der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.  
Quelle: Mikrozensus

### Überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten bei Jüngeren und Älteren

Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich, dass junge Menschen, die sich oft noch in der Ausbildung befinden dürften, in erhöhtem Maß von Armut bedroht sind. Für die unter 18-Jährigen ergibt sich für das Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz eine Quote von 19 Prozent. Deutlich weniger waren die Jugendlichen in Bayern mit knapp zwölf Prozent betroffen. In Bremen dagegen fiel fast jede bzw. jeder Dritte in dieser Altersgruppe unter die Armutsgefährdungsschwelle.

Auch die Älteren ab 65 Jahren wiesen 2011 in Rheinland-Pfalz mit fast 17 Prozent eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Das ist der höchste Wert im Ländervergleich. Besonders die Frauen in dieser Altersgruppe waren von Armut bedroht (20 Prozent), während die Quote der gleichaltrigen Männer deutlich niedriger lag (13 Prozent). Hier dürften unterbrochene Erwerbsbiografien der Frauen – z. B. durch Kindererziehungszeiten oder Pflege von Angehörigen – eine Rolle spielen.

## G 17 Einkommensreichumsquote<sup>1</sup> 2011

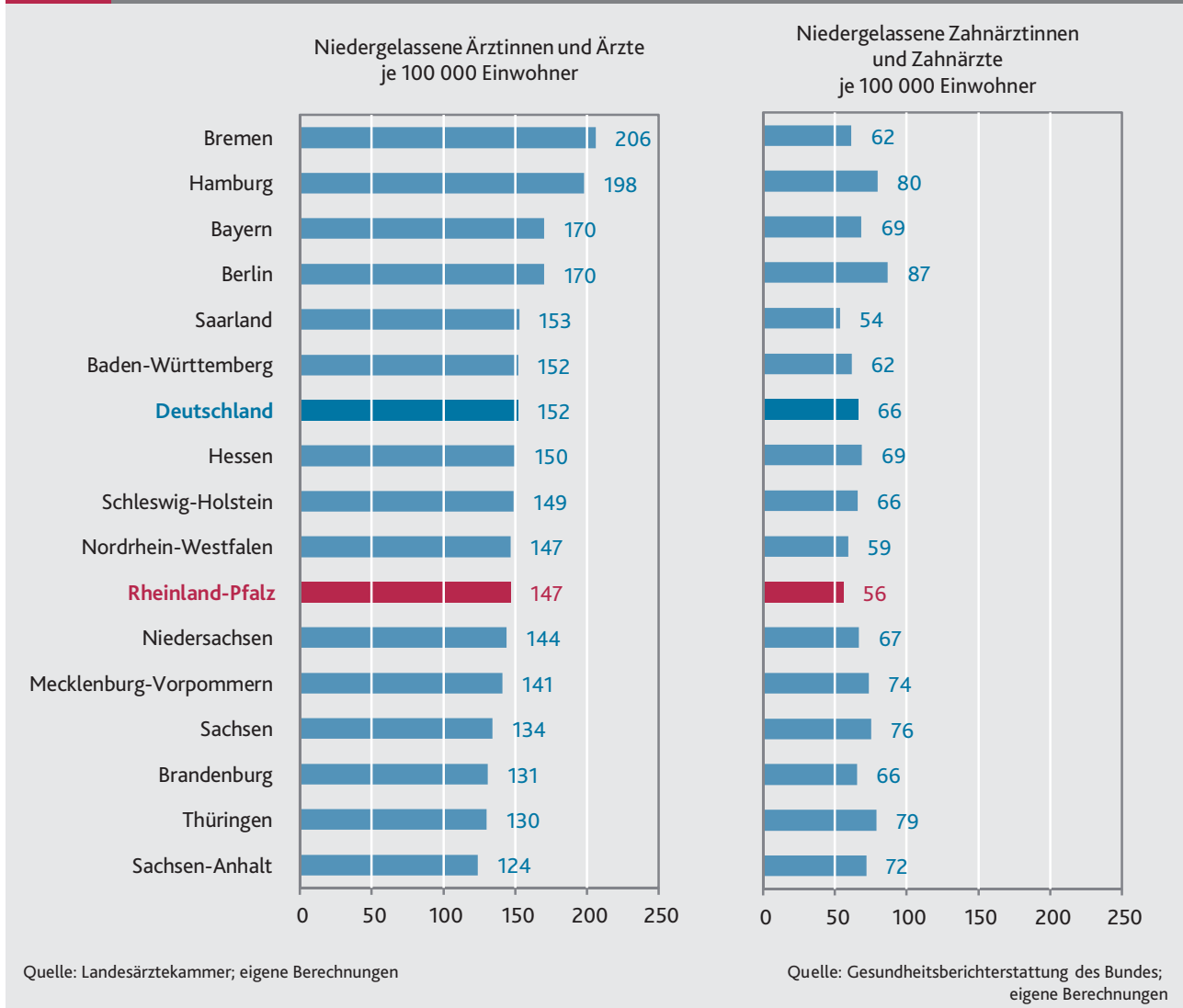


### In Rheinland-Pfalz leben überdurchschnittlich viele Menschen mit hohem Einkommen

Als Gegenstück zur Armutsgefährdungsquote ist die Einkommensreichumsquote anzusehen. Diese stellt den Anteil der Bevölkerung dar, dessen Einkommen mehr als 200 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet liegt der 200-Prozent-Wert für einen Einpersonenhaushalt bei 2 827 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnet sich ein Betrag von 5 936 Euro.

Im Jahr 2011 lag der Anteil der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit einem Einkommen über der 200-Prozent-Marke bei 8,9 Prozent. Im Vergleich der Bundesländer bedeutet dies Platz fünf. Die höchste Einkommensreichumsquote wird in Hamburg mit gut zwölf Prozent erreicht. Am niedrigsten war die Quote in den neuen Ländern. In Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt hatten nur drei Prozent der Bevölkerung Einkommen in der entsprechenden Größenordnung.

## G 18 Niedergelassene Ärztinnen bzw. Ärzte und Zahnärztinnen und Zahnärzte 2011



### Unterdurchschnittliche Arzt- und Zahnärztdichte in Rheinland-Pfalz

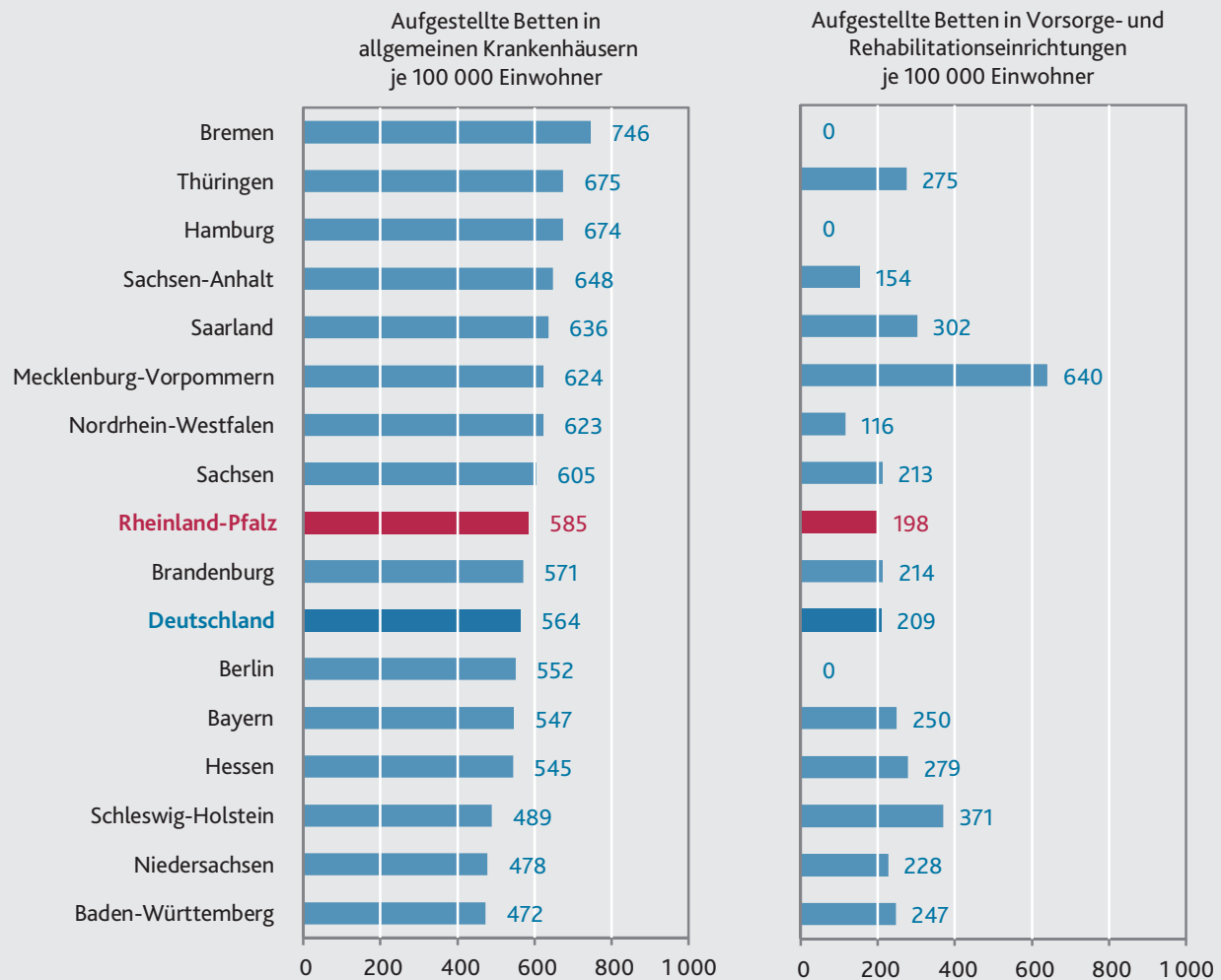
In Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 2011 auf 100 000 Einwohner 147 niedergelassene Ärztinnen und Ärzte. Damit liegt der Versorgungsgrad hierzulande etwas niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt (152 Ärztinnen bzw. Ärzte je 100 000 Einwohner). Die mit Abstand höchste Arztdichte verzeichneten die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg.

Im bundesweiten Mittel wurden 100 000 Einwohner von 66 niedergelassenen Zahnärztinnen und -ärzten versorgt. Spitzenreiter war Berlin mit 87 Zahnärztinnen bzw. -ärzten je 100 000 Einwohner. In Rheinland-Pfalz standen 56 Zahnärztinnen und -ärzte je 100 000 Einwohner zur Verfügung.

Zu den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten bzw. Zahnärztinnen und -ärzten werden nur solche gezählt, die eine eigene Praxis führen; in diesen Praxen oder in Krankenhäusern angestellte Ärztinnen und Ärzte bzw. Zahnärztinnen und Zahnärzte werden nicht berücksichtigt.

G 19

**Aufgestellte Betten in allgemeinen Krankenhäusern sowie in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2011**



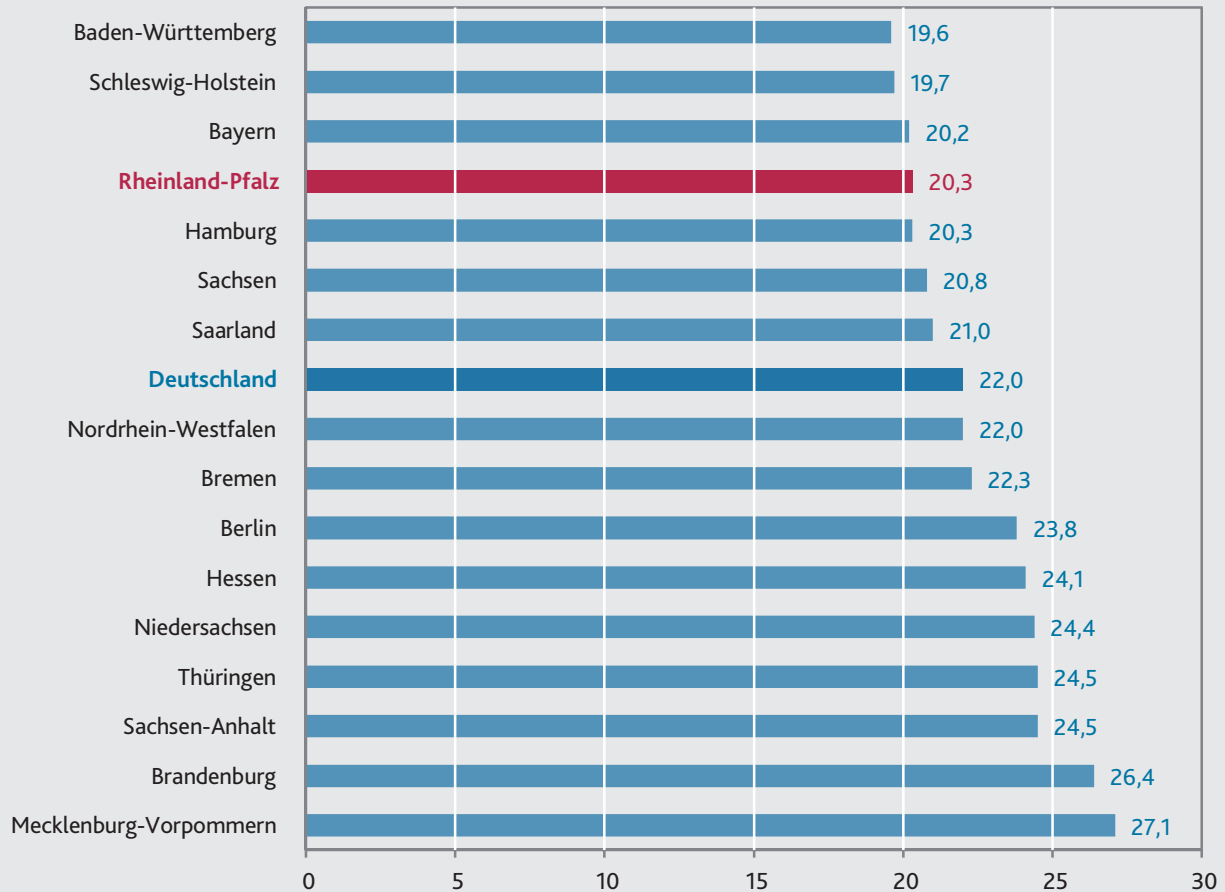
Quelle: Krankenhausstatistik

**Langfristig deutlicher Bettenabbau in Krankenhäusern**

Den Patientinnen und Patienten in Rheinland-Pfalz standen 2011 insgesamt 25 375 Betten in Krankenhäusern zur Verfügung. Bezogen auf 100 000 Einwohner lag der Bestand bei 585 Betten. Damit ist die Bettendichte in Rheinland-Pfalz um 21 Betten höher als im Bundesdurchschnitt (564 Betten je 100 000 Einwohner). Im Vergleich zum Jahr 2000 ist die Bettenkapazität in fast allen Bundesländern deutlich gesunken. In Rheinland-Pfalz war der Abbau weniger stark als deutschlandweit (–43 bzw. –73 Betten je 100 000 Einwohner). Reformen im Gesundheitswesen haben seit Anfang der 90er-Jahre bundesweit zu einem Bettenabbau in Krankenhäusern geführt.

Auch in den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen sind die Kapazitäten langfristig gesunken. Zuletzt belief sich die Bettendichte in Rheinland-Pfalz auf 198 aufgestellte Betten je 100 000 Einwohner. Im Bundesdurchschnitt waren es elf Betten mehr. Die mit Abstand höchste Bettendichte erreicht Mecklenburg-Vorpommern. Aufgrund der Küstennähe gibt es dort besonders viele Einrichtungen.

## G 20 Pflegequote 2011

Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung<sup>1</sup>  
in %

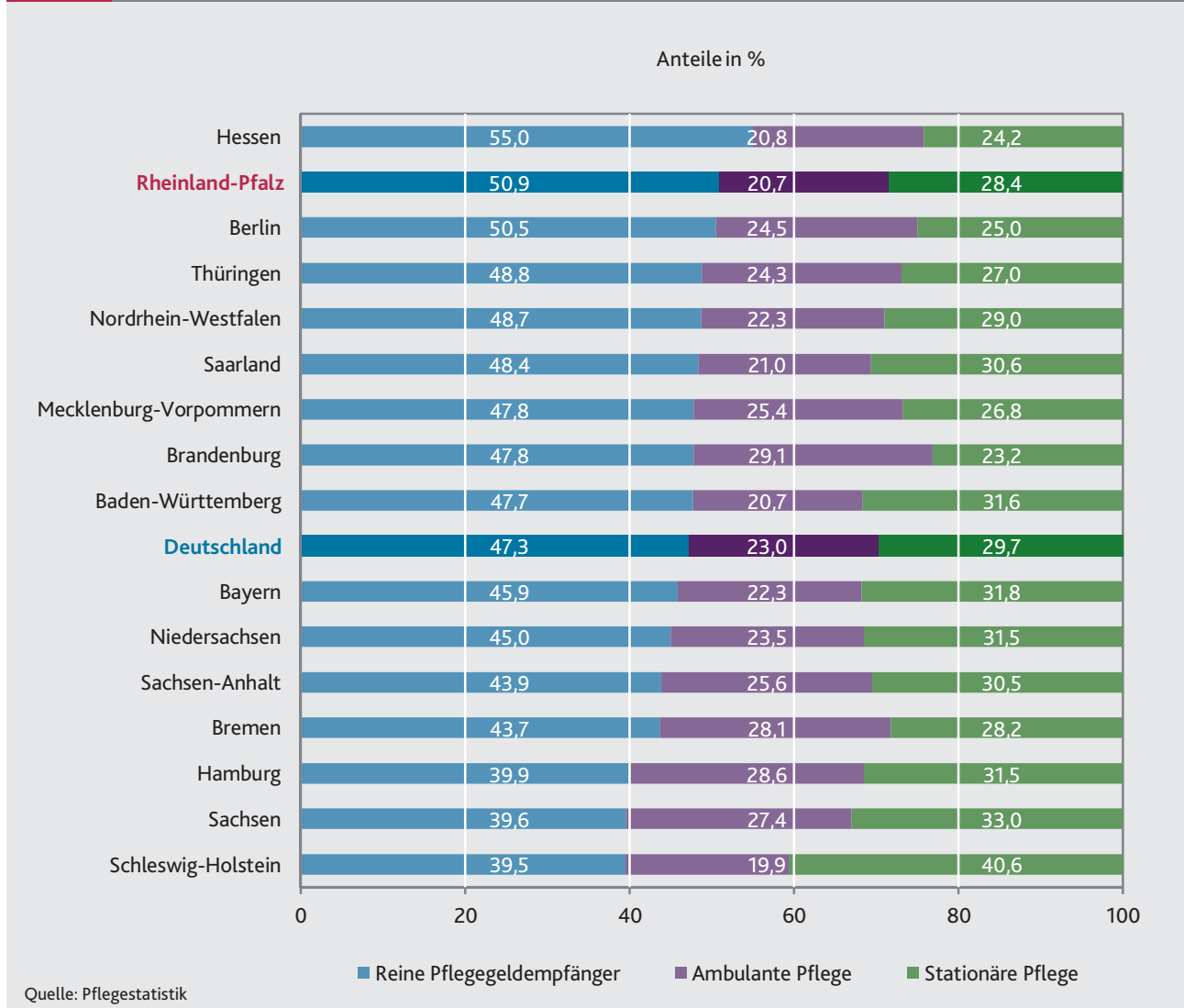
<sup>1</sup> Pflegebedürftige im Alter ab 75 Jahren an der Bevölkerung ab 75 Jahren.  
Quelle: Pflegestatistik

### Unterdurchschnittliche Pflegequote

Die Pflegequote der über 75-Jährigen setzt die Zahl der pflegebedürftigen Menschen im Alter ab 75 Jahren ins Verhältnis zur Einwohnerzahl dieses Alters. Mit dieser Kennzahl wird also der Anteil der älteren Bevölkerung gemessen, der pflegebedürftig ist und Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz erhält. Im Vergleich der Bundesländer sind große regionale Unterschiede zu erkennen, die nicht zuletzt auf Unterschiede in der Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen sind.

Im Jahr 2011 waren im bundesweiten Durchschnitt 22 Prozent der Einwohner im Alter ab 75 Jahren pflegebedürftig. Rheinland-Pfalz hatte mit einer Quote von gut 20 Prozent gemeinsam mit Hamburg den vierten Rang unter den Bundesländern inne. In Baden-Württemberg war die Zahl der Pflegebedürftigen bezogen auf die Einwohnerzahl am geringsten. Die höchste Pflegequote bei den über 75-Jährigen verzeichneten die ostdeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit 27 bzw. 26 Prozent.

## G 21 Pflegebedürftige 2011 nach Art der Versorgung

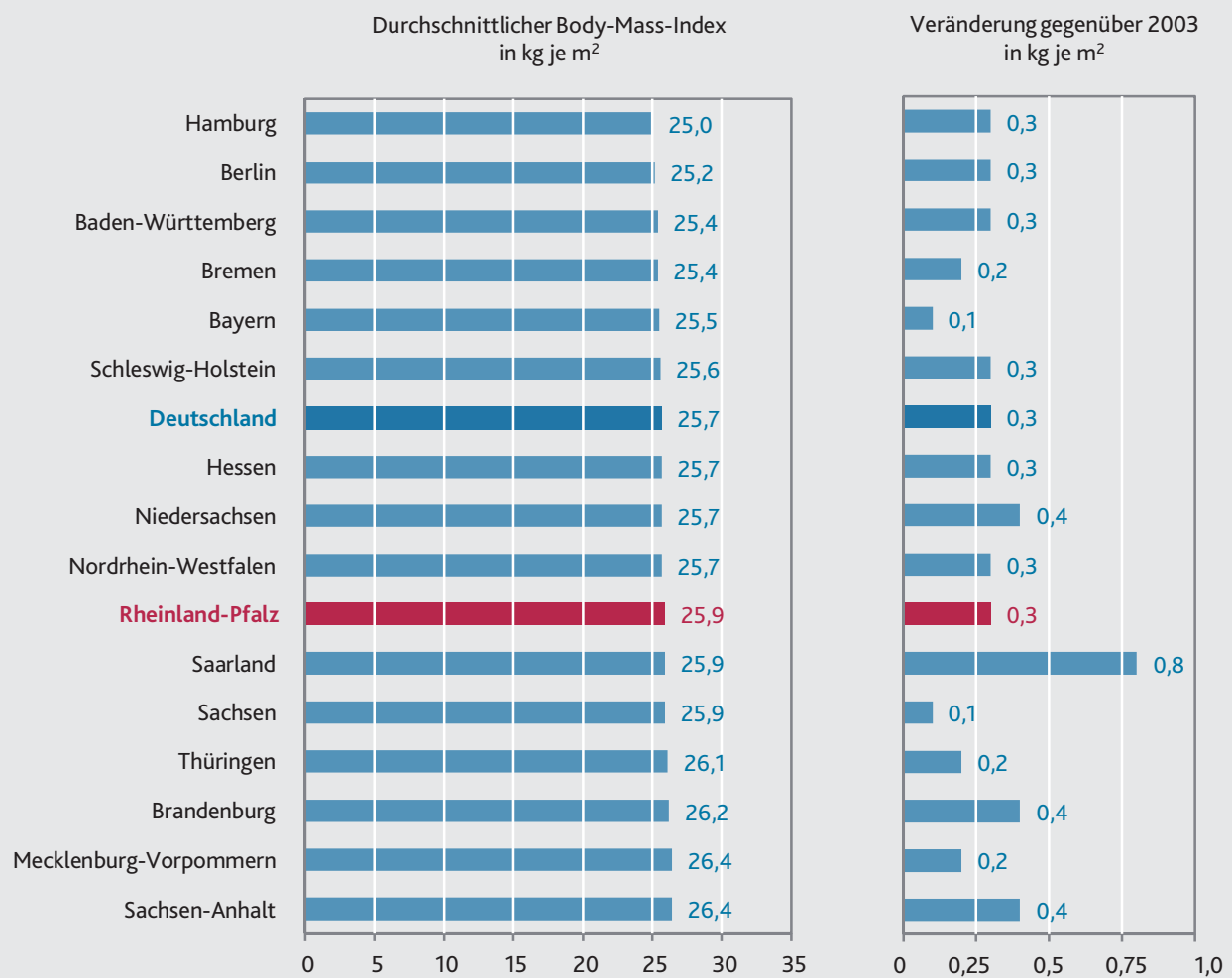


### Rund 72 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt

Zu den Pflegebedürftigen werden nur solche Personen gezählt, die Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) erhalten. Je nach Inanspruchnahme der pflegerischen Leistungen werden die Personen den drei Versorgungsarten reine Pflegegeldempfänger, ambulante bzw. stationäre Pflege zugeordnet.

In Rheinland-Pfalz erhielt 2011 gut die Hälfte der Pflegebedürftigen ausschließlich finanzielle Unterstützung. Nur in Hessen war der Anteil der reinen Pflegegeldempfänger höher (55 Prozent). Rund 21 Prozent der Pflegebedürftigen befanden sich in ambulanter Pflege. Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 72 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt, 28 Prozent wurden stationär betreut. Bundesweit wurden 30 Prozent der Pflegebedürftigen in Heimen versorgt. Deutlich überschritten wird dieser Durchschnittswert in Schleswig-Holstein (41 Prozent). In Brandenburg werden mit 23 Prozent die wenigsten pflegebedürftigen Menschen stationär betreut.

## G 22 Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren 2009



Quelle: Mikrozensus

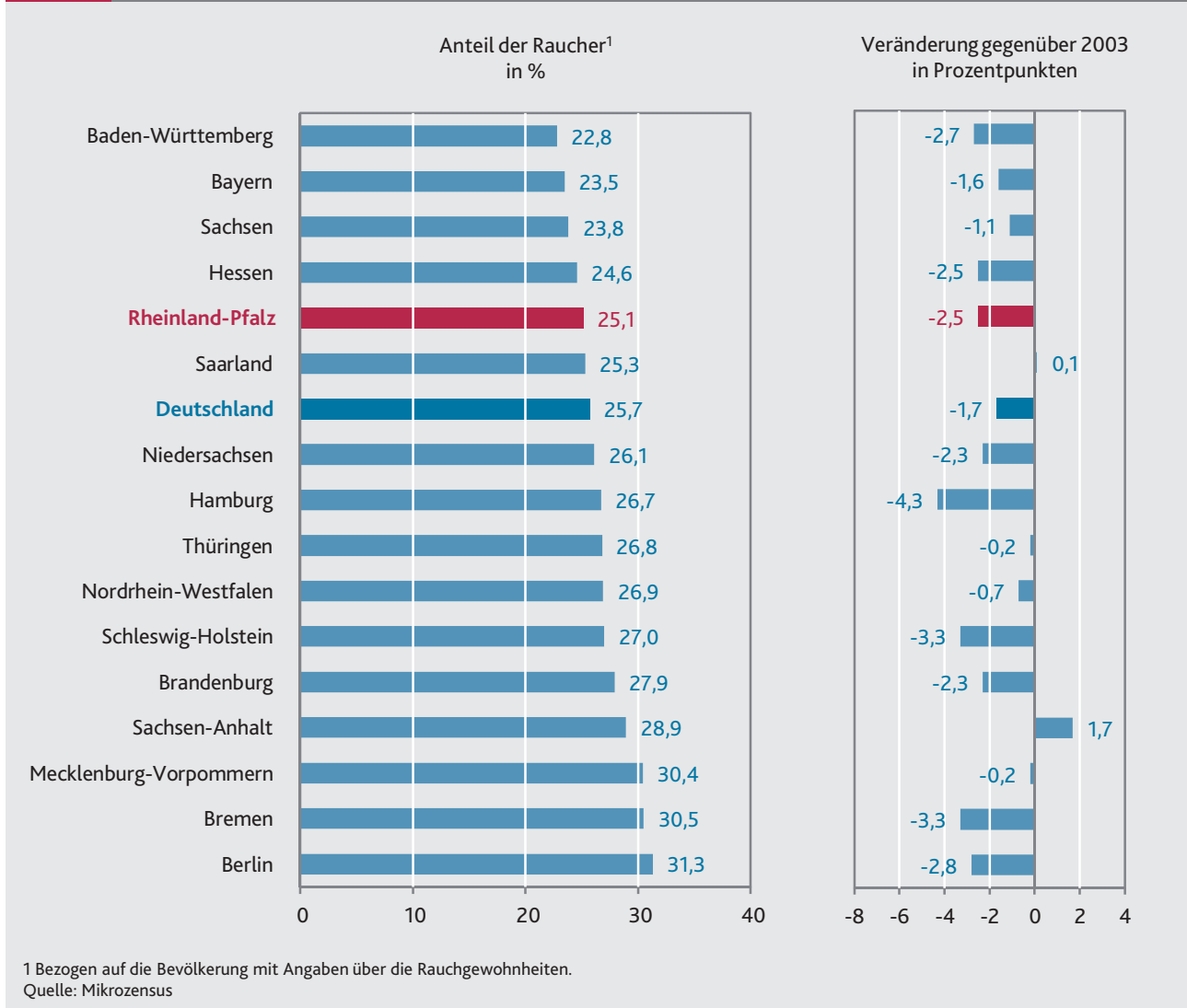
### Mehr als jeder zweite Erwachsene in Rheinland-Pfalz hat Übergewicht

Übergewicht wird nach dem sogenannten Body-Mass-Index (BMI) bestimmt. Der Index wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, Werte über 30 gelten als starkes Übergewicht.

Im Jahr 2009 lag der durchschnittliche Body-Mass-Index in Rheinland-Pfalz bei 25,9. Insgesamt 53 Prozent der Erwachsenen – 62 Prozent der Männer und 45 Prozent der Frauen – waren übergewichtig. Im Bundesdurchschnitt war der Body-Mass-Index mit 25,7 etwas niedriger. Rund 51 Prozent der Erwachsenen hatten Übergewicht – 60 Prozent der Männer und 43 Prozent der Frauen.

Übergewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet, wobei der Anteil der Übergewichtigen mit zunehmendem Alter steigt.

**G 23** Rauchgewohnheiten der Bevölkerung ab 15 Jahren 2009

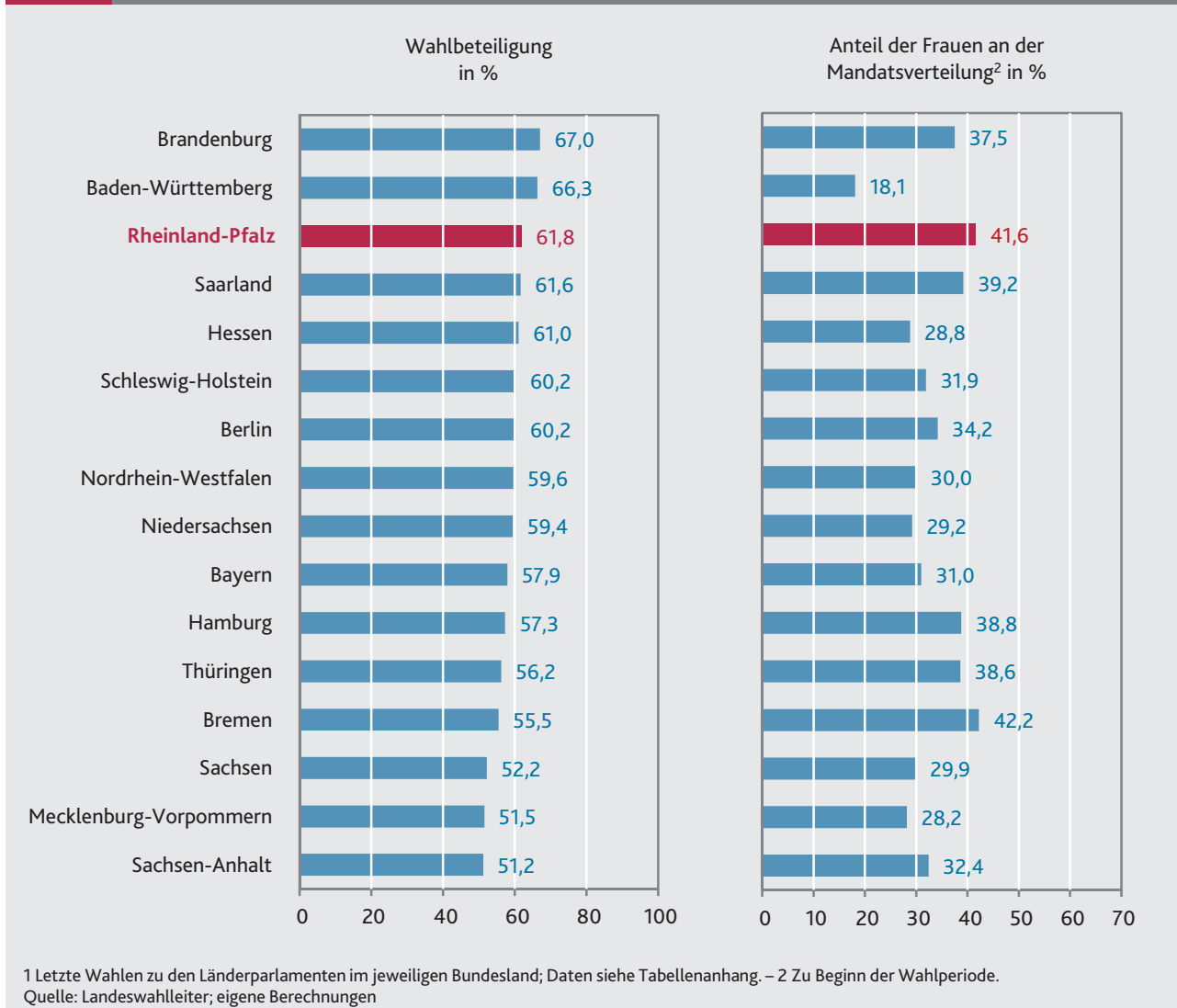


**Drei Viertel der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer rauchen nicht**

In Rheinland-Pfalz waren 2009 drei Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner über 15 Jahren Nicht-raucher. Rund 54 Prozent haben noch nie geraucht, knapp 21 Prozent waren ehemalige Raucher. Bei den Frauen liegt der Anteil der Nichtraucher mit 79 Prozent etwas höher als bei den Männern mit 71 Prozent. Von den aktiven Raucherinnen und Rauchern quantifizierte der Großteil (78 Prozent) den täglichen Konsum mit fünf bis 20 Zigaretten.

Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil der Raucherinnen und Raucher bei 26 Prozent. Der geringste Anteil wurde mit 23 Prozent in Baden-Württemberg registriert. In der Bundeshauptstadt Berlin gaben dagegen mehr als 31 Prozent der Befragten an, regelmäßig zu rauchen. Im Vergleich zum Jahr 2003 ist der Anteil der Raucherinnen und Raucher in fast allen Bundesländern gesunken. In Sachsen-Anhalt erhöhte sich der Anteil dagegen um 1,7 Prozent, im Saarland wurde ein leichter Anstieg registriert (+0,1 Prozentpunkte).



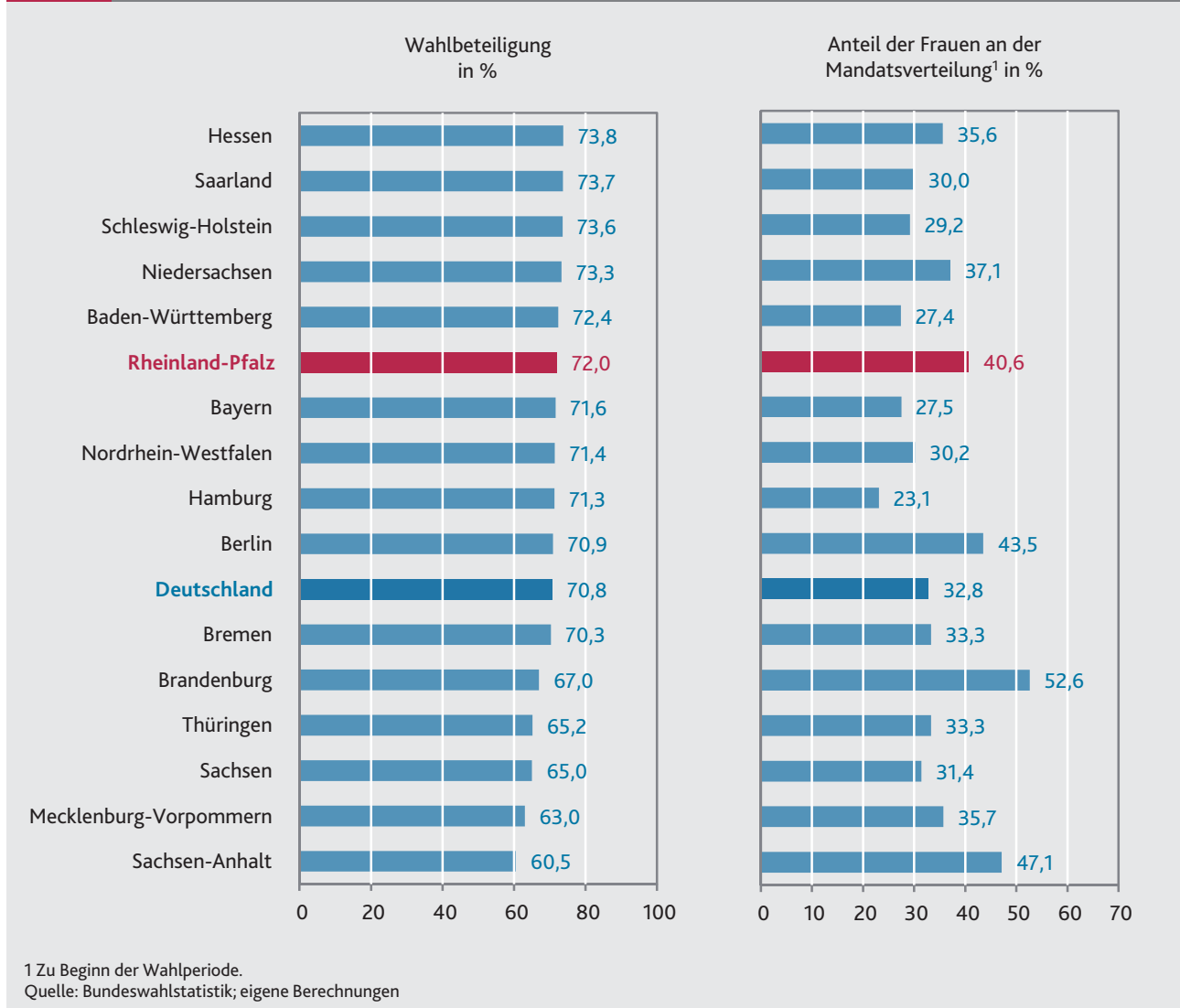
G 24 Landtagswahlen<sup>1</sup>

### Überdurchschnittlicher Frauenanteil im rheinland-pfälzischen Landtag

Bei der letzten Wahl zum rheinland-pfälzischen Landtag im Jahr 2011 stimmten knapp 62 Prozent aller Wahlberechtigten ab. Das bedeutet Rang drei im Ländervergleich. Da die Wahlen zu den Länderparlamenten in unterschiedlichen Jahren stattfinden, wurde für die Gegenüberstellung die jeweils letzte Wahl herangezogen. Gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl 2006 stieg die Wahlbeteiligung in Rheinland-Pfalz um 3,6 Prozentpunkte. Am höchsten war die Wahlbeteiligung mit 67 Prozent zuletzt in Brandenburg, am geringsten mit rund 51 Prozent in Sachsen-Anhalt.

Knapp 42 Prozent der Mandate gingen 2011 in Rheinland-Pfalz an Frauen. Damit belegt Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer Platz zwei knapp hinter Bremen. Relativ hohe Frauenanteile gibt es auch im Saarland, in Hamburg, Thüringen und Brandenburg. Den mit Abstand geringsten Anteil an Mandatsträgerinnen hatte Baden-Württemberg; hier gingen nur 18 Prozent der Parlamentssitze an Politikerinnen.

G 25 Bundestagswahl 2009

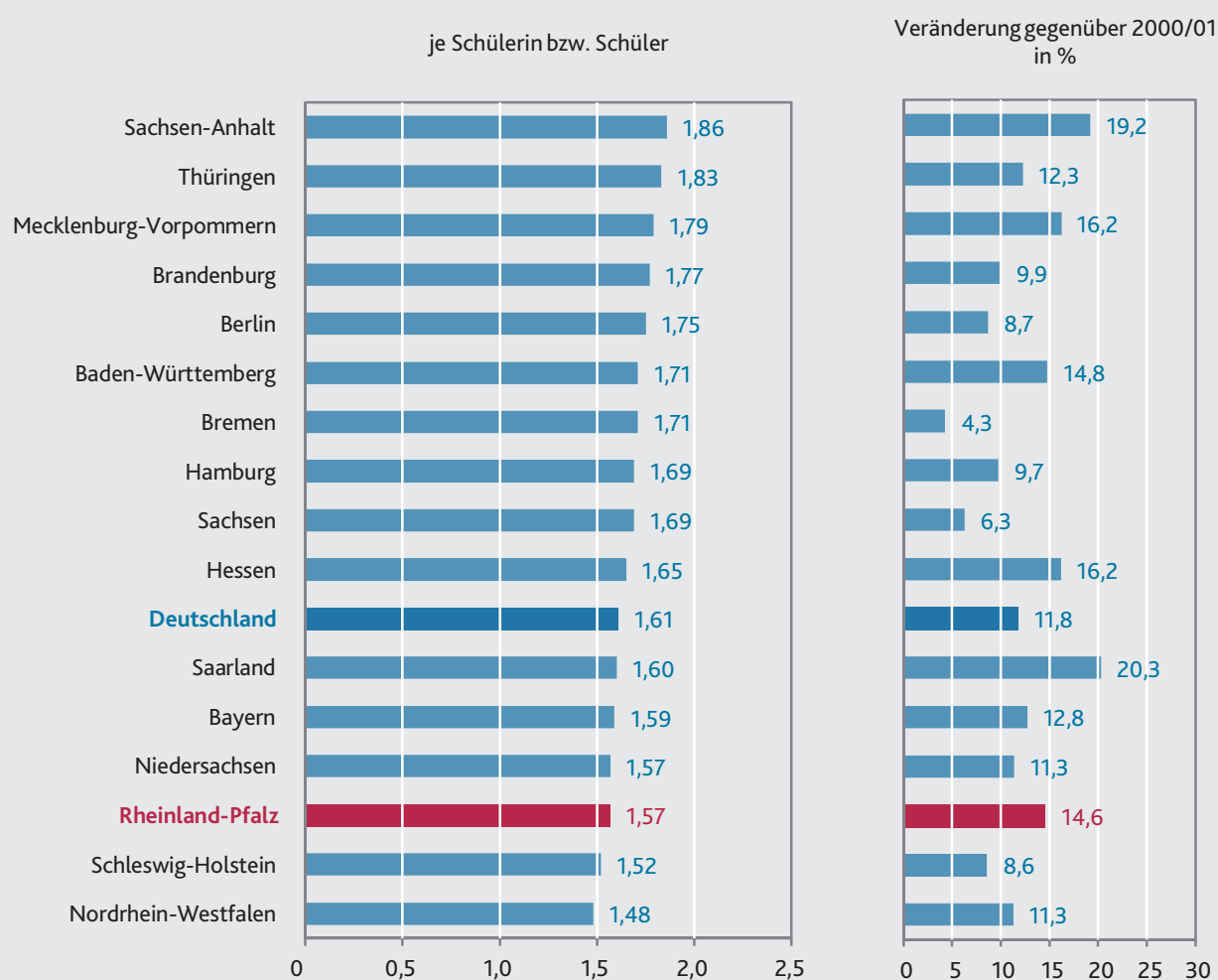


**Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 so niedrig wie nie zuvor**

An der Bundestagswahl 2009 beteiligten sich lediglich knapp 71 Prozent der Wahlberechtigten und damit so wenig wie nie zuvor an einer Wahl zum Deutschen Bundestag. In Rheinland-Pfalz machten noch überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch. Eine Wahlbeteiligung von 72 Prozent bedeutet Platz sechs im Ländervergleich. Die höchste Wahlbeteiligung erreichte Hessen mit fast 74 Prozent. Am wenigsten gingen die Menschen in den neuen Ländern zur Wahl: In Sachsen-Anhalt stimmten nur 60,5 Prozent ab. Im Schnitt sank die Wahlbeteiligung im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 um 6,9 Prozentpunkte.

Die 622 Sitze im Deutschen Bundestag sind zu einem Drittel mit Frauen besetzt. Von den Mandatsträgern aus Rheinland-Pfalz sind knapp 41 Prozent weiblich. Das ist im Vergleich der Länder Platz vier. Am höchsten ist der Frauenanteil mit fast 53 Prozent unter den brandenburgischen Mandatsträgern, die wenigsten Frauen entsendet mit lediglich 23 Prozent Hamburg.

## G 26 Unterrichtsstunden an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2011/12



Quelle: Statistisches Bundesamt

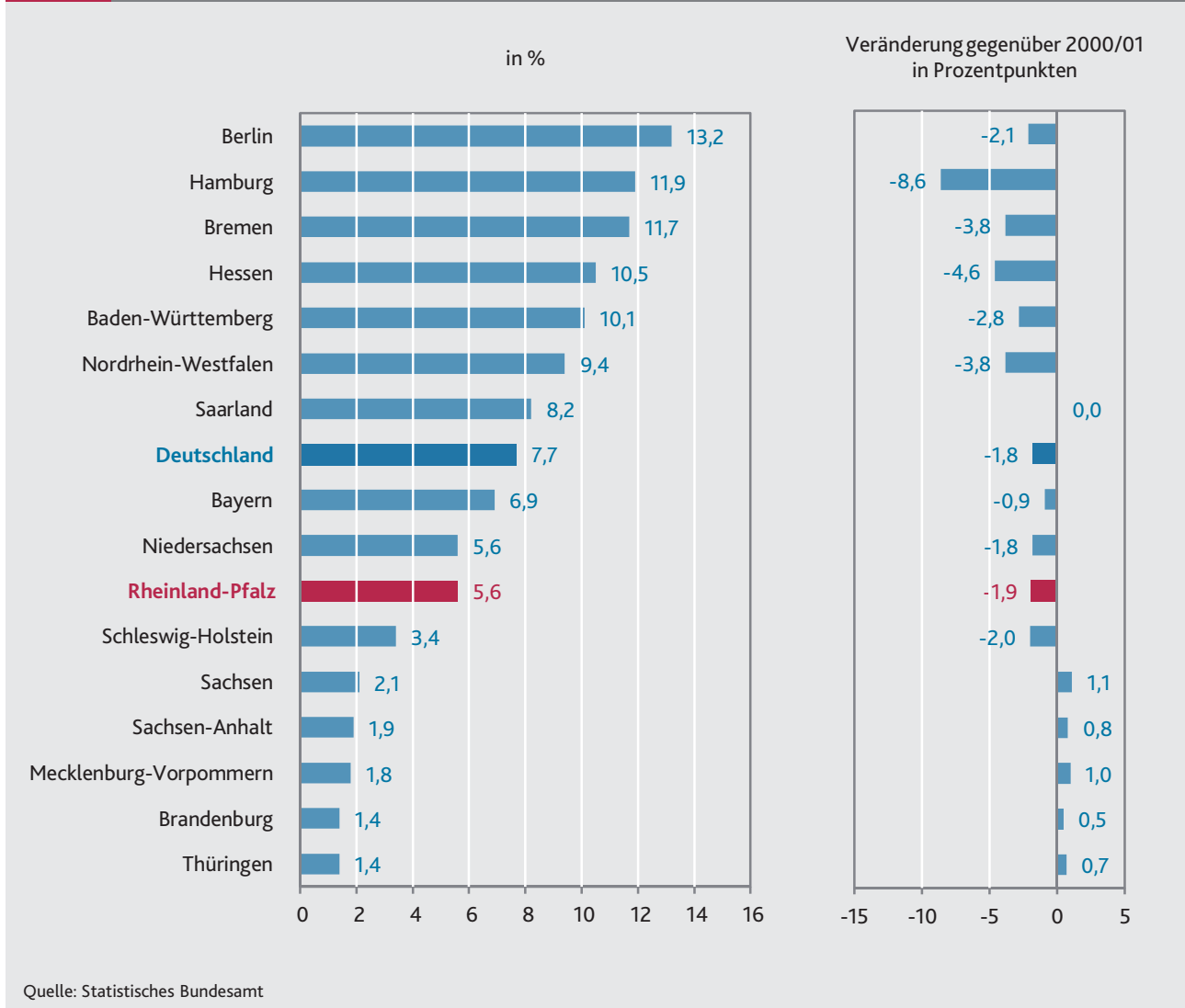
### Zahl der Unterrichtsstunden je Schülerin bzw. Schüler deutlich gestiegen

Aus den Daten der Schulstatistik können verschiedene Relationen zur Beurteilung der Bildungssituation ermittelt werden. Durch den Bezug der pro Woche insgesamt erteilten Unterrichtsstunden auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler lässt sich ein Indikator zur Unterrichtsversorgung ableiten. Die Relation drückt aus, wie viele Stunden Unterricht jede Schülerin bzw. jeder Schüler wöchentlich erteilt bekommen könnte, wenn ausschließlich Einzelunterricht gegeben würde.

An allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz wurden im Schuljahr 2011/12 pro Woche 1,57 Unterrichtsstunden je Schülerin bzw. Schüler erteilt. Der Wert lag leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Der höchste Wert wurde für Sachsen-Anhalt ermittelt (1,86 Stunden), der niedrigste für Nordrhein-Westfalen (1,48 Stunden). Ein Vergleich der Relation mit dem Schuljahr 2000/01 zeigt, dass die Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz mit einem Plus von 15 Prozent stärker gestiegen ist als im Durchschnitt aller Länder (+12 Prozent).

G 27

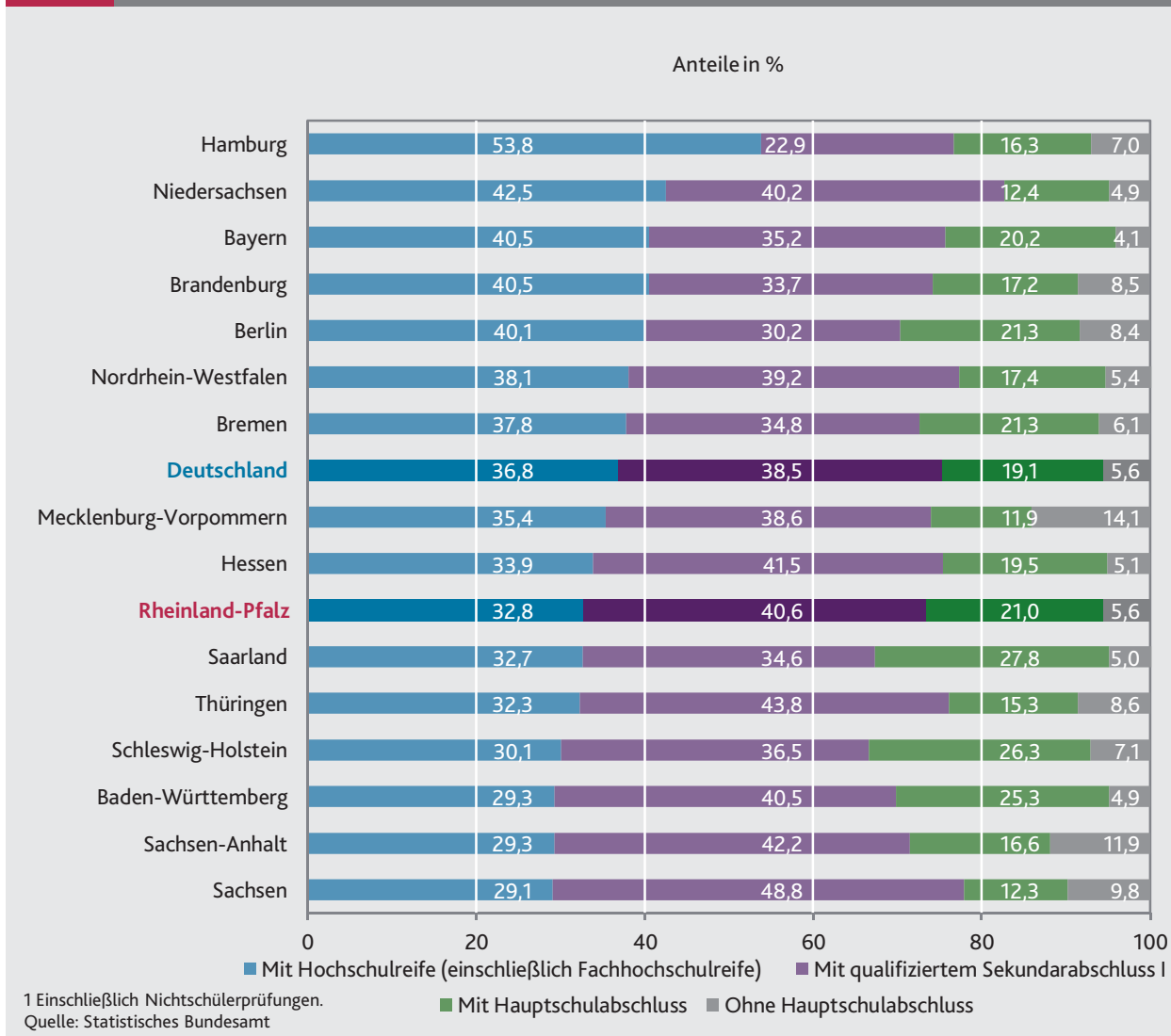
Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2011/12



### Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler leicht rückläufig

Im Schuljahr 2011/12 wurden an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz etwa 24 800 ausländische Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Bei mehr als 442 300 Schülerinnen und Schülern entsprach dies einem Anteil von 5,6 Prozent. Dieser Wert ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (7,7 Prozent) verhältnismäßig gering. Den höchsten Anteil wies Berlin auf (13 Prozent), vor den Hansestädten Hamburg und Bremen (jeweils zwölf Prozent).

Gegenüber dem Schuljahr 2000/01 ist der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz um 1,9 Prozentpunkte zurückgegangen. In Deutschland sank der Anteil im gleichen Zeitraum um 1,8 Prozentpunkte. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zum 1. Januar 2000. Seither erwirbt ein Kind ausländischer Eltern bei Geburt automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seinen gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt seit mindestens acht Jahren in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.

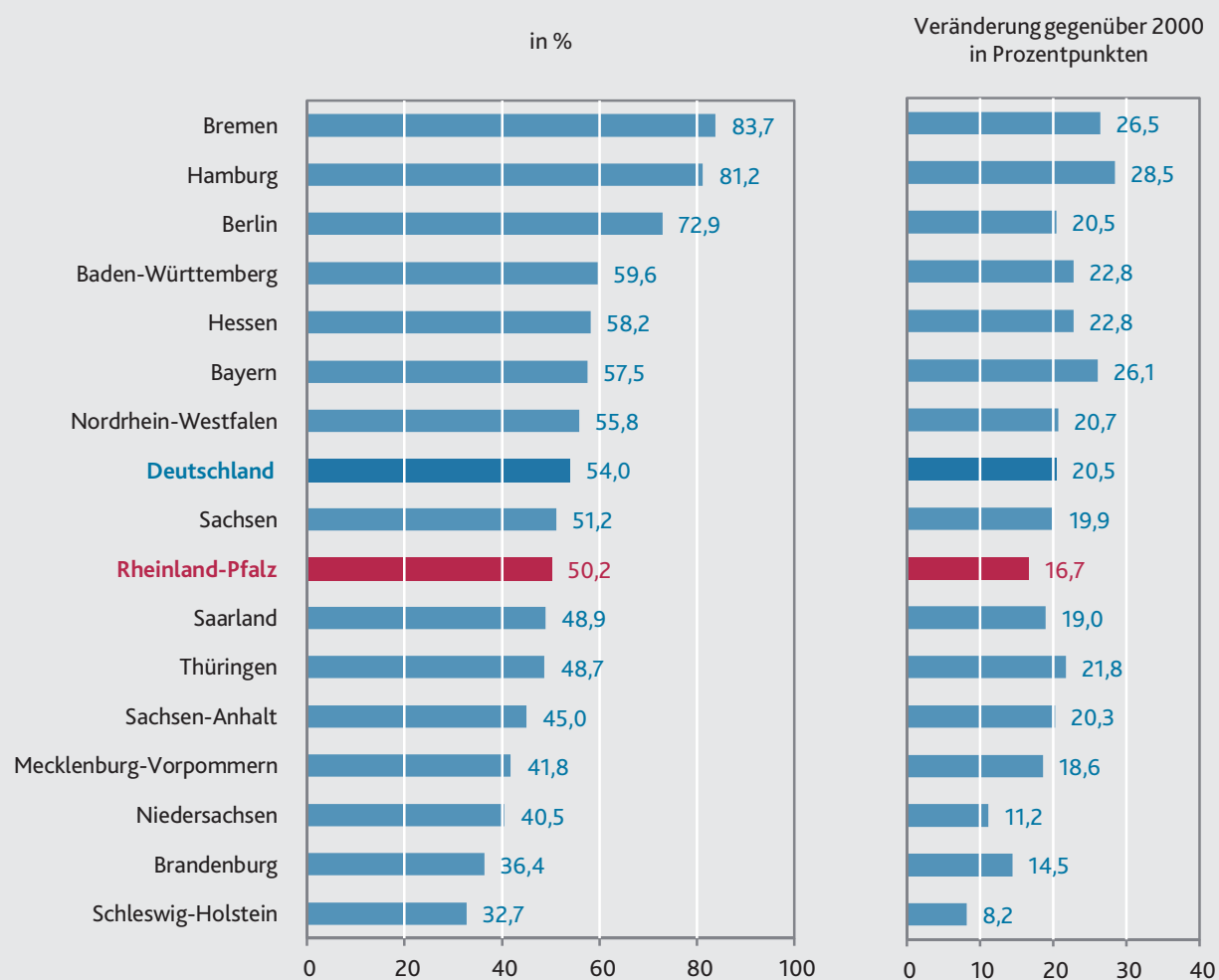
G 28 Schulabgänge<sup>1</sup> von allgemeinbildenden Schulen 2011 nach Abschlussart

### Drei von zehn Schülerinnen und Schülern erreichen die Hochschulreife

Die Zahl der Schulentlassungen – differenziert nach der Abschlussqualifikation – beschreibt das Potenzial der Ausbildungs- und Studienplatzbewerberinnen und -bewerber. In Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2011 der Anteil der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen mit Fachhochschul- bzw. allgemeiner Hochschulreife 33 Prozent. Bundesweit lag diese Quote mit 37 Prozent nur etwas höher. Weitere 41 Prozent der Schülerinnen und Schüler erreichten in Rheinland-Pfalz den qualifizierten Sekundarabschluss I („mittlere Reife“) und 21 Prozent den Hauptschulabschluss (Berufsreife). Fast sechs Prozent der Jugendlichen verließen das allgemeinbildende Schulsystem, ohne die Berufsreife erlangt zu haben.

Bei dieser Betrachtung ist jedoch zu berücksichtigen, dass ein nicht unerheblicher Teil von allgemeinbildenden Abschlüssen auch an berufsbildenden Schulen erreicht wird. In Rheinland-Pfalz legten im Jahr 2011 etwa 16 Prozent der Absolventinnen und Absolventen mit qualifiziertem Sekundarabschluss I ihre Prüfung an einer berufsbildenden Schule ab; bei denen mit Hochschulreife waren es sogar mehr als 38 Prozent.

**G 29 Studienanfängerquote 2011<sup>1</sup> nach Land des Studienortes**



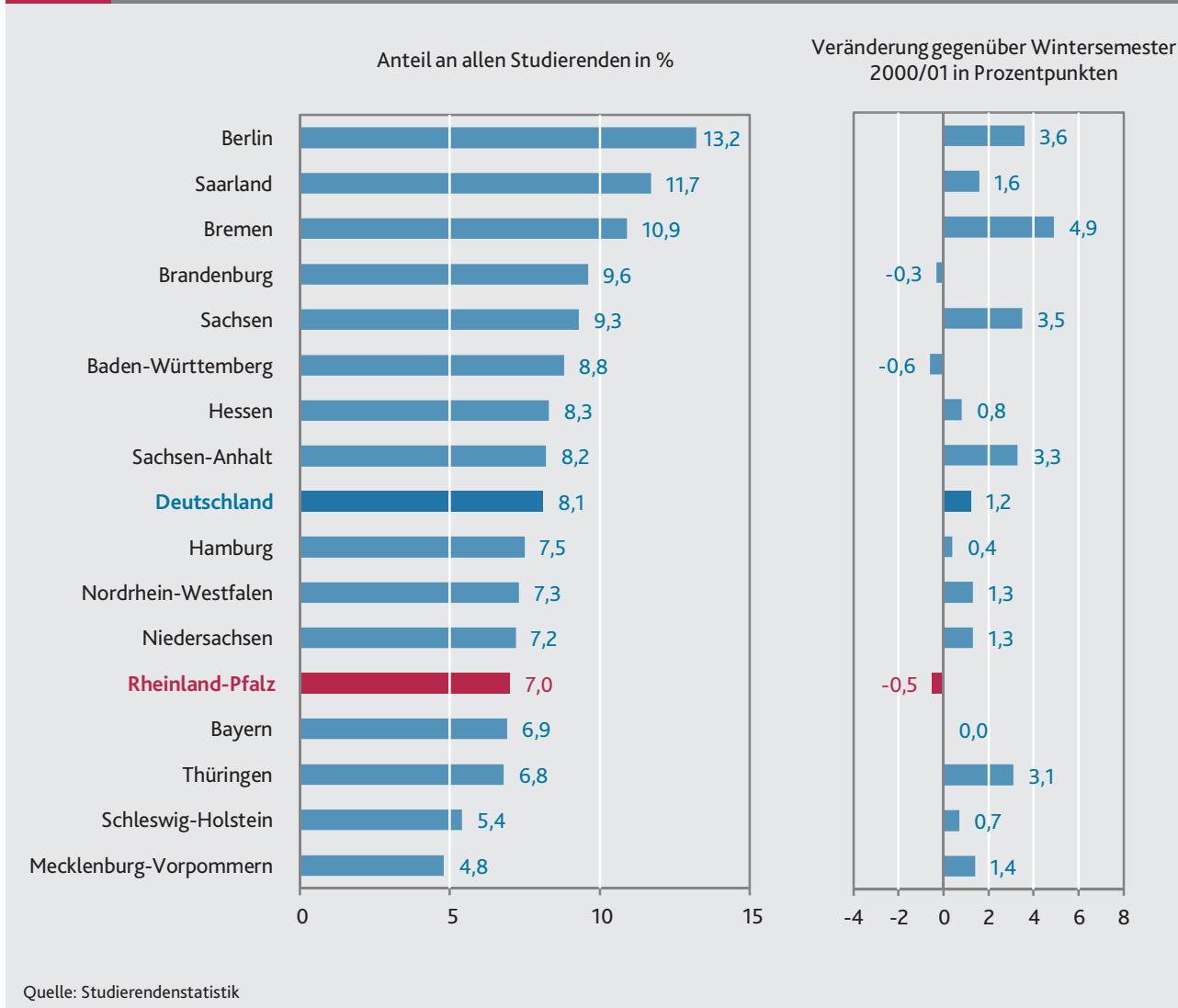
<sup>1</sup> Studienjahr 2011: Sommersemester 2011 und Wintersemester 2011/2012.  
 Quellen: Studierendenstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

**Anhaltender Anstieg der Studienanfängerquote**

Zur Ermittlung der Studienanfängerquote eines Jahres werden die Studierenden im ersten Hochschulsemester, und zwar die des Sommer- und die des nachfolgenden Wintersemesters, auf die Bevölkerung des entsprechenden Alters im Land des Studienortes bezogen (Quotensummenverfahren). Dies entspricht einem von der OECD entwickelten Verfahren. Die Studienanfängerquote ist ein wichtiger Indikator für die Hochschulplanung.

Für Rheinland-Pfalz ergab sich bei 24 180 Studienanfängerinnen und Studienanfängern im Jahr 2011 eine Quote von 50 Prozent (Deutschland: 54 Prozent). Gegenüber dem Studienjahr 2000 erhöhte sich die Studienanfängerquote in Rheinland-Pfalz um 17 Prozentpunkte. Hintergrund für den Anstieg der Quote ist die demografische Entwicklung und ein geändertes Bildungsverhalten sowie im Jahr 2011 die Aussetzung der Wehrpflicht und doppelte Abiturjahrgänge in einigen Bundesländern.

## G 30 Bildungsausländerinnen und -ausländer im Wintersemester 2011/12



### Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer kaum verändert

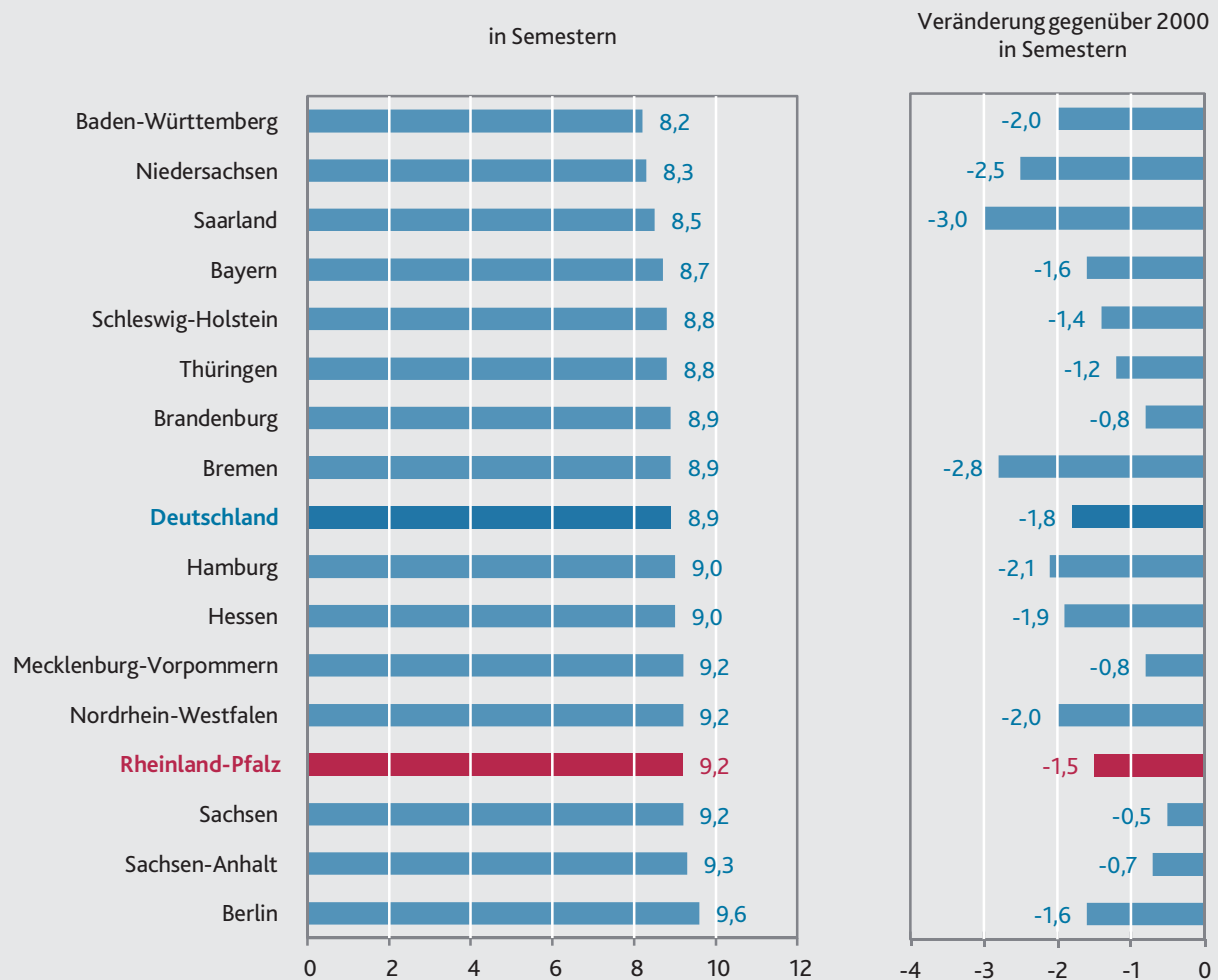
Als „Bildungsausländerin bzw. Bildungsausländer“ werden die ausländischen Studierenden bezeichnet, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erlangt haben. Ihr Anteil an der Zahl aller Studierenden gibt somit einen Anhaltspunkt für die Attraktivität eines Studienlandes aus der Sicht der anderen Nationen.

Im Wintersemester 2011/12 waren mehr als 8300 der gut 117100 Studierenden in Rheinland-Pfalz Bildungsausländerinnen bzw. -ausländer. Ihr Anteil lag mit sieben Prozent unter dem Bundesdurchschnitt (8,1 Prozent). Die höchsten Werte wurden in Berlin (13 Prozent) und im Saarland (zwölf Prozent) ermittelt, die niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (4,8 Prozent) und in Schleswig-Holstein (5,4 Prozent).

Bemerkenswert ist auch die Gesamtzahl der ausländischen Studierenden an den rheinland-pfälzischen Hochschulen: Etwa 11700 hatten eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit (zehn Prozent).

G 31

Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventinnen und -absolventen im Prüfungsjahr 2011



1 Prüfungsjahr 2011: Wintersemester 2010/2011 und Sommersemester 2011.  
Quelle: Prüfungsstatistik

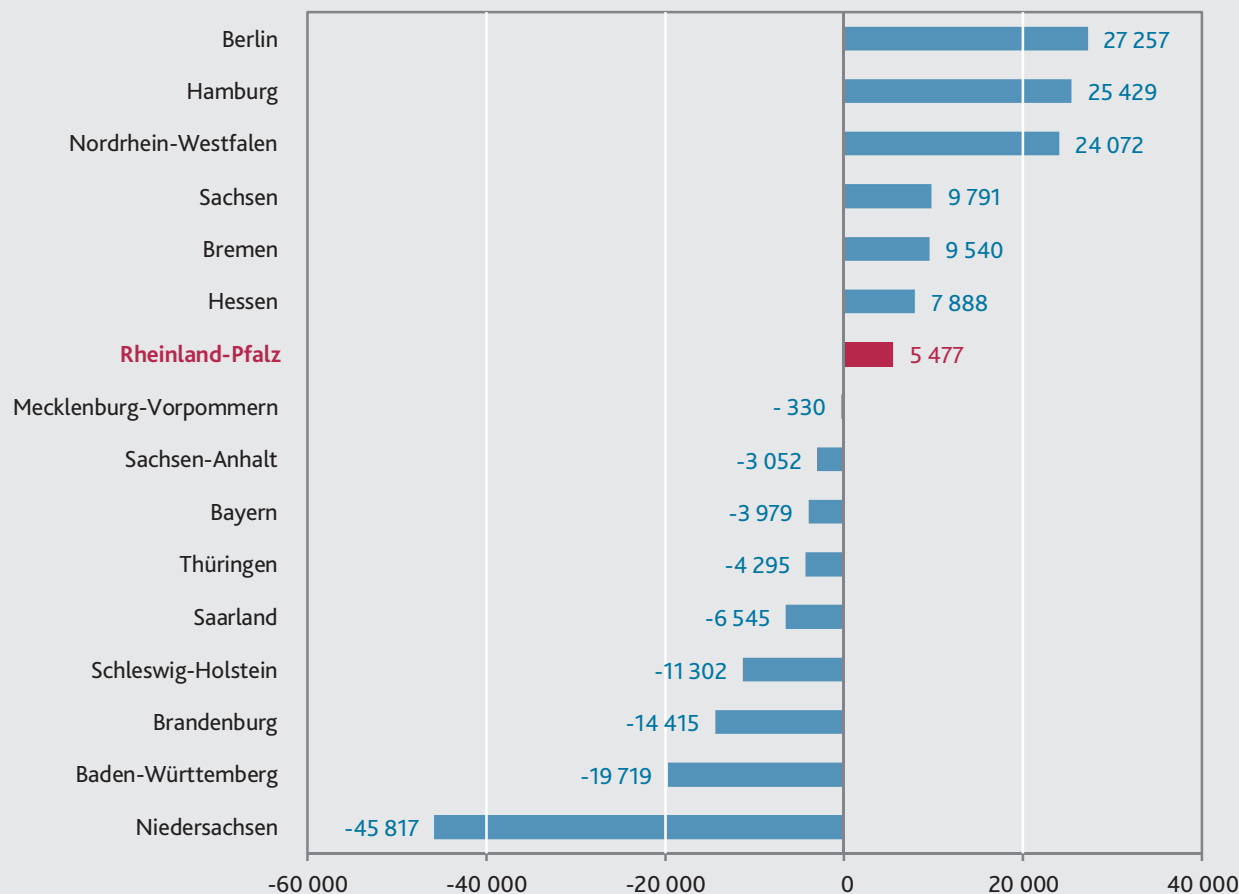
**Fast fünf Jahre auf dem Weg zum Studienabschluss**

Durchschnittlich 9,2 Fachsemester benötigten die deutschen Erstabsolventinnen und -absolventen an rheinland-pfälzischen Hochschulen, bis sie im Jahr 2011 die angestrebte Prüfung mit Erfolg bestanden. Damit lag ihre Fachstudiendauer über dem Bundesdurchschnitt (8,9 Fachsemester). Am schnellsten wurde in Baden-Württemberg (8,2 Fachsemester) sowie in Niedersachsen (8,3 Fachsemester) studiert. Gegenüber dem Prüfungsjahr 2000 verkürzte sich die Studienzzeit in allen Bundesländern. Hintergrund hierfür ist die Zunahme der Bachelor- und Masterstudiengänge, die durch ihre kürzere Regelstudienzeit deutlich früher zum Abschluss führen als die „klassischen“ Universitäts- und Fachhochschulstudiengänge.

Die meisten bestandenen Abschlussprüfungen gab es 2011 in Rheinland-Pfalz in den Fächergruppen der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (35 Prozent) sowie der Sprach- und Kulturwissenschaften (23 Prozent). Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen von MINT-Fächern, also Fächern der Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, lag im Prüfungsjahr 2011 bei 31 Prozent.



## G 32 Wanderungssaldo der Studierenden im Wintersemester 2011/12



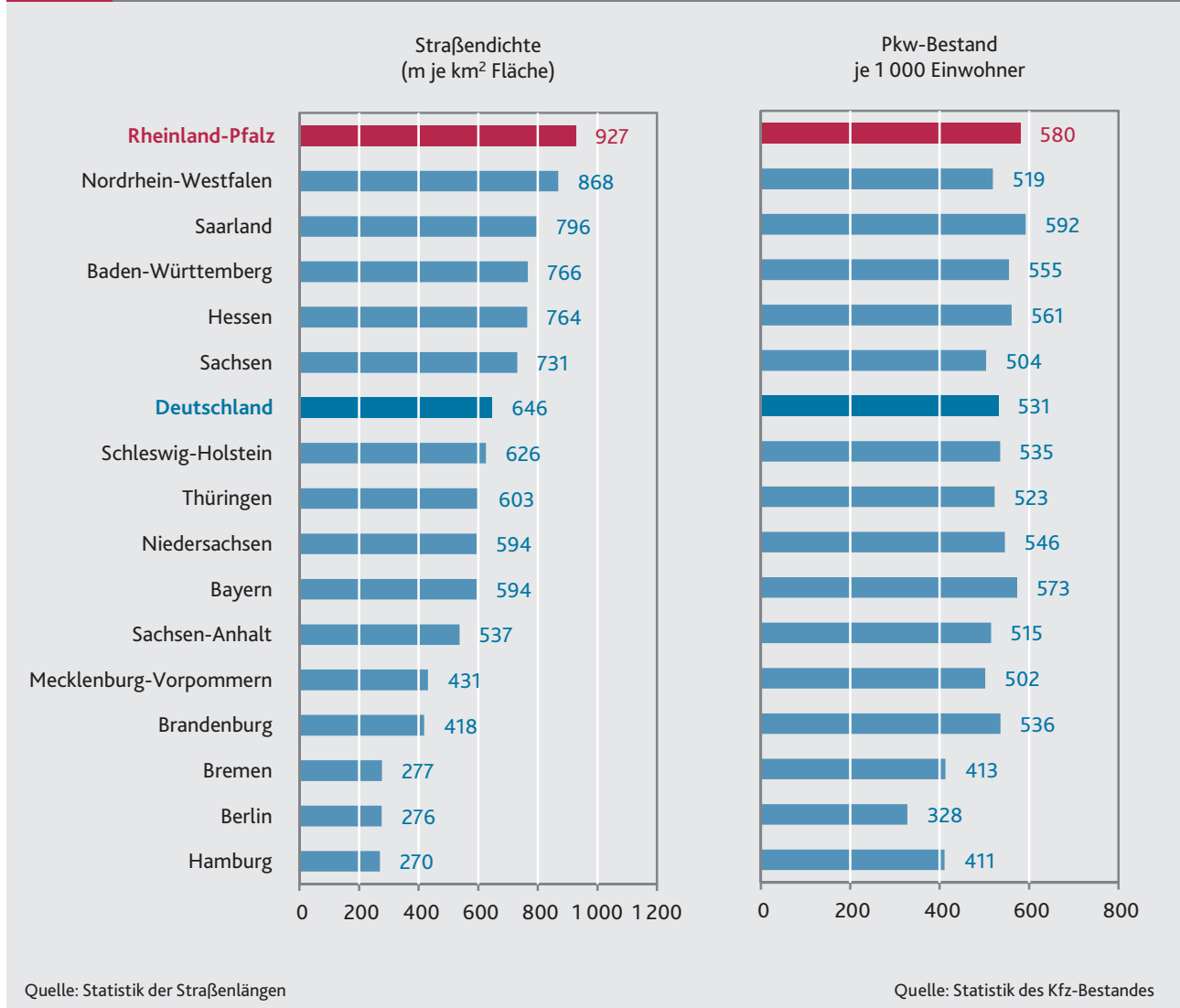
Quelle: Studierendenstatistik

### Mehr als die Hälfte der Studierenden in Rheinland-Pfalz sind keine „Landeskinder“

Im Wintersemester 2011/12 gab es an rheinland-pfälzischen Hochschulen mehr als 109 000 Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Aus der Gegenüberstellung mit den bundesweit über 103 500 rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, ergibt sich der Wanderungssaldo der Studierenden. Rheinland-Pfalz weist einen Zuwanderungsüberschuss von fast 5 500 Studierenden auf und trifft somit auch bei Studierwilligen jenseits der Landesgrenzen auf großes Interesse.

Werden die Studierenden nach dem Ort des Erwerbs ihrer Hochschulzugangsberechtigung betrachtet, so zeigt sich, dass 54 Prozent der hier Immatrikulierten aus einem anderen Bundesland oder dem Ausland stammen. Die meisten kamen aus Hessen (13 Prozent) sowie aus Nordrhein-Westfalen (neun Prozent). Umgekehrt blieben mit 52 Prozent mehr als die Hälfte der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zum Studium im Land. Die beliebtesten Studienorte außerhalb des Landes waren die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (13 Prozent) und Baden-Württemberg (zwölf Prozent).

**G 33** Straßendichte 2012 und Pkw-Bestand 2013

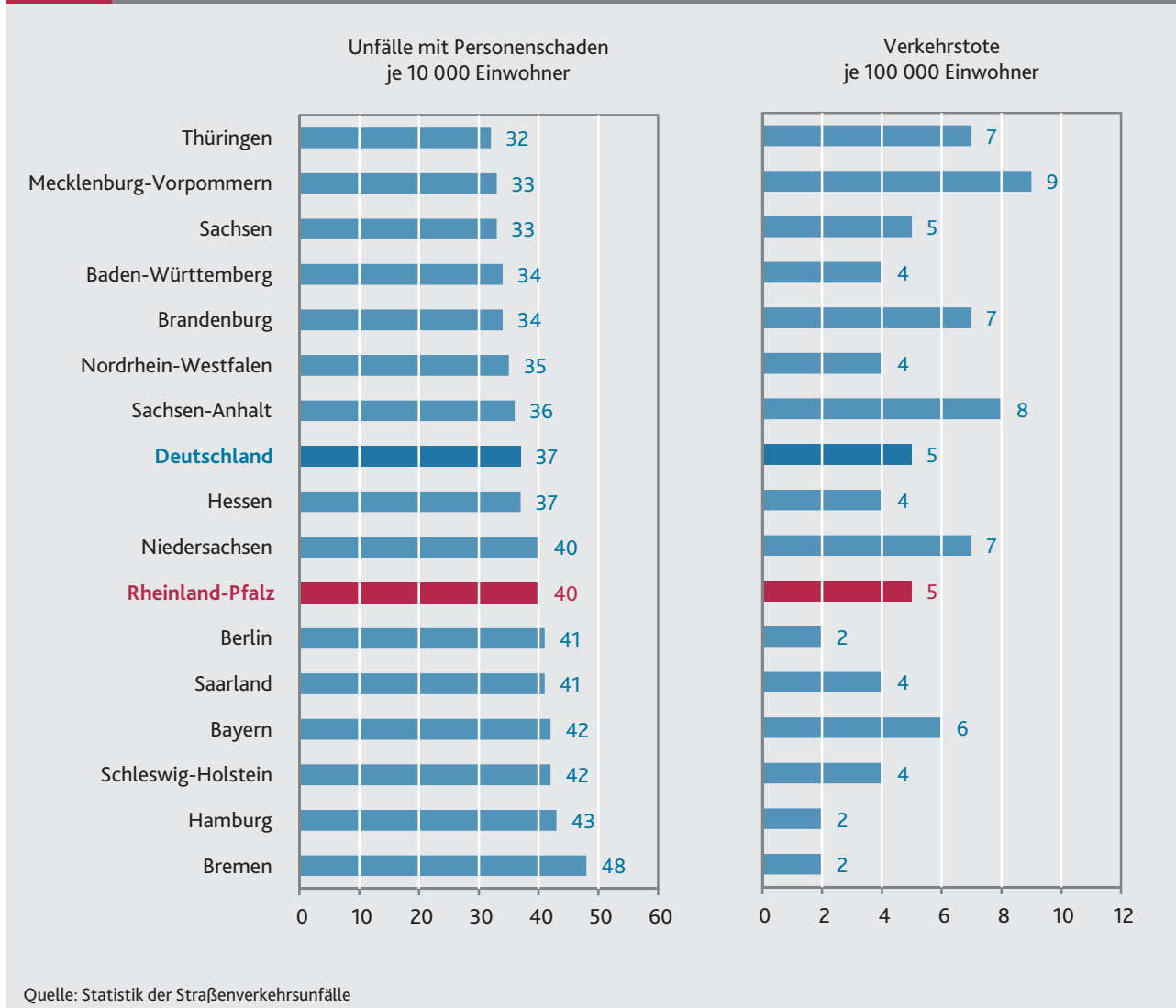


**Höchste Straßendichte und zweithöchster Pkw-Bestand**

Zur Ermittlung der Straßendichte wird die Länge der Bundesautobahnen sowie der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zur Fläche eines Landes in Beziehung gesetzt. Rheinland-Pfalz verfügt mit 927 Metern Straße je Quadratkilometer Fläche über die höchste Straßendichte in Deutschland. Dies ist vor allem in der geografischen Lage des Landes und der daraus resultierenden Funktion als Transitland begründet.

Anfang 2013 waren in Rheinland-Pfalz 2,32 Millionen Pkw zugelassen. Bezogen auf 1 000 Einwohner ergibt sich eine Pkw-Dichte von 580 und damit Platz zwei im Vergleich der Länder. Nur im Saarland kommen auf 1 000 Einwohner mehr Pkw (592). Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 531 Pkw je 1 000 Einwohner. Ein Grund für die hohe Pkw-Dichte hierzulande sind die vielen Pendlerinnen und Pendler und die vergleichsweise langen Arbeitswege. Für die meisten Berufspendlerinnen und Berufspendler ist das Auto das wichtigste Verkehrsmittel: Rund zwei Drittel der Pendelnden in Deutschland fahren den überwiegenden Teil des Weges zur Arbeit mit dem Pkw.

## G 34 Straßenverkehrsunfälle 2011

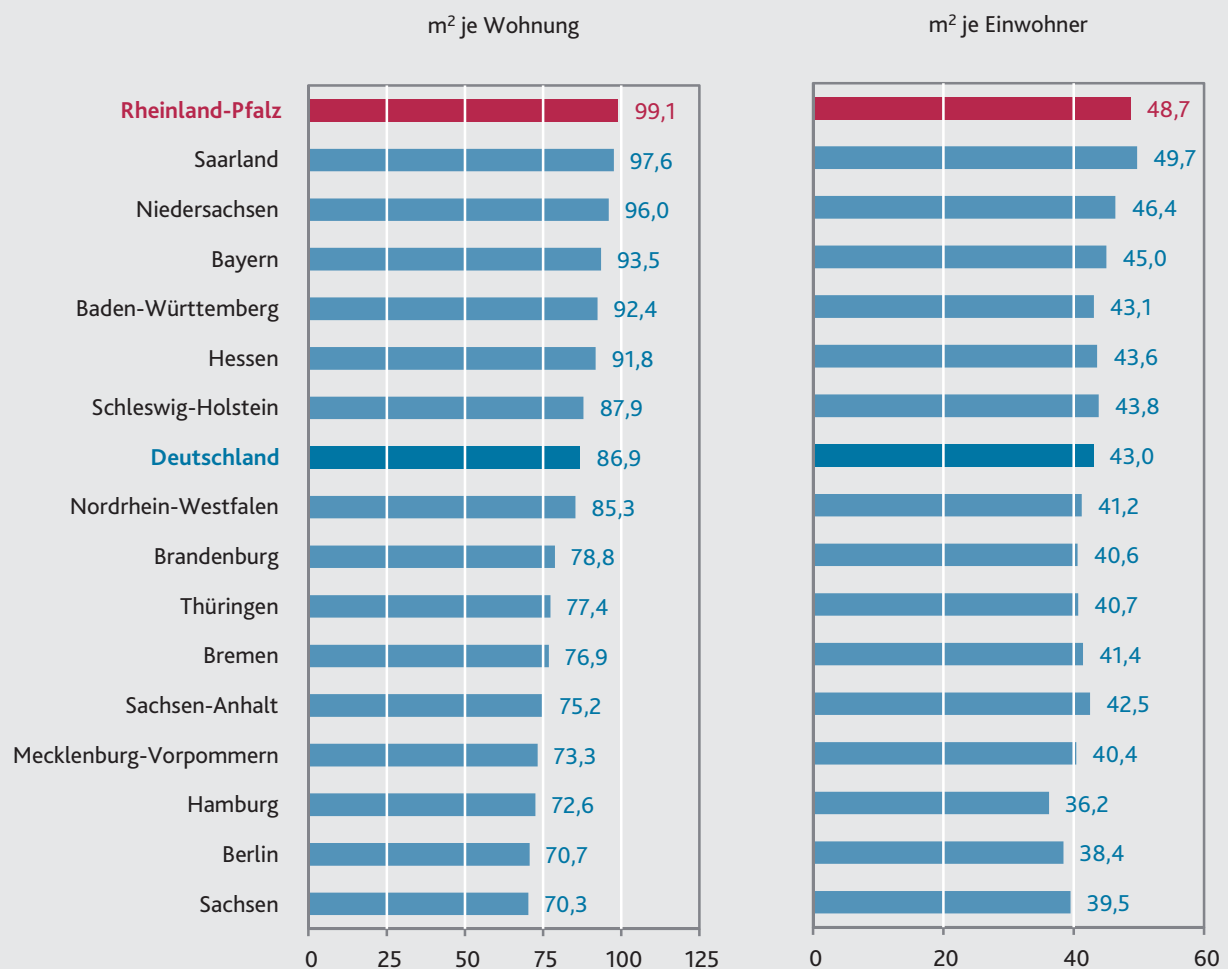


### Zahl der Verkehrstoten auf rheinland-pfälzischen Straßen gesunken

Im Jahr 2011 registrierte die Polizei insgesamt 132 100 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen. Bei 15 800 Unfällen wurden Menschen verletzt oder getötet. Bezogen auf 10 000 Einwohner lag die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bei 40; im Ländervergleich bedeutet das Rang neun. Bezogen auf 10 000 Einwohner gab es die wenigsten Unfälle in Thüringen (32), die meisten in Bremen (48). Deutschlandweit wurden je 10 000 Einwohner 37 Unfälle mit Personenschaden registriert.

Verbesserungen der Sicherheitstechnik und des Rettungswesens führen dazu, dass die Zahl der Verkehrstoten tendenziell rückläufig ist. In Rheinland-Pfalz verloren 2011 dennoch 192 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, das ist der bisher niedrigste Stand seit Erhebung der Statistik im Jahr 1978. Bezogen auf 100 000 Einwohner sind das fünf Getötete; im Jahr 2000 wurden noch neun Verkehrstopfer registriert. Insgesamt starben 2011 auf deutschen Straßen 3 991 Menschen. Im Schnitt verunglückt deutschlandweit alle zwei Stunden ein Verkehrsteilnehmer tödlich.

## G 35 Durchschnittliche Wohnfläche<sup>1</sup> 2011



<sup>1</sup> Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Vorläufige Werte.

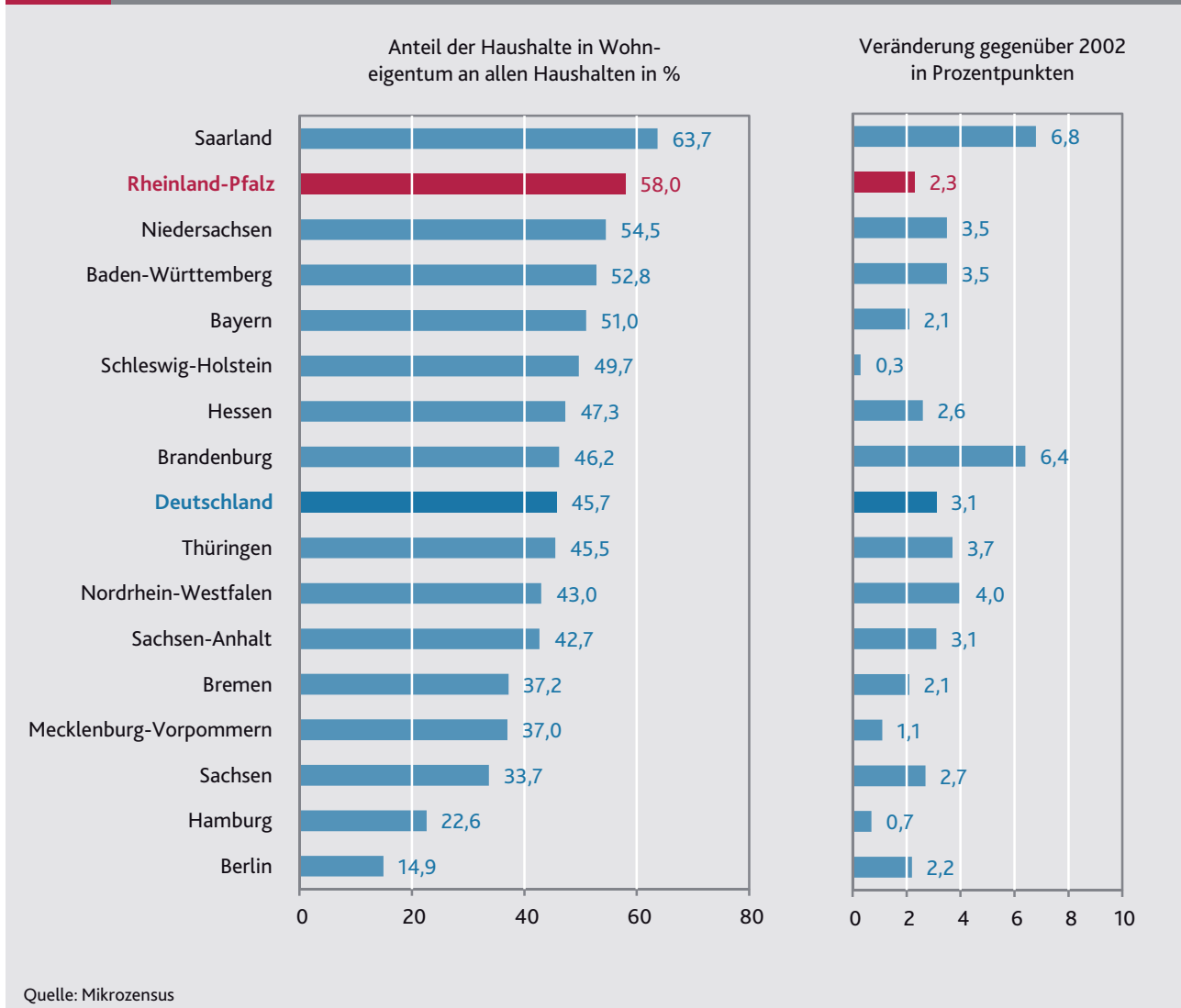
Quellen: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

### Spitzenplatz: Versorgung mit Wohnraum ist in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich gut

Im Vergleich der Bundesländer bewohnen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer die größten Wohnungen. Mit 99 Quadratmetern ist die durchschnittliche Wohnfläche einer Wohnung um zwölf Quadratmeter größer als im Bundesdurchschnitt. Jedem Einwohner standen in Rheinland-Pfalz durchschnittlich knapp 49 Quadratmeter zur Verfügung, das sind fast sechs Quadratmeter mehr als in Deutschland insgesamt. Rheinland-Pfalz belegt damit Rang zwei hinter dem Saarland (fast 50 Quadratmeter). In den neuen Bundesländern sowie in den Stadtstaaten liegt die Ausstattung mit Wohnraum unter dem Durchschnitt.

Die überdurchschnittlich hohen Wohnflächenwerte in Rheinland-Pfalz stehen im engen Zusammenhang mit der hohen Wohneigentumsquote. Die Wohnfläche der von Eigentümerinnen und Eigentümern selbst genutzten Wohneinheiten (insbesondere von Eigenheimen) ist tendenziell größer als die der für die Vermietung vorgesehenen Wohneinheiten.

## G 36 Wohneigentumsquote 2010

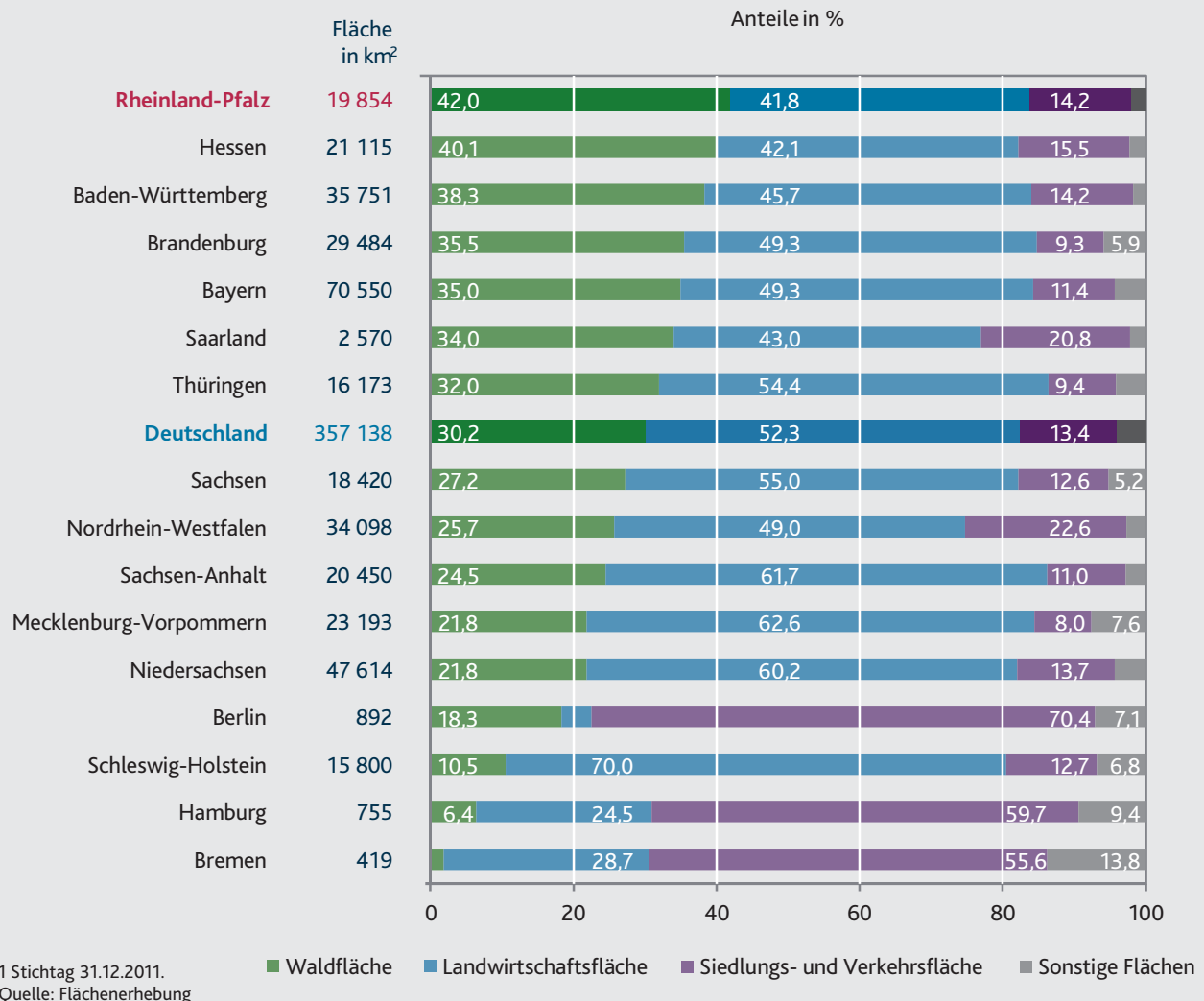


### Nur im Saarland wohnen mehr Menschen in den eigenen vier Wänden

In Rheinland-Pfalz lebten 2010 rund 58 Prozent der Haushalte in Wohneigentum. Im Vergleich der Länder bedeutet dies Rang zwei; nur im Saarland ist die Quote höher (64 Prozent). Bundesweit wohnen knapp 46 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden. Am niedrigsten war die Wohneigentumsquote in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Bei den Flächenländern ist ein West-Ost-Gefälle festzustellen: Während in den meisten westlichen Ländern die Quote überdurchschnittlich hoch ist, liegt sie in den östlichen Ländern – mit Ausnahme von Brandenburg – unter dem Durchschnitt. Der hohe Anteil an Wohneigentum in Rheinland-Pfalz geht u. a. auf die hier vorherrschende ländliche Siedlungsstruktur zurück: In ländlichen Räumen wird eher Wohneigentum erworben als in den Städten.

Die Wohneigentumsquote dient als wichtiger Indikator für den Stand der Vermögensbildung und der Altersvorsorge. Sie weist den Anteil der Haushalte, die in Wohneigentum leben, an der Gesamtzahl der Haushalte aus.

**G 37** Nutzung der Bodenfläche 2011<sup>1</sup>



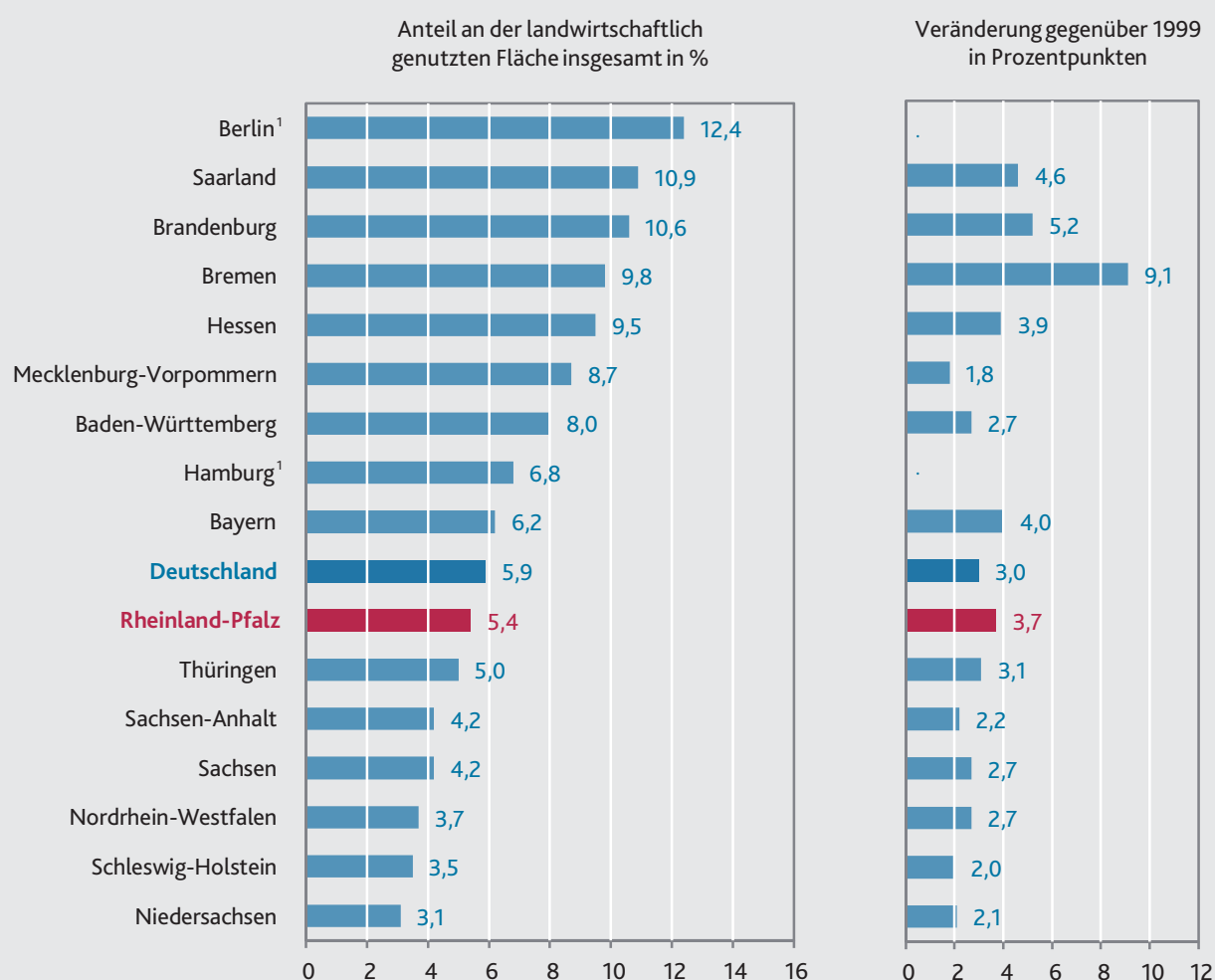
**Wälder, Felder, Weinberge: Rheinland-Pfalz ist die „grüne Lunge“ Deutschlands**

Rheinland-Pfalz steht mit einer Gesamtfläche von 19 854 Quadratkilometern unter allen Ländern an neunter Stelle. Der Freistaat Bayern verfügt über die größte, Bremen über die geringste Bodenfläche.

Das Land gliedert sich in zwölf kreisfreie Städte und 24 Landkreise. Mit sieben Nachbarn gibt es gemeinsame Grenzen – die längste mit Nordrhein-Westfalen (312 Kilometer), die kürzeste mit Belgien (58 Kilometer). Gegen den Uhrzeigersinn folgen Luxemburg, das Saarland, Frankreich, Baden-Württemberg und Hessen.

Von der gesamten rheinland-pfälzischen Bodenfläche sind 42 Prozent mit Wald bedeckt. Damit nimmt das Land vor Hessen die Spitzenposition in Deutschland ein. Der Anteil der Landwirtschaftsfläche liegt mit knapp 42 Prozent nur geringfügig niedriger. Hervorzuheben ist dabei die große Bedeutung des Weinbaus: Fast zwei Drittel der gesamten deutschen Rebfläche liegen in den sechs rheinland-pfälzischen Anbaugebieten Ahr, Mosel, Nahe, Mittelrhein, Rheinhessen und Pfalz.

## G 38 Ökologisch bewirtschaftete Fläche 2010



<sup>1</sup> Keine Werte für 1999 vorhanden. – Quelle: Agrarstrukturerhebung, Landwirtschaftszählung

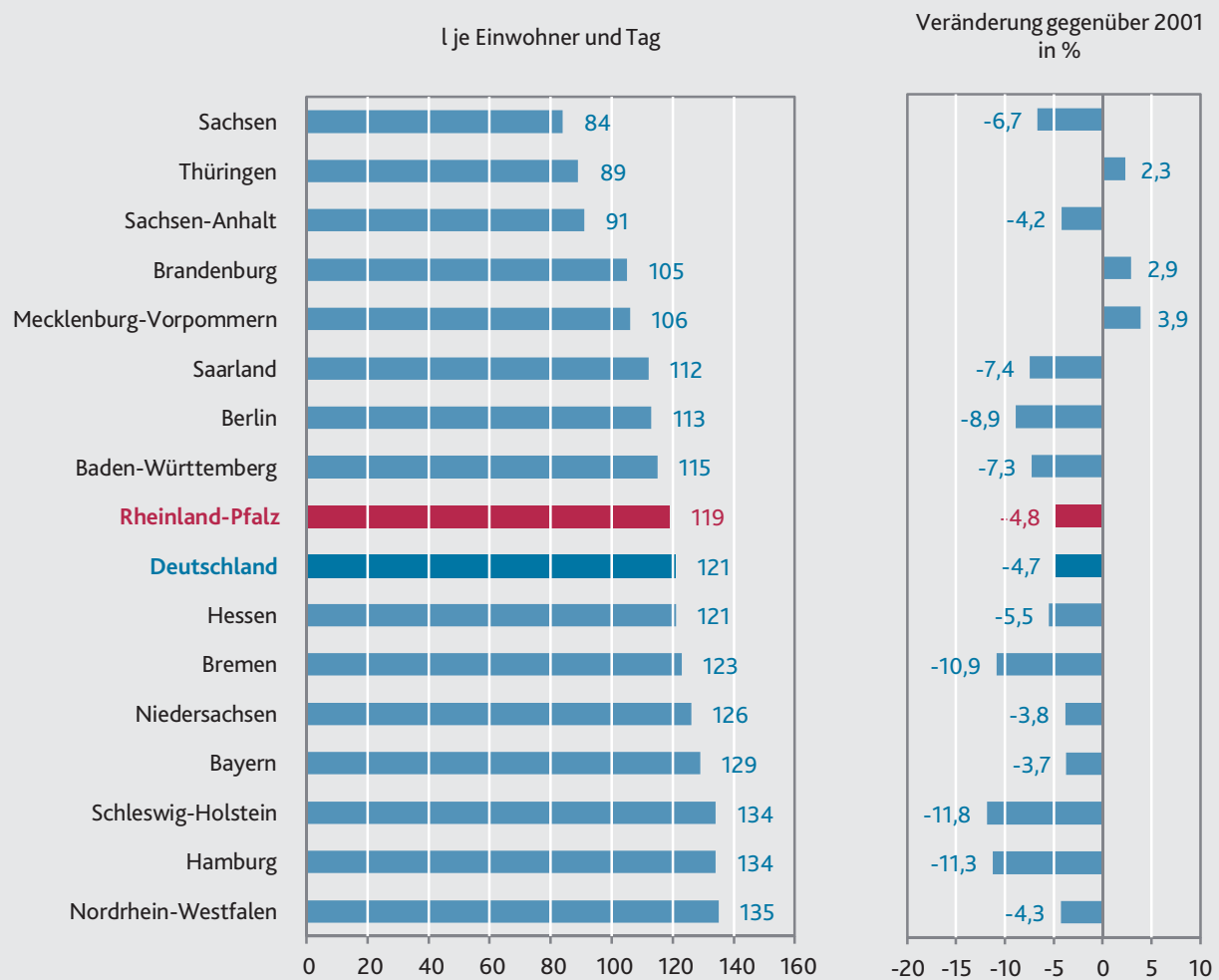
### Ökologisch bewirtschaftete Fläche fällt in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich aus

Der ökologische Landbau zeichnet sich durch eine weniger intensive Nutzung des natürlichen Produktionsfaktors Boden aus und trägt somit dazu bei, die Fruchtbarkeit und Regenerationsfähigkeit der Böden zu erhalten.

Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt reicht in den Bundesländern von 3,1 Prozent in Niedersachsen bis gut zwölf Prozent in Berlin. Die regional erheblichen Unterschiede beruhen auf teils abweichenden Förderbedingungen sowie auf klimatischen Besonderheiten, Bodengüte, Topografie und fehlenden agrarischen Alternativen.

Rheinland-Pfalz weist einen relativ geringen Anteil an ökologisch bewirtschafteten Flächen auf; mit 5,4 Prozent liegt der Anteilswert knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Seit 1999 hat sich der Wert in Rheinland-Pfalz mit +3,7 Prozentpunkten jedoch stärker erhöht als in Deutschland insgesamt.

**G 39 Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) 2010**



Quelle: Statistik der öffentlichen Wasserversorgung

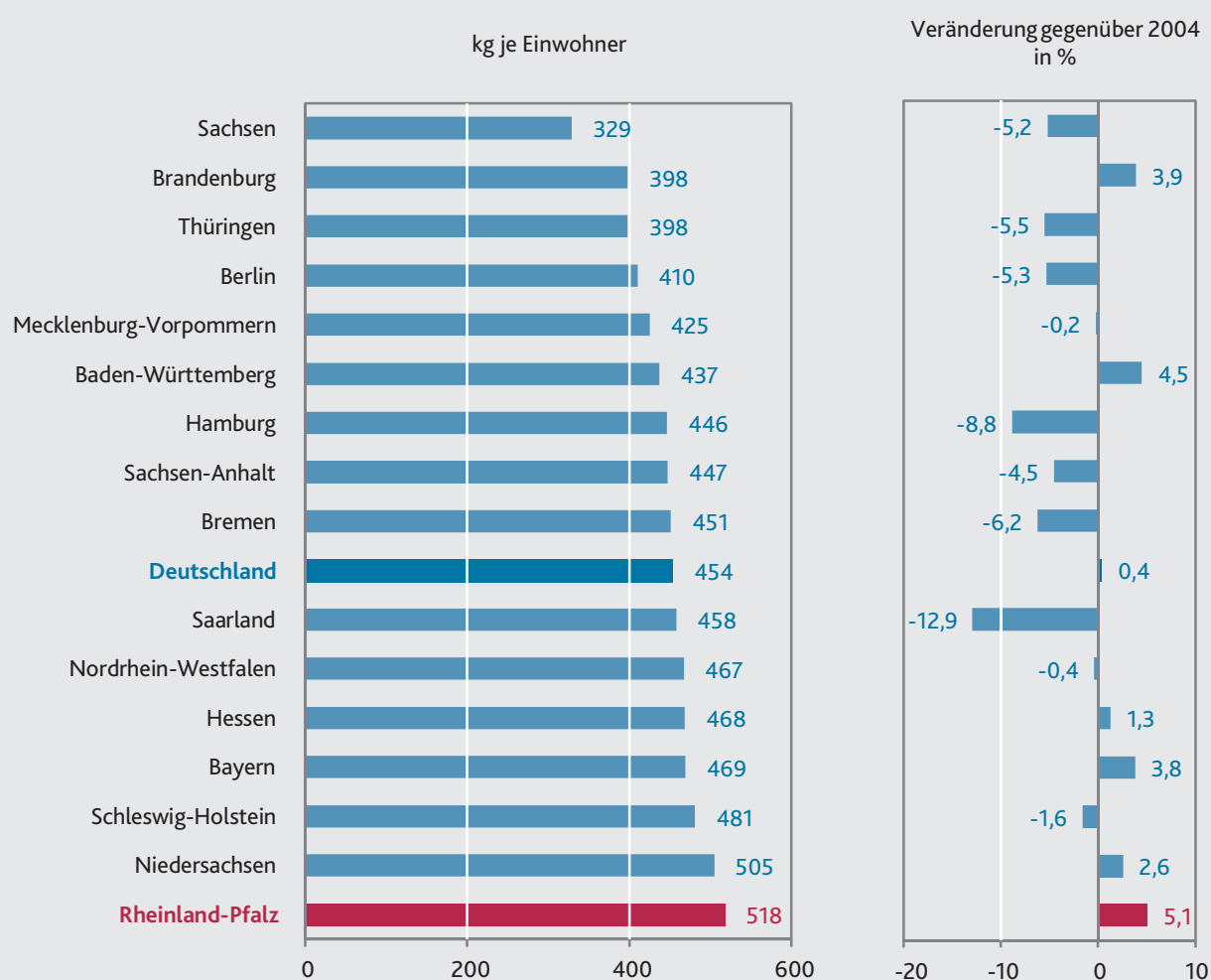
**In den Städten wird pro Kopf das meiste Wasser verbraucht**

Pro Kopf und Tag verbrauchten die Einwohner in Rheinland-Pfalz 2010 durchschnittlich 119 Liter Trinkwasser. Dies entspricht in etwa dem Inhalt einer mittelgroßen Badewanne. Damit lag der Wasserverbrauch um sechs Liter niedriger als im Jahr 2001 und um zwei Liter unter dem Bundesdurchschnitt. Zwischen den Ländern sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Da die Wasserabgabemenge (in Rheinland-Pfalz 2010 etwa 174 Millionen Kubikmeter) auf die Einwohnerzahl des versorgten Gebietes bezogen wird, ergibt sich in Tourismusregionen ein erhöhter Wert durch den zusätzlichen Wasserverbrauch der Gäste.

Aber auch innerhalb von Rheinland-Pfalz variiert der Wasserverbrauch beträchtlich. Während für die kreisfreien Städte ein Durchschnittswert von 131 Litern errechnet wurde, waren es in den Landkreisen nur 115 Liter. Bei der Interpretation dieser Werte ist allerdings zu beachten, dass es sich um die Wasserabgabe an private Haushalte einschließlich des Kleingewerbes handelt, zu dem beispielsweise auch Friseur-salons, Autowaschanlagen und Gastronomiebetriebe zählen.



## G 40 Aufkommen an Haushaltsabfällen 2011



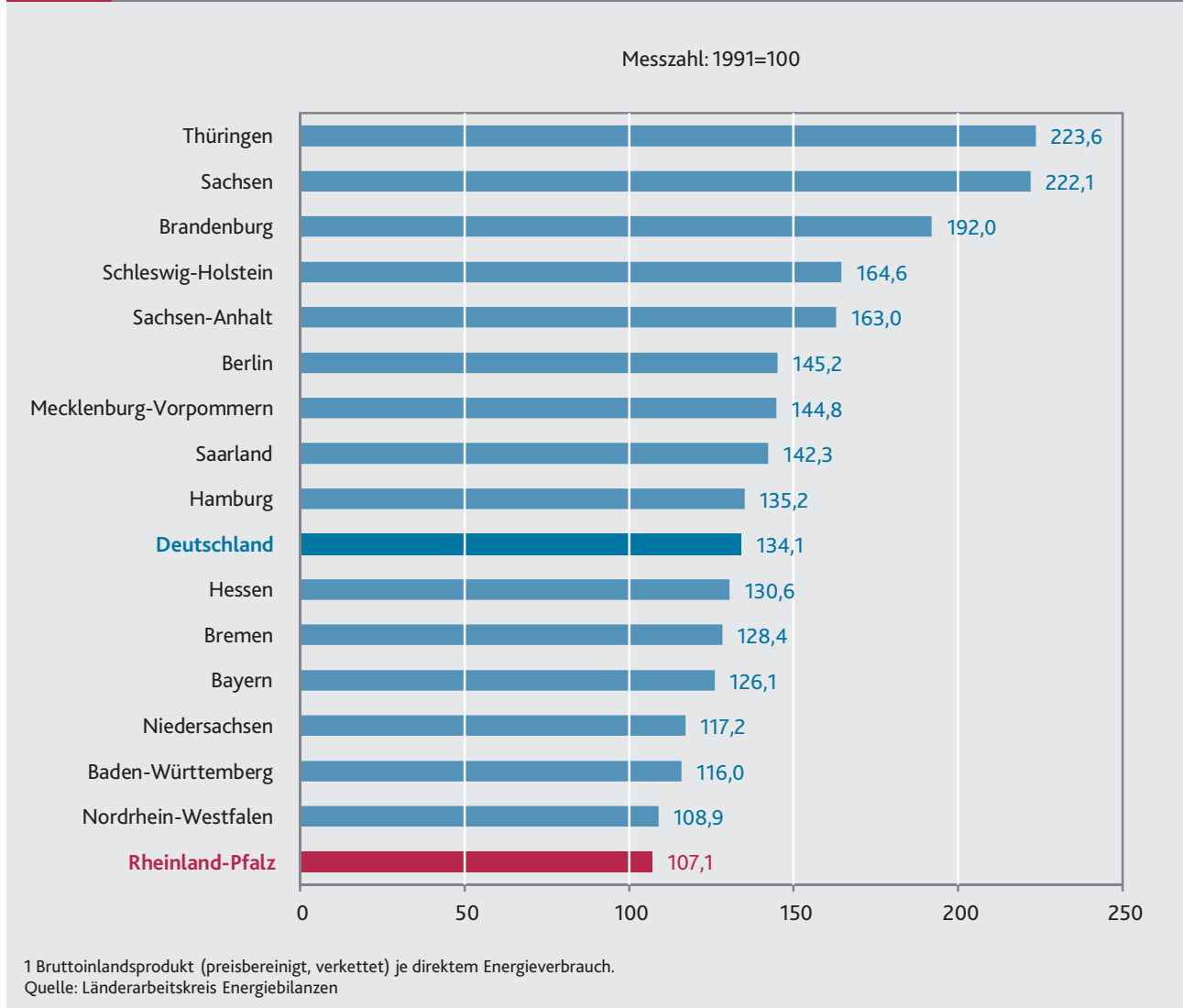
Quelle: Auswertung der Abfallbilanzen der Länder

### Rheinland-Pfalz hat das höchste Aufkommen an Haushaltsabfällen pro Kopf

Pro Kopf nahmen die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Rheinland-Pfalz 2011 durchschnittlich 518 Kilogramm Haushaltsabfälle an. Damit verzeichnete das Land das bundesweit höchste Aufkommen an Haushaltabfällen. Das Pro-Kopf-Aufkommen lag um 64 Kilogramm über dem Bundesdurchschnitt. Das niedrigste Aufkommen an Haushaltabfällen verzeichnete Sachsen mit durchschnittlich 329 Kilogramm pro Kopf. Diese beträchtliche Spannweite basiert zum Teil auf regional unterschiedlich organisierten Sammelsystemen. So erfassen die Entsorgungsträger z. B. in unterschiedlichem Maße hausmüll-ähnliche Gewerbeabfälle.

Gegenüber 2004 verzeichnete Rheinland-Pfalz im Vergleich der Länder den höchsten Anstieg an Haushaltsabfällen pro Kopf (+5,1 Prozent). Der stärkste Rückgang wurde im Saarland verbucht (-13 Prozent). Im Bundesdurchschnitt stagnierte das Aufkommen (+0,4 Prozent).

**G 41** Energieproduktivität<sup>1</sup> 2009

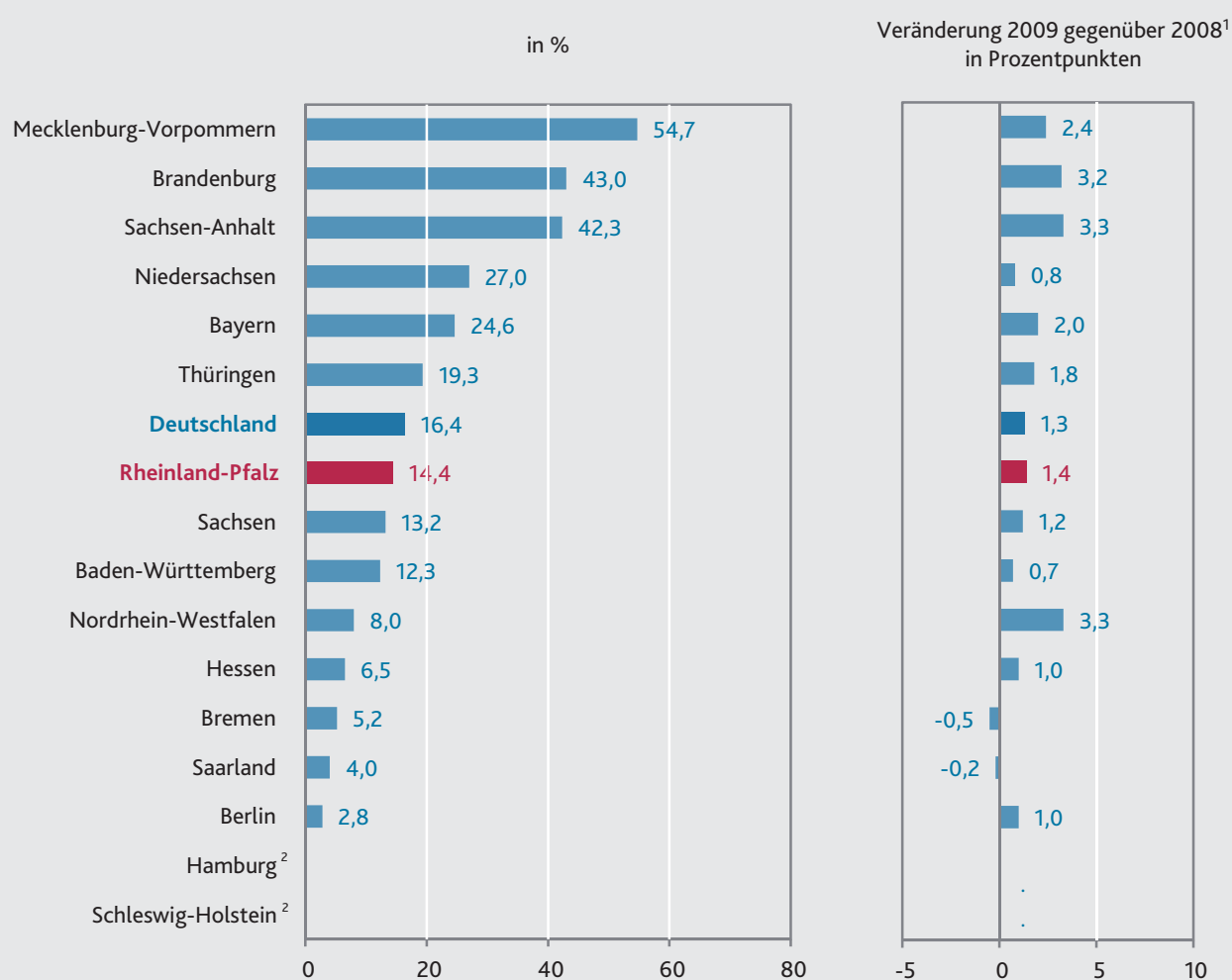


**Unterdurchschnittliche Entwicklung der Energieproduktivität im Land**

Moderne Gesellschaften sind in hohem Maße energieabhängig. Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität beschreibt, wie effizient in einer Volkswirtschaft mit Energie umgegangen wird. Sie gibt an, wie viel preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt mit einer Einheit Primärenergie erzeugt wird.

Die Entwicklung der Energieproduktivität seit 1991 ist zwischen den Ländern sehr unterschiedlich ausgefallen. Die größten Verbesserungen der Energieproduktivität verzeichneten insbesondere die neuen Bundesländer. Dies ist vor allem durch den Zusammenbruch der dortigen Industrie im Zuge der Wiedervereinigung und den damit einhergehenden Strukturveränderungen in den frühen 90er-Jahren bedingt. Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern haben dadurch mittlerweile eine höhere Energieproduktivität als Rheinland-Pfalz, wo sie sich seit 1991 am schwächsten entwickelt hat. In Bezug auf das Niveau der Energieproduktivität liegt Rheinland-Pfalz aktuell nur noch auf dem zehnten Platz, was durch die herausgehobene Bedeutung der chemischen Industrie bedingt sein dürfte.

## G 42 Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch 2009



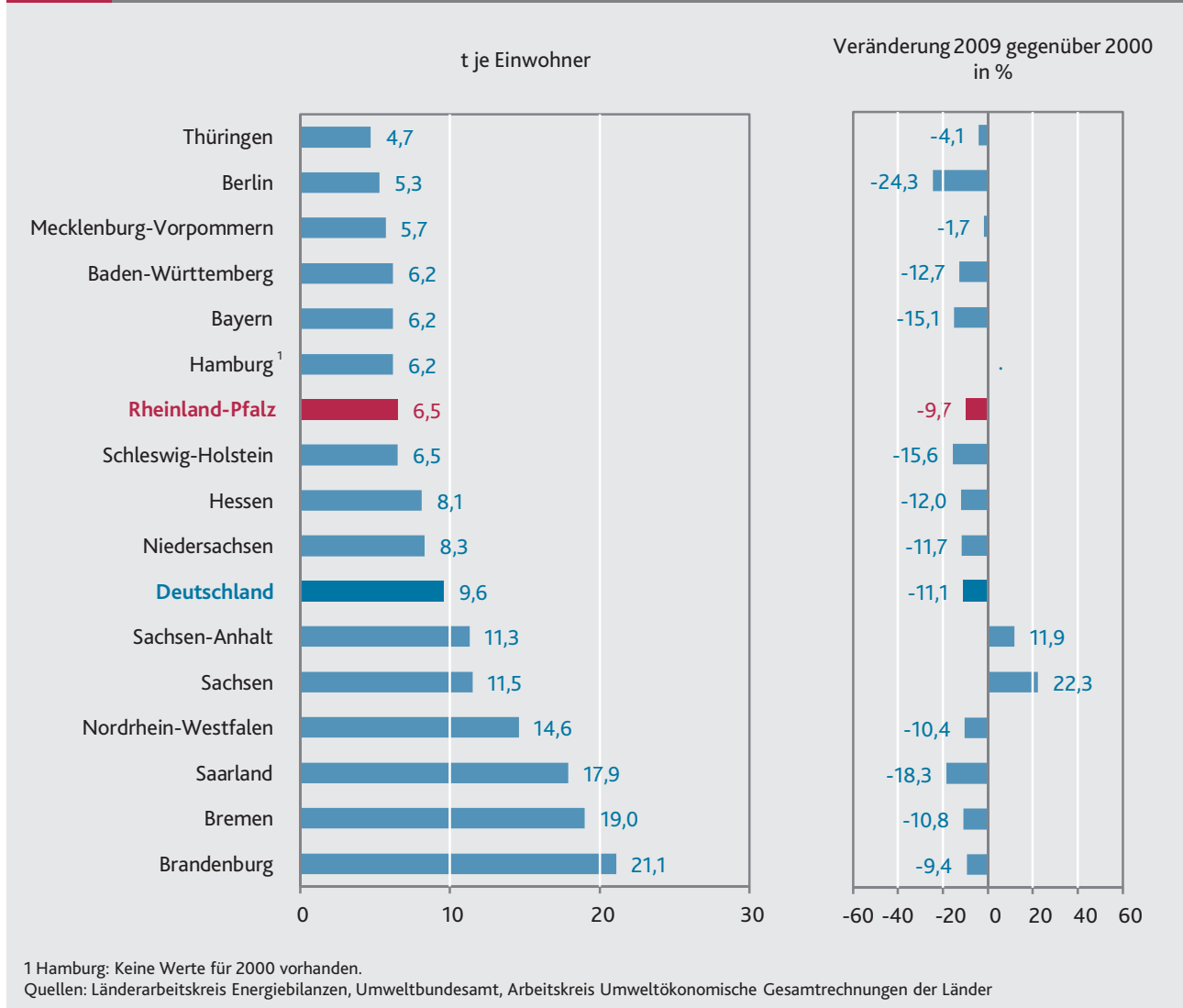
<sup>1</sup> Ein langfristiger Vergleich mit dem Jahr 2000 ist nicht möglich, da nur für wenige Länder Daten vorliegen. – <sup>2</sup> Es liegen noch keine Daten für 2009 vor.  
 Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit unter Verwendung von Daten der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik

### Ein Siebtel des in Rheinland-Pfalz verbrauchten Stroms kommt aus erneuerbaren Energien

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist eine wichtige Voraussetzung für die Begrenzung des anthropogenen Treibhauseffekts und kann die Abhängigkeit von Energieimporten mindern. Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch soll laut der Zielstellung der am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bis spätestens 2020 auf mindestens 35 Prozent erhöht werden.

Zwischen den Ländern variiert der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch erheblich. Den mit Abstand größten Anteil verzeichnete 2009 Mecklenburg-Vorpommern mit 55 Prozent, wohingegen Berlin mit 2,8 Prozent den letzten Platz belegt. In Rheinland-Pfalz lag der Anteil mit 14 Prozent knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zu 2008 ist der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch damit um 1,4 Prozentpunkte gestiegen. Die Stromerzeugung aus Windkraftanlagen (43 Prozent) und Wasserkraft (24 Prozent) dominieren hierzulande die erneuerbaren Energieträger.

**G 43** CO<sub>2</sub>-Emissionen 2009

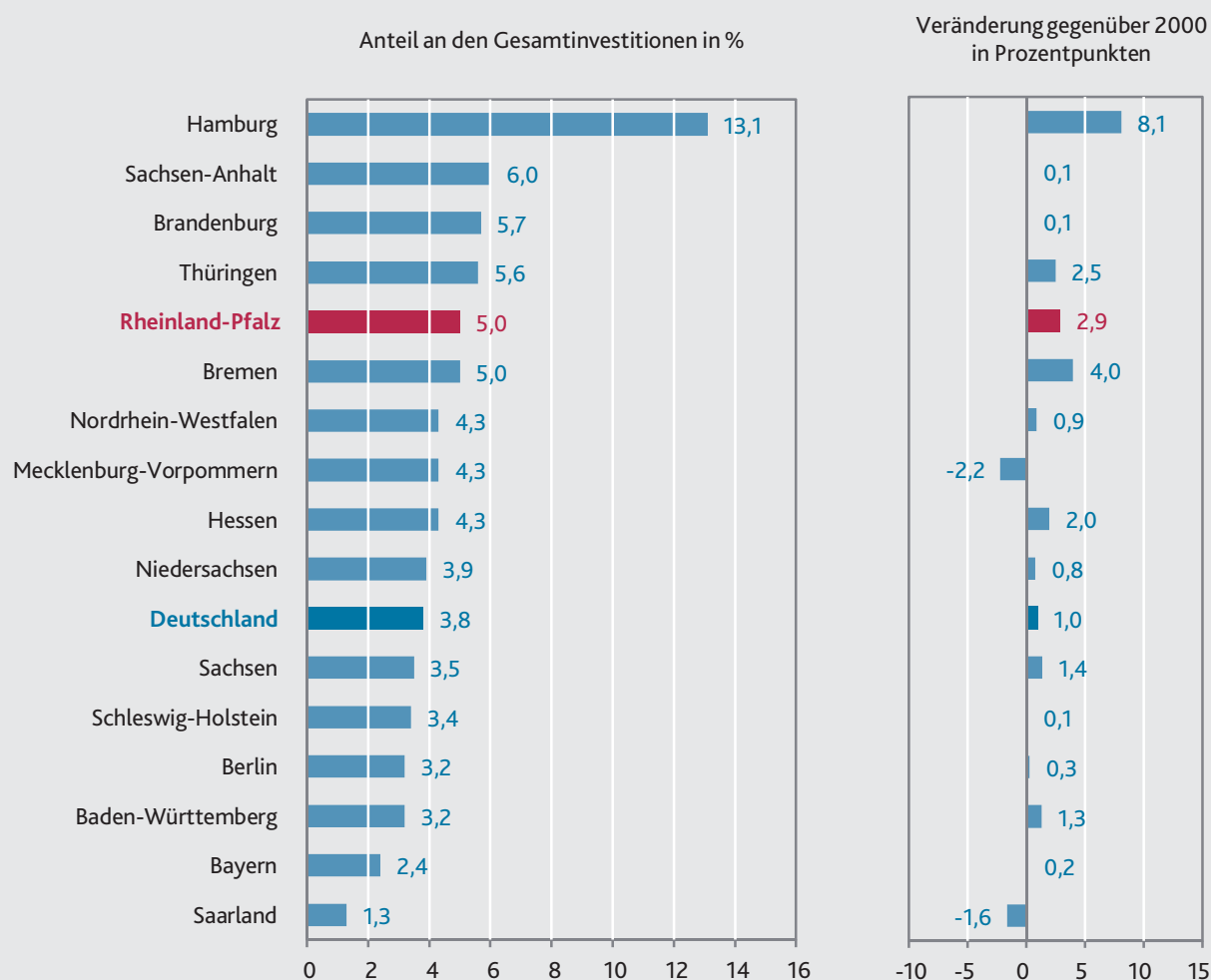


**CO<sub>2</sub>-Emission je Einwohner in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich**

Die Darstellung der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen erfolgt quellenbezogen und beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz. Die quellenbezogene Darstellung bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

Die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen je Einwohner lagen 2009 bundesweit bei zehn Tonnen. Die großen Unterschiede zwischen den Ländern bei den energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen je Einwohner werden in erster Linie durch die besondere Bedeutung der Sektoren Energieumwandlung (hauptsächlich die Stromproduktion unter Einsatz fossiler Energieträger) und verarbeitendes Gewerbe verursacht. So errechnen sich für das Land Brandenburg mehr als 21 Tonnen CO<sub>2</sub> je Einwohner. Die niedrigsten Emissionen je Einwohner gab es in Thüringen (4,7 Tonnen je Einwohner). Rheinland-Pfalz lag mit 6,5 Tonnen CO<sub>2</sub> je Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt.

G 44

**Umweltschutzinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau  
und Gewinnung von Steinen und Erden 2010**


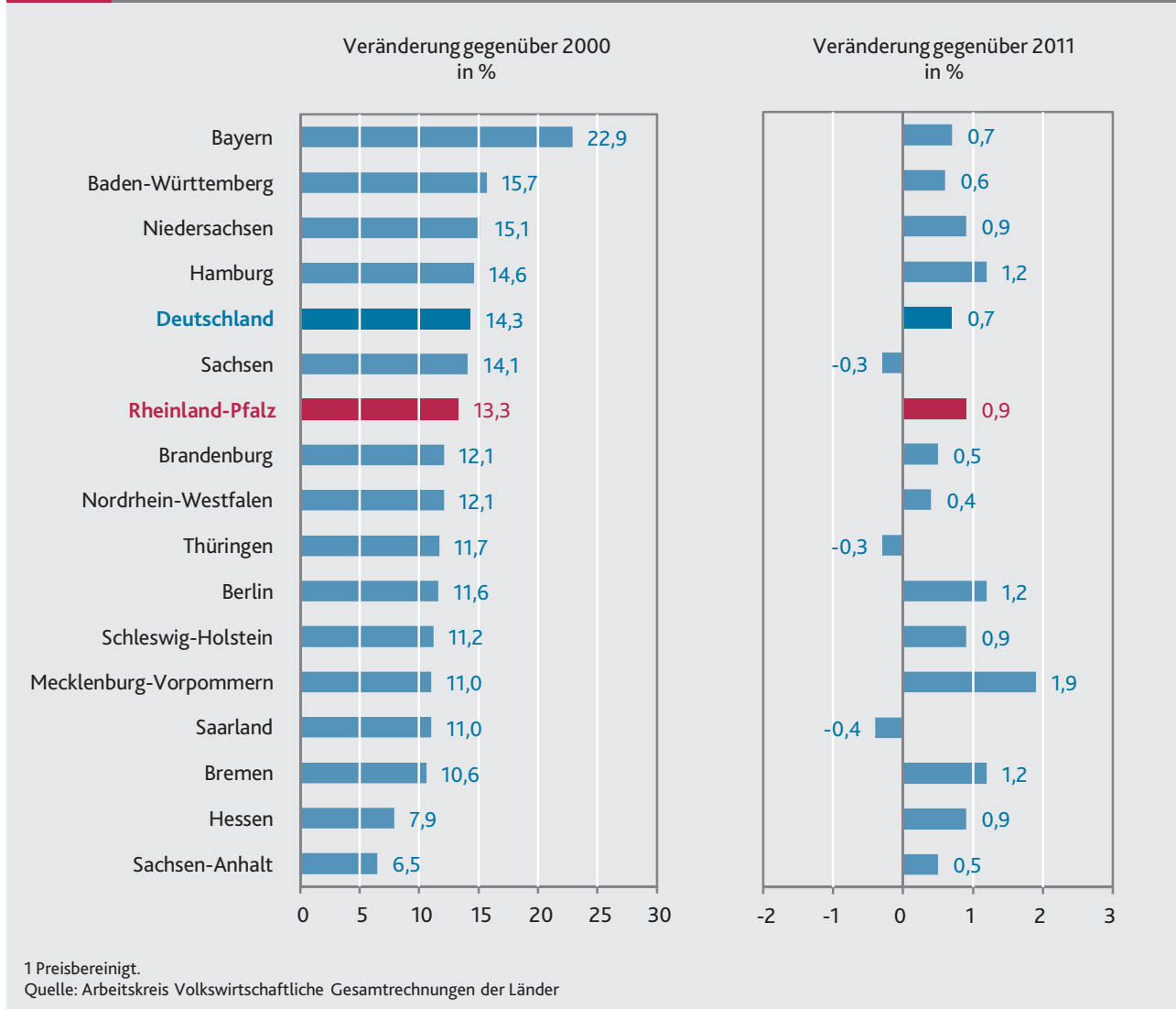
Quelle: Statistik der Umweltschutzinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden

### Umweltschutzinvestitionen hauptsächlich für Klimaschutz und Luftreinhaltung

Im Jahr 2010 haben die rheinland-pfälzischen Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden knapp 113 Millionen Euro in den Umweltschutz investiert. Dies entsprach rund fünf Prozent der gesamten Investitionen dieser Wirtschaftsbereiche, die sich auf etwa 2,28 Milliarden Euro beliefen. Damit lag die heimische Industrie klar über dem Bundesdurchschnitt von 3,8 Prozent und rangierte im Vergleich der Länder auf dem fünften Platz.

Die Schwerpunkte der Umweltschutzinvestitionen in Rheinland-Pfalz lagen in den Bereichen Klimaschutz (46 Prozent) und Luftreinhaltung (26 Prozent). Werden die Umweltschutzinvestitionen nach Wirtschaftszweigen betrachtet, so zeigt sich, dass die chemische Industrie auch 2010 mit knapp 54 Prozent den Großteil der Investitionen tätigte.

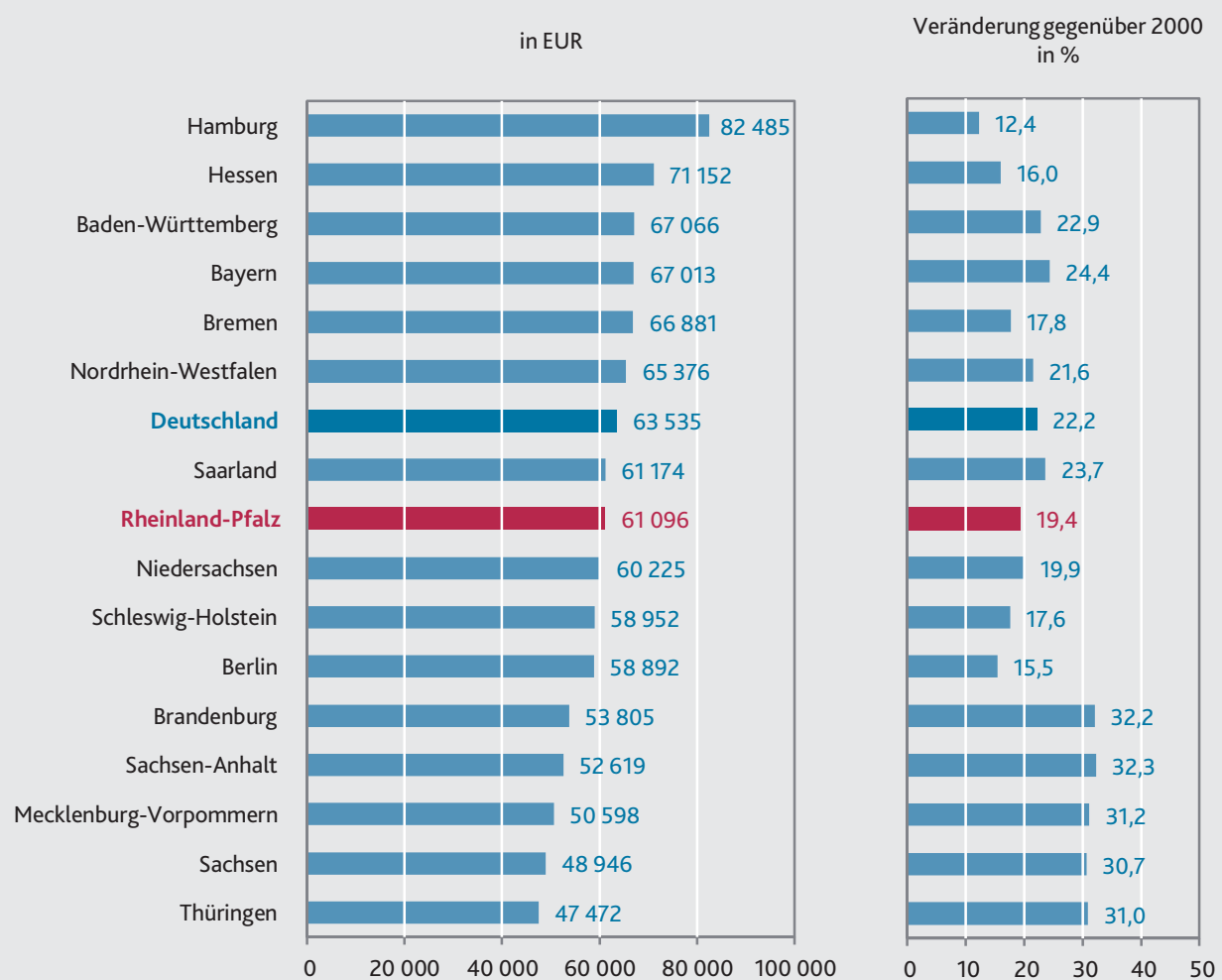
G 45 Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup> 2012



**Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz 2012 um 0,9 Prozent gestiegen**

Das wirtschaftliche Wachstum hat 2012 spürbar nachgelassen. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 0,9 Prozent, im Bundesdurchschnitt lag die Zuwachsrate bei 0,7 Prozent. Demnach ist die Wirtschaft deutlich weniger gewachsen als in den beiden Erholungsjahren davor. Nach der Rezession infolge der globalen Wirtschaftskrise war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2010 um 4,6 Prozent und 2011 um 2,7 Prozent gestiegen. Seit 2000 ist das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz mit +13 Prozent geringfügig schwächer gewachsen als im Bundesdurchschnitt (+14 Prozent). Den stärksten Zuwachs verzeichnete Bayern (+23 Prozent), den geringsten Sachsen-Anhalt (+6,5 Prozent).

Im Jahr 2012 kamen die Wachstumsimpulse überwiegend aus dem Dienstleistungsbereich. Die Bruttowertschöpfung der Dienstleister stieg preisbereinigt um 1,2 Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent). Von der Industrie kamen 2012 keine Wachstumsimpulse (-0,4 Prozent; Deutschland: -1 Prozent). Deutlich günstiger entwickelte sich dagegen das Baugewerbe (+5,5 Prozent; Deutschland: -2,5 Prozent).

G 46 Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup> je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) 2012

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

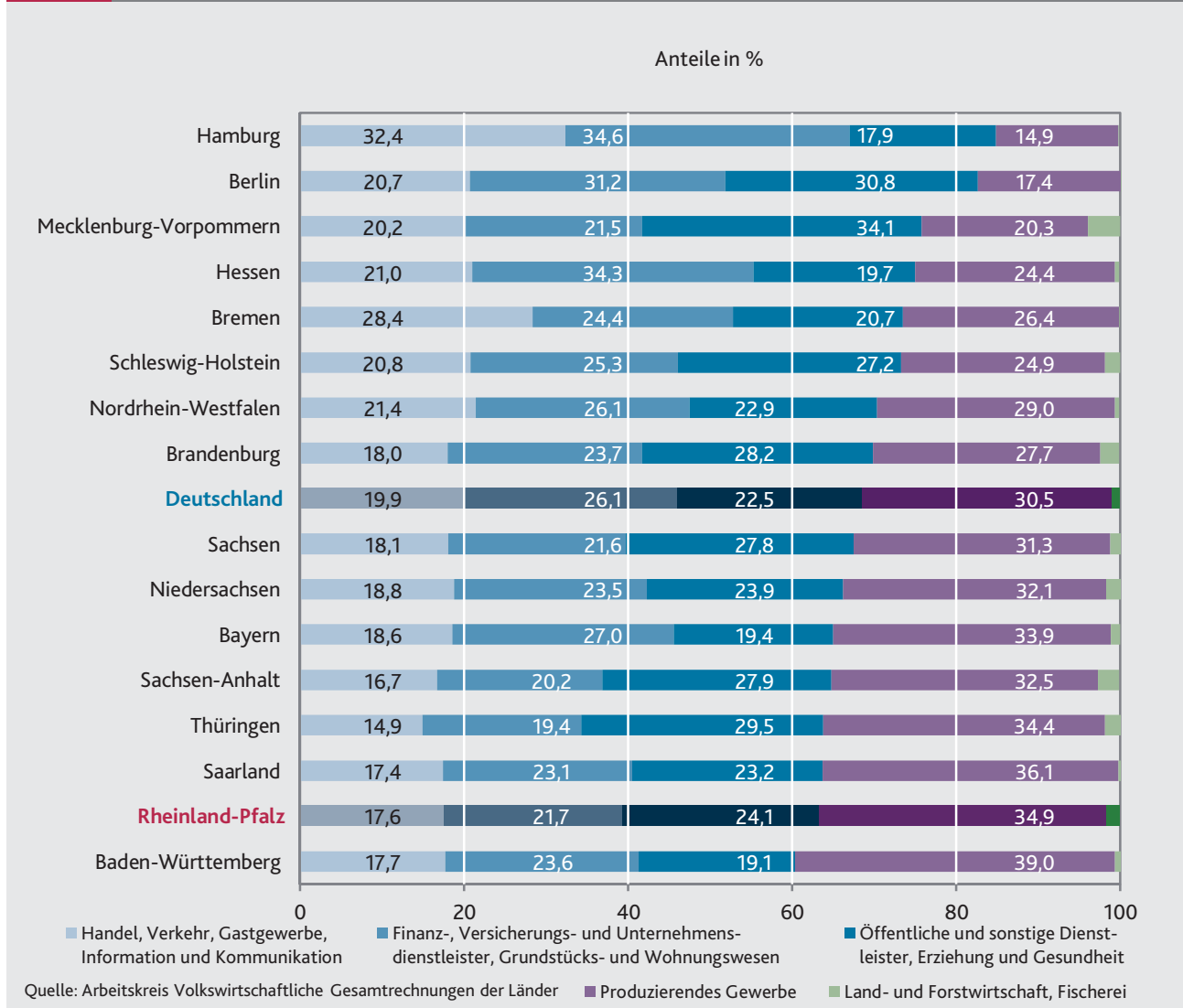
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

### Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen seit 2000 um 19 Prozent gestiegen

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität. Im Jahr 2012 erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 61 096 Euro (Deutschland: 63 535 Euro). Damit stieg die Arbeitsproduktivität in jeweiligen Preisen im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozent (Deutschland: +0,9 Prozent). Preisbereinigt errechnet sich ein Anstieg um 0,1 Prozent gegenüber 2011 (Deutschland: -0,4 Prozent). Die mit Abstand höchste Arbeitsproduktivität haben die Hamburger mit 82 485 Euro.

Seit 2000 erhöhte sich die nominale Produktivität der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz mit gut 19 Prozent nicht ganz so stark wie in Deutschland (+22 Prozent). Der Deutschlandwert wird wesentlich von den neuen Bundesländern beeinflusst, die allesamt den Durchschnitt übertreffen. Während das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Rheinland-Pfalz wie in Deutschland um 29 Prozent zunahm, ist die Erwerbstätigenzahl mit +8,2 Prozent stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt (+5,7 Prozent).

**G 47** Bruttowertschöpfung 2012 nach Wirtschaftsbereichen

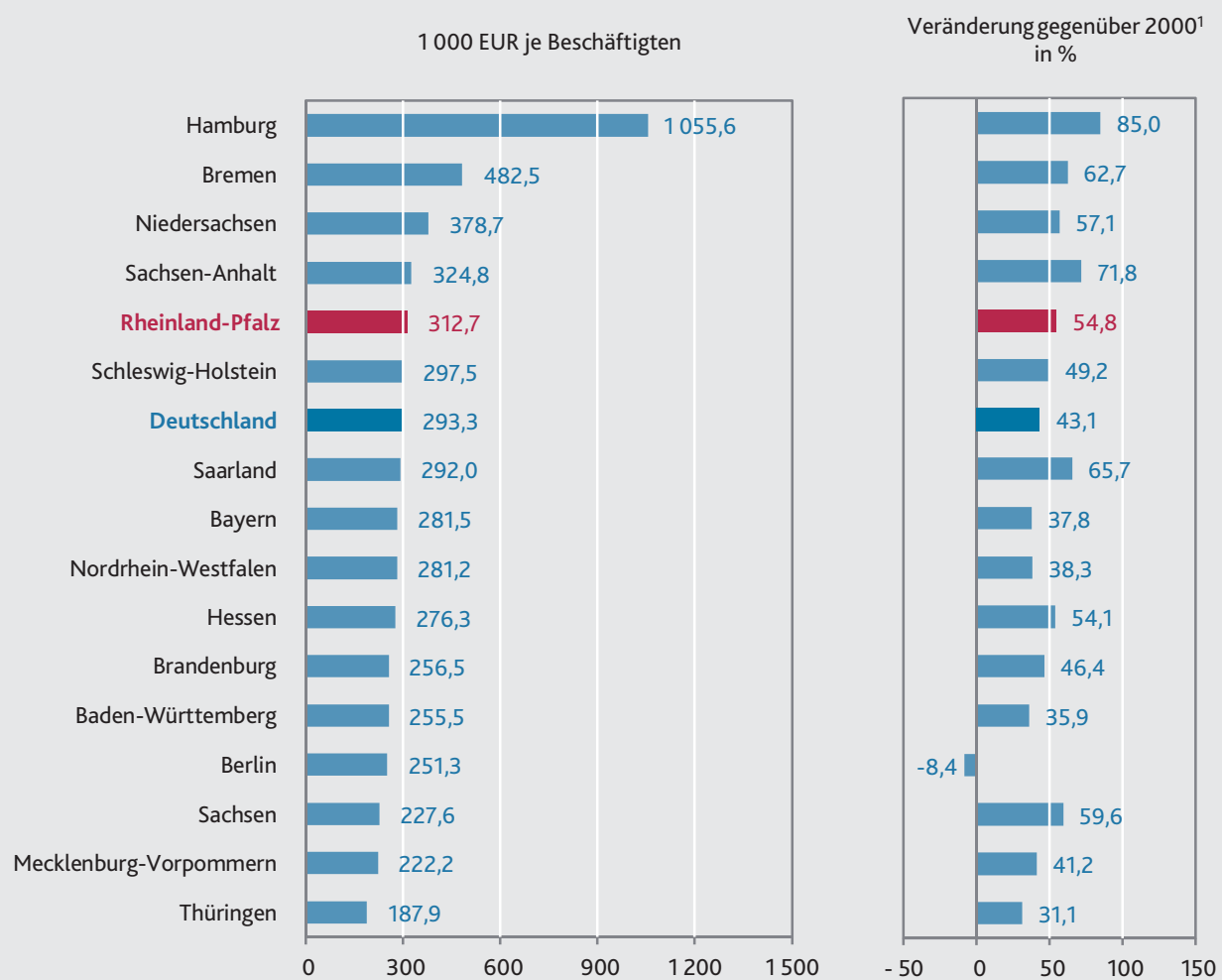


**Überdurchschnittlicher Anteil des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz**

In Rheinland-Pfalz hat das produzierende Gewerbe immer noch einen relativ hohen Anteil an der Wertschöpfung; er lag 2012 bei 35 Prozent. Damit nimmt Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern hinter Baden-Württemberg und dem Saarland den dritten Platz ein (Deutschland: 31 Prozent). Der höhere Anteil beruht in erster Linie auf dem verarbeitenden Gewerbe (Rheinland-Pfalz: 26 Prozent; Deutschland: 22 Prozent). Auch der Wertschöpfungsanteil der Land- und Forstwirtschaft liegt in Rheinland-Pfalz mit 1,6 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt (ein Prozent).

Die Dienstleister tragen rund 64 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz bei. Die meisten Bundesländer weisen allerdings höhere Anteilswerte auf, sodass der Durchschnittswert für Deutschland bei gut 68 Prozent liegt. Insbesondere der Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ hat mit 22 Prozent in Rheinland-Pfalz ein deutlich geringeres Gewicht als in Deutschland mit 26 Prozent.



G 48 Umsatz im verarbeitenden Gewerbe 2012<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Jahr 2012 nach WZ 2008, Jahr 2000 nach WZ 2003.

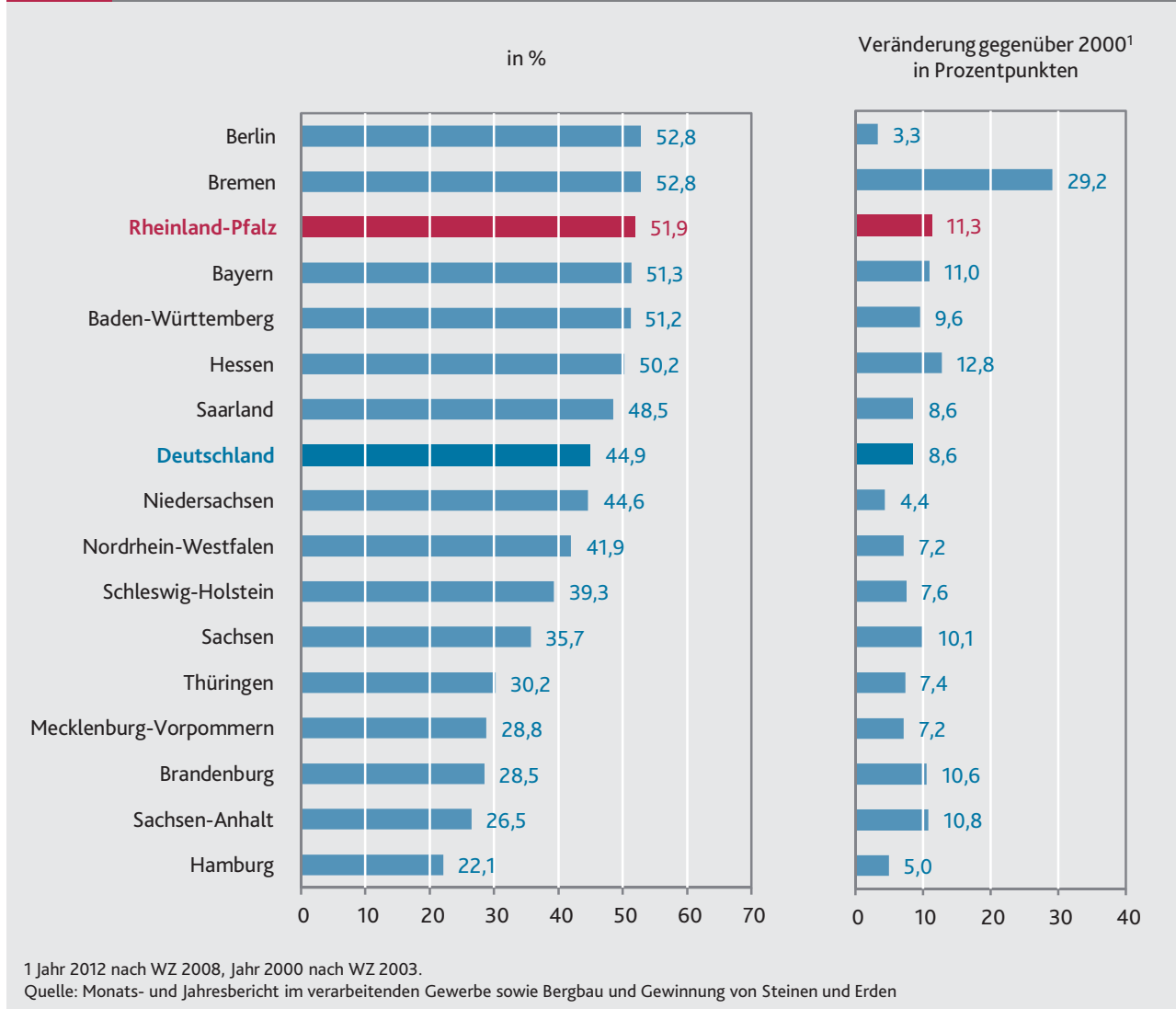
Quelle: Monats- und Jahresbericht im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

### Umsatzproduktivität im verarbeitenden Gewerbe über dem Durchschnitt

Die Umsatzproduktivität, also der Umsatz je Beschäftigten, gilt als Indikator für die Effizienz des im Produktionsprozess eingesetzten Faktors Arbeit. Der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz lag 2012 bei rund 313 000 Euro je Beschäftigten und damit über dem Bundesdurchschnitt. Das Land belegte damit den fünften Rang unter den Bundesländern. Auffallend ist die Spitzenstellung Hamburgs. Dies ist u. a. auf die in der Hansestadt ansässigen Unternehmen der Mineralölverarbeitung zurückzuführen, die mit relativ geringer Beschäftigtenzahl hohe Umsätze erzielen.

Gegenüber dem Vorjahr blieb die Umsatzproduktivität in Rheinland-Pfalz nahezu unverändert, während sie im Bundesdurchschnitt leicht gesunken ist (-1,1 Prozent). Im langfristigen Vergleich zum Jahr 2000 ist ein Umsatzwachstum in Rheinland-Pfalz von rund 111 000 Euro festzustellen. Mit +55 Prozent lag der Zuwachs deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+43 Prozent).

**G 49** Exportquote im verarbeitenden Gewerbe 2012<sup>1</sup>

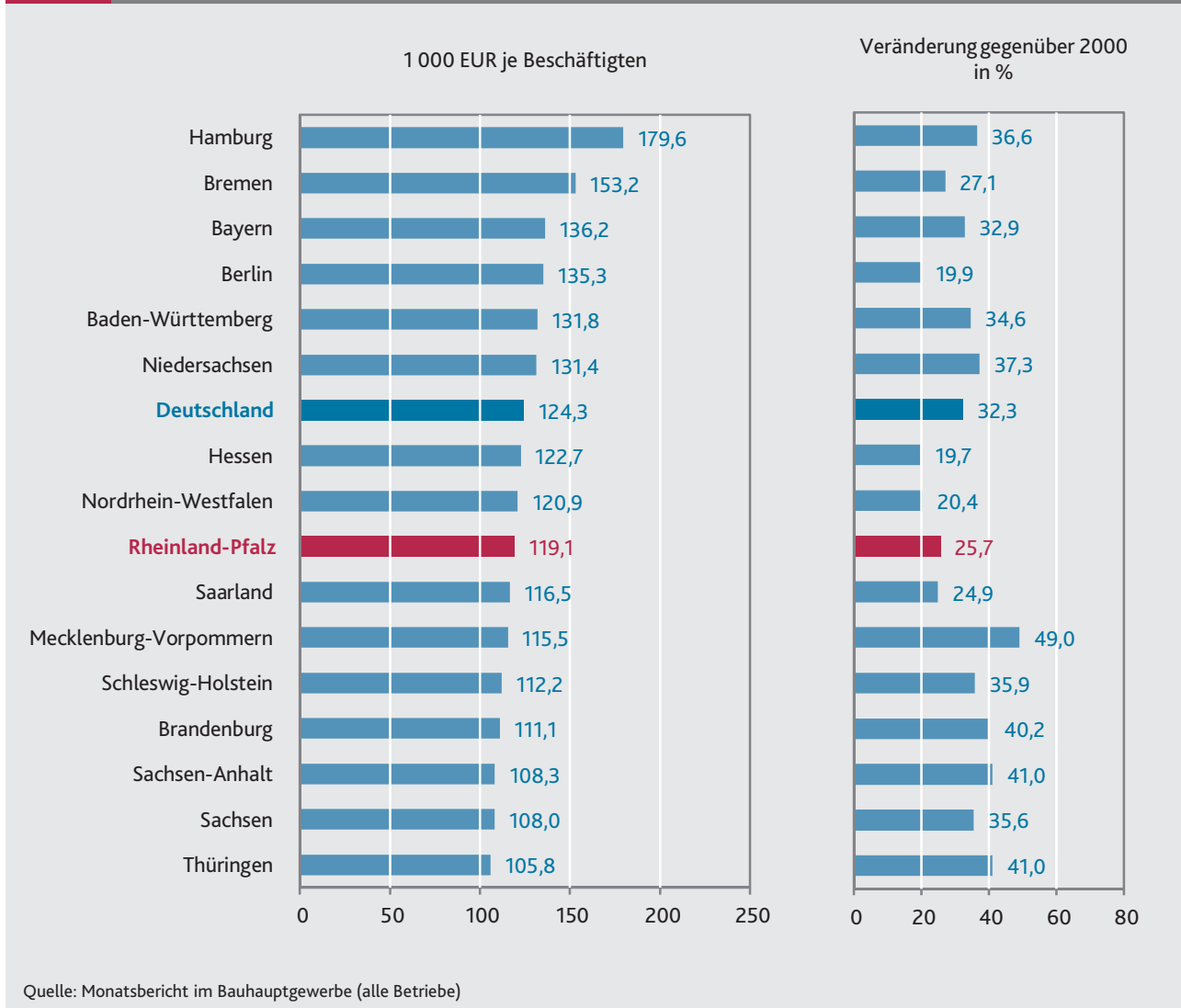


**Auslandsgeschäft macht gut die Hälfte des Industriumsatzes aus**

Der Export hat für das rheinland-pfälzische verarbeitende Gewerbe eine hohe Bedeutung. Im Jahr 2012 entfielen fast 52 Prozent des Industriumsatzes auf Geschäfte mit Kunden aus dem Ausland. Das ist für Rheinland-Pfalz die höchste bisher verzeichnete Exportquote. Damit wurde der Bundesdurchschnitt (45 Prozent) deutlich übertroffen. Im Ländervergleich lag Rheinland-Pfalz an dritter Stelle. Die den rheinland-pfälzischen Export bestimmenden Branchen sind die chemische Industrie, der Fahrzeugbau und der Maschinenbau.

Im vergangenen Jahr stieg der Auslandsumsatz in Rheinland-Pfalz um 3,4 Prozent, der Inlandsumsatz ging dagegen leicht um ein Prozent zurück. Dadurch hat sich die Exportquote um 1,1 Prozentpunkte erhöht (Deutschland: +0,6 Prozentpunkte). Zwischen 2000 und 2012 ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in Rheinland-Pfalz mit +11 Prozentpunkten etwas stärker gestiegen als im Bundesdurchschnitt (+8,6 Prozentpunkte).

## G 50 Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe 2012

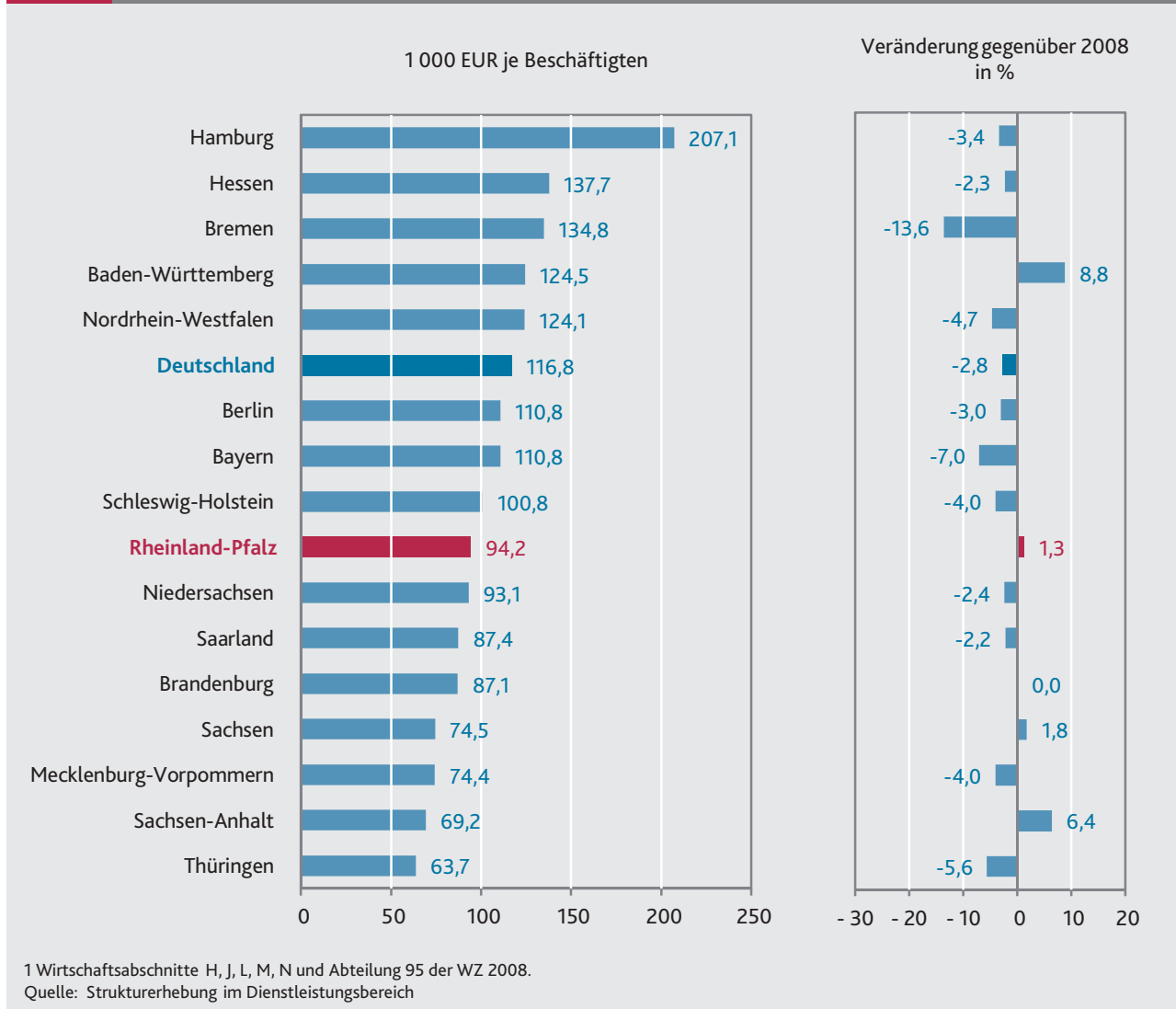


### Unterdurchschnittliche Umsatzentwicklung im Bauhauptgewerbe

Beim baugewerblichen Umsatz je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe zeigt sich eine große Spannweite zwischen den Ländern. Die höchsten Werte verzeichnen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen mit 179 600 bzw. 153 200 Euro je Beschäftigten. Am unteren Ende der Rangliste rangiert Thüringen mit 105 800 Euro je Beschäftigten. Rheinland-Pfalz liegt mit 119 100 Euro an neunter Stelle.

Nachdem die Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe 2011 durch niedrige Bauzinsen, gute Witterungsbedingungen sowie die verstärkte Nachfrage nach Wohnimmobilien als Kapitalanlage in Rheinland-Pfalz deutlich gestiegen war (+9,7 Prozent), gab es 2012 einen leichten Rückgang um 0,9 Prozent. Im Bundesdurchschnitt ist die Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe im letzten Jahr um ein Prozent gesunken. Im langfristigen Vergleich seit dem Jahr 2000 ist der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz um gut 24 000 Euro je Beschäftigten gestiegen. Mit +26 Prozent lag der Zuwachs etwas unter dem Bundesdurchschnitt (+32 Prozent).

**G 51 Umsatz in den Dienstleistungsbereichen<sup>1</sup> 2010**

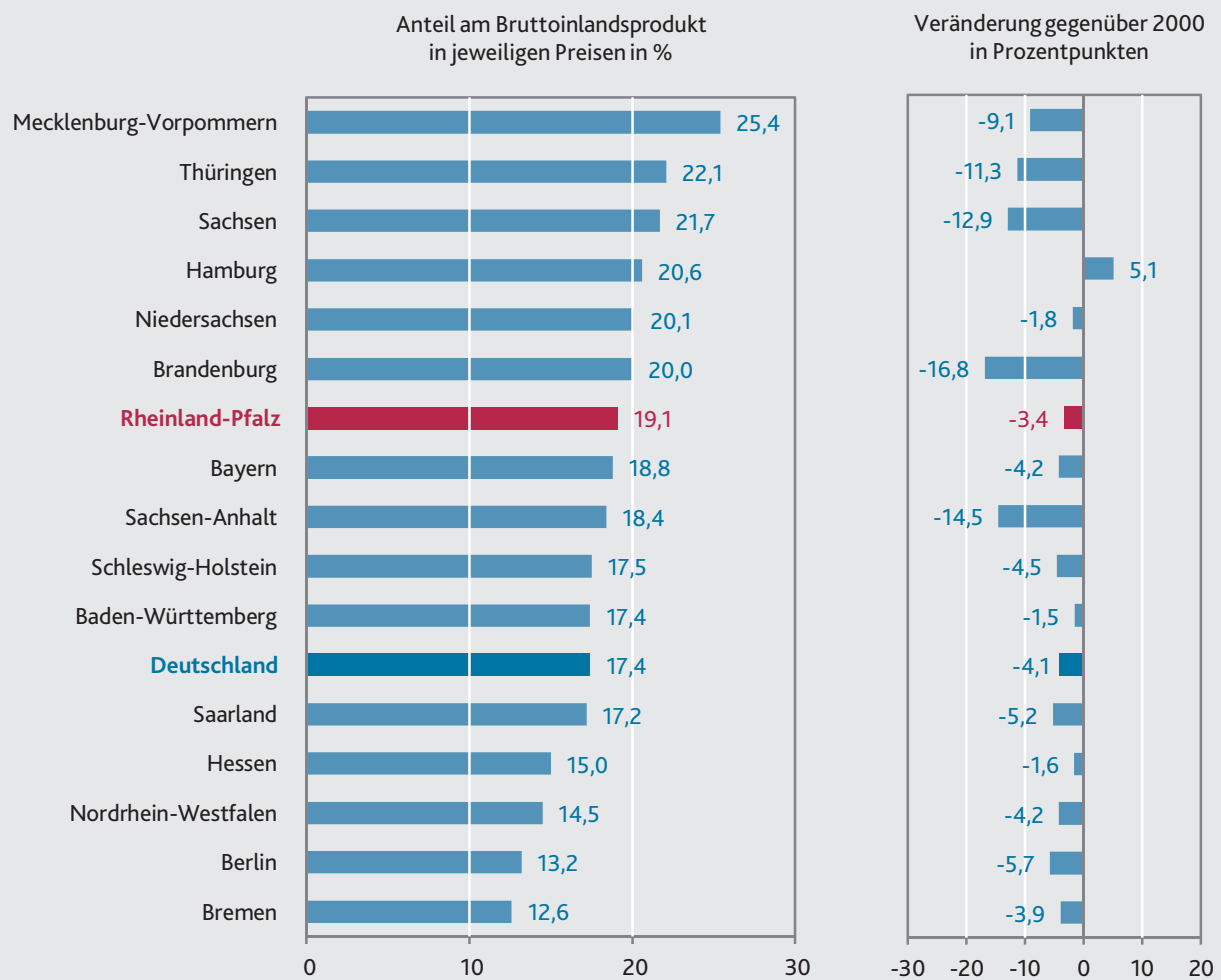


**Umsatzproduktivität im Dienstleistungsbereich unter dem Durchschnitt**

In der jährlich durchgeführten Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich werden die wichtigen Abschnitte „Verkehr und Lagerei“, „Information und Kommunikation“, „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ sowie „Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern“ erfasst. In diesen Wirtschaftsbereichen lag der Umsatz je Beschäftigten in Rheinland-Pfalz 2010 bei gut 94 000 Euro und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (117 000 Euro). Das Land belegte damit den neunten Rang unter den Bundesländern.

Gegenüber dem Jahr 2009 stieg der Umsatz je Beschäftigten in dem zusammengefassten Bereich in Rheinland-Pfalz um 7,1 Prozent während er im Bundesdurchschnitt sank (-0,4 Prozent). Ausgehend vom Niveau des Jahres 2008 wurde bis 2010 ein Umsatzzuwachs um 1,3 Prozentpunkte erreicht (Deutschland: -2,8 Prozentpunkte).

## G 52 Bruttoanlageinvestitionen 2010



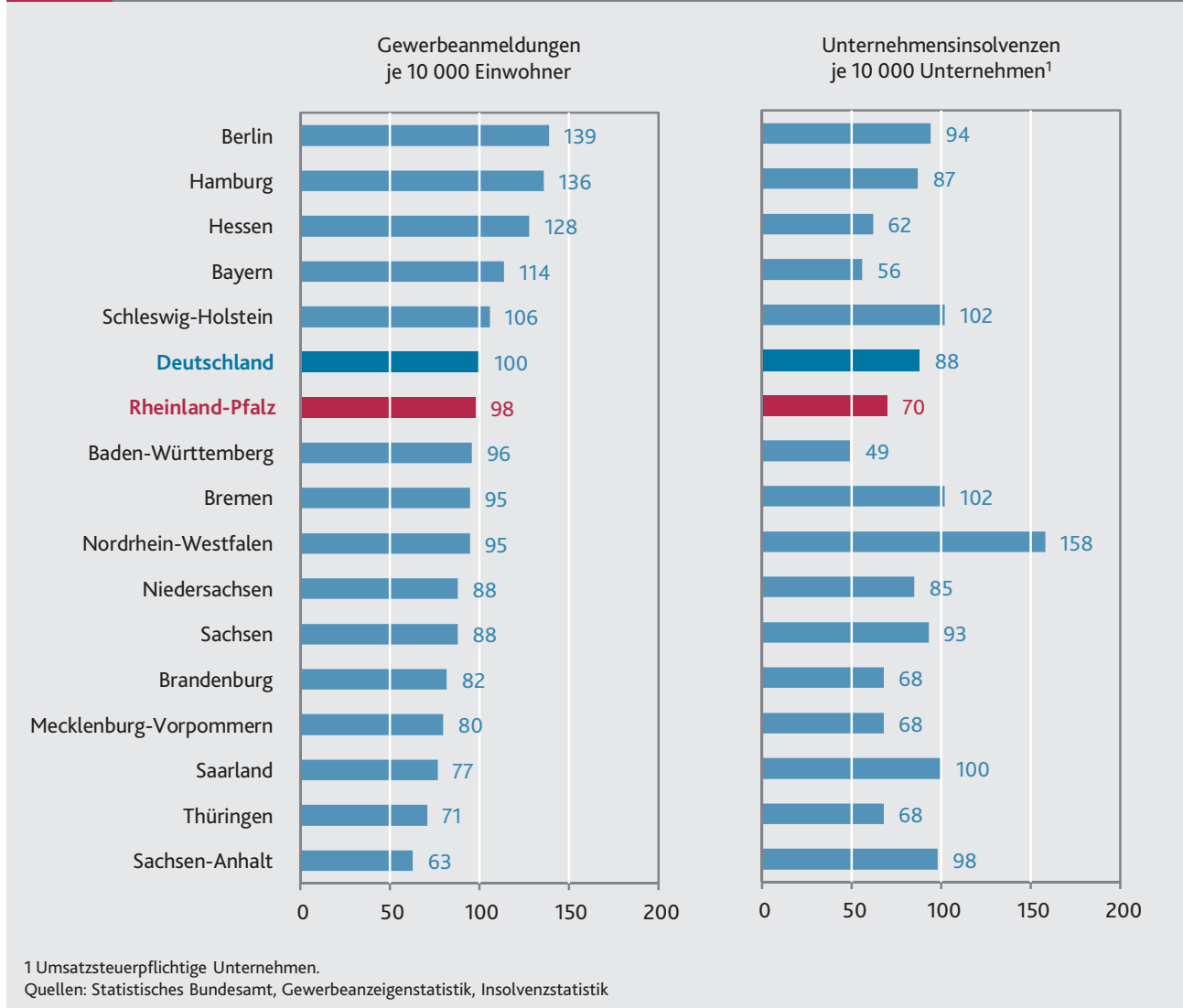
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

### Bruttoanlageinvestitionen machten knapp ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts aus

Rund 22 Milliarden Euro wurden 2010 in Rheinland-Pfalz in neue Sachanlagen investiert. Das waren 4,9 Prozent der gesamtdeutschen Investitionen. Unter Berücksichtigung des Saldos aus Käufen und Verkäufen gebrauchter Anlagen machten die gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen 19 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Damit lag Rheinland-Pfalz an dritter Stelle unter den alten Bundesländern. Im Bundesdurchschnitt betrug die Investitionsquote 17 Prozent. In fast allen Ländern lag die Investitionsquote 2010 niedriger als im Jahr 2000, insbesondere in den neuen Ländern.

Der größte Teil der Investitionen fließt in neue Bauten. Im Jahr 2010 waren es in Rheinland-Pfalz mehr als zwölf Milliarden Euro, also rund 55 Prozent der gesamten Ausgaben für neue Anlagen (Deutschland: 52 Prozent). Neben den Investitionen in Nichtwohngebäude sind hier auch die gesamten Investitionen in Wohngebäude enthalten. Für neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen wurden gut 9,8 Milliarden Euro ausgegeben. Dazu gehören z. B. Maschinen und Fahrzeuge, aber auch Computerprogramme.

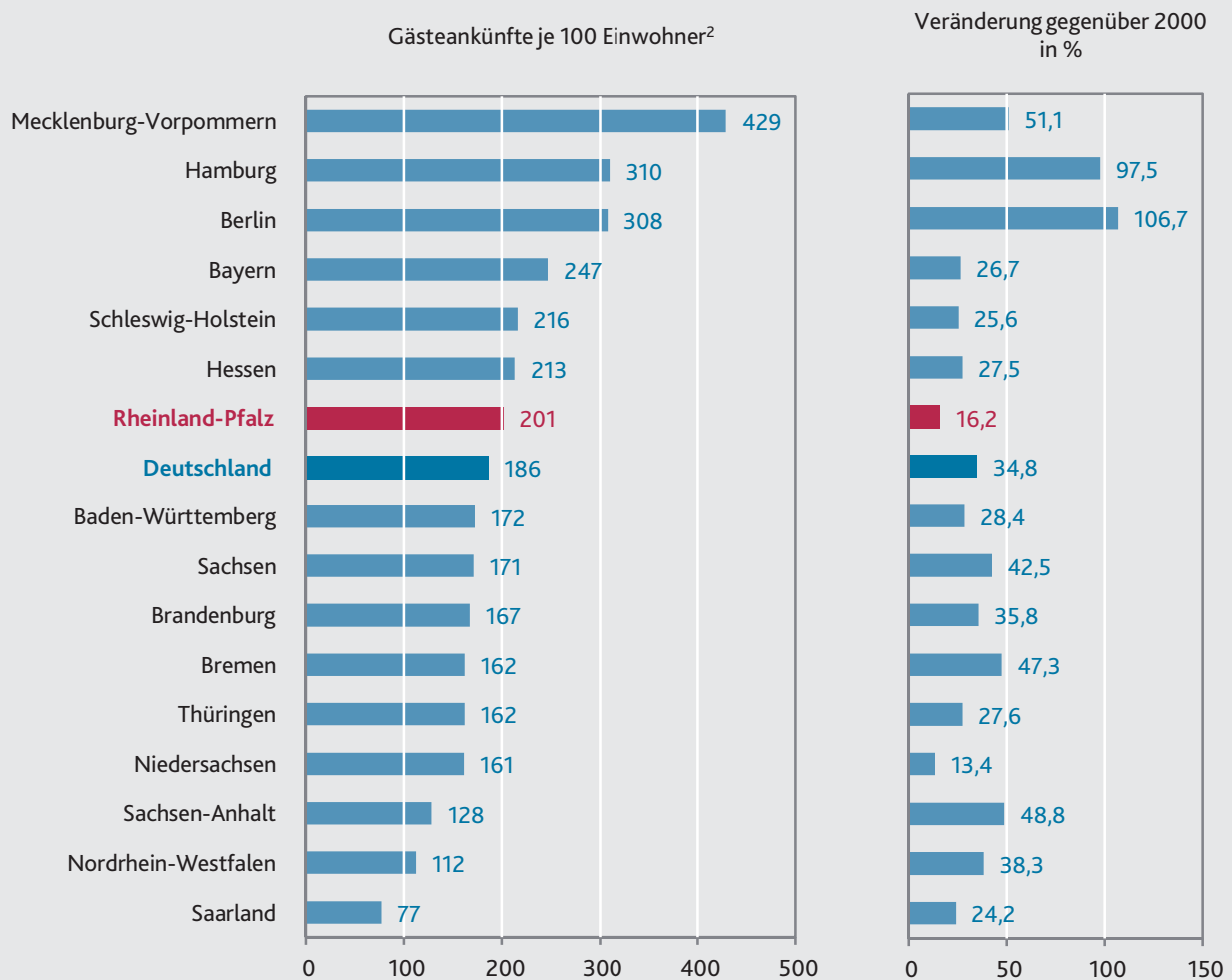
**G 53** Gewerbebeanmeldungen 2011 und Unternehmensinsolvenzen 2012



**Weniger Gewerbebeanmeldungen, deutlicher Rückgang der Unternehmensinsolvenzen**

Die Gewerbeämter in Rheinland-Pfalz verzeichneten 2011 insgesamt 39 300 Gewerbebeanmeldungen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl um 4,7 Prozent gesunken (Deutschland: –4,8 Prozent). Entgegen dieser Entwicklung hat sich die Zahl der Betriebsgründungen um elf Prozent erhöht, d. h., es wurden mehr Betriebe gegründet, bei denen eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet wird. Mit insgesamt 98 Anmeldungen je 10 000 Einwohner liegt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich auf Rang sechs.

Im Jahr 2012 mussten weniger rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen als im Jahr zuvor (–11 Prozent). Im Bundesdurchschnitt ging die Zahl der Insolvenzanträge um sechs Prozent zurück. Insgesamt waren 1 094 Unternehmen in Rheinland-Pfalz von Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit betroffen; das ist der niedrigste Stand seit dem Jahr 2002. Die Insolvenzquote – die Zahl der Insolvenzfälle je 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen – lag 2012 mit 70 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (88). Im Vergleich der Länder belegt Rheinland-Pfalz Platz sieben.

G 54 Gästeintensität im Tourismus<sup>1</sup> 2012

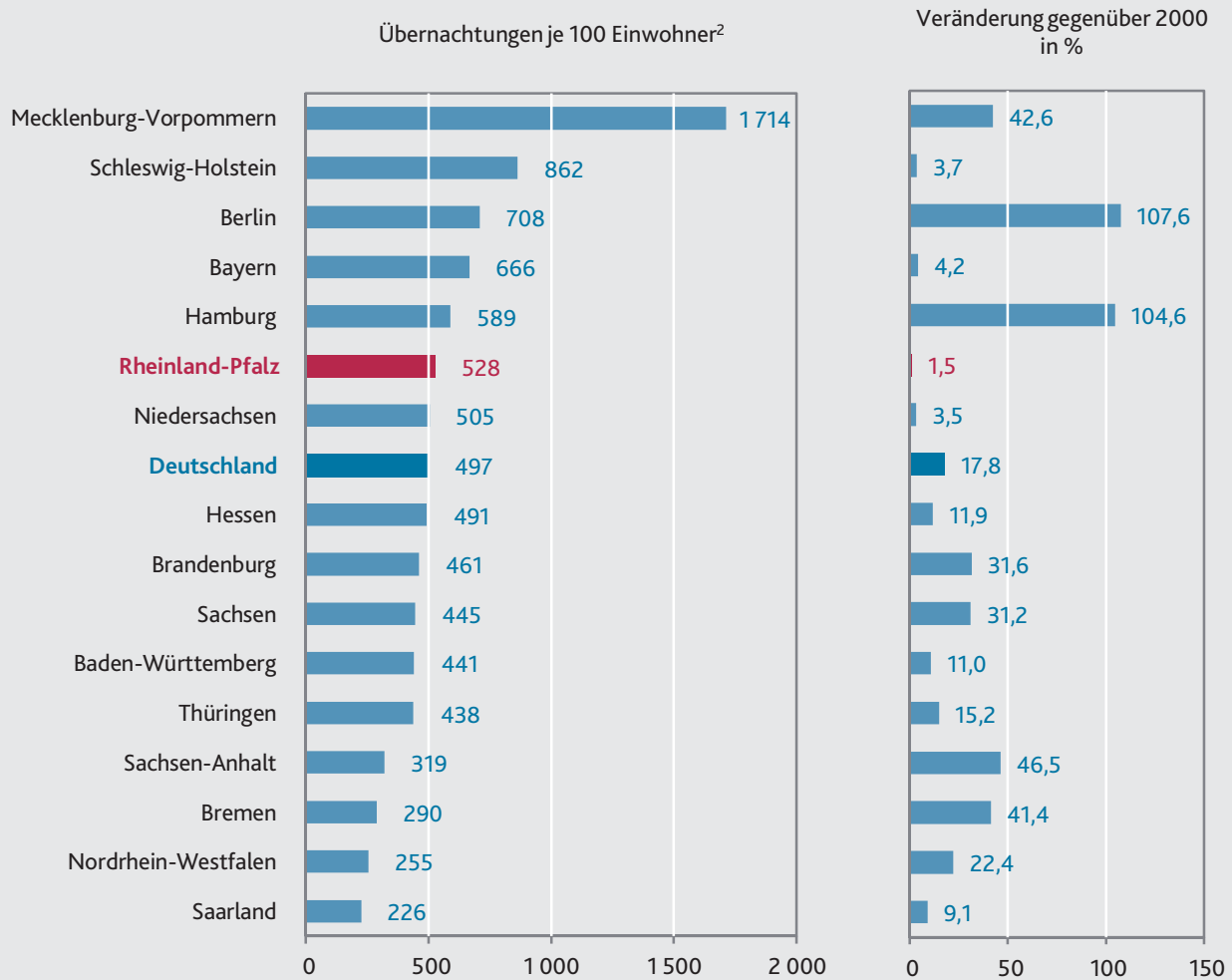
<sup>1</sup> Ohne Privatquartiere. – <sup>2</sup> Stichtag 30.06.2012.  
Quelle: Beherbergungsstatistik

### Über acht Millionen Gäste kamen nach Rheinland-Pfalz

Nachdem die Bundesgartenschau in Koblenz 2011 für Rekordwerte im rheinland-pfälzischen Tourismus gesorgt hatte, waren sowohl die Gäste- als auch die Übernachtungszahlen 2012 leicht rückläufig. Insgesamt besuchten 8,2 Millionen Übernachtungsgäste das Land (ohne Privatquartiere), das waren 1,9 Prozent weniger als 2011. Dennoch wurde damit das zweithöchste Gästeaufkommen in der Geschichte des Landes erzielt, das zudem zum zweiten Mal in Folge über acht Millionen lag. Bundesweit wurden 153 Millionen Gästeankünfte gezählt, davon entfielen 5,3 Prozent auf Rheinland-Pfalz.

Eine Kennzahl für den Vergleich der Bundesländer ist die Gästeintensität. Sie bezieht die Zahl der Gästeankünfte auf die Bevölkerung. Auf 100 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer entfielen im Berichtsjahr 2012 Gästeankünfte. Damit liegt das Land im Ländervergleich auf Platz sieben. Spitzenreiter ist mit großem Abstand Mecklenburg-Vorpommern mit 429 Gästen je 100 Einwohner, gefolgt von den Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Am niedrigsten ist die Gästeintensität im Saarland.

G 55 Übernachtungsintensität im Tourismus<sup>1</sup> 2012



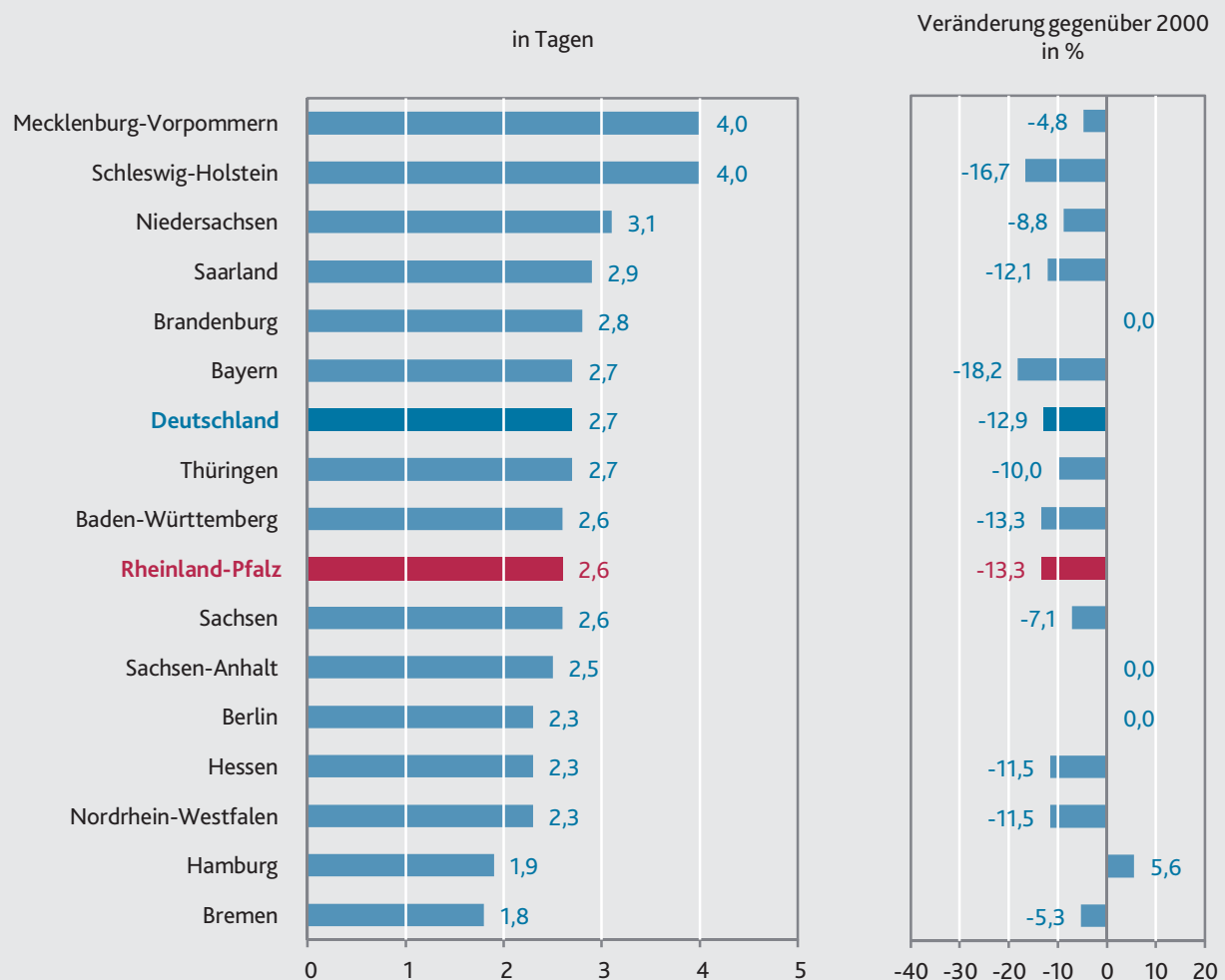
<sup>1</sup> Ohne Privatquartiere. – <sup>2</sup> Stichtag 30.06.2012.  
Quelle: Beherbergungsstatistik

**Übernachtungsintensität in Rheinland-Pfalz über dem Bundesdurchschnitt**

Bundesweit gab es 2012 rund 407 Millionen Gästeübernachtungen. Mit 22,5 Millionen Übernachtungen entfielen 5,5 Prozent auf Rheinland-Pfalz. Ein Viertel der Übernachtungen in rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben (ohne Privatquartiere) wurde von Reisenden aus dem Ausland gebucht. Nur in der Bundeshauptstadt Berlin ist der Übernachtungsanteil der ausländischen Besucherinnen und Besucher höher (41 Prozent).

Ein Vergleich der Länder anhand der Übernachtungsintensität zeigt die besondere Bedeutung des Tourismus für die Küstegebiete im Norden und für die Bergregionen im Süden Deutschlands. Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 1714 Übernachtungen je 100 Einwohner mit deutlichem Abstand auf Rang eins, gefolgt von Schleswig-Holstein mit 862 Übernachtungen je 100 Einwohner. Rheinland-Pfalz belegt mit 528 Übernachtungen je 100 Einwohner Rang sechs und liegt damit über dem Bundesdurchschnitt von 497 Übernachtungen je 100 Einwohner.



G 56 Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus<sup>1</sup> 2012

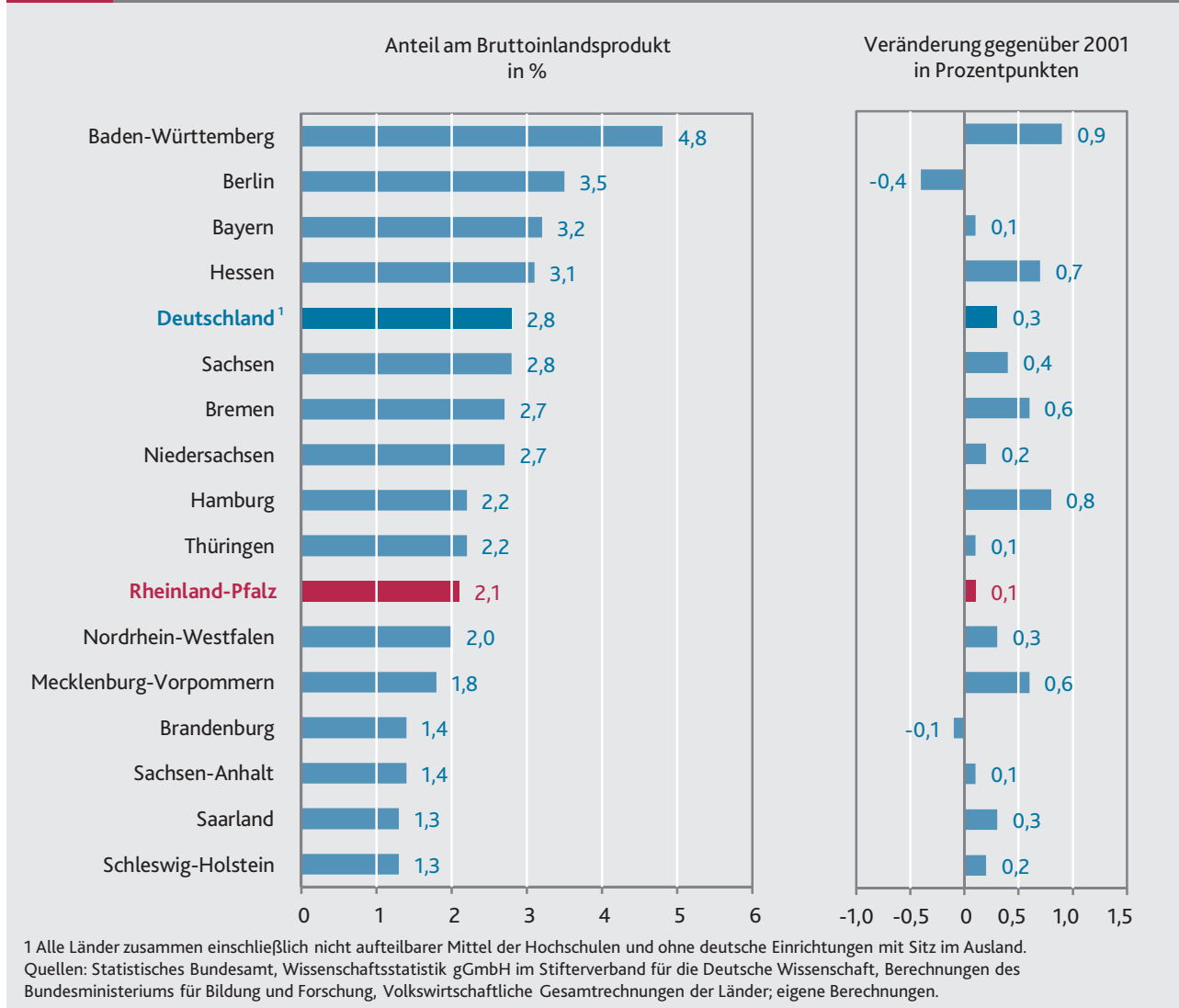
<sup>1</sup> Ohne Privatquartiere.  
Quelle: Beherbergungsstatistik

### Gäste aus dem Ausland verweilen in Rheinland-Pfalz am längsten

Der seit Jahren zu beobachtende Trend zum Kurzurlaub hält an. In den meisten Bundesländern war die durchschnittliche Verweildauer 2012 niedriger als im Jahr 2000. Sie lag in Rheinland-Pfalz 2012 mit 2,6 Tagen etwas unter dem Bundesdurchschnitt (2,7 Tage); im Jahr 2000 waren es noch drei Tage (Deutschland: 3,1 Tage). Am längsten bleiben die Gäste in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. In den großen Städten, wo Geschäfts- und Veranstaltungstourismus eine große Rolle spielen, verweilen die Reisenden dagegen deutlich kürzer.

In keinem anderen Bundesland blieben die Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland im vergangenen Jahr so lange wie in Rheinland-Pfalz: Im Durchschnitt verweilten die ausländischen Gäste 2,8 Tage; bundesweit lag die Aufenthaltsdauer bei 2,2 Tagen. Überdurchschnittlich lange blieben z. B. die Niederländerinnen und Niederländer (3,7 Tage). Reisende aus den Niederlanden übernachteten bevorzugt in Ferienzentren und -häusern, die oft für längere Aufenthalte genutzt werden.

## G 57 Ausgaben für FuE 2009

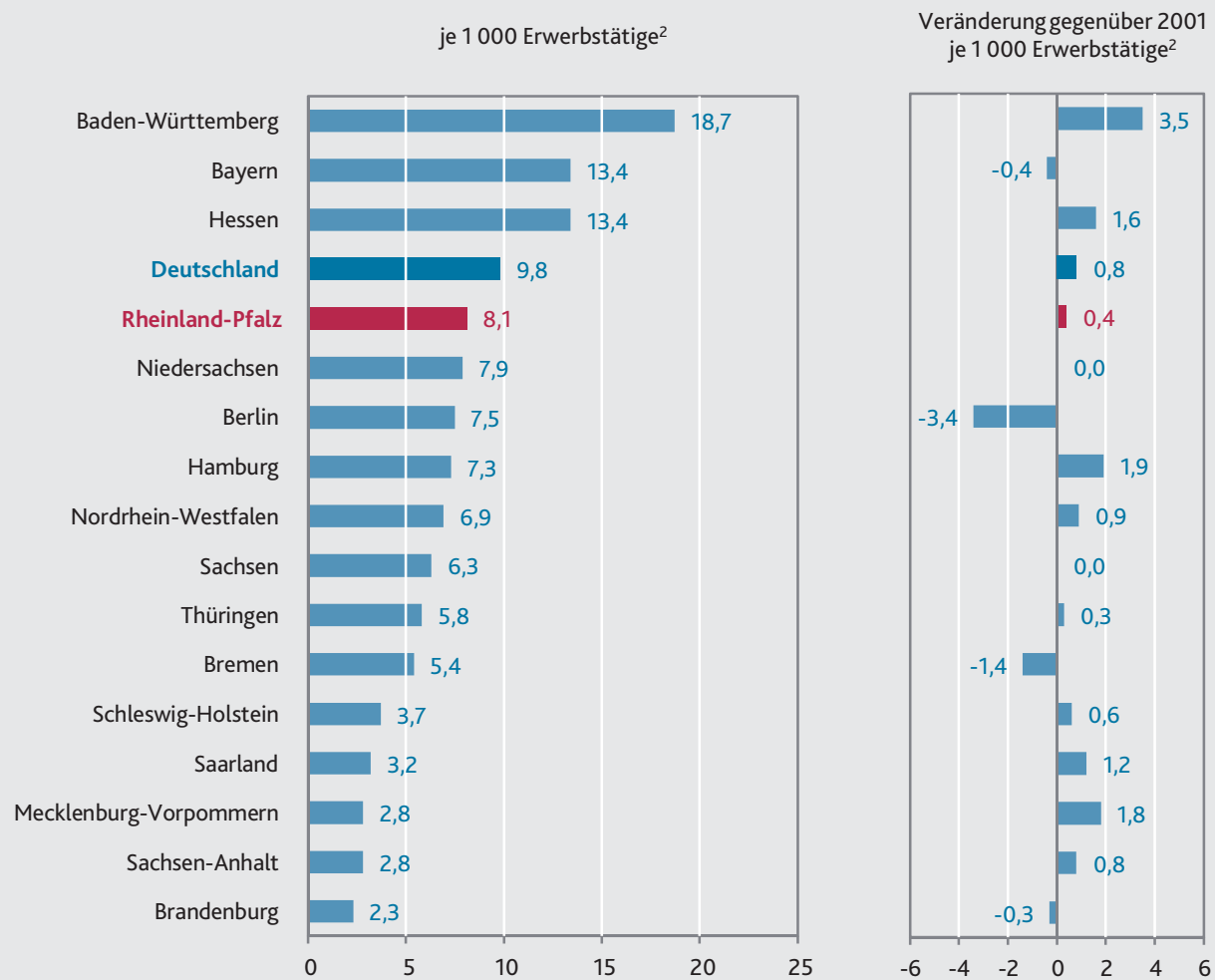


### Ausgaben für Forschung und Entwicklung unterdurchschnittlich

Der Anteil der Ausgaben für die Durchführung von Forschung und Entwicklung (FuE) am rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2009 betrug 2,1 Prozent, das bedeutet Rang zehn im Ländervergleich. Der Anteil zeigte sich in den vergangenen Jahren als weitgehend stabil, blieb aber unter dem Bundesdurchschnitt, der mit 2,8 Prozent fast schon den Zielwert der Lissabon-Strategie (drei Prozent) erreichte. Ein Grund für den verhältnismäßig niedrigen Wert in Rheinland-Pfalz dürfte die vergleichsweise geringe Ausstattung mit institutionellen Forschungsstätten sein.

Die langfristige Entwicklung der FuE-Ausgaben in Rheinland-Pfalz zeigt sich somit als vergleichsweise wenig dynamisch. Herausragend ist demgegenüber die Entwicklung in Baden-Württemberg: Dort war der Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 mit 4,8 Prozent fast zweieinhalbmal so hoch wie in Rheinland-Pfalz. Seit 2001 hat sich der Anteil dort um knapp einen Prozentpunkt erhöht. Berlin und Bayern lagen 2009 mit Anteilswerten von 3,5 und 3,2 Prozent ebenfalls über der Referenzmarke.

**G 58** FuE-Personal im Wirtschaftssektor<sup>1</sup> 2009



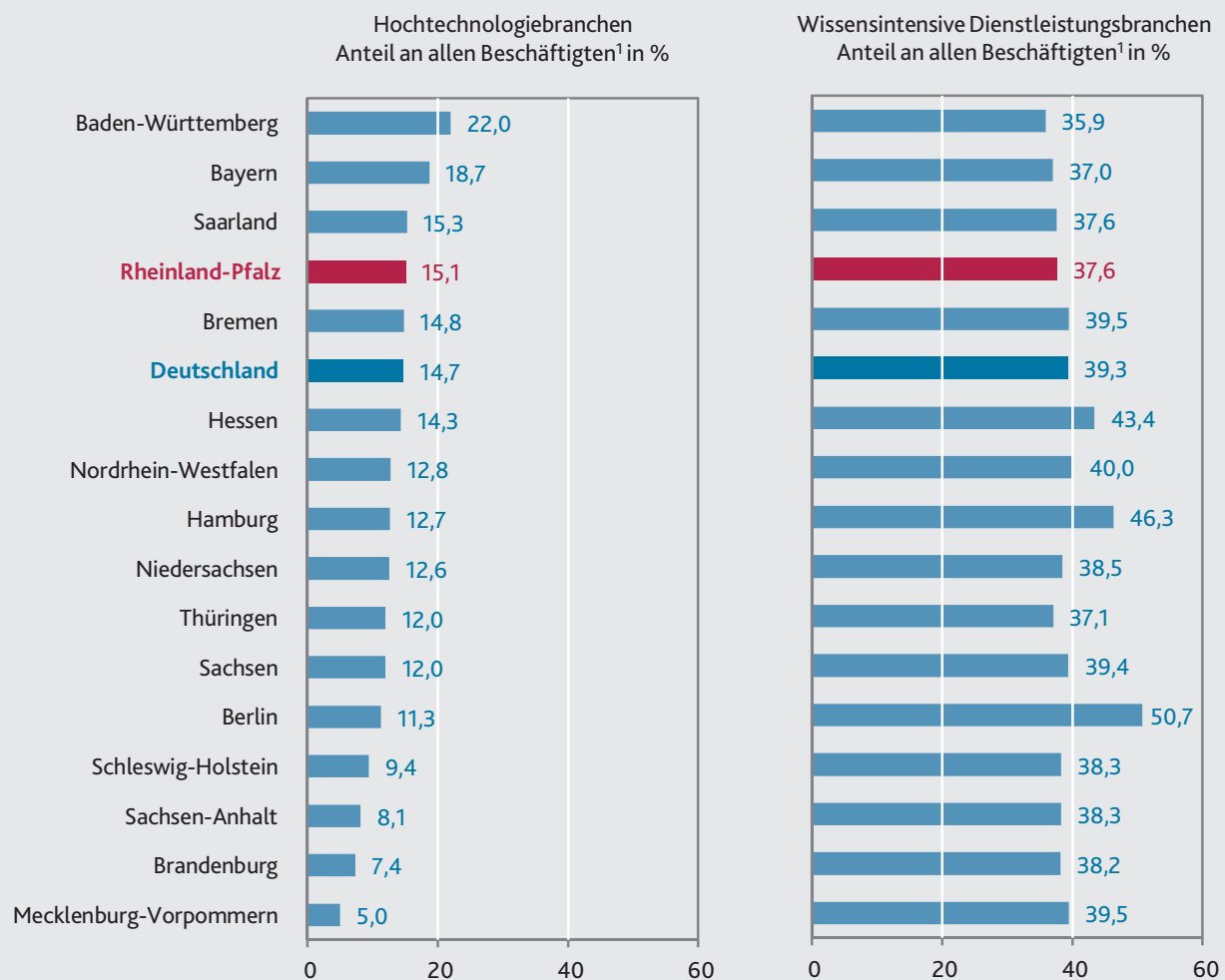
<sup>1</sup> Unternehmen und Institutionen für industrielle Gemeinschaftsforschung und experimentielle Gemeinschaftsentwicklung (IfG). – 2 Vollzeitäquivalente.  
Quelle: Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

**Beschäftigung in den Forschungseinrichtungen der Wirtschaft nimmt zu**

Forschung und Entwicklung sind Voraussetzungen für Entdeckungen und Erfindungen (Inventionen). Diese treiben den technischen Fortschritt voran. Erfolgreiche FuE schlägt sich in Patenten und letztlich in neuen Produkten nieder, die sich am Markt durchsetzen (Innovationen). Die Zahl der im FuE-Prozess eingesetzten Arbeitskräfte ist ein Indikator für die Innovationsanstrengungen.

Auf 1 000 Erwerbstätige kamen 2009 im FuE-Bereich der rheinland-pfälzischen Wirtschaft acht Beschäftigte, das ist Platz vier im Vergleich der Bundesländer. Im Durchschnitt der Länder sind es fast zehn und in Baden-Württemberg mit 19 FuE-Beschäftigten je 1 000 Erwerbstätige fast doppelt so viele. Die langfristige Entwicklung verlief im Ländervergleich sehr heterogen: Während sich der Anteil der FuE-Beschäftigten an den Erwerbstätigen seit 2001 in Mecklenburg-Vorpommern (ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau) nahezu verdreifacht hat, kam es in Berlin zu einem Rückgang von fast einem Drittel. Im Bundesdurchschnitt hat der Indikatorwert um 8,8 Prozent zugelegt, in Rheinland-Pfalz um fünf Prozent.

## G 59 Beschäftigte in Hochtechnologiebranchen und wissensintensiven Dienstleistungsbranchen 2012

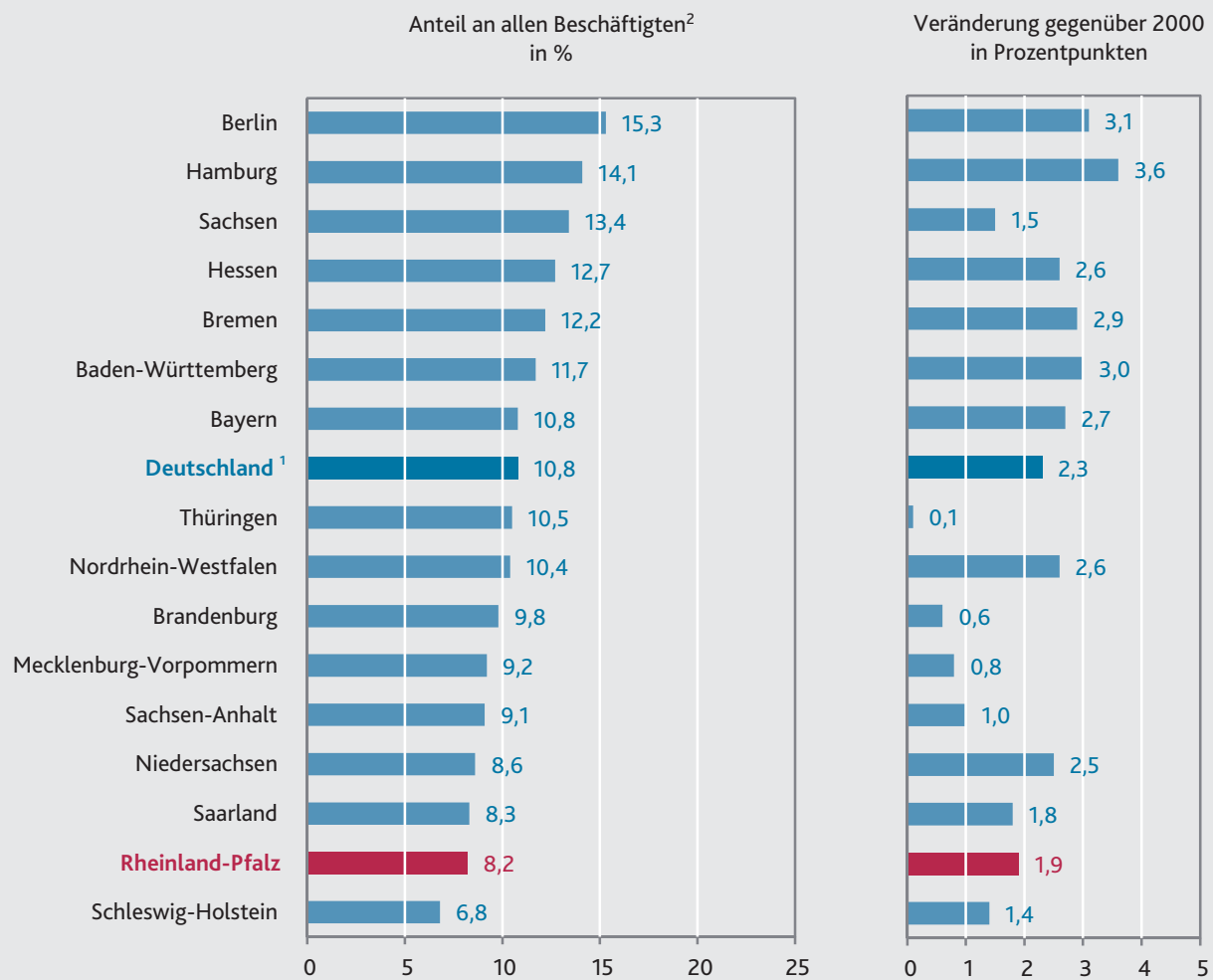


<sup>1</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Höhere Beschäftigung in den „Zukunftsbranchen“

Branchen, in denen unter Verwendung von Spitzentechnologie oder hoch qualifiziertem Personal produziert wird, werden oft als „Zukunftsbranchen“ bezeichnet, weil ihnen ein überdurchschnittliches Wertschöpfungspotenzial zugeschrieben wird. Diese Bereiche werden nach einer EU-Systematik in „Hochtechnologiebranchen“ (z. B. chemische Industrie, Maschinenbau, Forschung und Entwicklung) bzw. „wissensintensive Dienstleistungsbranchen“ (z. B. Kredit- und Versicherungsgewerbe, Forschung und Entwicklung, Gesundheits- und Sozialwesen) unterteilt. Im Juni 2012 waren in Rheinland-Pfalz in den Hochtechnologiebranchen 191 700 Personen tätig, das waren 15 Prozent aller Beschäftigten. Damit belegt das Land Rang vier und erreicht ein knapp über dem Durchschnitt liegendes Ergebnis. In Baden-Württemberg ist mehr als jeder fünfte Beschäftigte im High-Tech-Bereich tätig. In den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen waren etwa 475 400 Personen beschäftigt und somit 38 Prozent aller Beschäftigten. Der bundesdurchschnittliche Anteil liegt bei 39 Prozent. Seit 2008 stieg die Beschäftigung in diesen Bereichen in Rheinland-Pfalz um 5,2 bzw. 8,7 Prozent (Deutschland: +2,5 bzw. +8,7 Prozent).

## G 60 Beschäftigte mit Hochschulabschluss 2011<sup>1</sup>



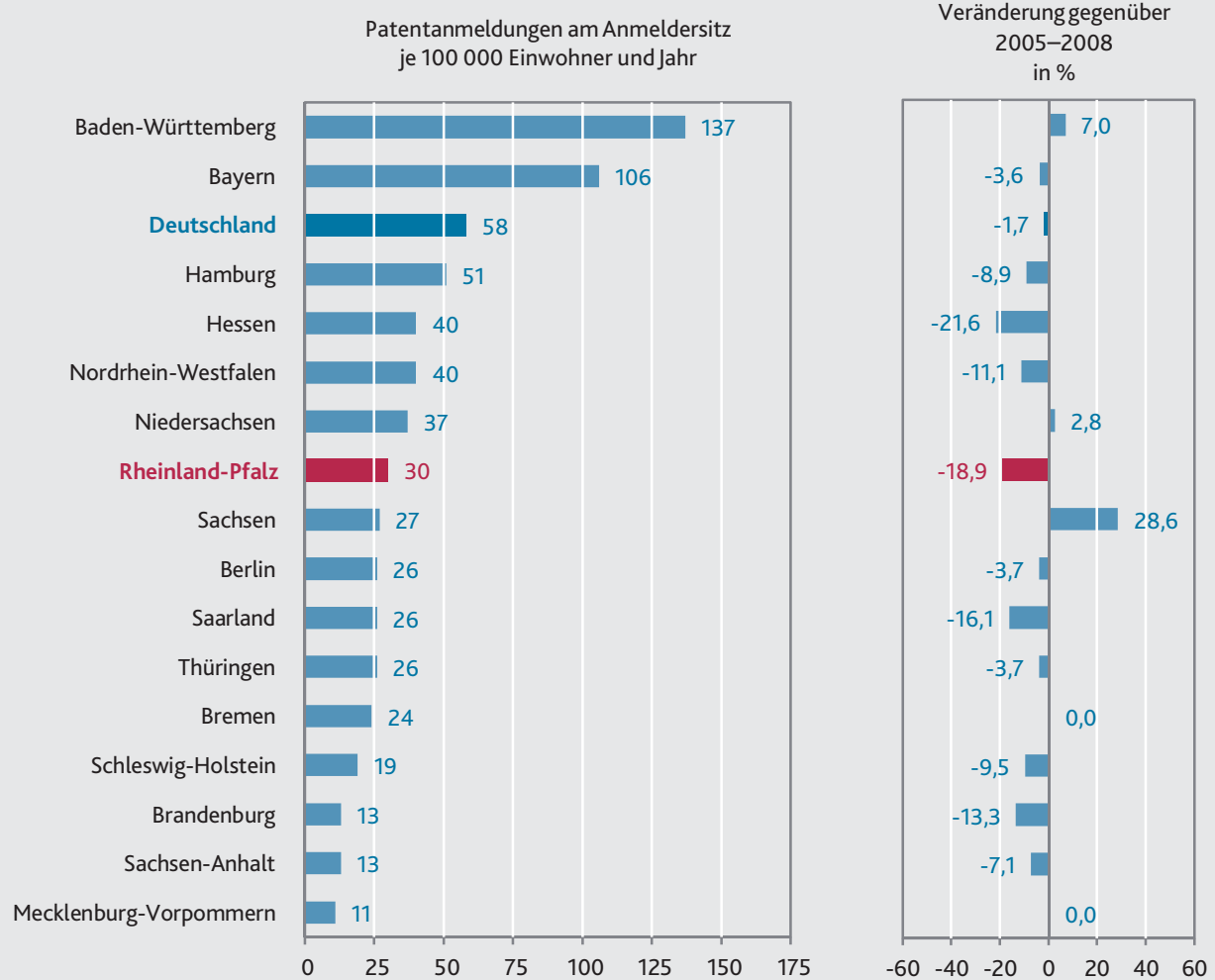
<sup>1</sup> Wegen Umstellung der Erhebungsinhalte stehen keine aktuelleren Ergebnisse zur Verfügung. — <sup>2</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Vergleichsweise wenig Hochqualifizierte unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Die Entwicklung und Herstellung hochtechnologischer Produkte und Produktionsverfahren setzen hohe Qualifikationen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Unternehmen und Forschungseinrichtungen voraus. Diese werden in der Regel mit einem Hochschulabschluss erworben.

Im Jahr 2011 waren in Rheinland-Pfalz von 100 abhängig Beschäftigten lediglich acht Akademikerin bzw. Akademiker. Nur in Schleswig-Holstein war der Anteil noch geringer. In Berlin war er mit 15 Prozent dagegen fast doppelt so hoch wie hierzulande. Deutschlandweit haben elf Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Hochschulabschluss. Trotz eines überdurchschnittlich hohen Anstiegs der Zahl der beschäftigten Hochschulabsolventinnen und -absolventen (+35 Prozent; Rang fünf) stieg der Akademikeranteil in Rheinland-Pfalz seit 2000 nur unterdurchschnittlich (+1,9 Prozentpunkte; Deutschland: +2,3 Prozentpunkte). Den höchsten prozentualen Anstieg der Akademikerbeschäftigung konnte Niedersachsen verzeichnen (+48 Prozent), den höchsten Anteilszuwachs Hamburg (+3,6 Prozentpunkte).

## G 61 Patendichte 2009–2012



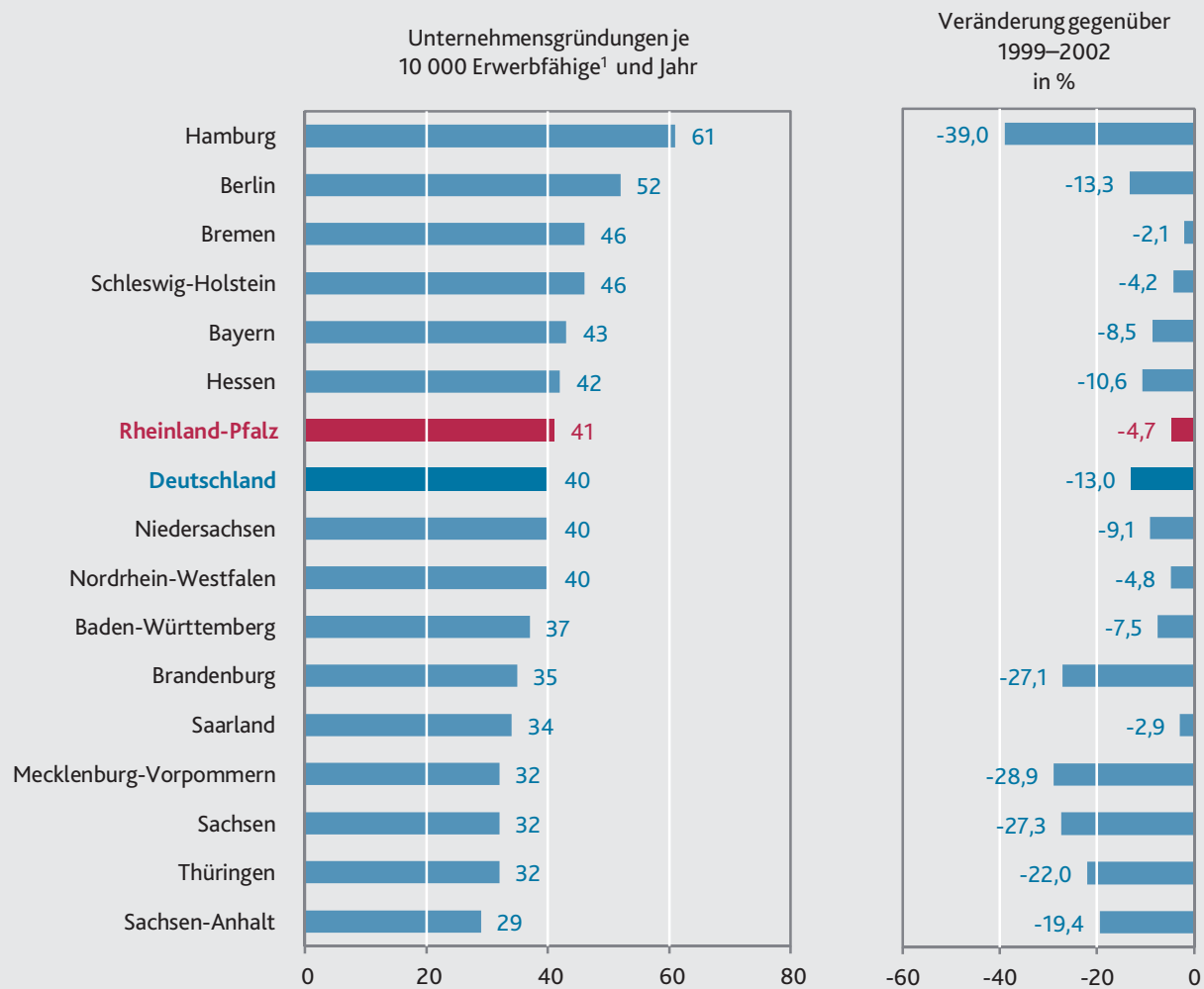
Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

### Patentaktivitäten rheinland-pfälzischer Erfinderinnen und Erfinder deutlich gesunken

Die Zahl der Patentanmeldungen gibt Hinweise über Innovationsanstrengungen. In den Jahren 2009 bis 2012 erfolgten beim Deutschen Patentamt je 100 000 Einwohner durchschnittlich 30 Patentanmeldungen von in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen oder Einzelerfindern, damit erreicht Rheinland-Pfalz den siebten Rang im Ländervergleich. Wegen der herausragenden Positionen von Baden-Württemberg und Bayern liegt das Land aber deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 58 Patenten je 100 000 Einwohner. Über 60 Prozent der Patentanmeldungen kamen aus Baden-Württemberg oder Bayern.

In Rheinland-Pfalz hat die Zahl der Anmeldungen gegenüber dem Zeitraum 2005 bis 2008 von 1 500 auf 1 200 pro Jahr abgenommen. Mit –19 Prozent war dies der zweitstärkste Rückgang unter den Ländern nach Hessen (–22 Prozent). Substantielle Zunahmen waren lediglich in Sachsen (+29 Prozent), Baden-Württemberg (+7 Prozent) und Niedersachsen (+3 Prozent) festzustellen (Deutschland: –1,7 Prozent).

G 62 Gründungsintensität 2007–2010



1 Personen im erwerbsfähigen Alter von 18 bis unter 65 Jahre.

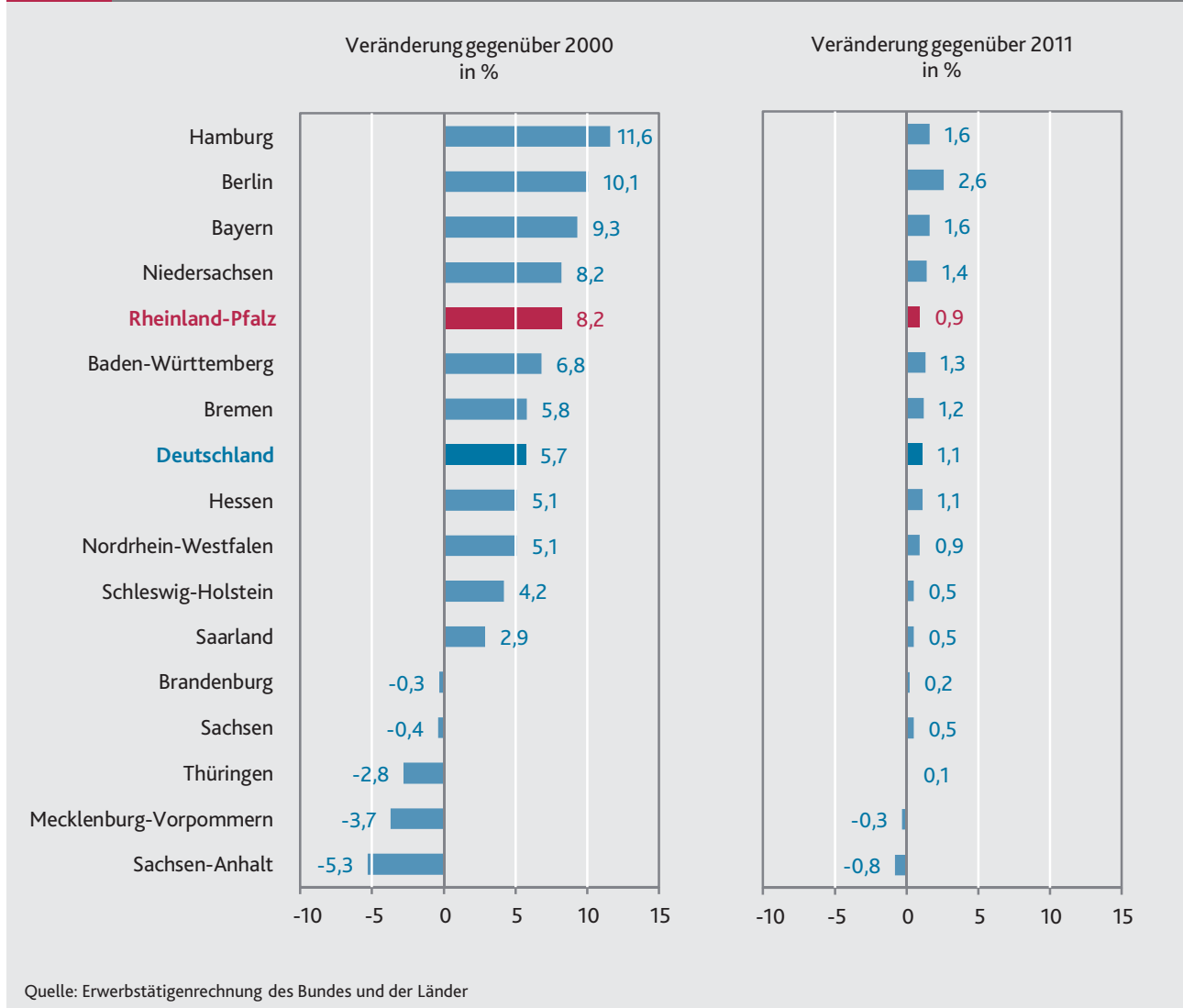
Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (Mannheimer Unternehmenspanel); eigene Berechnungen

**Unternehmensgründungen rückläufig – aber nach wie vor günstiges Gründungsklima im Land**

Unternehmensgründungen sind Teil des Innovationsprozesses und tragen zum Strukturwandel bei. Sie wirken wettbewerbsfördernd und schaffen Arbeitsplätze. Unternehmensgründungen bilden so eine wichtige Grundlage wirtschaftlicher Dynamik. Im Vergleich der Länder verdeutlicht ihre Zahl zudem die Fähigkeit, zukunftsorientierte unternehmerische Kräfte anzuziehen bzw. zu binden.

In Rheinland-Pfalz waren im langfristigen Vergleich, wie in allen Bundesländern, die Gründungsaktivitäten rückläufig. In den Jahren 2007 bis 2010 wurden durchschnittlich 41 wirtschaftsaktive Unternehmen je 10 000 Erwerbsfähige gegründet. In den Jahren 1999 bis 2002 waren es noch 43. Damit hat sich Rheinland-Pfalz vom elften auf den siebten Rang verbessert. Die Gründungsintensität nahm zwischen den beiden Zeiträumen um 4,7 Prozent ab. Dies ist der viertniedrigste Wert im Ländervergleich. Im Durchschnitt aller Länder ging die Gründungsintensität um rund 13 Prozent auf 40 Gründungen je 10 000 Erwerbsfähige zurück. Die höchsten Rückgänge waren in den neuen Bundesländern sowie in Hamburg zu verzeichnen.

## G 63 Erwerbstätige am Arbeitsort 2012



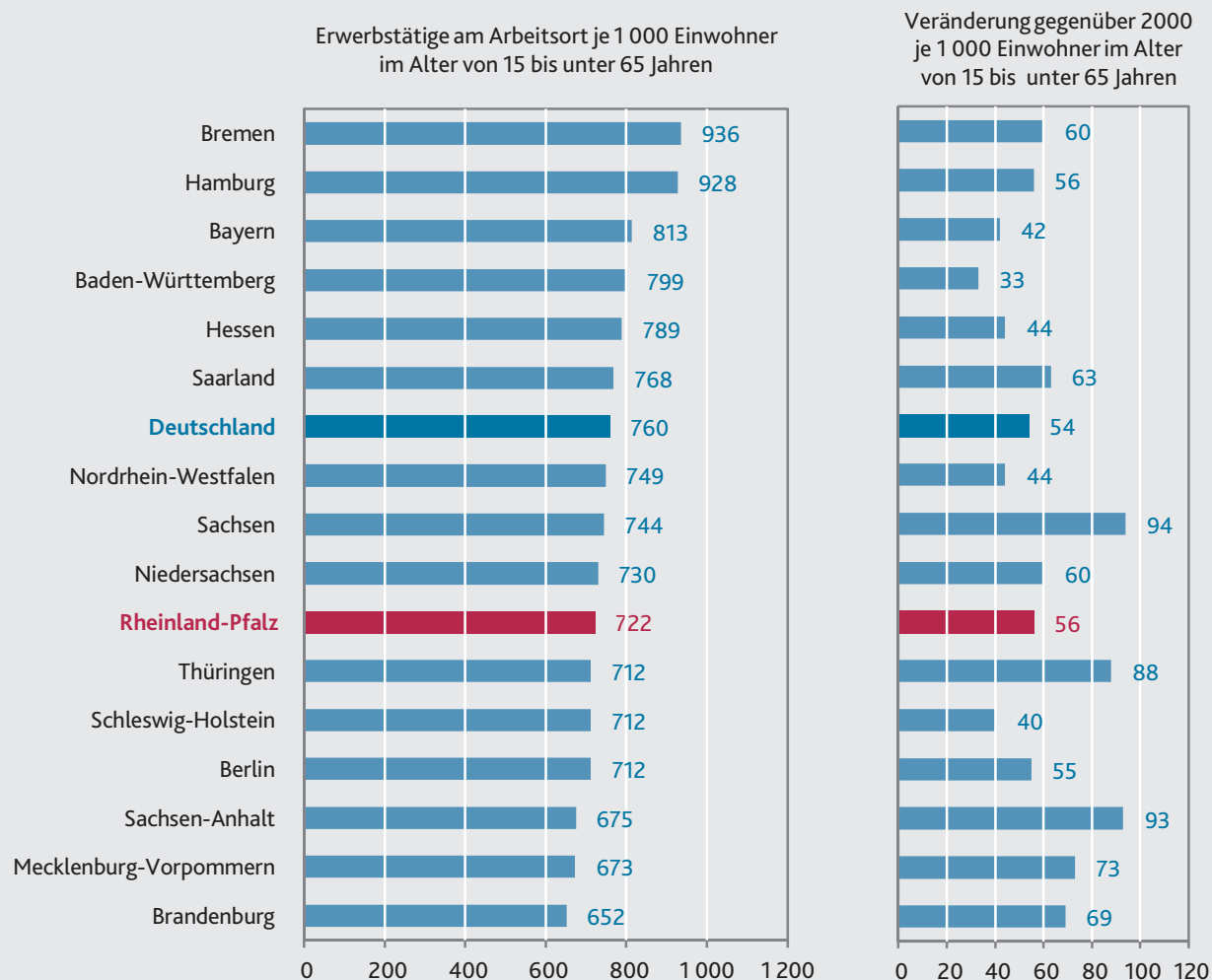
### 145 000 neue Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz seit 2000

Im Jahr 2012 hatten rund 1,93 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz. Damit erreichte die Erwerbstätigkeit einen neuen Höchststand. Seit 2000 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Land kräftig um 145 000. Das entspricht einem Zuwachs um 8,2 Prozent; im Bundesdurchschnitt war eine Zunahme um 5,7 Prozent zu verzeichnen. Nur in Hamburg, Berlin und in Bayern gab es höhere Zuwachsraten. Dagegen gingen in allen fünf ostdeutschen Flächenländern Arbeitsplätze verloren.

Auch am aktuellen Rand ist die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz weiter gestiegen. Nach dem geringfügigen Rückgang im Jahr 2009 infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise (-0,1 Prozent), nahm die Beschäftigung 2010 um 0,5 Prozent, 2011 um 1,2 Prozent und 2012 um 0,9 Prozent zu. Der Anstieg 2012 lag in den alten Ländern (ohne Berlin) mit +1,2 Prozent deutlich höher als in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit +0,1 Prozent.



## G 64 Arbeitsplatzdichte 2011



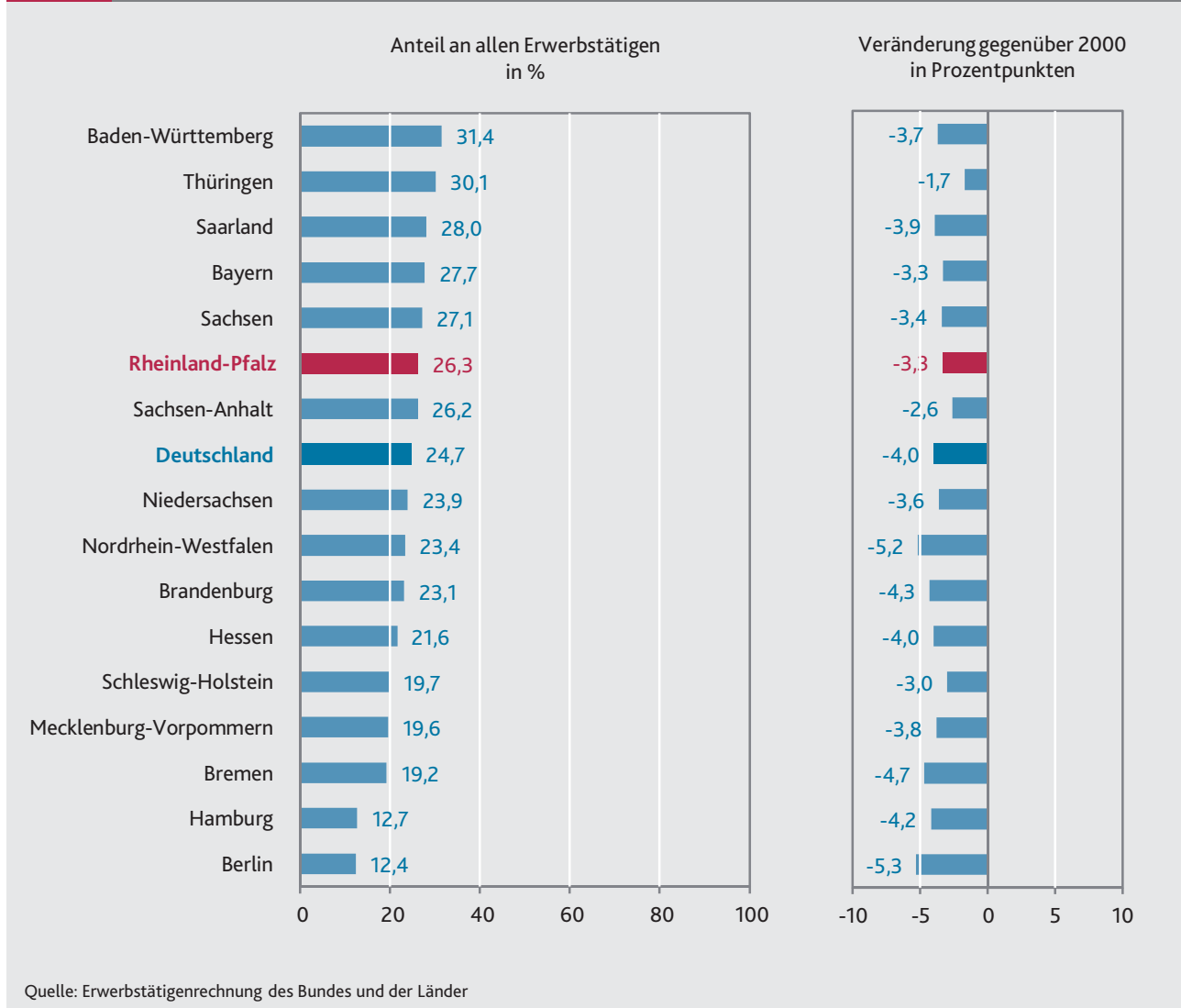
Quellen: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

### Arbeitsplatzdichte in Bremen und Hamburg am höchsten

Die Arbeitsplatzdichte errechnet sich aus der Zahl der Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsort im jeweiligen Bundesland haben, bezogen auf die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren in diesem Land. Im Jahr 2011 kamen in Rheinland-Pfalz 722 Erwerbstätige auf 1 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter. Das sind 38 Erwerbstätige weniger als im Bundesdurchschnitt. Ein Grund für die relativ niedrige Arbeitsplatzdichte ist, dass es in Rheinland-Pfalz verhältnismäßig viele Berufsauspendlerinnen und -pendler gibt, also Personen, die zwar im Land leben, aber über die Landesgrenze hinweg zum Arbeiten in ein anderes Bundesland pendeln. Spitzenreiter mit der höchsten Arbeitsplatzdichte sind die Stadtstaaten Bremen und Hamburg, die niedrigste Arbeitsplatzdichte ist für Brandenburg zu verzeichnen.

Seit 2000 hat sich die Arbeitsplatzdichte in Rheinland-Pfalz um 56 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter erhöht. Damit lag der Zuwachs geringfügig über dem Bundesdurchschnitt, die höchsten Zuwächse verzeichneten die neuen Länder.

## G 65 Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe 2012

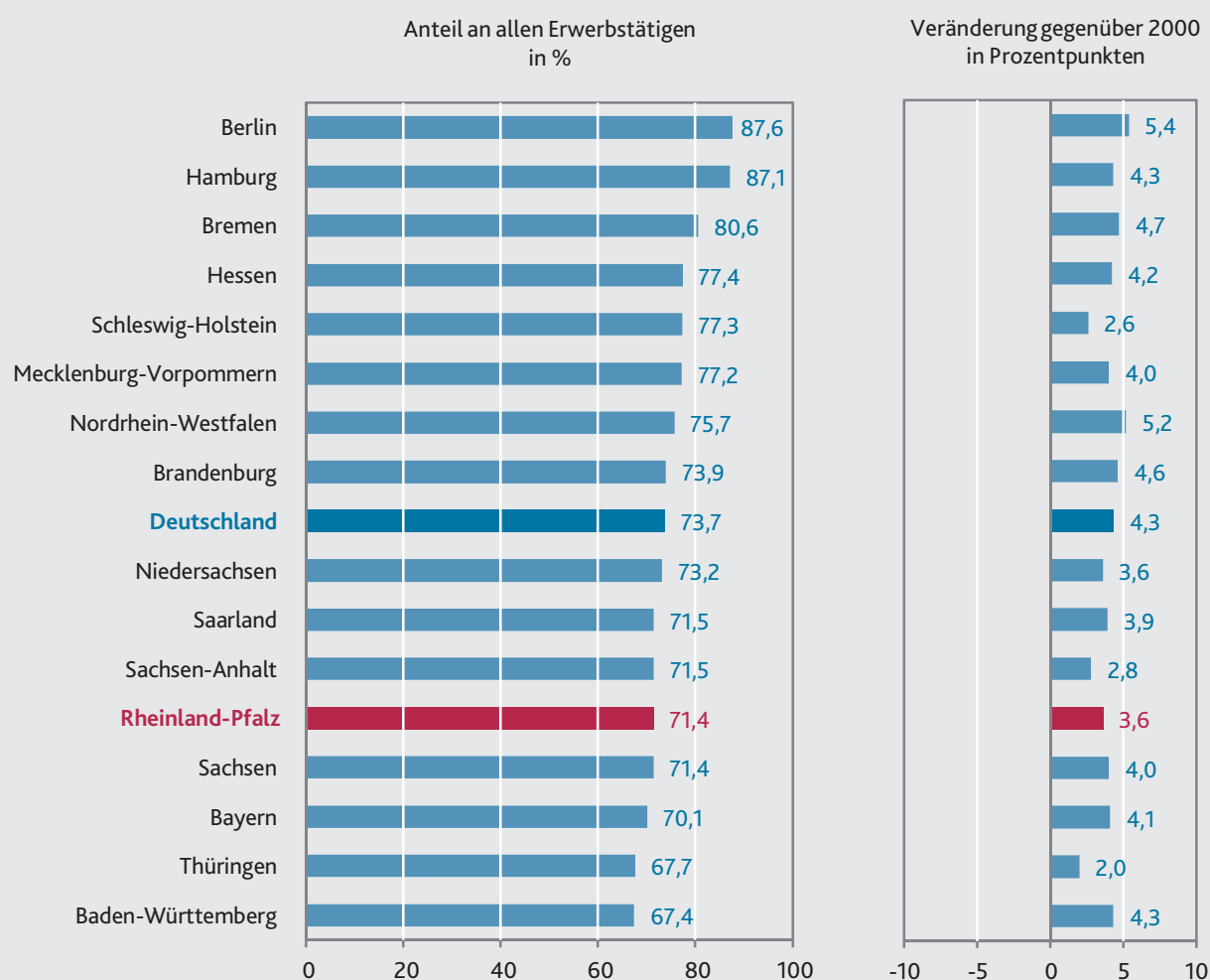


### Überdurchschnittlicher Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe

Das produzierende Gewerbe umfasst im Wesentlichen die beiden großen Bereiche verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. Im Jahr 2012 arbeitete bundesweit fast jeder vierte Erwerbstätige in diesem Wirtschaftsbereich. In Rheinland-Pfalz hatten rund 505 000 Menschen ihren Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe. Das entspricht einem Anteil von gut 26 Prozent an allen Erwerbstätigen. Im industriegeprägten Baden-Württemberg waren gut 31 Prozent aller Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe beschäftigt, in der Bundeshauptstadt Berlin dagegen nur zwölf Prozent.

Der seit Jahrzehnten zu beobachtende strukturelle Wandel vom sekundären zum tertiären Sektor spiegelt sich auch in einem sinkenden Erwerbstätigenanteil des produzierenden Gewerbes wider. Seit 2000 reduzierte sich der Erwerbstätigenanteil im gesamten Bundesgebiet um vier Prozentpunkte. In Rheinland-Pfalz gab es einen nicht ganz so starken Rückgang (-3,3 Prozentpunkte).

## G 66 Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen 2012



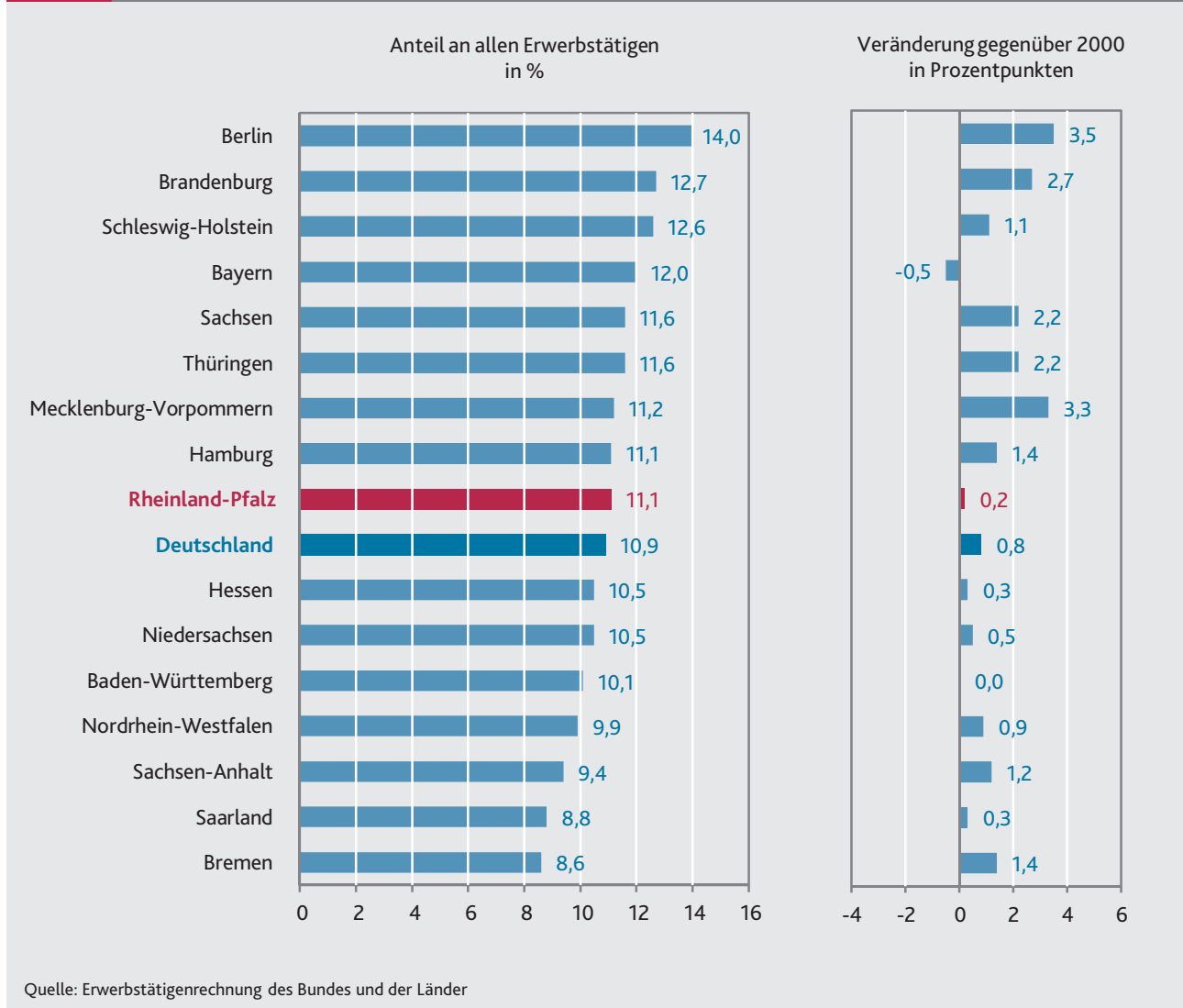
Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

### Erwerbstätigenanteil in den Dienstleistungsbereichen weiter gestiegen

Der langfristige Trend zur Dienstleistungsgesellschaft in Deutschland hält an. Mittlerweile üben im Bundesdurchschnitt knapp drei Viertel aller Erwerbstätigen eine Dienstleistungstätigkeit aus. In den Stadtstaaten sind es sogar mehr als 80 Prozent. In Rheinland-Pfalz haben das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft ein etwas höheres Gewicht als in Deutschland insgesamt; dementsprechend kommen die Dienstleistungsbereiche nur auf einen unterdurchschnittlichen Anteil von gut 71 Prozent.

Spiegelbildlich zur Entwicklung im produzierenden Gewerbe hat der Anteil des Dienstleistungssektors in allen Ländern seit dem Jahr 2000 deutlich zugenommen, in einigen Ländern stärker als die Abnahme des produzierenden Gewerbes, da gleichzeitig die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft sank. Die kräftigsten Zuwächse verzeichneten Berlin und Nordrhein-Westfalen. In Rheinland-Pfalz ist der Anteil seit 2000 um 3,6 Prozentpunkte gewachsen.

G 67 Selbstständige 2012

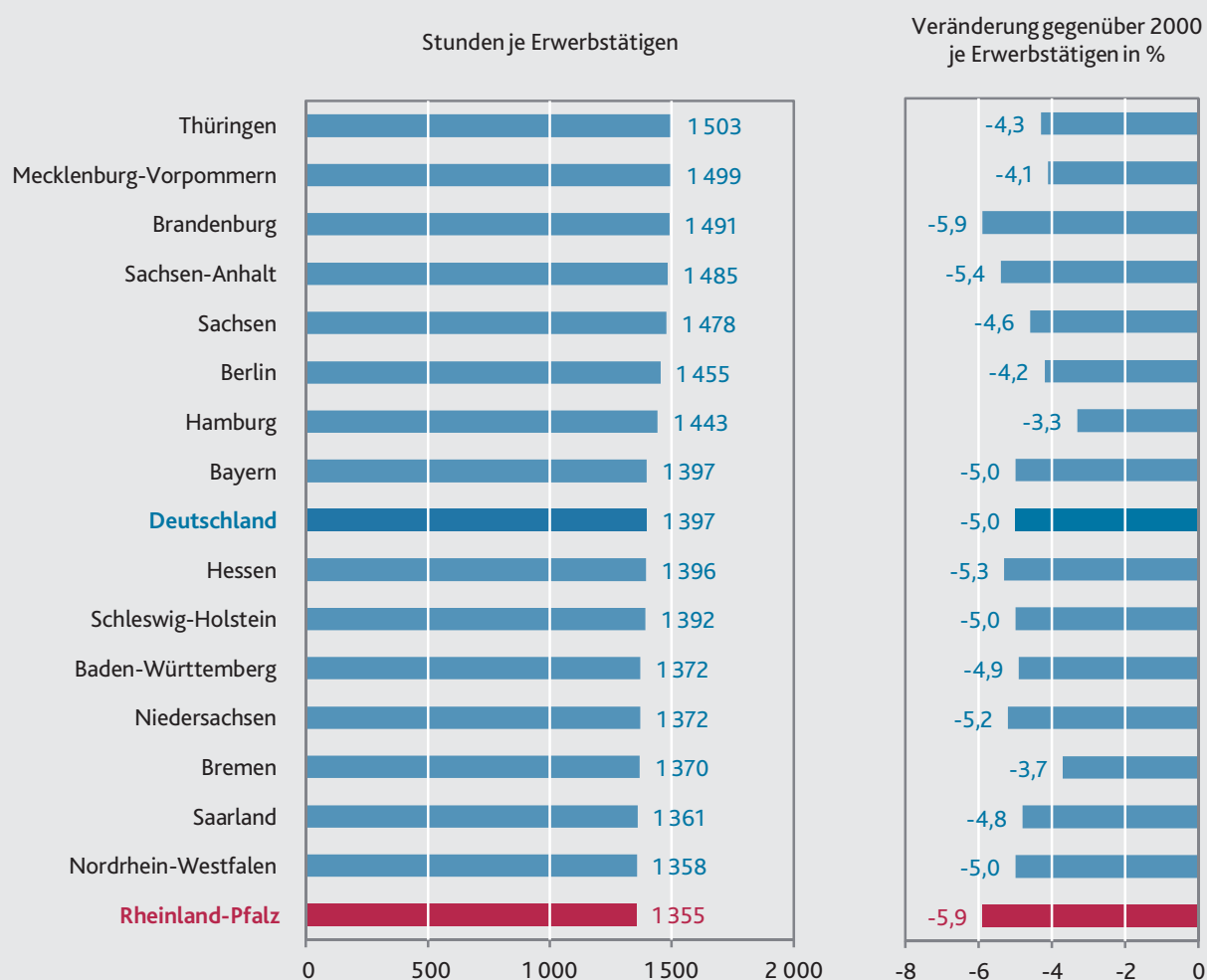


**Gut elf Prozent der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz sind selbstständig**

Die Zahl der Erwerbstätigen setzt sich aus den abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte sowie geringfügig Beschäftigte) sowie den Selbstständigen (einschließlich mithelfender Familienangehörige) zusammen. Im Jahr 2012 waren von den 1,93 Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 89 Prozent bzw. gut 1,7 Millionen abhängig beschäftigt, die anderen elf Prozent bzw. gut 214 000 Personen befanden sich in der Selbstständigkeit. Im bundesweiten Durchschnitt liegt der Selbstständigenanteil bei knapp elf Prozent. In Berlin sind mit 14 Prozent mit Abstand die meisten Erwerbstätigen selbstständig.

In der Bundeshauptstadt gab es auch langfristig den größten Zuwachs (+3,5 Prozentpunkte seit 2000), knapp vor Mecklenburg-Vorpommern. In Rheinland-Pfalz hat sich der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen seit dem Jahr 2000 nur geringfügig verändert (+0,2 Prozentpunkte).

## G 68 Arbeitsvolumen 2012



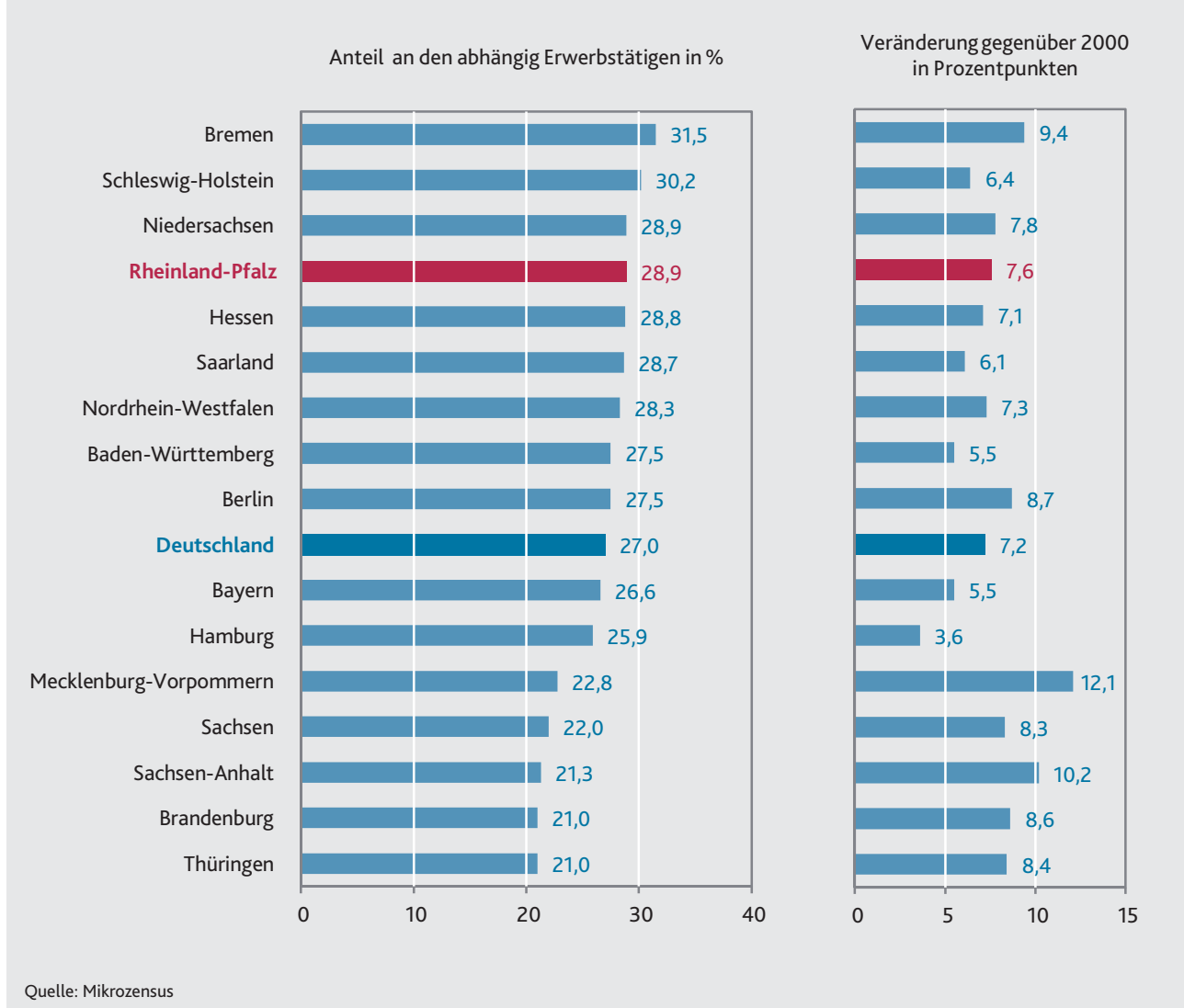
Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

### Niedrigstes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2012 insgesamt gut 2,6 Milliarden Arbeitsstunden von den Erwerbstätigen geleistet. Durchschnittlich ergeben sich 1355 Arbeitsstunden für jeden Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das waren 42 Stunden weniger als im Bundesdurchschnitt. In allen neuen Bundesländern lag das durchschnittliche Arbeitsvolumen höher als in den alten Ländern. Gegenüber dem Jahr 2000 ist das durchschnittliche Arbeitsvolumen in allen Ländern zurückgegangen. In Rheinland-Pfalz sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in diesem Zeitraum um 85 Stunden und damit etwas stärker als im Bundesdurchschnitt (-74 Stunden).

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen. Die durchschnittliche Arbeitszeit wird beeinflusst von der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie der unterschiedlichen Bedeutung einzelner Erwerbsformen, insbesondere von Selbstständigkeit, Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung.

## G 69 Teilzeitbeschäftigte 2011

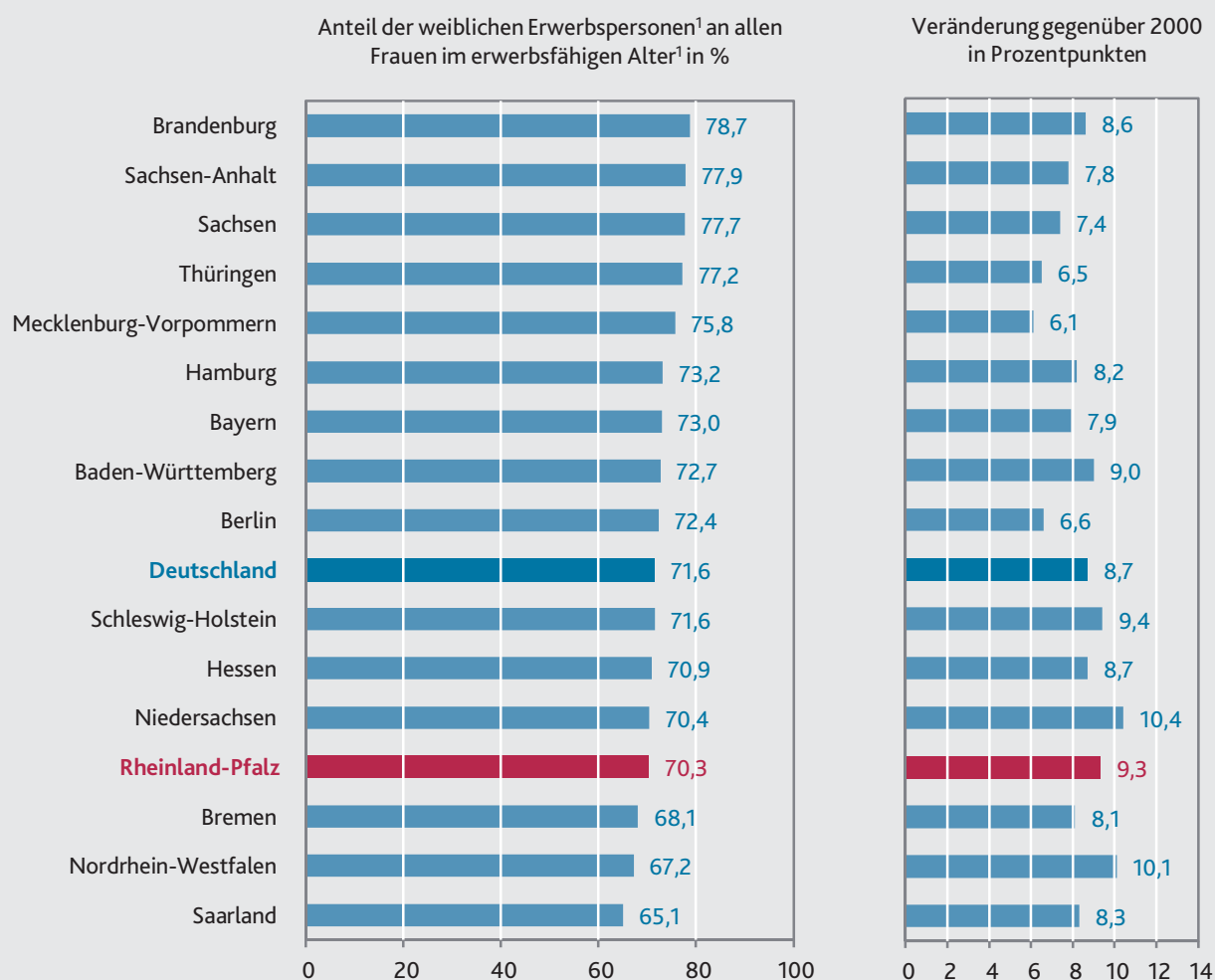


### Knapp 29 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind teilzeitbeschäftigt

Zu den Teilzeitbeschäftigten werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezählt, die regelmäßig kürzer arbeiten als ein vergleichbarer Vollzeitbeschäftigter. Der strukturelle Wandel hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft fördert die Verbreitung sogenannter „atypischer“ Beschäftigungsformen, zu denen auch Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden gehört. Insbesondere Frauen gehen einer Teilzeitbeschäftigung nach, vermutlich um dadurch Beruf und Familie in Einklang zu bringen. In Rheinland-Pfalz waren 2011 vier von fünf Teilzeitkräften weiblich.

Von allen abhängig Erwerbstätigen waren 2011 im Land 29 Prozent teilzeitbeschäftigt (Deutschland: 27 Prozent). Damit belegt Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Niedersachsen den dritten Rang im Bundesländervergleich. Im Osten Deutschlands ist diese Beschäftigungsform zwar weniger verbreitet als in Westdeutschland, gleichwohl legte die Teilzeitquote in den neuen Flächenländern gegenüber 2000 überdurchschnittlich zu.

## G 70 Frauenerwerbsquote 2011



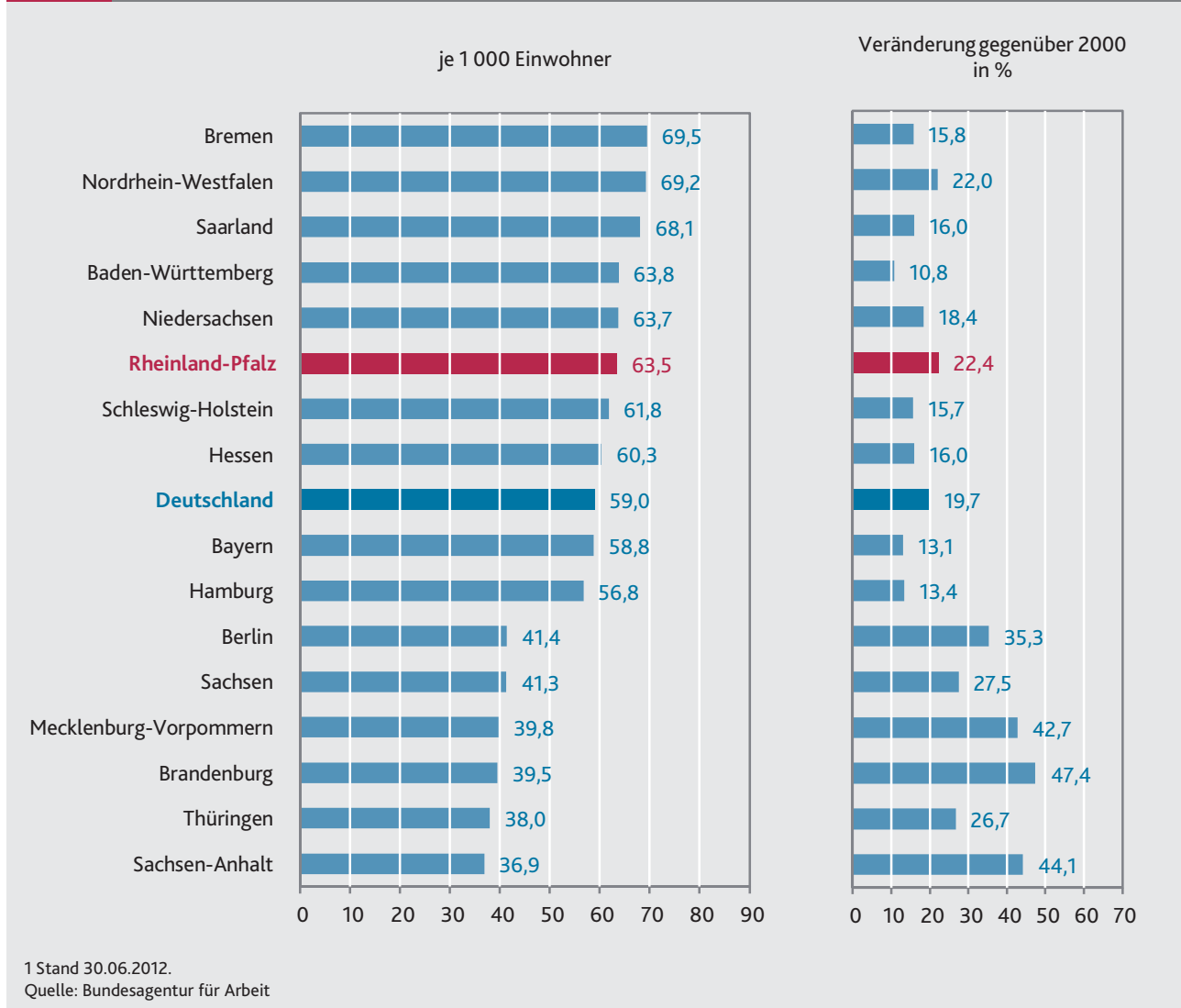
<sup>1</sup> Im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.  
Quelle: Mikrozensus

### Vergleichsweise niedrige Frauenerwerbsquote in Rheinland-Pfalz

Die Frauenerwerbsquote gibt Auskunft über die Erwerbsbeteiligung der Frauen im erwerbsfähigen Alter. Sie bezieht die weiblichen Erwerbspersonen auf die weibliche Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. Traditionell beteiligen sich Frauen in den ostdeutschen Flächenländern stärker am Erwerbsleben als Frauen im Westen der Bundesrepublik. In den neuen Bundesländern belief sich die Frauenerwerbsquote 2011 auf Werte zwischen 76 und 79 Prozent; in Rheinland-Pfalz lag sie bei 70 Prozent. Obwohl sich die rheinland-pfälzische Quote seit 2000 überdurchschnittlich erhöht hat (+9,3 Prozentpunkte), rangiert das Land bundesweit bei dieser Kennzahl im unteren Viertel. Nur in Bremen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland beteiligen sich weniger Frauen am Erwerbsleben.

Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, der sich im Zuge des demografischen Wandels für die Zukunft abzeichnet, wird vor allem in den alten Bundesländern eine deutliche Steigerung der Frauenerwerbsquote erfordern.

## G 71 Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte<sup>1</sup> 2012



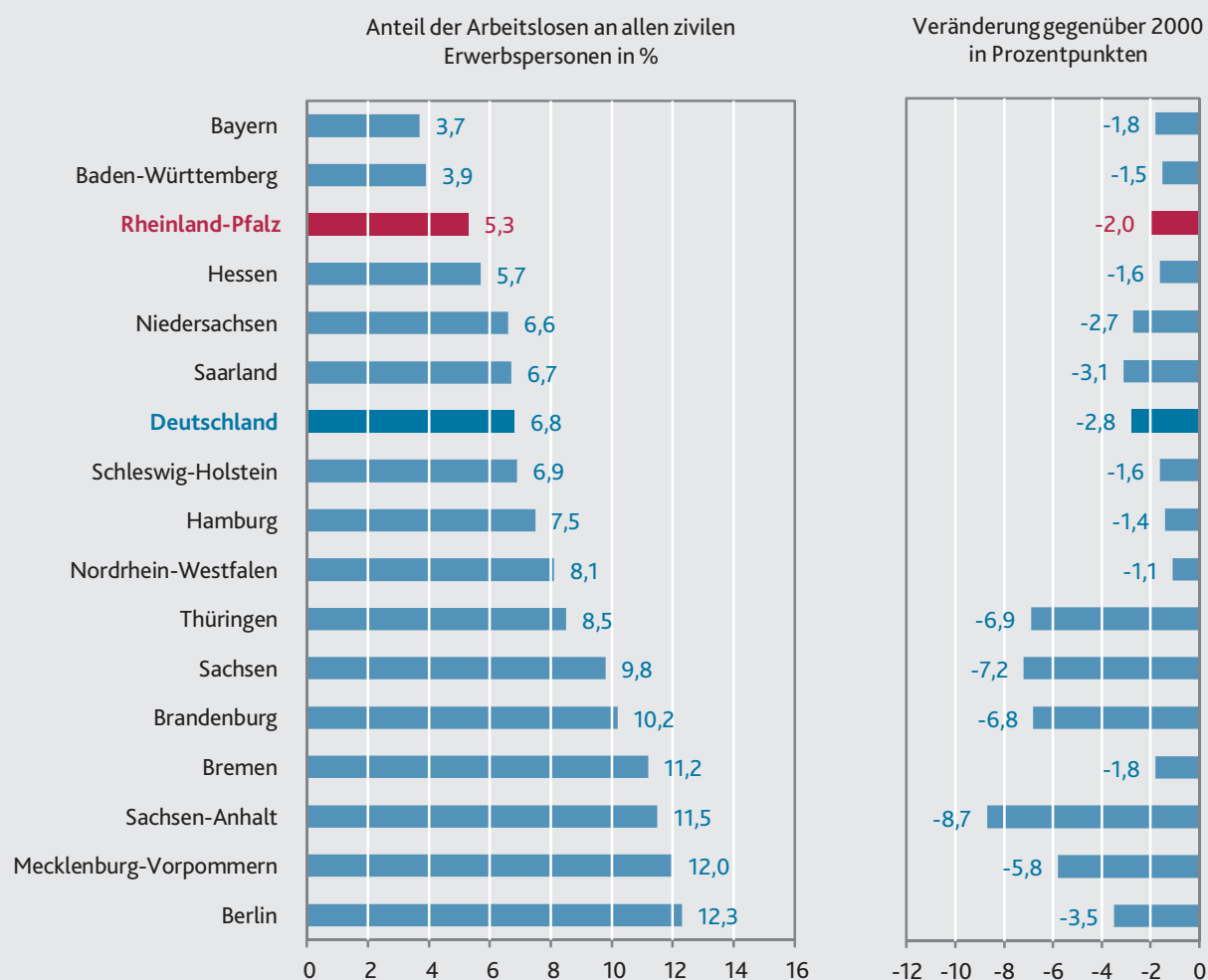
### Überdurchschnittlich viele Mini-Jobber in Rheinland-Pfalz

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt dann vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung monatlich 400 Euro nicht überschreitet (ab 2013 beträgt die Obergrenze 450 Euro). Im Jahr 2012 gingen in Rheinland-Pfalz 64 von 1 000 Einwohnern einer ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigung nach; rund 16 Prozent von ihnen waren 65 Jahre und älter. Deutschlandweit waren es 59 Personen je 1 000 Einwohner, die einen sogenannten Minijob ausübten. In den ostdeutschen Ländern (einschließlich Berlin) ist diese Beschäftigungsart weniger verbreitet; auf 1 000 Einwohner kamen dort 2012 höchstens 41 „Mini-Jobber“.

Die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung legte im längerfristigen Vergleich kräftig zu, wenngleich der Prozess in den vergangenen Jahren deutlich an Dynamik verloren hat. Verglichen mit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Personen in dieser Beschäftigungsart in Rheinland-Pfalz um 22 Prozent gestiegen und damit stärker als im Bundesdurchschnitt (+20 Prozent).



## G 72 Arbeitslosenquote 2012



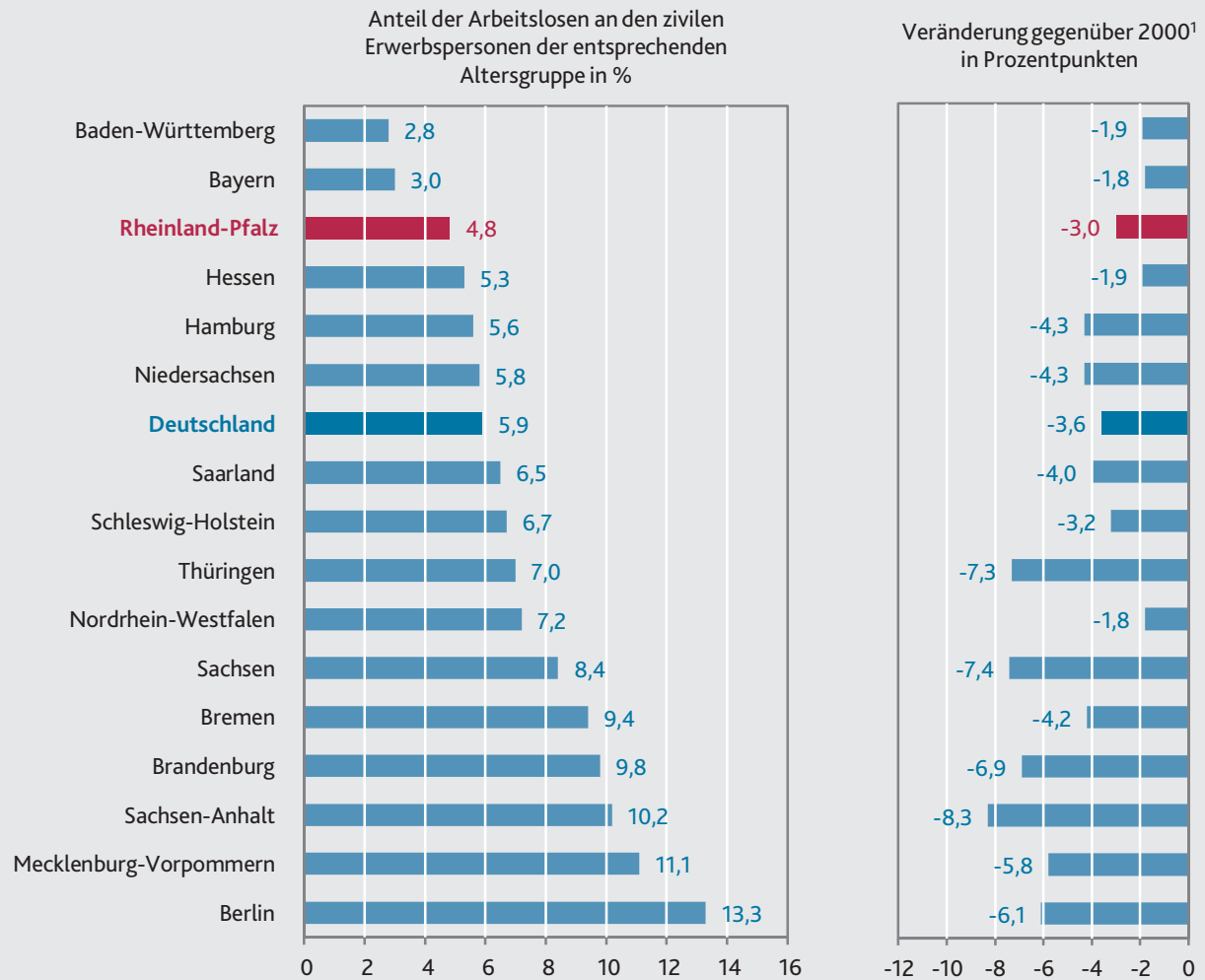
### Seit 2003 dritt niedrigste Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz

Bei der Arbeitslosenquote, welche die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezieht, sind große regionale Unterschiede zu beobachten. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland höher als im Westen der Bundesrepublik. Dennoch haben sich die Abstände in den letzten Jahren deutlich verringert.

Im Jahr 2012 waren deutschlandweit 6,8 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet, wobei Berlin mit gut zwölf Prozent die höchste Arbeitslosenquote auswies. Rheinland-Pfalz belegte mit einer Quote von 5,3 Prozent weiterhin den dritten Platz, hinter Bayern (3,7 Prozent) und Baden-Württemberg (3,9 Prozent).

Der bundesweite Abbau der Arbeitslosigkeit, der vor allem ab 2005 stattfand, dürfte u. a. auf die Arbeitsmarktreformen zurückzuführen sein.

## G 73 Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen 2012

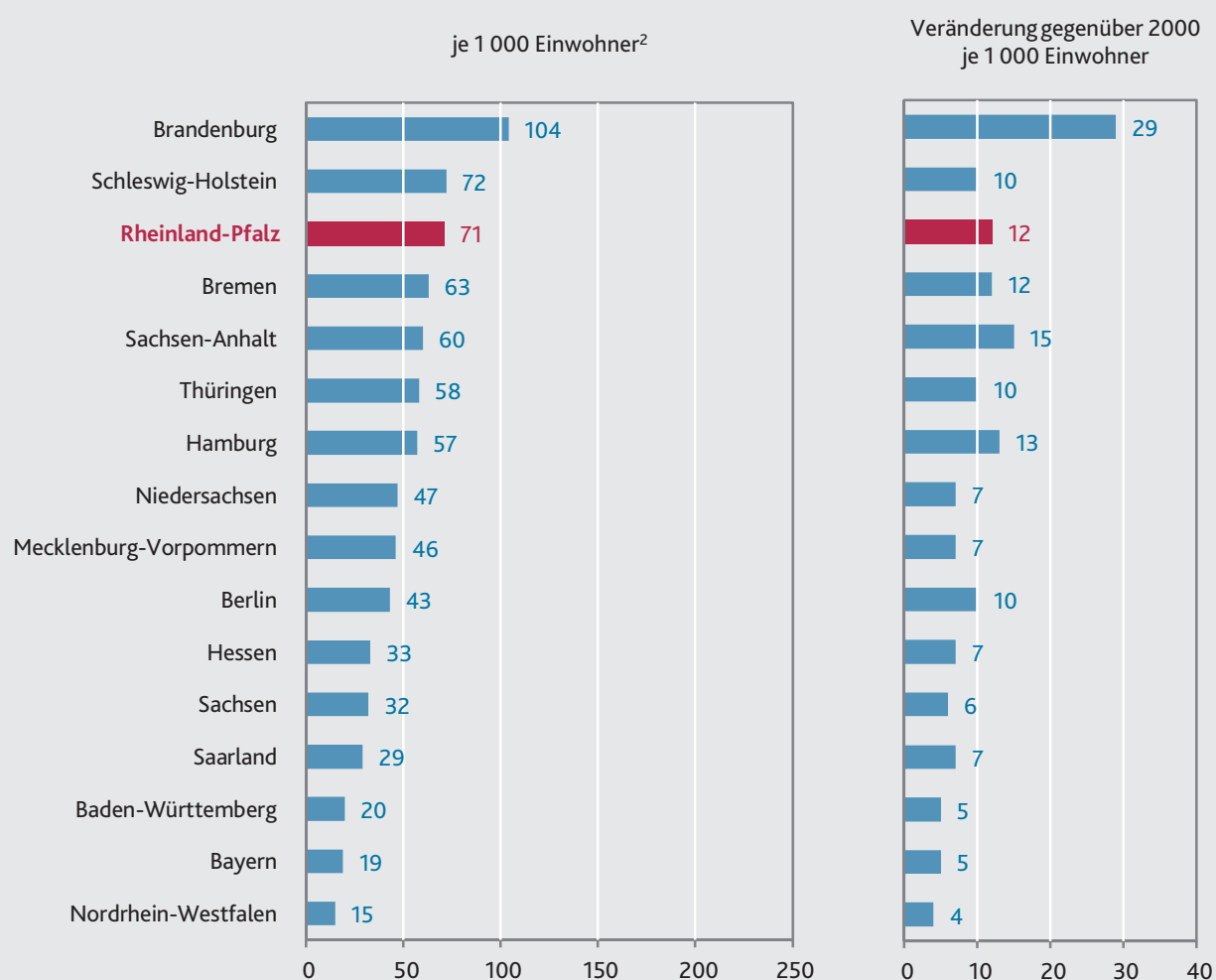


<sup>1</sup> Für das Jahr 2000 bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen, 2012 alle zivilen Erwerbspersonen.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit belegt Rheinland-Pfalz den dritten Rang

Eine besondere Herausforderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist die Jugendarbeitslosigkeit, denn die jungen Menschen sind das Zukunftspotenzial des Landes. Im Jahr 2012 waren im gesamten Bundesgebiet 5,9 Prozent der 15- bis 25-Jährigen auf der Suche nach Arbeit. In Rheinland-Pfalz belief sich die Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen auf 4,8 Prozent. Wie bei der Gesamtquote bestehen auch bei der Jugendarbeitslosigkeit große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Mit Ausnahme der Bundeshauptstadt Berlin war die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen in allen Ländern geringer als die Arbeitslosigkeit insgesamt.

Verglichen mit 2000 ist die Jugendarbeitslosigkeit in allen Bundesländern zurückgegangen, am stärksten in den ostdeutschen Ländern. Dort ist sie aber nach wie vor ein größeres Problem als in den westdeutschen Ländern. Der Vergleich der Arbeitslosenquoten der Jahre 2000 und 2012 ist insofern eingeschränkt, als die Bezugsgröße (abhängige zivile Erwerbspersonen vs. alle zivilen Erwerbspersonen) unterschiedlich ist.

G 74 Berufsauspendler<sup>1</sup> 2012

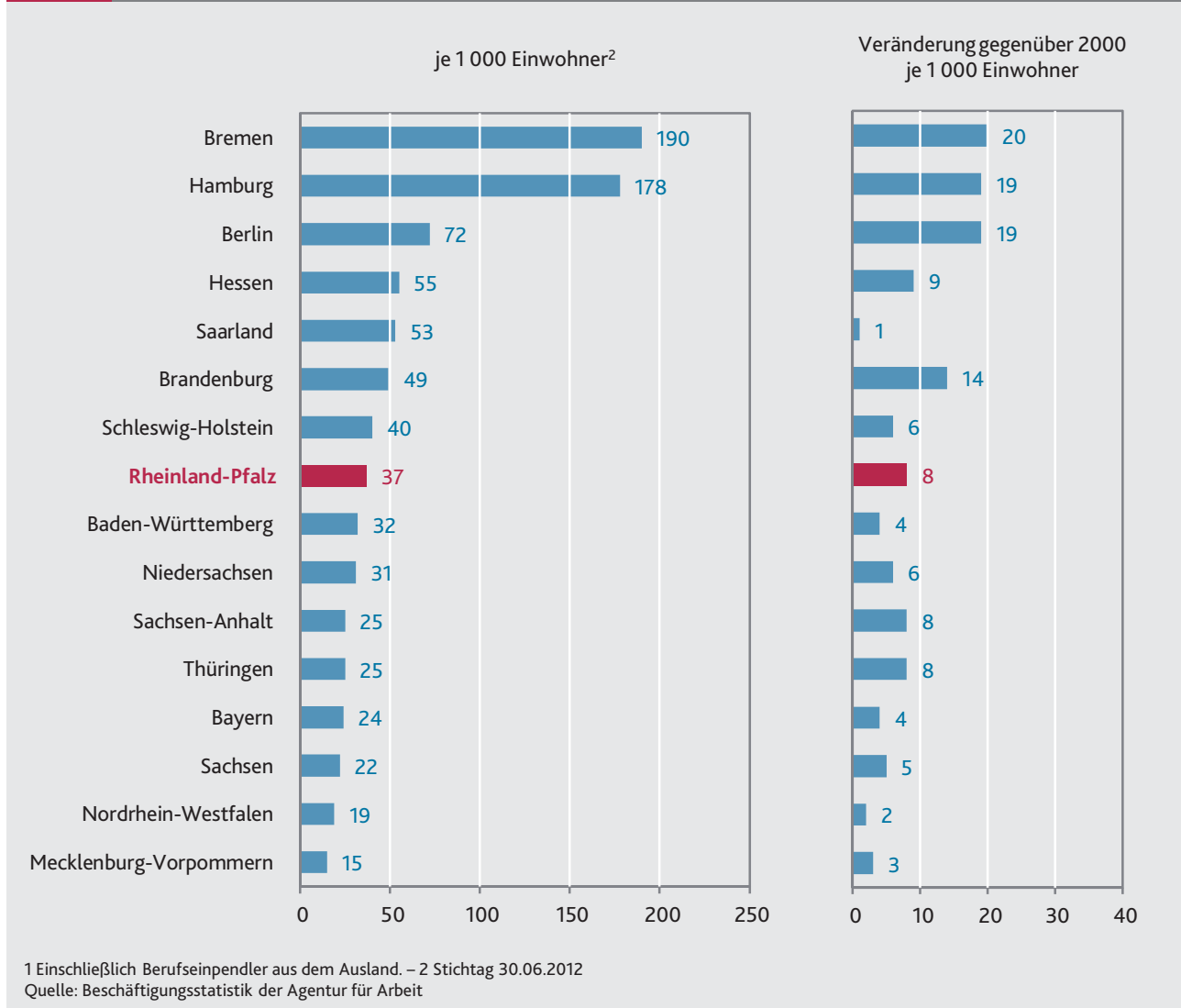
<sup>1</sup> Ohne Berufsauspendler ins Ausland (keine Daten verfügbar). – <sup>2</sup> Stichtag 30.06.2012  
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

### Viele Berufsauspendler fahren über die rheinland-pfälzische Landesgrenze zur Arbeit

Als Berufsauspendler werden Personen bezeichnet, die zwischen Wohn- und Arbeitsort über die Landesgrenze hinweg pendeln. Berufsauspendler haben ihren Wohnsitz in einem Bundesland und in einem anderen Bundesland ihren Arbeitsplatz. Attraktive Wohnstandorte, gute Verkehrsanbindungen sowie die geografische Lage eines Landes sind Ursachen für hohe Auspendlerzahlen. In Rheinland-Pfalz gibt es nicht zuletzt aus diesen Gründen viele Berufsauspendler. Im Jahr 2012 hatten von 1000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer 71 ihren Arbeitsort in einem anderen Bundesland. Gegenüber 2000 ist das bezogen auf 1 000 Einwohner ein Plus von zwölf Auspendlern.

Deutschlandweit gab es in Brandenburg die mit Abstand meisten Berufsauspendler (104 Berufsauspendler je 1000 Einwohner); auch die Zunahme der Auspendlerquote seit 2000 fiel dort außerordentlich hoch aus. Die vergleichsweise niedrige Arbeitsplatzdichte in Brandenburg sowie die räumliche Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin dürften hierbei eine Rolle spielen.

## G 75 Berufseinpender<sup>1</sup> 2012

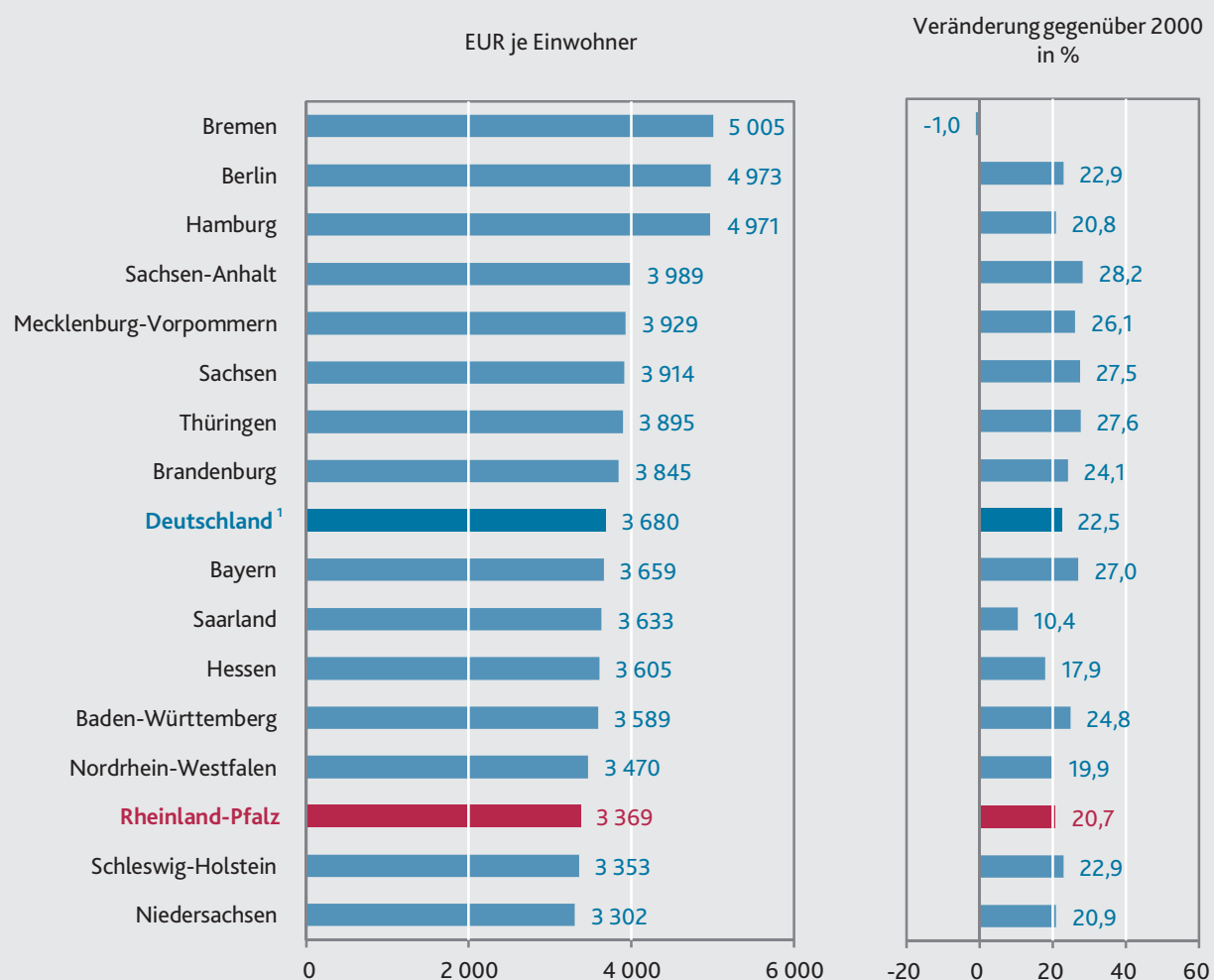


### Vergleichsweise wenig Menschen pendeln zur Arbeit nach Rheinland-Pfalz

Berufseinpender sind Personen, die zum Arbeiten in ein Land kommen, aber in einem anderen Land wohnen. Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sind attraktive Arbeitsorte für Menschen aus anderen Bundesländern, insbesondere aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Auf die Einwohnerzahl bezogen gab es 2012 in den beiden Hansestädten die mit Abstand meisten Berufseinpender (190 bzw. 178 Berufseinpender je 1 000 Einwohner). Rheinland-Pfalz belegt im bundesweiten Vergleich einen Platz im Mittelfeld (37 Berufseinpender).

Seit dem Jahr 2000 ist in Rheinland-Pfalz – wie auch in allen anderen Bundesländern – die Einpendlerquote gestiegen (+8 Einpendler je 1 000 Einwohner). Die langfristigen Steigerungen der Pendlerbewegungen insgesamt zeigen, dass die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugenommen hat. Insbesondere hochqualifizierte Personen nehmen weite Fahrtstrecken zwischen Wohn- und Arbeitsort auf sich.

**G 76** Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände 2011



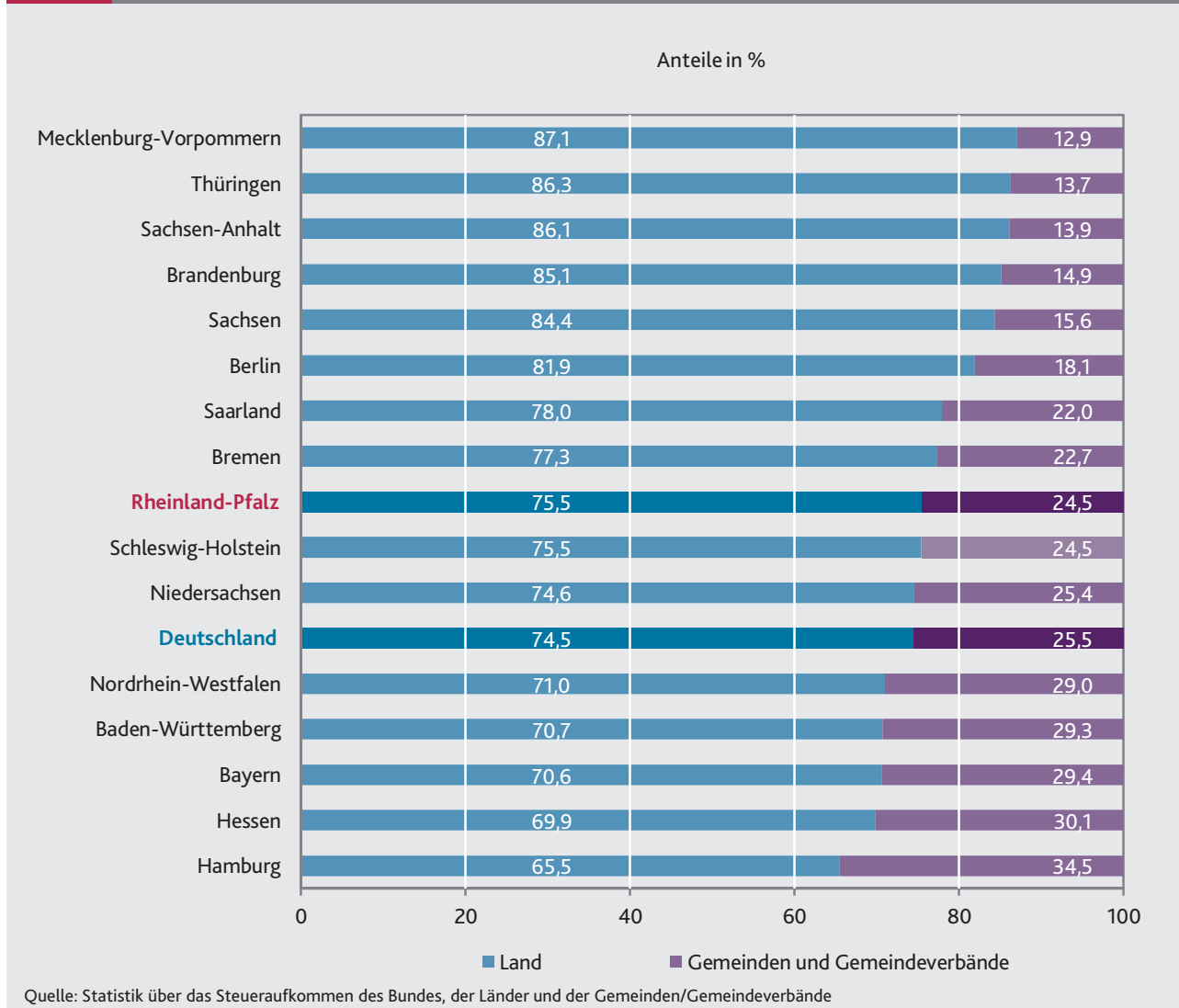
<sup>1</sup> Diese Werte beziehen sich nicht auf das Bundesergebnis, sondern geben den Durchschnitt der Bundesländer an.  
Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

**Kassenmäßige Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz gestiegen**

Als kassenmäßige Steuereinnahmen werden die Steuereinnahmen bezeichnet, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen der Gebietskörperschaften geflossen sind, und zwar unabhängig davon, wann die Steuerschuld entstanden ist oder für welches Jahr die Steuern geleistet wurden. Die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 2011 auf 3 369 Euro je Einwohner, was Rang 14 im Ländervergleich entsprach. Von 2000 bis 2011 sind die kassenmäßigen Steuereinnahmen je Einwohner in Rheinland-Pfalz um knapp 21 Prozent gestiegen. Damit lag das Wachstum unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Spitzenplätze werden regelmäßig von den Stadtstaaten besetzt. Bremen lag 2011 mit 5 005 Euro je Einwohner an erster Stelle. Dies ist auf die vom Bund gewährten Konsolidierungshilfen zurückzuführen, die ab 2011 in den kassenmäßigen Steuereinnahmen enthalten sind und von denen Bremen knapp 38 Prozent erhielt. Ohne Konsolidierungshilfen hätte Hamburg vor Berlin und Bremen Platz eins belegt.

## G 77 Kassenmäßige Steuereinnahmen 2011 nach Gebietskörperschaften

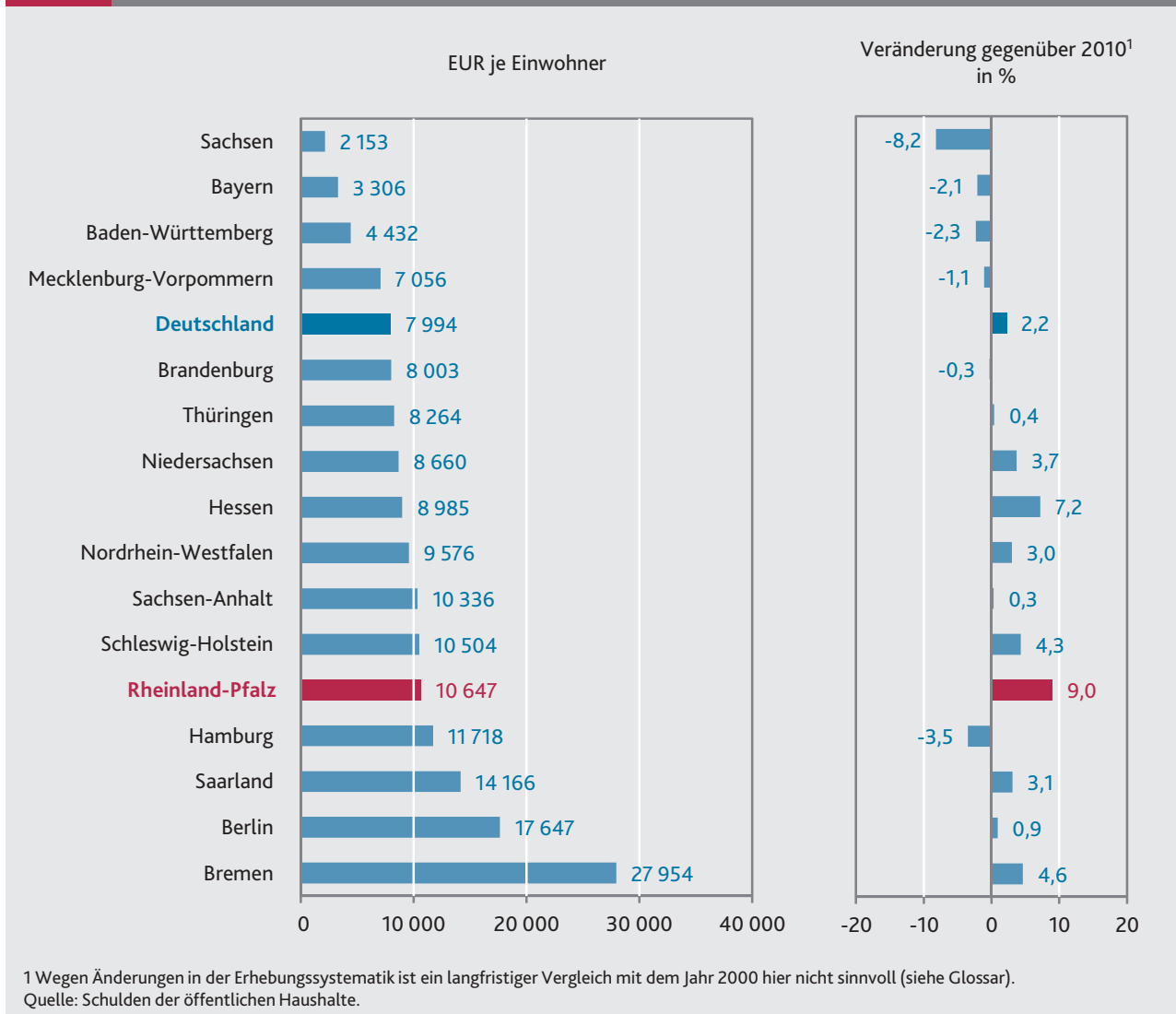


### Kommunaler Anteil an den Steuereinnahmen wächst

Von den kassenmäßigen Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz entfielen 76 Prozent auf das Land und 24 Prozent auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Damit ist der Anteil des Landeshaushalts etwas größer als im Durchschnitt aller Länder – bundesweit vereinnahmten die Länder 75 Prozent der kassenmäßigen Steuereinnahmen. Von den Flächenländern wies Mecklenburg-Vorpommern mit 87 Prozent den höchsten Landesanteil auf, am niedrigsten war er in Hessen mit 70 Prozent.

Die Anteilswerte haben sich in Rheinland-Pfalz seit 2000 nur geringfügig zugunsten der Kommunen verschoben. Im Jahr 2000 belief sich der Anteil der Kommunen an den gesamten kassenmäßigen Steuereinnahmen auf 23 Prozent. Ein Anstieg des kommunalen Anteils an den kassenmäßigen Steuereinnahmen war in fast allen Bundesländern zu beobachten. Lediglich in Hessen ging der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände leicht zurück (– 0,9 Prozentpunkte).

**G 78** Schulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2011



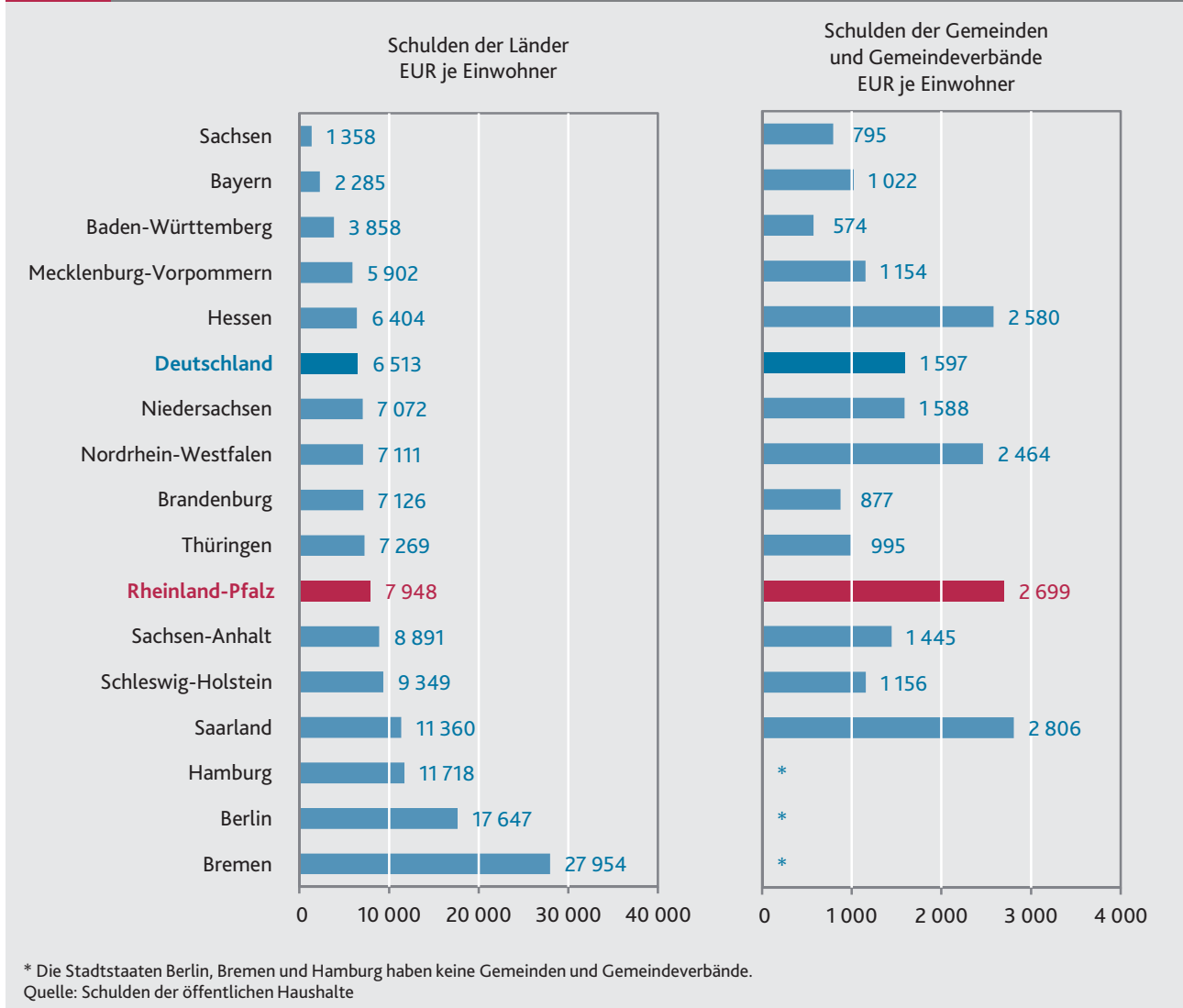
**Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Rheinland-Pfalz liegt über dem Durchschnitt**

Im Jahr 2011 hatten das Land Rheinland-Pfalz sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich in Höhe von 10 647 Euro je Einwohner. Rheinland-Pfalz belegte damit im Ländervergleich Rang zwölf. Nur vier Länder unterschritten den Bundesdurchschnitt, Spitzenreiter war Sachsen mit 2 153 Euro je Einwohner. Allerdings hatten im Freistaat zugleich die Schulden beim öffentlichen Bereich einen wesentlich höheren Anteil an der Gesamtverschuldung als in anderen Bundesländern.

Der in Rheinland-Pfalz 2011 zu verzeichnende Anstieg der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich um neun Prozent ist teilweise methodisch begründet. In diesem Jahr wurden in der Statistik erstmals Schulden von Landesbetrieben den Schulden des Landes zugeschlagen. Dies hatte eine Erhöhung des Schuldenstands des Landes um 736 Euro je Einwohner bzw. zehn Prozent zur Folge. Ohne diese Änderung der Darstellungsweise wäre die Verschuldung des Landes nur um 2,3 Prozent gestiegen.

G 79

Schulden der Länder sowie Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich 2011



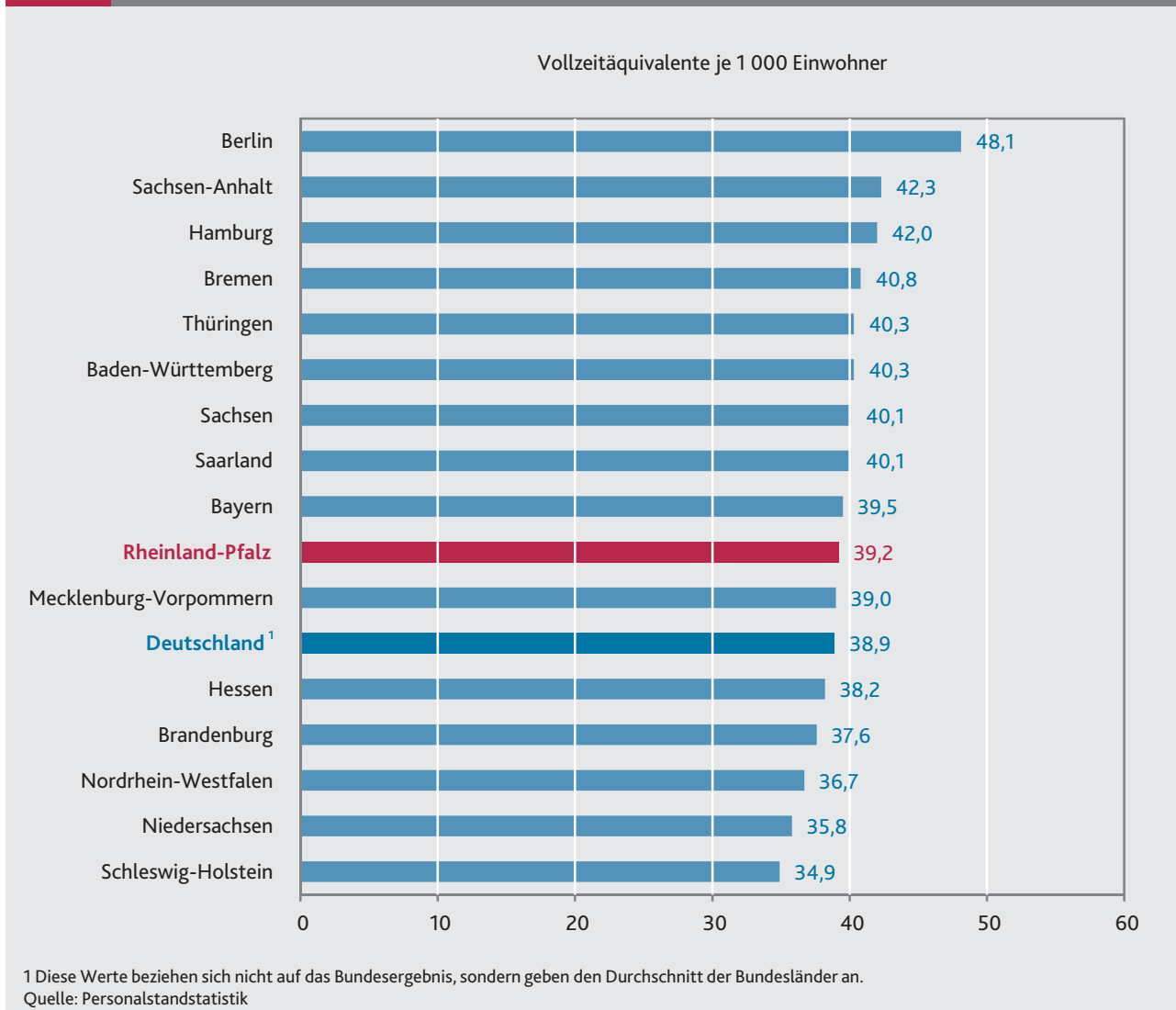
**Drei Viertel der Schulden entfällt auf die Haushalte der Länder**

Ein Großteil der Verschuldung der öffentlichen Haushalte gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich entfällt auf die Haushalte der Länder. Das Land Rheinland-Pfalz war 2011 mit 7 948 Euro je Einwohner verschuldet und lag im Ländervergleich auf Rang zehn. Damit belief sich der Anteil des Landes an den Schulden der öffentlichen Haushalte auf knapp 75 Prozent. Bei den Flächenländern variierte der Anteil des Landeshaushalts an den Schulden zwischen 89 Prozent in Brandenburg und 63 Prozent in Sachsen.

Auf die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände entfielen im Jahr 2011 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich in Höhe von 2 699 Euro je Einwohner. Dies entspricht Rang zwölf im Vergleich der Flächenländer. Den niedrigsten Wert erreichten die Kommunen in Baden-Württemberg mit 574 Euro je Einwohner. Am höchsten waren mit 2 806 Euro je Einwohner die Gemeinden und Gemeindeverbände im Saarland verschuldet.



**G 80** Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich 2011

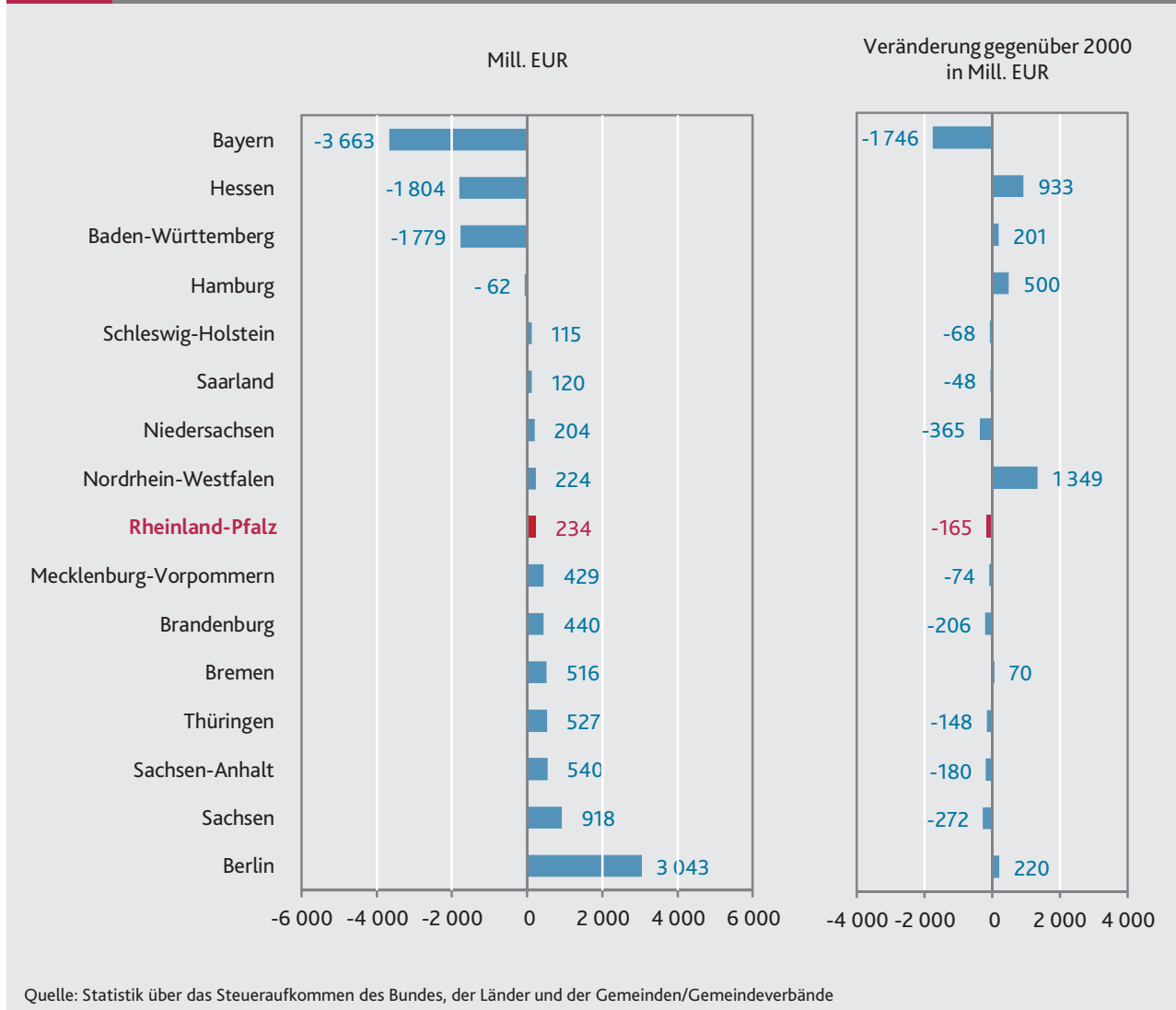


**Personalstand des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz liegt über dem Durchschnitt**

In den vergangenen Jahren wurde die Entwicklung des Personalstands im öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz durch die wachsende Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung geprägt. Um den Personalstand angesichts regional unterschiedlicher und sich im Zeitverlauf verändernder Teilzeitquoten vergleichen zu können, ist eine Umrechnung der Beschäftigtenzahlen in Vollzeitäquivalente erforderlich.

In Rheinland-Pfalz waren 2011 im öffentlichen Dienst rechnerisch 39,2 Vollzeitbeschäftigte je 1 000 Einwohner tätig. Damit lag die Personalausstattung leicht über dem Bundesdurchschnitt von 38,9 Vollzeitäquivalenten je 1 000 Einwohner. Während Rheinland-Pfalz 2000 von allen Ländern den niedrigsten Personalstand je 1 000 Einwohner aufwies, erreichte es 2011 Rang zehn im Ländervergleich. Den höchsten Wert verzeichnete Berlin (48,1 Vollzeitäquivalente); in Schleswig-Holstein war der Personalbestand mit 34,9 Vollzeitäquivalenten je 1 000 Einwohner am geringsten.

## G 81 Länderfinanzausgleich 2011



### Rheinland-Pfalz erhielt 234 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich

Im Rahmen des Länderfinanzausgleichs werden von den „reicheren“ Bundesländern (Geberländer) Ausgleichszahlungen an die „ärmeren“ Länder (Nehmerländer) geleistet. Ob ein Bundesland Geber- oder Nehmerland ist, wird durch die Berechnung gesetzlich festgelegter Kennzahlen ermittelt.

Rheinland-Pfalz zählte 2011 – wie elf weitere Bundesländer – zu den Nehmerländern. Das Land erhielt Zuweisungen in Höhe von 234 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich. Das entsprach einem Anteil von 3,2 Prozent an den verteilten Mitteln. Wie in den Vorjahren profitierte Berlin am stärksten vom Länderfinanzausgleich. Mit Zuweisungen von rund drei Milliarden Euro flossen knapp 42 Prozent der Mittel an die Bundeshauptstadt. Das Gesamtvolumen des Länderfinanzausgleichs belief sich 2011 auf 7,3 Milliarden Euro, das waren 4,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Vergleich zu 2000 war ein Rückgang des Umverteilungsvolumens um zwölf Prozent zu verzeichnen.

---

# Tabellenanhang

---



**Bevölkerung**

Bevölkerung .....	105
Anteil der Bevölkerung der Länder an der Gesamtbevölkerung in Deutschland .....	105
Anteil der unter 20-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung .....	105
Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung .....	106
Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung .....	106
Jugendquotient .....	106
Altenquotient .....	107
Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15- bis unter 45-Jährige) an allen Frauen .....	107
Zusammengefasste Geburtenziffer (Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 45 Jahren) .....	107
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung .....	108
Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze .....	108
Eheschließungen .....	108
Ehescheidungen .....	109
Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Gesamtbevölkerung .....	109
Haushalte .....	109
Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten .....	110
Anteil der Haushalte mit zwei Personen an allen Haushalten .....	110
Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten .....	110

**Wohlstand und Soziales**

Verbraucherinsolvenzen .....	111
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) .....	111
Betreuungsquoten unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung .....	111
Betreuungsquoten 3- bis 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung .....	112
Gemeldete beendete Bezüge von Elterngeld .....	112
Anteil der Männer an den Elterngeldbezügen (gemeldete beendete Bezüge) .....	112
Durchschnittliche Höhe des Elterngelds der Frauen (gemeldete beendete Bezüge) .....	113
Durchschnittliche Höhe des Elterngelds der Männer (gemeldete beendete Bezüge) .....	113
Armutsgefährdungsquote .....	113
Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen .....	114
Armutsgefährdungsquote der 65-Jährigen und Älteren .....	114
Einkommensreichumsquote .....	114

**Gesundheit und Pflege**

Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte .....	115
Niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte .....	115
Aufgestellte Betten in allgemeinen Krankenhäusern .....	115

## Tabellenanhang

Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen .....	116
Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung .....	116
Anteil der reinen Pflegegeldempfänger an allen Pflegebedürftigen .....	116
Anteil der Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege an allen Pflegebedürftigen .....	117
Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege an allen Pflegebedürftigen .....	117
Durchschnittlicher Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren .....	117
Anteil der Raucher an der Bevölkerung ab 15 Jahren .....	118

### Wahlen

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen .....	118
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Landtagswahlen .....	118
Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen .....	119
Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Bundestagswahlen .....	119

### Bildung

Unterrichtsstunden je Schülerin bzw. Schüler an allgemeinbildenden Schulen .....	119
Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern .....	120
Anteil der Schulabgänge ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen .....	120
Anteil der Schulabgänge mit Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen .....	120
Anteil der Schulabgänge mit qualifiziertem Sekundarabschluss I an allen Schulentlassungen .....	121
Anteil der Schulabgänge mit Hochschulreife an allen Schulentlassungen .....	121
Studienanfängerquote nach Land des Studienortes .....	121
Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer an allen Studierenden .....	122
Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventinnen und -absolventen .....	122
Wanderungssaldo der Studierenden .....	122

### Verkehr

Straßendichte (Straßenlänge je Quadratkilometer Fläche) .....	123
Pkw-Bestand .....	123
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden .....	123
Verkehrstote .....	124

### Wohnen

Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung .....	124
Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner .....	124
Wohneigentumsquote .....	125

**Umwelt**

Bodenfläche .....	125
Anteil der Waldfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche .....	125
Anteil der Landwirtschaftsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche .....	126
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche .....	126
Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt .....	126
Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) pro Tag .....	127
Aufkommen an Haushaltsabfällen .....	127
Energieproduktivität .....	127
Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch .....	128
CO <sub>2</sub> -Emissionen .....	128
Anteil der Umweltschutzinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	128

**Wirtschaft**

Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen .....	129
Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet .....	129
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) .....	129
Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung .....	130
Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung .....	130
Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung .....	130
Anteil der Dienstleistungsbereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ .....	131
Anteil der Dienstleistungsbereiche „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ .....	131
Anteil der Dienstleistungsbereiche „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ .....	131
Umsatz im verarbeitenden Gewerbe .....	132
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe .....	132
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe .....	132
Umsatz in den Dienstleistungsbereichen .....	133
Bruttoanlageinvestitionen .....	133
Gewerbeanmeldungen .....	133
Unternehmensinsolvenzen .....	134
Gästeintensität im Tourismus .....	134
Übernachtungsintensität im Tourismus .....	134
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus .....	135

### Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale

Ausgaben für FuE (Anteil am Bruttoinlandsprodukt) .....	135
FuE-Personal im Wirtschaftssektor (Vollzeitäquivalente) .....	135
Anteil der Beschäftigten in Hochtechnologiebranchen an allen Beschäftigten .....	136
Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an allen Beschäftigten .....	136
Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen Beschäftigten .....	136
Patentdichte .....	137
Gründungsintensität .....	137

### Arbeitsmarkt

Erwerbstätige am Arbeitsort .....	137
Arbeitsplatzdichte .....	138
Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen .....	138
Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen .....	138
Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen .....	139
Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen .....	139
Arbeitsvolumen .....	139
Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen .....	140
Frauenerwerbsquote .....	140
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte .....	140
Arbeitslosenquote .....	141
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen .....	141
Berufsauspendler .....	141
Berufseinpendler .....	142

### Öffentliche Finanzen

Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände .....	142
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder .....	142
Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände .....	143
Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich .....	143
Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich .....	143
Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich .....	144
Personal des öffentlichen Dienstes im Landesbereich und im kommunalen Bereich (Vollzeitäquivalente) .....	144
Länderfinanzausgleich .....	144



**Bevölkerung**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	10 524 415	3	10 753 880	3	10 786 227	3	2,5	0,3
Bayern	12 230 255	2	12 538 696	2	12 595 891	2	3,0	0,5
Berlin	3 382 169	8	3 460 725	8	3 501 872	8	3,5	1,2
Brandenburg	2 601 962	11	2 503 273	10	2 495 635	10	-4,1	-0,3
Bremen	660 225	16	660 706	16	661 301	16	0,2	0,1
Hamburg	1 715 392	14	1 786 448	13	1 798 836	13	4,9	0,7
Hessen	6 068 129	5	6 067 021	5	6 092 126	5	0,4	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 775 703	13	1 642 327	14	1 634 734	14	-7,9	-0,5
Niedersachsen	7 926 193	4	7 918 293	4	7 913 502	4	-0,2	-0,1
Nordrhein-Westfalen	18 009 865	1	17 845 154	1	17 841 956	1	-0,9	-0,0
Rheinland-Pfalz	4 034 557	7	4 003 745	7	3 999 117	7	-0,9	-0,1
Saarland	1 068 703	15	1 017 567	15	1 013 352	15	-5,2	-0,4
Sachsen	4 425 581	6	4 149 477	6	4 137 051	6	-6,5	-0,3
Sachsen-Anhalt	2 615 375	10	2 335 006	11	2 313 280	11	-11,6	-0,9
Schleswig-Holstein	2 789 761	9	2 834 259	9	2 837 641	9	1,7	0,1
Thüringen	2 431 255	12	2 235 025	12	2 221 222	12	-8,6	-0,6
Deutschland	82 259 540	x	81 751 602	x	81 843 743	x	-0,5	0,1

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

**Anteil der Bevölkerung der Länder an der Gesamtbevölkerung in Deutschland**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	12,8	3	13,2	3	13,2	3	0,4	-
Bayern	14,9	2	15,3	2	15,4	2	0,5	0,1
Berlin	4,1	8	4,2	8	4,3	8	0,2	0,1
Brandenburg	3,2	10	3,1	10	3,0	10	-0,2	-0,1
Bremen	0,8	16	0,8	16	0,8	16	-	-
Hamburg	2,1	14	2,2	13	2,2	13	0,1	-
Hessen	7,4	5	7,4	5	7,4	5	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	2,2	13	2,0	14	2,0	14	-0,2	-
Niedersachsen	9,6	4	9,7	4	9,7	4	0,1	-
Nordrhein-Westfalen	21,9	1	21,8	1	21,8	1	-0,1	-
Rheinland-Pfalz	4,9	7	4,9	7	4,9	7	-	-
Saarland	1,3	15	1,2	15	1,2	15	-0,1	-
Sachsen	5,4	6	5,1	6	5,1	6	-0,3	-
Sachsen-Anhalt	3,2	10	2,9	11	2,8	11	-0,4	-0,1
Schleswig-Holstein	3,4	9	3,5	9	3,5	9	0,1	-
Thüringen	3,0	12	2,7	12	2,7	12	-0,3	-
Deutschland	100	x	100	x	100	x	x	x

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

**Anteil der unter 20-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	22,2	1	19,8	1	19,5	1	-2,7	-0,3
Bayern	21,7	4	19,4	4	19,0	5	-2,7	-0,4
Berlin	18,8	14	16,2	11	16,2	11	-2,6	-
Brandenburg	20,8	8	15,0	12	15,0	12	-5,8	-
Bremen	18,8	14	17,3	8	17,1	8	-1,7	-0,2
Hamburg	18,0	16	17,2	10	17,1	8	-0,9	-0,1
Hessen	20,6	9	18,9	7	18,7	7	-1,9	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	21,5	6	14,6	13	14,7	13	-6,8	0,1
Niedersachsen	22,0	2	19,8	1	19,4	2	-2,6	-0,4
Nordrhein-Westfalen	21,6	5	19,5	3	19,2	3	-2,4	-0,3
Rheinland-Pfalz	21,8	3	19,1	6	18,8	6	-3,0	-0,3
Saarland	20,1	10	17,3	8	17,0	10	-3,1	-0,3
Sachsen	19,1	13	14,5	14	14,7	13	-4,4	0,2
Sachsen-Anhalt	19,8	12	14,0	16	14,1	16	-5,7	0,1
Schleswig-Holstein	21,1	7	19,4	4	19,1	4	-2,0	-0,3
Thüringen	19,9	11	14,3	15	14,4	15	-5,5	0,1
Deutschland	21,1	x	18,4	x	18,2	x	-2,9	-0,2

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

## Tabellenanhang

### Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	61,9	12	60,8	10	61,0	11	-0,9	0,2
Bayern	62,1	10	61,1	8	61,4	7	-0,7	0,3
Berlin	66,6	1	64,7	1	64,9	1	-1,7	0,2
Brandenburg	63,6	3	62,5	5	62,6	4	-1,0	0,1
Bremen	62,7	7	61,3	7	61,3	8	-1,4	-
Hamburg	65,1	2	64,0	2	64,1	2	-1,0	0,1
Hessen	62,9	6	61,1	8	61,3	8	-1,6	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	63,3	4	63,3	3	63,3	3	-	-
Niedersachsen	61,1	15	59,4	15	59,7	15	-1,4	0,3
Nordrhein-Westfalen	61,5	14	60,3	14	60,5	14	-1,0	0,2
Rheinland-Pfalz	60,8	16	60,4	13	60,7	13	-0,1	0,3
Saarland	61,6	13	60,7	12	61,1	10	-0,5	0,4
Sachsen	62,3	9	60,8	10	60,8	12	-1,5	-
Sachsen-Anhalt	62,7	7	61,7	6	61,7	6	-1,0	-
Schleswig-Holstein	62,1	10	58,9	16	59,1	16	-3,0	0,2
Thüringen	63,2	5	62,6	4	62,5	5	-0,7	-0,1
Deutschland	62,2	x	60,9	x	61,2	x	-1,0	0,3

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

### Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	15,9	13	19,4	14	19,5	14	3,6	0,1
Bayern	16,2	12	19,5	13	19,6	13	3,4	0,1
Berlin	14,6	16	19,1	15	18,9	15	4,3	-0,2
Brandenburg	15,6	14	22,5	4	22,4	4	6,8	-0,1
Bremen	18,4	2	21,4	8	21,5	8	3,1	0,1
Hamburg	16,9	7	18,8	16	18,8	16	1,9	-
Hessen	16,5	11	20,0	12	20,0	12	3,5	-
Mecklenburg-Vorpommern	15,2	15	22,1	5	22,0	5	6,8	-0,1
Niedersachsen	16,9	7	20,8	9	20,9	9	4,0	0,1
Nordrhein-Westfalen	17,0	6	20,3	11	20,3	11	3,3	-
Rheinland-Pfalz	17,4	5	20,6	10	20,6	10	3,2	-
Saarland	18,3	3	22,0	6	21,9	6	3,6	-0,1
Sachsen	18,6	1	24,7	1	24,5	1	5,9	-0,2
Sachsen-Anhalt	17,5	4	24,2	2	24,3	2	6,8	0,1
Schleswig-Holstein	16,8	10	21,6	7	21,8	7	5,0	0,2
Thüringen	16,9	7	23,1	3	23,1	3	6,2	-
Deutschland	16,6	x	20,6	x	20,6	x	4,0	-

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

### Jugendquotient<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Veränderung in Punkten	
Baden-Württemberg	35,8	2	32,6	3	31,9	3	-3,9	-0,7
Bayern	35,0	5	31,7	5	31,0	5	-4,0	-0,7
Berlin	28,3	15	25,0	11	25,0	11	-3,3	-
Brandenburg	32,7	8	23,9	12	24,0	13	-8,7	0,1
Bremen	30,0	14	28,2	9	28,0	8	-2,0	-0,2
Hamburg	27,7	16	26,9	10	26,7	10	-1,0	-0,2
Hessen	32,7	8	30,9	7	30,5	7	-2,2	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	34,0	6	23,1	14	23,2	14	-10,8	0,1
Niedersachsen	36,0	1	33,3	1	32,6	1	-3,4	-0,7
Nordrhein-Westfalen	35,1	4	32,3	4	31,6	4	-3,5	-0,7
Rheinland-Pfalz	35,8	2	31,6	6	30,9	6	-4,9	-0,7
Saarland	32,6	10	28,5	8	27,8	9	-4,8	-0,7
Sachsen	30,7	13	23,9	12	24,2	12	-6,5	0,3
Sachsen-Anhalt	31,5	12	22,7	16	22,8	16	-8,7	0,1
Schleswig-Holstein	34,0	6	32,9	2	32,3	2	-1,7	-0,6
Thüringen	31,6	11	22,9	15	23,1	15	-8,5	0,2
Deutschland	34,0	x	30,3	x	29,8	x	-4,2	-0,5

<sup>1</sup> Altersabgrenzung siehe Glossar. – Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

**Altenquotient<sup>1</sup> (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Quotient	Rang	Veränderung in Punkten	
Baden-Württemberg	25,6	4	32,0	4	31,9	3	6,3	-0,1
Bayern	26,1	6	31,9	3	31,9	3	5,8	-
Berlin	21,9	1	29,5	2	29,2	1	7,3	-0,3
Brandenburg	24,5	3	36,0	11	35,8	11	11,3	-0,2
Bremen	29,3	14	34,9	8	35,1	10	5,8	0,2
Hamburg	26,0	5	29,4	1	29,3	2	3,3	-0,1
Hessen	26,3	7	32,7	5	32,6	5	6,3	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	2	34,9	8	34,7	8	10,6	-0,2
Niedersachsen	27,7	11	35,0	10	35,0	9	7,3	-
Nordrhein-Westfalen	27,6	10	33,6	6	33,6	6	6,0	-
Rheinland-Pfalz	28,6	13	34,1	7	33,9	7	5,3	-0,2
Saarland	29,7	15	36,3	12	35,9	12	6,2	-0,4
Sachsen	29,9	16	40,6	16	40,3	16	10,4	-0,3
Sachsen-Anhalt	28,0	12	39,2	15	39,3	15	11,3	0,1
Schleswig-Holstein	27,0	9	36,7	13	36,9	13	9,9	0,2
Thüringen	26,7	8	36,8	14	37,0	14	10,3	0,2
Deutschland	26,8	x	33,8	x	33,7	x	6,9	-0,1

<sup>1</sup> Altersabgrenzung siehe Glossar. – Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

**Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15- bis unter 45-Jährige) an allen Frauen**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	40,8	5	37,3	3	36,8	3	-4,0	-0,5
Bayern	40,4	6	37,3	3	36,8	3	-3,6	-0,5
Berlin	42,5	1	39,8	2	39,6	2	-2,9	-0,2
Brandenburg	41,1	4	31,8	15	30,8	15	-10,3	-1,0
Bremen	38,5	14	37,2	5	36,8	3	-1,7	-0,4
Hamburg	41,7	2	41,5	1	41,2	1	-0,5	-0,3
Hessen	40,4	6	36,7	6	36,3	6	-4,1	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	41,5	3	32,0	12	31,0	14	-10,5	-1,0
Niedersachsen	39,3	10	35,5	9	35,0	8	-4,3	-0,5
Nordrhein-Westfalen	39,5	9	36,3	7	35,8	7	-3,7	-0,5
Rheinland-Pfalz	39,2	11	35,6	8	35,0	8	-4,2	-0,6
Saarland	38,3	15	33,8	11	33,3	11	-5,0	-0,5
Sachsen	37,9	16	31,9	13	31,3	12	-6,6	-0,6
Sachsen-Anhalt	38,8	12	31,0	16	30,2	16	-8,6	-0,8
Schleswig-Holstein	38,6	13	35,1	10	34,5	10	-4,1	-0,6
Thüringen	39,8	8	31,9	13	31,1	13	-8,7	-0,8
Deutschland	39,9	x	36,0	x	35,5	x	-4,4	-0,5

Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

**Zusammengefasste Geburtenziffer<sup>1</sup> (Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 45 Jahren)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	Ziffer	Rang	Ziffer	Rang	Ziffer	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 420	5	1 377	11	1 353	11	-4,7	-1,7
Bayern	1 410	6	1 362	12	1 340	12	-5,0	-1,6
Berlin	1 190	16	1 345	13	1 311	13	10,2	-2,5
Brandenburg	1 210	14	1 446	4	1 411	3	16,6	-2,4
Bremen	1 360	8	1 312	14	1 270	15	-6,6	-3,2
Hamburg	1 220	13	1 287	15	1 257	16	3,0	-2,3
Hessen	1 380	7	1 396	8	1 391	6	0,8	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 270	10	1 477	2	1 414	2	11,3	-4,3
Niedersachsen	1 480	1	1 417	6	1 384	7	-6,5	-2,3
Nordrhein-Westfalen	1 440	2	1 396	8	1 359	10	-5,6	-2,7
Rheinland-Pfalz	1 440	2	1 381	10	1 365	9	-5,2	-1,2
Saarland	1 300	9	1 263	16	1 273	14	-2,1	0,8
Sachsen	1 270	10	1 493	1	1 475	1	16,1	-1,2
Sachsen-Anhalt	1 230	12	1 412	7	1 396	5	13,5	-1,1
Schleswig-Holstein	1 430	4	1 448	3	1 374	8	-3,9	-5,1
Thüringen	1 210	14	1 430	5	1 411	3	16,6	-1,3
Deutschland	1 410	x	1 391	x	1 361	x	-3,5	-2,2

<sup>1</sup> Lebendgeborene je 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter. – Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

## Tabellenanhang

### Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	10	1	-8	3	-8	3	-18	-
Bayern	2	2	-14	4	-15	4	-17	-1
Berlin	-11	7	3	1	5	1	16	2
Brandenburg	-29	12	-36	12	-38	12	-9	-2
Bremen	-24	11	-29	7	-31	7	-7	-2
Hamburg	-12	9	2	2	-	2	12	-2
Hessen	-3	3	-14	4	-15	4	-12	-1
Mecklenburg-Vorpommern	-23	10	-33	11	-36	11	-13	-3
Niedersachsen	-4	4	-29	7	-31	7	-27	-2
Nordrhein-Westfalen	-7	5	-25	6	-26	6	-19	-1
Rheinland-Pfalz	-11	7	-30	9	-31	7	-20	-1
Saarland	-33	13	-51	15	-52	15	-19	-1
Sachsen	-39	15	-38	13	-39	13	-	-1
Sachsen-Anhalt	-44	16	-58	16	-58	16	-14	-
Schleswig-Holstein	-10	6	-30	9	-34	10	-24	-4
Thüringen	-35	14	-41	14	-43	14	-8	-2
Deutschland	-9	x	-22	x	-23	x	-14	-1

Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

### Saldo der Wanderungen über die jeweilige Landesgrenze

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	36	5	16	6	38	7	2	22
Bayern	60	2	36	4	60	3	-	24
Berlin	-3	11	49	2	113	1	116	64
Brandenburg	32	6	2	11	7	13	-25	5
Bremen	-19	12	13	8	41	6	60	28
Hamburg	74	1	66	1	68	2	-6	2
Hessen	29	7	20	5	53	4	24	33
Mecklenburg-Vorpommern	-53	15	-22	14	-10	14	43	12
Niedersachsen	39	4	15	7	24	8	-15	9
Nordrhein-Westfalen	13	9	10	9	24	8	11	14
Rheinland-Pfalz	20	8	7	10	20	10	-	13
Saarland	7	10	2	11	10	11	3	8
Sachsen	-38	13	-9	13	9	12	47	18
Sachsen-Anhalt	-84	16	-33	16	-36	16	48	-3
Schleswig-Holstein	55	3	38	3	46	5	-9	8
Thüringen	-41	14	-26	15	-19	15	22	7
Deutschland	20	x	16	x	34	x	14	18

Quelle: Wanderungsstatistik

### Eheschließungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	52,7	7	45,5	9	45,4	8	-13,9	-0,2
Bayern	51,5	8	47,1	7	47,1	7	-8,5	-
Berlin	41,7	12	35,8	16	35,8	16	-14,1	-
Brandenburg	37,7	14	50,3	4	48,5	4	28,6	-3,6
Bremen	49,5	9	45,1	11	42,9	13	-13,3	-4,9
Hamburg	45,8	10	41,7	15	39,0	15	-14,8	-6,5
Hessen	53,6	6	45,3	10	45,1	10	-15,9	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	45,5	11	65,5	1	63,6	1	39,8	-2,9
Niedersachsen	57,1	2	48,5	5	47,6	6	-16,6	-1,9
Nordrhein-Westfalen	54,1	5	45,8	8	45,3	9	-16,3	-1,1
Rheinland-Pfalz	54,8	3	50,4	3	50,5	3	-7,8	0,2
Saarland	54,8	3	47,2	6	48,0	5	-12,4	1,7
Sachsen	37,2	16	44,3	14	42,5	14	14,2	-4,1
Sachsen-Anhalt	39,4	13	44,8	13	44,4	11	12,7	-0,9
Schleswig-Holstein	64,0	1	58,1	2	56,5	2	-11,7	-2,8
Thüringen	37,3	15	45,1	11	43,9	12	17,7	-2,7
Deutschland	50,9	x	46,7	x	46,2	x	-9,2	-1,1

Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Ehescheidungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	21,0	14	20,4	12	21,5	9	2,4	5,4
Bayern	22,3	11	21,4	9	21,5	9	-3,6	0,5
Berlin	28,5	2	24,2	6	22,9	8	-19,6	-5,4
Brandenburg	23,1	10	20,7	10	21,3	11	-7,8	2,9
Bremen	27,5	3	23,2	8	23,7	7	-13,8	2,2
Hamburg	27,0	5	20,5	11	20,3	14	-24,8	-1,0
Hessen	24,6	8	24,9	5	24,6	5	-	-1,2
Mecklenburg-Vorpommern	22,3	11	19,7	13	20,7	12	-7,2	5,1
Niedersachsen	23,2	9	24,0	7	23,9	6	3,0	-0,4
Nordrhein-Westfalen	25,1	7	25,6	4	24,9	4	-0,8	-2,7
Rheinland-Pfalz	25,8	6	26,2	2	27,9	1	8,1	6,5
Saarland	28,7	1	26,7	1	26,1	3	-9,1	-2,2
Sachsen	19,8	16	17,6	16	17,2	16	-13,1	-2,3
Sachsen-Anhalt	22,3	11	19,3	14	20,6	13	-7,6	6,7
Schleswig-Holstein	27,4	4	26,1	3	26,2	2	-4,4	0,4
Thüringen	20,1	15	18,4	15	18,8	15	-6,5	2,2
Deutschland	23,9	x	23,2	x	23,0	x	-3,8	-0,9

Quelle: Statistik der Ehescheidungen

Anteil der ausländischen Bevölkerung an der jeweiligen Gesamtbevölkerung

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	11,9	5	11,0	5	11,2	5	-0,7	0,2
Bayern	9,1	7	8,7	7	9,0	7	-0,1	0,3
Berlin	14,3	2	13,4	1	13,5	1	-0,8	0,1
Brandenburg	1,9	12	1,9	13	2,0	13	0,1	0,1
Bremen	12,3	4	11,6	4	11,8	4	-0,5	0,2
Hamburg	19,4	1	12,9	2	13,1	2	-6,3	0,2
Hessen	13,8	3	11,9	3	12,2	3	-1,6	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	1,6	15	1,8	15	1,9	15	0,3	0,1
Niedersachsen	6,0	10	5,8	10	5,9	10	-0,1	0,1
Nordrhein-Westfalen	10,9	6	10,1	6	10,2	6	-0,7	0,1
Rheinland-Pfalz	7,4	9	7,2	9	7,4	9	-	0,2
Saarland	7,5	8	7,6	8	7,8	8	0,3	0,2
Sachsen	1,9	12	2,1	12	2,2	12	0,3	0,1
Sachsen-Anhalt	1,9	12	1,9	13	2,0	13	0,1	0,1
Schleswig-Holstein	5,1	11	4,7	11	4,8	11	-0,3	0,1
Thüringen	1,3	16	1,6	16	1,7	16	0,4	0,1
Deutschland	8,9	x	8,3	x	8,5	x	-0,4	0,2

Quelle: Ausländerzentralregister

Haushalte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	1 000	Rang	1 000	Rang	1 000	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	4 744	3	5 042	3	5 061	3	6,7	0,4
Bayern	5 521	2	6 065	2	6 098	2	10,5	0,5
Berlin	1 821	8	1 991	7	1 999	7	9,8	0,4
Brandenburg	1 161	11	1 250	10	1 266	10	9,0	1,3
Bremen	357	16	361	16	364	16	2,0	0,8
Hamburg	910	13	983	13	1 005	13	10,4	2,2
Hessen	2 799	5	2 958	5	2 966	5	6,0	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	820	14	853	14	851	14	3,8	-0,2
Niedersachsen	3 607	4	3 871	4	3 860	4	7,0	-0,3
Nordrhein-Westfalen	8 321	1	8 609	1	8 660	1	4,1	0,6
Rheinland-Pfalz	1 834	7	1 893	8	1 888	8	2,9	-0,3
Saarland	507	15	486	15	485	15	-4,3	-0,2
Sachsen	2 100	6	2 213	6	2 215	6	5,5	0,1
Sachsen-Anhalt	1 223	10	1 206	11	1 191	11	-2,6	-1,2
Schleswig-Holstein	1 304	9	1 400	9	1 407	9	7,9	0,5
Thüringen	1 095	12	1 120	12	1 123	12	2,6	0,3
Deutschland	38 124	x	40 301	x	40 439	x	6,1	0,3

Quelle: Mikrozensus

## Tabellenanhang

### Anteil der Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	36,1	5	37,8	13	37,9	13	1,8	0,1
Bayern	35,2	8	39,8	7	40,1	7	4,9	0,3
Berlin	47,6	2	53,7	1	54,2	1	6,6	0,5
Brandenburg	30,5	16	36,5	15	37,8	15	7,3	1,3
Bremen	47,1	3	48,8	3	50,3	3	3,2	1,5
Hamburg	47,7	1	50,6	2	51,4	2	3,7	0,8
Hessen	35,2	8	39,0	10	39,1	10	3,9	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	34,1	12	40,3	6	40,8	5	6,7	0,5
Niedersachsen	35,5	7	40,5	5	40,2	6	4,7	-0,3
Nordrhein-Westfalen	36,0	6	39,0	10	39,2	9	3,2	0,2
Rheinland-Pfalz	33,6	13	35,9	16	35,3	16	1,7	-0,6
Saarland	37,9	4	37,2	14	37,9	13	-	0,7
Sachsen	34,3	11	42,9	4	43,3	4	9,0	0,4
Sachsen-Anhalt	32,6	14	39,5	8	39,4	8	6,8	-0,1
Schleswig-Holstein	34,6	10	39,1	9	39,0	11	4,4	-0,1
Thüringen	31,8	15	37,9	12	38,4	12	6,6	0,5
Deutschland	36,1	x	40,2	x	40,4	x	4,3	0,2

Quelle: Mikrozensus

### Anteil der Haushalte mit zwei Personen an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	31,0	16	33,1	12	33,4	12	2,4	0,3
Bayern	31,9	13	32,3	13	32,3	13	0,4	-
Berlin	31,6	14	30,0	15	29,1	16	-2,5	-0,9
Brandenburg	34,6	4	38,7	1	38,5	1	3,9	-0,2
Bremen	32,5	12	32,1	14	31,6	14	-0,9	-0,5
Hamburg	31,1	15	30,0	15	30,1	15	-1,0	0,1
Hessen	33,9	6	34,1	10	34,3	10	0,4	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	33,5	9	37,5	4	37,3	4	3,8	-0,2
Niedersachsen	33,7	8	33,8	11	34,1	11	0,4	0,3
Nordrhein-Westfalen	34,3	5	34,7	9	34,8	9	0,5	0,1
Rheinland-Pfalz	33,8	7	36,1	6	36,5	6	2,7	0,4
Saarland	32,9	11	34,8	8	35,1	8	2,2	0,3
Sachsen	35,6	3	36,7	5	36,8	5	1,2	0,1
Sachsen-Anhalt	36,1	2	38,3	2	38,4	2	2,3	0,1
Schleswig-Holstein	36,7	1	36,0	7	36,0	7	-0,7	-
Thüringen	33,5	9	37,8	3	37,8	3	4,3	-
Deutschland	33,4	x	34,2	x	34,3	x	0,9	0,1

Quelle: Mikrozensus

### Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,8	4	29,1	1	28,8	1	-4,0	-0,3
Bayern	32,9	3	28,0	3	27,6	3	-5,3	-0,4
Berlin	20,8	15	16,3	16	16,8	16	-4,0	0,5
Brandenburg	34,8	1	24,8	9	23,7	9	-11,1	-1,1
Bremen	20,4	16	18,8	15	18,4	14	-2,0	-0,4
Hamburg	21,2	14	19,4	14	18,4	14	-2,8	-1,0
Hessen	30,9	8	26,9	5	26,6	5	-4,3	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	32,3	6	22,2	12	22,0	12	-10,3	-0,2
Niedersachsen	30,8	9	25,7	7	25,6	7	-5,2	-0,1
Nordrhein-Westfalen	29,7	11	26,3	6	25,9	6	-3,8	-0,4
Rheinland-Pfalz	32,7	5	28,1	2	28,2	2	-4,5	0,1
Saarland	29,4	12	28,0	3	27,0	4	-2,4	-1,0
Sachsen	30,0	10	20,3	13	19,9	13	-10,1	-0,4
Sachsen-Anhalt	31,2	7	22,3	11	22,3	11	-8,9	-
Schleswig-Holstein	28,8	13	24,9	8	25,0	8	-3,8	0,1
Thüringen	34,7	2	24,3	10	23,7	9	-11,0	-0,6
Deutschland	30,6	x	25,6	x	25,3	x	-5,3	-0,3

Quelle: Mikrozensus

**Verbraucherinsolvenzen (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2011		2012		2003–2012	2011–2012
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2,8	3	9,0	2	7,9	1	182,1	-12,2
Bayern	2,7	2	8,7	1	7,9	1	192,6	-9,2
Berlin	4,5	10	13,3	7	12,8	7	184,4	-3,8
Brandenburg	3,6	7	16,4	13	15,5	13	330,6	-5,5
Bremen	8,9	16	24,2	16	21,4	16	140,4	-11,6
Hamburg	7,4	14	16,2	12	14,3	10	93,2	-11,7
Hessen	3,4	6	11,6	5	10,1	4	197,1	-12,9
Mecklenburg-Vorpommern	3,6	7	13,5	8	12,9	8	258,3	-4,4
Niedersachsen	5,4	13	17,7	15	16,8	15	211,1	-5,1
Nordrhein-Westfalen	5,1	12	14,2	9	14,1	9	176,5	-0,7
Rheinland-Pfalz	4,6	11	11,6	5	11,3	6	145,7	-2,6
Saarland	8,7	15	16,9	14	16,0	14	83,9	-5,3
Sachsen	2,6	1	10,3	3	9,6	3	269,2	-6,8
Sachsen-Anhalt	3,2	4	14,8	10	14,4	11	350,0	-2,7
Schleswig-Holstein	4,3	9	15,5	11	14,7	12	241,9	-5,2
Thüringen	3,2	4	10,8	4	11,0	5	243,8	1,9
Deutschland	4,1	x	12,6	x	11,9	x	190,2	-5,6

Quelle: Insolvenzstatistik

**Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote) (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr <sup>1</sup>						Zeitraum	
	2005		2011		2012		2005–2012	2011–2012
	je 100 unter 65-Jährige	Rang	je 100 unter 65-Jährige	Rang	je 100 unter 65-Jährige	Rang	Veränderung je 100 unter 65-Jährige	
Baden-Württemberg	5,8	2	4,9	2	4,9	2	-0,9	-
Bayern	5,4	1	4,2	1	4,1	1	-1,3	-0,1
Berlin	20,7	16	20,6	16	20,6	16	-0,1	-
Brandenburg	16,6	11	13,3	11	13,1	11	-3,5	-0,2
Bremen	19,0	13	17,5	15	17,6	15	-1,4	0,1
Hamburg	13,9	9	12,6	10	12,3	10	-1,6	-0,3
Hessen	9,0	4	8,2	4	8,3	4	-0,7	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	20,2	15	15,6	13	15,5	13	-4,7	-0,1
Niedersachsen	10,7	6	9,3	5	9,3	5	-1,4	-
Nordrhein-Westfalen	11,2	7	11,0	8	11,1	8	-0,1	0,1
Rheinland-Pfalz	7,9	3	6,8	3	6,7	3	-1,2	-0,1
Saarland	10,6	5	9,3	5	9,4	6	-1,2	0,1
Sachsen	17,1	12	13,6	12	13,2	12	-3,9	-0,4
Sachsen-Anhalt	20,1	14	16,6	14	16,6	14	-3,5	-
Schleswig-Holstein	11,3	8	9,9	7	9,9	7	-1,4	-
Thüringen	15,0	10	11,2	9	11,2	9	-3,8	-
Deutschland	10,7	x	9,4	x	9,4	x	-1,3	-

<sup>1</sup> Im Dezember des jeweiligen Jahres. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Betreuungsquote unter 3-Jähriger in Kindertagesbetreuung<sup>1</sup>**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2011		2012		2007–2012	2011–2012
	je 100 Kinder	Rang	je 100 Kinder	Rang	je 100 Kinder	Rang	Veränderung je 100 Kinder	
Baden-Württemberg	11,5	11	20,8	11	23,1	11	11,6	2,3
Bayern	10,7	12	20,6	12	23,0	12	12,3	2,4
Berlin	39,8	4	41,9	6	42,6	6	2,8	0,7
Brandenburg	43,4	3	51,6	3	53,4	3	10,0	1,8
Bremen	10,5	13	19,6	14	21,2	15	10,7	1,6
Hamburg	22,0	7	32,4	7	35,8	7	13,8	3,4
Hessen	12,4	8	21,5	10	23,7	10	11,3	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	44,1	2	51,7	2	53,6	2	9,5	1,9
Niedersachsen	6,9	15	18,6	15	22,1	13	15,2	3,5
Nordrhein-Westfalen	6,9	15	15,9	16	18,1	16	11,2	2,2
Rheinland-Pfalz	12,0	10	24,7	8	27,0	8	15,0	2,3
Saarland	12,1	9	20,2	13	22,1	13	10,0	1,9
Sachsen	34,6	6	44,1	5	46,4	5	11,8	2,3
Sachsen-Anhalt	51,8	1	56,1	1	57,5	1	5,7	1,4
Schleswig-Holstein	8,2	14	21,6	9	24,2	9	16,0	2,6
Thüringen	37,5	5	46,9	4	49,8	4	12,3	2,9
Deutschland	15,5	x	25,2	x	27,6	x	12,1	2,4

<sup>1</sup> Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege. – Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

## Tabellenanhang

### Betreuungsquote 3- bis 6-Jähriger in Kindertagesbetreuung<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2007		2011		2012		2007–2012	2011–2012
	je 100 Kinder	Rang	je 100 Kinder	Rang	je 100 Kinder	Rang	Veränderung je 100 Kinder	
Baden-Württemberg	93,4	6	95,5	5	95,2	7	1,8	-0,3
Bayern	87,7	11	90,4	13	91,0	13	3,3	0,6
Berlin	92,3	9	94,4	9	93,9	9	1,6	-0,5
Brandenburg	94,4	3	96,1	3	96,3	3	1,9	0,2
Bremen	85,4	13	89,3	15	89,1	15	3,7	-0,2
Hamburg	81,2	16	85,1	16	87,4	16	6,2	2,3
Hessen	91,1	10	92,7	10	93,4	10	2,3	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	93,2	7	95,8	4	95,9	5	2,7	0,1
Niedersachsen	83,8	14	91,6	12	92,6	12	8,8	1,0
Nordrhein-Westfalen	85,8	12	92,2	11	92,9	11	7,1	0,7
Rheinland-Pfalz	94,7	2	97,2	1	97,4	1	2,7	0,2
Saarland	93,9	4	95,0	8	94,6	8	0,7	-0,4
Sachsen	93,8	5	95,3	6	96,0	4	2,2	0,7
Sachsen-Anhalt	93,0	8	95,1	7	95,6	6	2,6	0,5
Schleswig-Holstein	83,1	15	89,9	14	90,7	14	7,6	0,8
Thüringen	95,9	1	96,8	2	96,9	2	1,0	0,1
Deutschland	89,0	x	93,0	x	93,4	x	4,4	0,4

<sup>1</sup> Tageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege. – Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

### Gemeldete beendete Bezüge von Elterngeld

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2010		2011		2008–2011	2010–2011
	Anzahl in 1 000	Rang	Anzahl in 1 000	Rang	Anzahl in 1 000	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	103,3	3	107,7	3	111,7	3	8,1	3,7
Bayern	126,5	2	131,0	2	135,4	2	7,0	3,4
Berlin	34,9	7	39,4	7	41,2	7	18,1	4,6
Brandenburg	21,1	10	22,7	10	23,1	10	9,5	1,8
Bremen	4,8	16	4,6	16	6,2	16	29,2	34,8
Hamburg	18,3	13	15,6	13	20,9	12	14,2	34,0
Hessen	58,7	5	60,5	5	62,2	5	6,0	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	14,7	14	15,6	13	15,6	14	6,1	-
Niedersachsen	67,6	4	72,9	4	74,6	4	10,4	2,3
Nordrhein-Westfalen	160,8	1	164,2	1	166,2	1	3,4	1,2
Rheinland-Pfalz	34,2	8	26,8	8	37,2	8	8,8	38,8
Saarland	7,4	15	7,7	15	7,8	15	5,4	1,3
Sachsen	39,9	6	43,6	6	44,9	6	12,5	3,0
Sachsen-Anhalt	19,2	12	19,1	12	19,3	13	0,5	1,0
Schleswig-Holstein	25,4	9	25,3	9	26,1	9	2,8	3,2
Thüringen	20,2	11	21,2	11	22,0	11	8,9	3,8
Deutschland	757,1	x	778,0	x	814,5	x	7,6	4,7

Quelle: Statistik zum Elterngeld

### Anteil der Männer an den Elterngeldbezügen (gemeldete beendete Bezüge)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2010		2011		2008–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	14,3	10	20,4	7	21,6	7	7,3	1,2
Bayern	18,7	2	24,0	3	25,2	1	6,5	1,2
Berlin	20,4	1	24,4	1	24,9	2	4,5	0,5
Brandenburg	18,7	2	21,8	6	22,4	6	3,7	0,6
Bremen	15,4	8	16,9	13	17,2	14	1,8	0,3
Hamburg	16,9	6	22,7	4	22,5	5	5,6	-0,2
Hessen	15,0	9	19,7	8	20,5	8	5,5	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	15,9	7	19,3	9	18,9	10	3,0	-0,4
Niedersachsen	14,3	10	18,5	10	19,2	9	4,9	0,7
Nordrhein-Westfalen	13,5	15	15,9	15	16,5	15	3,0	0,6
Rheinland-Pfalz	13,8	14	17,6	11	18,4	12	4,6	0,8
Saarland	9,5	16	13,3	16	15,4	16	5,9	2,1
Sachsen	18,0	4	24,2	2	24,8	3	6,8	0,6
Sachsen-Anhalt	14,3	10	16,5	14	17,3	13	3,0	0,8
Schleswig-Holstein	14,2	13	17,3	12	18,5	11	4,3	1,2
Thüringen	17,6	5	22,6	5	23,5	4	5,9	0,9
Deutschland	15,6	x	20,0	x	20,8	x	5,2	0,8

Quelle: Statistik zum Elterngeld



**Durchschnittliche Höhe des Elterngelds der Frauen (gemeldete beendete Bezüge)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2010		2011		2008–2011	2010–2011
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in EUR	
Baden-Württemberg	605	4	667	4	688	4	83	21
Bayern	630	2	693	2	715	2	85	22
Berlin	595	6	649	5	665	6	70	16
Brandenburg	596	5	644	6	666	5	70	22
Bremen	528	16	575	16	593	16	65	18
Hamburg	654	1	729	1	760	1	106	31
Hessen	618	3	672	3	694	3	76	22
Mecklenburg-Vorpommern	546	14	588	14	606	14	60	18
Niedersachsen	552	13	611	12	638	11	86	27
Nordrhein-Westfalen	574	9	614	10	635	12	61	21
Rheinland-Pfalz	574	9	623	8	646	8	72	23
Saarland	562	12	601	13	618	13	56	17
Sachsen	575	8	617	9	644	9	69	27
Sachsen-Anhalt	546	14	578	15	598	15	52	20
Schleswig-Holstein	585	7	632	7	658	7	73	26
Thüringen	567	11	612	11	640	10	73	28
Deutschland	591	x	642	x	665	x	74	23

Quelle: Statistik zum Elterngeld

**Durchschnittliche Höhe des Elterngelds der Männer (gemeldete beendete Bezüge)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2010		2011		2008–2011	2010–2011
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in EUR	
Baden-Württemberg	1 034	3	1 134	2	1 181	2	147	47
Bayern	1 041	1	1 145	1	1 204	1	163	59
Berlin	837	11	965	11	964	11	127	-1
Brandenburg	811	13	881	12	938	12	127	57
Bremen	849	10	966	10	985	10	136	19
Hamburg	975	4	1 105	3	1 174	3	199	69
Hessen	973	5	1 091	4	1 163	4	190	72
Mecklenburg-Vorpommern	755	16	846	16	896	15	141	50
Niedersachsen	913	9	998	9	1 048	9	135	50
Nordrhein-Westfalen	917	8	1 013	8	1 076	7	159	63
Rheinland-Pfalz	936	6	1 052	6	1 096	6	160	44
Saarland	1 035	2	1 054	5	1 073	8	38	19
Sachsen	814	12	868	13	913	14	99	45
Sachsen-Anhalt	774	15	850	15	887	16	113	37
Schleswig-Holstein	920	7	1 046	7	1 100	5	180	54
Thüringen	801	14	864	14	916	13	115	52
Deutschland	938	x	1 037	x	1 091	x	153	54

Quelle: Statistik zum Elterngeld

**Armutsgefährdungsquote<sup>1</sup> (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2010		2011		2005–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,6	1	11,0	2	11,2	1	0,6	0,2
Bayern	11,4	2	10,8	1	11,3	2	-0,1	0,5
Berlin	19,7	12	19,2	12	21,1	14	1,4	1,9
Brandenburg	19,2	10	16,3	10	16,9	11	-2,3	0,6
Bremen	22,3	14	21,1	15	22,3	16	-	1,2
Hamburg	15,7	9	13,3	4	14,7	5	-1,0	1,4
Hessen	12,7	3	12,1	3	12,7	3	-	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	16	22,4	16	22,2	15	-1,9	-0,2
Niedersachsen	15,5	7	15,3	8	15,7	8	0,2	0,4
Nordrhein-Westfalen	14,4	6	15,4	9	16,6	9	2,2	1,2
Rheinland-Pfalz	14,2	5	14,8	7	15,1	6	0,9	0,3
Saarland	15,5	7	14,3	6	15,6	7	0,1	1,3
Sachsen	19,2	10	19,4	13	19,6	12	0,4	0,2
Sachsen-Anhalt	22,4	15	19,8	14	20,5	13	-1,9	0,7
Schleswig-Holstein	13,3	4	13,8	5	13,8	4	0,5	-
Thüringen	19,9	13	17,6	11	16,7	10	-3,2	-0,9
Deutschland	14,7	x	14,5	x	15,1	x	0,4	0,6

<sup>1</sup> Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

## Tabellenanhang

### Armutsgefährdungsquote<sup>1</sup> der unter 18-Jährigen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2010		2011		2005–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	12,9	1	13,2	2	13,2	2	0,3	-
Bayern	13,9	2	11,6	1	11,8	1	-2,1	0,2
Berlin	26,7	10	24,7	12	27,1	13	0,4	2,4
Brandenburg	26,9	11	20,9	9	20,9	8	-6,0	-
Bremen	34,9	16	31,3	16	32,6	16	-2,3	1,3
Hamburg	23,2	9	19,9	7	22,0	10	-1,2	2,1
Hessen	17,8	4	15,3	3	15,4	3	-2,4	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	34,2	15	29,9	15	30,1	15	-4,1	0,2
Niedersachsen	20,7	8	20,5	8	20,8	7	0,1	0,3
Nordrhein-Westfalen	20,4	7	20,9	9	22,8	11	2,4	1,9
Rheinland-Pfalz	17,7	3	19,1	6	19,3	5	1,6	0,2
Saarland	19,3	6	16,5	5	19,8	6	0,5	3,3
Sachsen	27,2	12	26,3	14	26,4	12	-0,8	0,1
Sachsen-Anhalt	33,8	14	26,0	13	28,1	14	-5,7	2,1
Schleswig-Holstein	17,8	4	16,0	4	16,1	4	-1,7	0,1
Thüringen	29,2	13	23,7	11	21,3	9	-7,9	-2,4
Deutschland	19,5	x	18,2	x	18,9	x	-0,6	0,7

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

### Armutsgefährdungsquote<sup>1</sup> der 65-Jährigen und Älteren (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2010		2011		2005–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,8	9	11,3	6	12,0	5	1,2	0,7
Bayern	14,2	15	14,9	14	16,4	15	2,2	1,5
Berlin	7,4	2	9,1	2	10,7	2	3,3	1,6
Brandenburg	9,5	6	10,4	5	12,3	8	2,8	1,9
Bremen	9,0	4	13,5	13	14,1	12	5,1	0,6
Hamburg	8,1	3	8,0	1	9,7	1	1,6	1,7
Hessen	11,0	11	11,6	7	12,6	9	1,6	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	11,7	12	13,3	12	13,3	11	1,6	-
Niedersachsen	12,6	13	13,0	11	14,6	13	2,0	1,6
Nordrhein-Westfalen	9,7	8	12,1	10	12,9	10	3,2	0,8
Rheinland-Pfalz	15,6	16	16,4	16	16,8	16	1,2	0,4
Saarland	13,3	14	15,9	15	16,0	14	2,7	0,1
Sachsen	7,2	1	9,9	3	10,8	3	3,6	0,9
Sachsen-Anhalt	10,8	9	11,6	7	12,0	5	1,2	0,4
Schleswig-Holstein	9,6	7	12,0	9	12,2	7	2,6	0,2
Thüringen	9,2	5	10,3	4	11,3	4	2,1	1,0
Deutschland	11,0	x	12,3	x	13,3	x	2,3	1,0

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

### Einkommensreichumsquote<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2005		2010		2011		2005–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	9,6	4	9,8	4	10,1	4	0,5	0,3
Bayern	9,8	3	10,1	3	10,2	3	0,4	0,1
Berlin	7,6	8	7,0	9	7,3	8	-0,3	0,3
Brandenburg	4,1	12	5,1	12	5,5	12	1,4	0,4
Bremen	6,8	10	7,5	8	7,3	8	0,5	-0,2
Hamburg	10,2	1	13,2	1	12,2	1	2,0	-1,0
Hessen	10,2	1	10,4	2	10,6	2	0,4	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	2,5	15	3,0	15	3,0	15	0,5	-
Niedersachsen	7,2	9	6,9	10	7,1	10	-0,1	0,2
Nordrhein-Westfalen	8,1	5	8,3	7	8,0	7	-0,1	-0,3
Rheinland-Pfalz	7,9	7	9,0	5	8,9	5	1,0	-0,1
Saarland	5,7	11	6,2	11	6,3	11	0,6	0,1
Sachsen	2,7	13	3,1	14	3,2	14	0,5	0,1
Sachsen-Anhalt	2,7	13	3,0	15	3,0	15	0,3	-
Schleswig-Holstein	8,0	6	8,6	6	8,2	6	0,2	-0,4
Thüringen	2,3	16	3,2	13	3,6	13	1,3	0,4
Deutschland	7,7	x	8,1	x	8,1	x	0,4	-

1 Gemessen am Bundesmedian. – Quelle: Mikrozensus

**Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	149	6	153	5	152	6	3	-1
Bayern	163	4	171	4	170	3	7	-1
Berlin	192	2	172	3	170	3	-22	-2
Brandenburg	122	16	131	14	131	14	9	-
Bremen	194	1	205	1	206	1	12	1
Hamburg	192	2	201	2	198	2	6	-3
Hessen	153	5	153	5	150	7	-3	-3
Mecklenburg-Vorpommern	136	10	142	12	141	12	5	-1
Niedersachsen	132	14	143	11	144	11	12	1
Nordrhein-Westfalen	136	10	148	9	147	9	11	-1
Rheinland-Pfalz	140	9	148	9	147	9	7	-1
Saarland	144	8	153	5	153	5	9	-
Sachsen	133	12	134	13	134	13	1	-
Sachsen-Anhalt	127	15	125	16	124	16	-3	-1
Schleswig-Holstein	146	7	151	8	149	8	3	-2
Thüringen	133	12	131	14	130	15	-3	-1
Deutschland	146	x	153	x	152	x	6	-1

Quelle: Bundesärztekammer; eigene Berechnungen

**Niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	62	13	63	12	62	12	-	-1
Bayern	68	8	69	8	69	7	1	-
Berlin	90	1	89	1	87	1	-3	-2
Brandenburg	64	12	66	10	66	10	2	-
Bremen	65	10	63	12	62	12	-3	-1
Hamburg	80	2	81	2	80	2	-	-1
Hessen	69	6	70	7	69	7	-	-1
Mecklenburg-Vorpommern	75	4	74	5	74	5	-1	-
Niedersachsen	65	10	67	9	67	9	2	-
Nordrhein-Westfalen	57	14	60	14	59	14	2	-1
Rheinland-Pfalz	54	15	57	15	56	15	2	-1
Saarland	53	16	53	16	54	16	1	1
Sachsen	74	5	76	4	76	4	2	-
Sachsen-Anhalt	69	6	72	6	72	6	3	-
Schleswig-Holstein	67	9	66	10	66	10	-1	-
Thüringen	78	3	79	3	79	3	1	-
Deutschland	66	x	67	x	66	x	-	-1

Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes; eigene Berechnungen

**Aufgestellte Betten in allgemeinen Krankenhäusern**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	575	14	484	15	472	16	-103	-12
Bayern	642	8	549	12	547	12	-95	-2
Berlin	678	6	554	11	552	11	-126	-2
Brandenburg	589	13	570	10	571	10	-18	1
Bremen	921	1	760	1	746	1	-175	-14
Hamburg	768	2	668	2	674	3	-94	6
Hessen	609	12	545	13	545	13	-64	-
Mecklenburg-Vorpommern	616	11	625	6	624	6	8	-1
Niedersachsen	559	15	477	16	478	15	-81	1
Nordrhein-Westfalen	685	5	623	7	623	7	-62	-
Rheinland-Pfalz	628	10	588	9	585	9	-43	-3
Saarland	753	3	642	5	636	5	-117	-6
Sachsen	635	9	601	8	605	8	-30	4
Sachsen-Anhalt	667	7	648	4	648	4	-19	-
Schleswig-Holstein	557	16	488	14	489	14	-68	1
Thüringen	692	4	665	3	675	2	-17	10
Deutschland	637	x	566	x	564	x	-73	-2

Quelle: Krankenhausstatistik

## Aufgestellte Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	309	5	251	7	247	7	-62	-4
Bayern	300	6	252	6	250	6	-50	-2
Berlin	0	14	0	14	0	14	-	-
Brandenburg	217	9	216	9	214	9	-3	-2
Bremen	0	14	0	14	0	14	-	-
Hamburg	0	14	0	14	0	14	-	-
Hessen	335	3	282	4	279	4	-56	-3
Mecklenburg-Vorpommern	608	1	634	1	640	1	32	6
Niedersachsen	244	8	229	8	228	8	-17	-2
Nordrhein-Westfalen	119	13	117	13	116	13	-3	-1
Rheinland-Pfalz	210	10	200	11	198	11	-12	-2
Saarland	315	4	301	3	302	3	-13	1
Sachsen	202	11	211	10	213	10	11	2
Sachsen-Anhalt	137	12	153	12	154	12	17	1
Schleswig-Holstein	424	2	389	2	371	2	-53	-18
Thüringen	279	7	272	5	275	5	-4	3
Deutschland	231	x	210	x	209	x	-23	-2

Quelle: Krankenhausstatistik

## Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung<sup>1</sup> (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2009		2011		2003–2011	2009–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	7,6	1	18,4	1	19,6	1	12,0	1,2
Bayern	8,6	4	20,6	4	20,2	3	11,6	-0,4
Berlin	9,8	16	24,9	13	23,8	10	14,0	-1,1
Brandenburg	9,0	10	26,1	14	26,4	15	17,4	0,3
Bremen <sup>2</sup>	9,3	13	.	x	22,3	9	13,0	x
Hamburg	8,6	4	21,2	7	20,3	4	11,7	-0,9
Hessen	9,0	10	23,8	9	24,1	11	15,1	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	9,3	13	26,4	15	27,1	16	17,8	0,7
Niedersachsen	9,4	15	24,5	12	24,4	12	15,0	-0,1
Nordrhein-Westfalen	8,9	9	21,6	8	22,0	8	13,1	0,4
Rheinland-Pfalz	8,2	2	20,1	2	20,3	4	12,1	0,2
Saarland	8,7	6	20,4	3	21,0	7	12,3	0,6
Sachsen	8,4	3	20,8	5	20,8	6	12,4	-
Sachsen-Anhalt	9,2	12	23,8	9	24,5	13	15,3	0,7
Schleswig-Holstein	8,7	6	21,0	6	19,7	2	11,0	-1,3
Thüringen	8,7	6	24,3	11	24,5	13	15,8	0,2
Deutschland	8,7	x	21,8	x	22,0	x	13,3	0,2

1 Pflegebedürftige im Alter ab 75 Jahren an der Bevölkerung ab 75 Jahren. – 2 Keine Werte für 2009 verfügbar. – Quelle: Pflegestatistik

## Anteil der reinen Pflegegeldempfänger an allen Pflegebedürftigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2009		2011		2003–2011	2009–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	46,1	10	45,7	8	47,7	9	1,6	2,0
Bayern	47,9	7	44,4	10	45,9	10	-2,0	1,5
Berlin	47,3	8	48,4	4	50,5	3	3,2	2,1
Brandenburg	46,3	9	44,6	9	47,8	7	1,5	3,2
Bremen <sup>1</sup>	43,1	13	...	x	43,7	13	0,6	x
Hamburg	38,2	16	38,8	13	39,9	14	1,7	1,1
Hessen	54,3	1	53,5	1	55,0	1	0,7	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	46,1	10	46,7	6	47,8	7	1,7	1,1
Niedersachsen	45,8	12	43,5	11	45,0	11	-0,8	1,5
Nordrhein-Westfalen	48,4	6	46,4	7	48,7	5	0,3	2,3
Rheinland-Pfalz	50,8	4	49,8	2	50,9	2	0,1	1,1
Saarland	51,2	2	47,2	5	48,4	6	-2,8	1,2
Sachsen	42,3	14	38,8	13	39,6	15	-2,7	0,8
Sachsen-Anhalt	48,7	5	43,0	12	43,9	12	-4,8	0,9
Schleswig-Holstein	42,0	15	38,4	15	39,5	16	-2,5	1,1
Thüringen	50,9	3	49,0	3	48,8	4	-2,1	-0,2
Deutschland	47,5	x	45,6	x	47,3	x	-0,2	1,7

1 Keine Werte für 2009 verfügbar. – Quelle: Pflegestatistik

**Anteil der Pflegebedürftigen in ambulanter Pflege an allen Pflegebedürftigen**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2009		2011		2003–2011	2009–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	21,0	10	20,2	15	20,7	14	-0,3	0,5
Bayern	20,3	12	23,0	10	22,3	10	2,0	-0,7
Berlin	23,1	7	25,9	4	24,5	7	1,4	-1,4
Brandenburg	27,0	3	30,4	1	29,1	1	2,1	-1,3
Bremen	28,4	2	...	x	28,1	3	-0,3	x
Hamburg	29,1	1	30,0	2	28,6	2	-0,5	-1,4
Hessen	19,8	14	21,6	12	20,8	13	1,0	-0,8
Mecklenburg-Vorpommern	23,6	5	25,5	6	25,4	6	1,8	-0,1
Niedersachsen	21,7	9	24,6	7	23,5	9	1,8	-1,1
Nordrhein-Westfalen	20,5	11	23,3	9	22,3	10	1,8	-1,0
Rheinland-Pfalz	19,8	14	20,8	14	20,7	14	0,9	-0,1
Saarland	18,5	16	21,9	11	21,0	12	2,5	-0,9
Sachsen	26,6	4	28,2	3	27,4	4	0,8	-0,8
Sachsen-Anhalt	23,3	6	25,8	5	25,6	5	2,3	-0,2
Schleswig-Holstein	19,9	13	21,1	13	19,9	16	-	-1,2
Thüringen	22,6	8	24,3	8	24,3	8	1,7	-
Deutschland	21,7	x	23,7	x	23,0	x	1,3	-0,7

1 Keine Werte für 2009 verfügbar. – Quelle: Pflegestatistik

**Anteil der Pflegebedürftigen in stationärer Pflege an allen Pflegebedürftigen**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2009		2011		2003–2011	2009–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,9	2	34,1	2	31,6	4	-1,3	-2,5
Bayern	31,8	5	32,6	4	31,8	3	-	-0,8
Berlin	29,7	10	25,7	13	25,0	14	-4,7	-0,7
Brandenburg	26,7	14	25,0	14	23,2	16	-3,5	-1,8
Bremen	28,6	12	...	x	28,2	11	-0,4	x
Hamburg	32,7	3	31,2	7	31,5	5	-1,2	0,3
Hessen	25,9	16	24,8	15	24,2	15	-1,7	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	30,3	8	27,7	11	26,8	13	-3,5	-0,9
Niedersachsen	32,5	4	31,9	5	31,5	5	-1,0	-0,4
Nordrhein-Westfalen	31,1	6	30,4	9	29,0	9	-2,1	-1,4
Rheinland-Pfalz	29,4	11	29,4	10	28,4	10	-1,0	-1,0
Saarland	30,3	8	30,9	8	30,6	7	0,3	-0,3
Sachsen	31,1	6	33,1	3	33,0	2	1,9	-0,1
Sachsen-Anhalt	28,1	13	31,3	6	30,5	8	2,4	-0,8
Schleswig-Holstein	38,2	1	40,5	1	40,6	1	2,4	0,1
Thüringen	26,5	15	26,6	12	27,0	12	0,5	0,4
Deutschland	30,8	x	30,7	x	29,7	x	-1,1	-1,0

1 Keine Werte für 2009 verfügbar. – Quelle: Pflegestatistik

**Durchschnittlicher Body-Mass-Index der Bevölkerung ab 18 Jahren (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2005		2009		2003–2009	2005–2009
	kg/m <sup>2</sup>	Rang	kg/m <sup>2</sup>	Rang	kg/m <sup>2</sup>	Rang	Veränderung in kg/m <sup>2</sup>	
Baden-Württemberg	25,1	3	25,3	4	25,4	3	0,3	0,1
Bayern	25,4	8	25,4	5	25,5	5	0,1	0,1
Berlin	24,9	2	25,0	2	25,2	2	0,3	0,2
Brandenburg	25,8	12	25,9	13	26,2	14	0,4	0,3
Bremen	25,2	5	25,1	3	25,4	3	0,2	0,3
Hamburg	24,7	1	24,8	1	25,0	1	0,3	0,2
Hessen	25,4	8	25,4	5	25,7	7	0,3	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	26,2	16	26,3	16	26,4	15	0,2	0,1
Niedersachsen	25,3	6	25,5	8	25,7	7	0,4	0,2
Nordrhein-Westfalen	25,4	8	25,5	8	25,7	7	0,3	0,2
Rheinland-Pfalz	25,6	11	25,6	10	25,9	10	0,3	0,3
Saarland	25,1	3	25,7	11	25,9	10	0,8	0,2
Sachsen	25,8	12	25,8	12	25,9	10	0,1	0,1
Sachsen-Anhalt	26,0	15	26,1	15	26,4	15	0,4	0,3
Schleswig-Holstein	25,3	6	25,4	5	25,6	6	0,3	0,2
Thüringen	25,9	14	25,9	13	26,1	13	0,2	0,2
Deutschland	25,4	x	25,5	x	25,7	x	0,3	0,2

Quelle: Mikrozensus

## Tabellenanhang

### Anteil der Raucher an der Bevölkerung<sup>1</sup> ab 15 Jahren (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2003		2005		2009		2003–2009	2005–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	25,5	4	24,5	2	22,8	1	-2,7	-1,7
Bayern	25,1	2	24,3	1	23,5	2	-1,6	-0,8
Berlin	34,1	16	32,7	15	31,3	16	-2,8	-1,4
Brandenburg	30,4	12	29,0	10	27,9	12	-2,5	-1,1
Bremen	33,8	15	30,8	14	30,5	15	-3,3	-0,3
Hamburg	30,9	14	29,8	13	26,7	8	-4,2	-3,1
Hessen	27,1	6	25,9	4	24,6	4	-2,5	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	30,6	13	33,3	16	30,4	14	-0,2	-2,9
Niedersachsen	28,4	10	28,1	9	26,1	7	-2,3	-2,0
Nordrhein-Westfalen	27,6	8	29,0	10	26,9	10	-0,7	-2,1
Rheinland-Pfalz	27,6	8	26,0	5	25,1	5	-2,5	-0,9
Saarland	25,2	3	26,3	6	25,3	6	0,1	-1,0
Sachsen	24,9	1	24,5	2	23,8	3	-1,1	-0,7
Sachsen-Anhalt	27,2	7	28,0	8	28,9	13	1,7	0,9
Schleswig-Holstein	30,3	11	29,5	12	27,0	11	-3,3	-2,5
Thüringen	26,9	5	27,3	7	26,8	9	-0,1	-0,5
Deutschland	27,4	x	27,2	x	25,7	x	-1,7	-1,5

1 Bevölkerung mit Angaben über die Rauchgewohnheiten. – Quelle: Mikrozensus

### Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen

Land	Vorangegangene Landtagswahl [1]			Letzte Landtagswahl [2]			Zeitraum
	Jahr	%	Rang	Jahr	%	Rang	[1]–[2]
							Veränderung in Prozentpunkten
Baden-Württemberg	2006	53,4	15	2011	66,3	2	12,9
Bayern	2003	57,1	11	2008	57,9	10	0,8
Berlin	2006	58,0	9	2011	60,2	6	2,2
Brandenburg	2004	56,4	13	2009	67,0	1	10,6
Bremen	2007	57,5	10	2011	55,5	13	-2,0
Hamburg	2008	63,5	4	2011	57,3	11	-6,2
Hessen	2008	64,3	3	2009	61,0	5	-3,3
Mecklenburg-Vorpommern	2006	59,1	7	2011	51,5	15	-7,6
Niedersachsen	2008	57,1	11	2013	59,4	9	2,3
Nordrhein-Westfalen	2010	59,3	6	2012	59,6	8	0,3
Rheinland-Pfalz	2006	58,2	8	2011	61,8	3	3,6
Saarland	2009	67,6	2	2012	61,6	4	-6,0
Sachsen	2004	59,6	5	2009	52,2	14	-7,4
Sachsen-Anhalt	2006	44,4	16	2011	51,2	16	6,8
Schleswig-Holstein	2009	73,6	1	2012	60,2	6	-13,4
Thüringen	2004	53,8	14	2009	56,2	12	2,4
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Landeswahlleiter

### Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Landtagswahlen<sup>1</sup>

Land	Vorangegangene Landtagswahl [1]			Letzte Landtagswahl [2]			Zeitraum
	Jahr	%	Rang	Jahr	%	Rang	[1]–[2]
							Veränderung in Prozentpunkten
Baden-Württemberg	2006	24,5	16	2011	18,1	16	-6,4
Bayern	2003	29,4	12	2008	31,0	10	1,6
Berlin	2006	38,3	3	2011	34,2	7	-4,1
Brandenburg	2004	39,8	1	2009	37,5	6	-2,3
Bremen	2007	38,6	2	2011	42,2	1	3,6
Hamburg	2008	33,1	8	2011	38,8	4	5,7
Hessen	2008	34,5	6	2009	28,8	14	-5,7
Mecklenburg-Vorpommern	2006	25,4	15	2011	28,2	15	2,8
Niedersachsen	2008	34,2	7	2013	29,2	13	-5,0
Nordrhein-Westfalen	2010	27,1	13	2012	30,0	11	2,9
Rheinland-Pfalz	2006	35,6	5	2011	41,6	2	6,0
Saarland	2009	31,4	10	2012	39,2	3	7,8
Sachsen	2004	26,8	14	2009	29,9	12	3,1
Sachsen-Anhalt	2006	30,9	11	2011	32,4	8	1,5
Schleswig-Holstein	2009	35,8	4	2012	31,9	9	-3,9
Thüringen	2004	31,8	9	2009	38,6	5	6,8
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x

1 Zu Beginn der Wahlperiode. – Quelle: Landeswahlleiter; eigene Berechnungen

**Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2002		2005		2009		2002–2009	2005–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	81,1	2	78,7	4	72,4	5	-8,7	-6,3
Bayern	81,5	1	77,9	8	71,6	7	-9,9	-6,3
Berlin	77,6	11	77,4	10	70,9	10	-6,7	-6,5
Brandenburg	73,7	13	74,9	14	67,0	12	-6,7	-7,9
Bremen	78,8	10	75,5	12	70,3	11	-8,5	-5,2
Hamburg	79,6	9	77,5	9	71,3	9	-8,3	-6,2
Hessen	80,1	6	78,7	4	73,8	1	-6,3	-4,9
Mecklenburg-Vorpommern	70,6	15	71,2	15	63,0	15	-7,6	-8,2
Niedersachsen	81,0	3	79,4	1	73,3	4	-7,7	-6,1
Nordrhein-Westfalen	80,3	5	78,3	7	71,4	8	-8,9	-6,9
Rheinland-Pfalz	80,0	7	78,7	4	72,0	6	-8,0	-6,7
Saarland	80,0	7	79,4	1	73,7	2	-6,3	-5,7
Sachsen	73,7	13	75,7	11	65,0	14	-8,7	-10,7
Sachsen-Anhalt	68,8	16	71,0	16	60,5	16	-8,3	-10,5
Schleswig-Holstein	80,7	4	79,1	3	73,6	3	-7,1	-5,5
Thüringen	74,8	12	75,5	12	65,2	13	-9,6	-10,3
Deutschland	79,1	x	77,7	x	70,8	x	-8,3	-6,9

Quelle: Bundeswahlstatistik

**Anteil der Frauen an der Mandatsverteilung bei den Bundestagswahlen<sup>1</sup>**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2002		2005		2009		2002–2009	2005–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	30,3	14	26,3	13	27,4	15	-2,9	1,1
Bayern	33,7	6	33,7	7	27,5	14	-6,2	-6,2
Berlin	30,4	13	27,3	12	43,5	3	13,1	16,2
Brandenburg	43,8	2	47,6	1	52,6	1	8,9	5,0
Bremen	25,0	15	25,0	14	33,3	8	8,3	8,3
Hamburg	30,8	11	21,4	16	23,1	16	-7,7	1,7
Hessen	36,4	5	32,6	8	35,6	7	-0,8	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	40,0	4	38,5	5	35,7	6	-4,3	-2,8
Niedersachsen	41,3	3	38,7	4	37,1	5	-4,2	-1,6
Nordrhein-Westfalen	30,6	12	30,0	9	30,2	11	-0,4	0,2
Rheinland-Pfalz	33,3	8	35,5	6	40,6	4	7,3	5,1
Saarland	22,2	16	30,0	9	30,0	12	7,8	-
Sachsen	31,0	10	27,8	11	31,4	10	0,4	3,6
Sachsen-Anhalt	33,3	7	39,1	2	47,1	2	13,8	8,0
Schleswig-Holstein	31,8	9	22,7	15	29,2	13	-2,6	6,5
Thüringen	47,1	1	38,9	3	33,3	8	-13,8	-5,6
Deutschland	32,2	x	31,8	x	32,8	x	0,6	1,0

1 Zu Beginn der Wahlperiode. – Quelle: Bundeswahlstatistik; eigene Berechnungen

**Unterrichtsstunden je Schülerin bzw. Schüler an allgemeinbildenden Schulen**

Land	Schuljahr						Zeitraum	
	2000/01 [1]		2010/11 [2]		2011/12 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	Stunden	Rang	Stunden	Rang	Stunden	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1,49	9	1,69	8	1,71	6	14,8	1,2
Bayern	1,41	11	1,56	12	1,59	12	12,8	1,9
Berlin	1,61	3	1,71	6	1,75	5	8,7	2,3
Brandenburg	1,61	3	1,78	5	1,77	4	9,9	-0,6
Bremen	1,64	1	1,70	7	1,71	6	4,3	0,6
Hamburg	1,54	7	1,66	9	1,69	8	9,7	1,8
Hessen	1,42	10	1,62	10	1,65	10	16,2	1,9
Mecklenburg-Vorpommern	1,54	7	1,80	4	1,79	3	16,2	-0,6
Niedersachsen	1,41	11	1,53	14	1,57	13	11,3	2,6
Nordrhein-Westfalen	1,33	15	1,47	16	1,48	16	11,3	0,7
Rheinland-Pfalz	1,37	14	1,56	12	1,57	13	14,6	0,6
Saarland	1,33	15	1,60	11	1,60	11	20,3	-
Sachsen	1,59	5	1,82	3	1,69	8	6,3	-7,1
Sachsen-Anhalt	1,56	6	1,86	1	1,86	1	19,2	-
Schleswig-Holstein	1,40	13	1,53	14	1,52	15	8,6	-0,7
Thüringen	1,63	2	1,85	2	1,83	2	12,3	-1,1
Deutschland	1,44	x	1,59	x	1,61	x	11,8	1,3

Quelle: Statistisches Bundesamt

## Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an allen Schülerinnen und Schülern<sup>1</sup>

Land	Schuljahr						Zeitraum	
	2000/01 [1]		2010/11 [2]		2011/12 [3]		[1]-[3]	[2]-[3]
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	12,9	6	10,6	6	10,1	5	-2,8	-0,5
Bayern	7,8	8	6,9	8	6,9	8	-0,9	-
Berlin	15,3	3	13,8	1	13,2	1	-2,1	-0,6
Brandenburg	0,9	14	1,5	15	1,4	15	0,5	-0,1
Bremen	15,5	2	12,5	3	11,7	3	-3,8	-0,8
Hamburg	20,5	1	12,7	2	11,9	2	-8,6	-0,8
Hessen	15,1	4	10,9	5	10,5	4	-4,6	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	0,8	15	1,8	14	1,8	14	1,0	-
Niedersachsen	7,4	10	5,7	10	5,6	9	-1,8	-0,1
Nordrhein-Westfalen	13,2	5	11,0	4	9,4	6	-3,8	-1,6
Rheinland-Pfalz	7,5	9	5,9	9	5,6	9	-1,9	-0,3
Saarland	8,2	7	8,4	7	8,2	7	-	-0,2
Sachsen	1,0	13	2,1	12	2,1	12	1,1	-
Sachsen-Anhalt	1,1	12	2,0	13	1,9	13	0,8	-0,1
Schleswig-Holstein	5,4	11	3,7	11	3,4	11	-2,0	-0,3
Thüringen	0,7	16	1,4	16	1,4	15	0,7	-
Deutschland	9,5	x	8,3	x	7,7	x	-1,8	-0,6

1 An allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

## Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassungen<sup>1</sup> (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2001-2011	2010-2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	8,0	2	5,1	2	4,9	2	-3,1	-0,2
Bayern	9,0	5	5,5	3	4,1	1	-4,9	-1,4
Berlin	12,3	13	8,8	13	8,4	11	-3,9	-0,4
Brandenburg	8,9	3	8,1	11	8,5	12	-0,4	0,4
Bremen	8,9	3	4,8	1	6,1	8	-2,8	1,3
Hamburg	12,4	15	5,9	8	7,0	9	-5,4	1,1
Hessen	10,2	8	5,7	6	5,1	5	-5,1	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	10,9	11	13,2	16	14,1	16	3,2	0,9
Niedersachsen	10,1	7	6,0	9	4,9	2	-5,2	-1,1
Nordrhein-Westfalen	6,1	1	5,5	3	5,4	6	-0,7	-0,1
Rheinland-Pfalz	9,6	6	5,7	6	5,6	7	-4,0	-0,1
Saarland	10,5	10	5,6	5	5,0	4	-5,5	-0,6
Sachsen	12,1	12	9,7	14	9,8	14	-2,3	0,1
Sachsen-Anhalt	12,3	13	11,7	15	11,9	15	-0,4	0,2
Schleswig-Holstein	10,2	8	6,8	10	7,1	10	-3,1	0,3
Thüringen	12,6	16	8,4	12	8,6	13	-4,0	0,2
Deutschland	9,2	x	6,1	x	5,6	x	-3,6	-0,5

1 Von allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

## Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss<sup>1</sup> an allen Schulentlassungen<sup>2</sup>

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2001-2011	2010-2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	32,2	3	26,1	3	25,3	3	-6,9	-0,8
Bayern	38,7	1	25,6	4	20,2	7	-18,5	-5,4
Berlin	22,0	10	22,2	6	21,3	4	-0,7	-0,9
Brandenburg	19,2	13	14,5	13	17,2	10	-2,0	2,7
Bremen	20,5	11	22,5	5	21,3	4	0,8	-1,2
Hamburg	22,8	7	13,1	15	16,3	12	-6,5	3,2
Hessen	23,7	6	21,3	8	19,5	8	-4,2	-1,8
Mecklenburg-Vorpommern	20,4	12	13,8	14	11,9	16	-8,5	-1,9
Niedersachsen	22,8	7	16,6	11	12,4	14	-10,4	-4,2
Nordrhein-Westfalen	22,4	9	17,9	10	17,4	9	-5,0	-0,5
Rheinland-Pfalz	31,7	4	21,7	7	21,0	6	-10,7	-0,7
Saarland	29,2	5	28,6	1	27,8	1	-1,4	-0,8
Sachsen	11,2	16	10,5	16	12,3	15	1,1	1,8
Sachsen-Anhalt	11,8	15	18,0	9	16,6	11	4,8	-1,4
Schleswig-Holstein	34,8	2	27,2	2	26,3	2	-8,5	-0,9
Thüringen	18,2	14	14,7	12	15,3	13	-2,9	0,6
Deutschland	25,4	x	20,8	x	19,1	x	-6,3	-1,7

1 Einschließlich Nichtschülerprüfungen. – 2 Von allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistisches Bundesamt



**Anteil der Schulabgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluss<sup>1</sup> an allen Schulentlassungen<sup>2</sup>**

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2001–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	37,6	10	40,9	5	40,5	6	2,9	-0,4
Bayern	33,1	14	43,2	3	35,2	11	2,1	-8,0
Berlin	34,5	13	29,2	15	30,2	15	-4,3	1,0
Brandenburg	43,7	4	30,6	14	33,7	14	-10,0	3,1
Bremen	41,0	8	36,3	10	34,8	12	-6,2	-1,5
Hamburg	30,7	16	19,4	16	22,9	16	-7,8	3,5
Hessen	38,2	9	41,7	4	41,5	4	3,3	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	44,9	3	36,2	11	38,6	9	-6,3	2,4
Niedersachsen	43,0	5	47,3	2	40,2	7	-2,8	-7,1
Nordrhein-Westfalen	41,6	6	40,6	6	39,2	8	-2,4	-1,4
Rheinland-Pfalz	35,9	11	40,6	6	40,6	5	4,7	-
Saarland	34,7	12	34,1	13	34,6	13	-0,1	0,5
Sachsen	50,8	1	49,9	1	48,8	1	-2,0	-1,1
Sachsen-Anhalt	49,6	2	40,6	6	42,2	3	-7,4	1,6
Schleswig-Holstein	31,6	15	34,9	12	36,5	10	4,9	1,6
Thüringen	41,3	7	40,3	9	43,8	2	2,5	3,5
Deutschland	39,7	x	40,5	x	38,5	x	-1,2	-2,0

1 Einschließlich Nichtschülerprüfungen. – 2 Von allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

**Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife<sup>1</sup> an allen Schulentlassungen<sup>2</sup>**

Land	Abgangsjahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2001–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	22,2	15	28,0	15	29,3	14	7,1	1,3
Bayern	19,3	16	25,7	16	40,5	3	21,2	14,8
Berlin	31,2	2	39,8	3	40,1	5	8,9	0,3
Brandenburg	28,3	5	46,8	2	40,5	3	12,2	-6,3
Bremen	29,5	4	36,4	6	37,8	7	8,3	1,4
Hamburg	34,1	1	61,6	1	53,8	1	19,7	-7,8
Hessen	27,9	6	31,3	10	33,9	9	6,0	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	23,8	12	36,8	4	35,4	8	11,6	-1,4
Niedersachsen	24,1	11	30,1	12	42,5	2	18,4	12,4
Nordrhein-Westfalen	29,9	3	36,0	7	38,1	6	8,2	2,1
Rheinland-Pfalz	22,8	14	32,0	8	32,8	10	10,0	0,8
Saarland	25,5	10	31,7	9	32,7	11	7,2	1,0
Sachsen	26,0	9	29,9	13	29,1	16	3,1	-0,8
Sachsen-Anhalt	26,2	8	29,7	14	29,3	14	3,1	-0,4
Schleswig-Holstein	23,4	13	31,0	11	30,1	13	6,7	-0,9
Thüringen	27,8	7	36,6	5	32,3	12	4,5	-4,3
Deutschland	25,6	x	32,5	x	36,8	x	11,2	4,3

1 Einschließlich Nichtschülerprüfungen und Fachhochschulreife. – 2 Von allgemeinbildenden Schulen. – Quelle: Statistisches Bundesamt

**Studienanfängerquote nach Land des Studienortes**

Land	Studienjahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	36,8	4	51,7	5	59,6	4	22,8	7,9
Bayern	31,4	8	43,0	9	57,5	6	26,1	14,5
Berlin	52,4	3	64,7	3	72,9	3	20,5	8,2
Brandenburg	21,9	16	31,7	15	36,4	15	14,5	4,7
Bremen	57,2	1	76,9	1	83,7	1	26,5	6,8
Hamburg	52,7	2	72,1	2	81,2	2	28,5	9,1
Hessen	35,4	5	52,6	4	58,2	5	22,8	5,6
Mecklenburg-Vorpommern	23,2	15	33,5	14	41,8	13	18,6	8,3
Niedersachsen	29,3	11	33,6	13	40,5	14	11,2	6,9
Nordrhein-Westfalen	35,1	6	45,5	8	55,8	7	20,7	10,3
Rheinland-Pfalz	33,5	7	45,9	7	50,2	9	16,7	4,3
Saarland	29,9	10	48,7	6	48,9	10	19,0	0,2
Sachsen	31,3	9	41,0	11	51,2	8	19,9	10,2
Sachsen-Anhalt	24,7	13	35,6	12	45,0	12	20,3	9,4
Schleswig-Holstein	24,5	14	30,5	16	32,7	16	8,2	2,2
Thüringen	26,9	12	41,3	10	48,7	11	21,8	7,4
Deutschland	33,5	x	45,2	x	54,0	x	20,5	8,8

Quellen: Studierendestatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Berechnungen

## Tabellenanhang

### Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer an allen Studierenden

Land	Wintersemester						Zeitraum	
	2000/01 [1]		2010/11 [2]		2011/12 [3]		[1]-[3]	[2]-[3]
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	9,4	4	9,2	5	8,8	6	-0,6	-0,4
Bayern	6,9	8	7,3	13	6,9	13	-	-0,4
Berlin	9,6	3	13,0	1	13,2	1	3,6	0,2
Brandenburg	9,9	2	9,3	4	9,6	4	-0,3	0,3
Bremen	6,0	9	11,5	3	10,9	3	4,9	-0,6
Hamburg	7,1	7	7,5	10	7,5	9	0,4	-
Hessen	7,5	5	8,6	7	8,3	7	0,8	-0,3
Mecklenburg-Vorpommern	3,4	16	4,8	16	4,8	16	1,4	-
Niedersachsen	5,9	11	7,8	9	7,2	11	1,3	-0,6
Nordrhein-Westfalen	6,0	9	7,5	10	7,3	10	1,3	-0,2
Rheinland-Pfalz	7,5	5	7,5	10	7,0	12	-0,5	-0,5
Saarland	10,1	1	11,8	2	11,7	2	1,6	-0,1
Sachsen	5,8	12	8,8	6	9,3	5	3,5	0,5
Sachsen-Anhalt	4,9	13	7,9	8	8,2	8	3,3	0,3
Schleswig-Holstein	4,7	14	5,5	15	5,4	15	0,7	-0,1
Thüringen	3,7	15	6,6	14	6,8	14	3,1	0,2
Deutschland	6,9	x	8,3	x	8,1	x	1,2	-0,2

Quelle: Studierendenstatistik

### Durchschnittliche Fachstudiendauer deutscher Erstabsolventinnen und -absolventen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Prüfungsjahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000-2011	2010-2011
	Semester	Rang	Semester	Rang	Semester	Rang	Veränderung in Semestern	
Baden-Württemberg	10,2	6	8,4	1	8,2	1	-2,0	-0,2
Bayern	10,3	8	8,8	3	8,7	4	-1,6	-0,1
Berlin	11,2	13	9,7	16	9,6	16	-1,6	-0,1
Brandenburg	9,7	1	9,1	5	8,9	7	-0,8	-0,2
Bremen	11,7	16	9,2	8	8,9	7	-2,8	-0,3
Hamburg	11,1	12	9,2	8	9,0	9	-2,1	-0,2
Hessen	10,9	11	9,0	4	9,0	9	-1,9	-
Mecklenburg-Vorpommern	10,0	3	9,5	13	9,2	11	-0,8	-0,3
Niedersachsen	10,8	10	8,6	2	8,3	2	-2,5	-0,3
Nordrhein-Westfalen	11,2	13	9,3	10	9,2	11	-2,0	-0,1
Rheinland-Pfalz	10,7	9	9,6	15	9,2	11	-1,5	-0,4
Saarland	11,5	15	9,4	11	8,5	3	-3,0	-0,9
Sachsen	9,7	1	9,4	11	9,2	11	-0,5	-0,2
Sachsen-Anhalt	10,0	3	9,5	13	9,3	15	-0,7	-0,2
Schleswig-Holstein	10,2	6	9,1	5	8,8	5	-1,4	-0,3
Thüringen	10,0	3	9,1	5	8,8	5	-1,2	-0,3
Deutschland	10,7	x	9,0	x	8,9	x	-1,8	-0,1

Quelle: Prüfungsstatistik

### Wanderungssaldo der Studierenden

Land	Wintersemester						Zeitraum	
	2000/01 [1]		2010/11 [2]		2011/12 [3]		[1]-[3]	[2]-[3]
	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Anzahl	Rang	Absolute Veränderung	
Baden-Württemberg	- 16 573	15	- 12 466	14	- 19 719	15	- 3 146	- 7 253
Bayern	2 942	6	- 89	8	- 3 979	10	- 6 921	- 3 890
Berlin	42 046	1	25 774	1	27 257	1	- 14 789	1 483
Brandenburg	- 7 696	12	- 15 030	15	- 14 415	14	- 6 719	615
Bremen	4 292	5	9 088	4	9 540	5	5 248	452
Hamburg	10 065	3	24 006	2	25 429	2	15 364	1 423
Hessen	- 3 879	8	7 523	5	7 888	6	11 767	365
Mecklenburg-Vorpommern	- 4 024	10	- 1 812	9	- 330	8	3 694	1 482
Niedersachsen	- 28 745	16	- 38 553	16	- 45 817	16	- 17 072	- 7 264
Nordrhein-Westfalen	19 635	2	16 198	3	24 072	3	4 437	7 874
Rheinland-Pfalz	1 035	7	7 508	6	5 477	7	4 442	- 2 031
Saarland	- 3 973	9	- 6 469	12	- 6 545	12	- 2 572	- 76
Sachsen	6 991	4	6 325	7	9 791	4	2 800	3 466
Sachsen-Anhalt	- 8 343	13	- 6 240	11	- 3 052	9	5 291	3 188
Schleswig-Holstein	- 8 844	14	- 9 659	13	- 11 302	13	- 2 458	- 1 643
Thüringen	- 4 929	11	- 6 104	10	- 4 295	11	634	1 809
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Studierendenstatistik

**Straßendichte (Straßenlänge je Quadratkilometer Fläche)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	m je km <sup>2</sup> Fläche	Rang	m je km <sup>2</sup> Fläche	Rang	m je km <sup>2</sup> Fläche	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	768	4	767	4	766	4	-0,3	-0,1
Bayern	591	10	593	9	594	9	0,5	0,2
Berlin	279	15	278	14	276	15	-1,1	-0,7
Brandenburg	425	12	419	13	418	13	-1,6	-0,2
Bremen	242	16	277	15	277	14	14,5	-
Hamburg	305	14	270	16	270	16	-11,5	-
Hessen	755	5	764	5	764	5	1,2	-
Mecklenburg-Vorpommern	419	13	431	12	431	12	2,9	-
Niedersachsen	593	9	593	9	594	9	0,2	0,2
Nordrhein-Westfalen	868	2	867	2	868	2	-	0,1
Rheinland-Pfalz	929	1	927	1	927	1	-0,2	-
Saarland	789	3	796	3	796	3	0,9	-
Sachsen	735	6	733	6	731	6	-0,5	-0,3
Sachsen-Anhalt	531	11	536	11	537	11	1,1	0,2
Schleswig-Holstein	627	8	626	7	626	7	-0,2	-
Thüringen	638	7	608	8	603	8	-5,5	-0,8
Deutschland	646	x	646	x	646	x	-	-

Quelle: Statistik der Straßenlängen

**Pkw-Bestand**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2012		2013		2000–2013	2012–2013
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	544	5	548	5	555	5	11	7
Bayern	556	1	567	3	573	3	17	6
Berlin	348	16	328	16	328	16	-20	-
Brandenburg	516	8	532	7	536	7	20	4
Bremen	423	15	409	14	413	14	-10	4
Hamburg	453	14	409	14	411	15	-42	2
Hessen	556	1	556	4	561	4	5	5
Mecklenburg-Vorpommern	474	12	499	13	502	13	28	3
Niedersachsen	535	6	537	6	546	6	11	9
Nordrhein-Westfalen	505	9	513	10	519	10	14	6
Rheinland-Pfalz	555	3	572	2	580	2	25	8
Saarland	553	4	584	1	592	1	39	8
Sachsen	488	11	502	12	504	12	16	2
Sachsen-Anhalt	472	13	510	11	515	11	43	5
Schleswig-Holstein	530	7	529	8	535	8	5	6
Thüringen	496	10	519	9	523	9	27	4
Deutschland	517	x	525	x	531	x	14	6

Quelle: Statistik des Kfz-Bestandes

**Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 10 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	41	1	32	3	34	4	-7	2
Bayern	52	11	41	15	42	13	-10	1
Berlin	48	8	36	9	41	11	-7	5
Brandenburg	53	14	33	5	34	4	-19	1
Bremen	52	11	43	16	48	16	-4	5
Hamburg	56	16	40	13	43	15	-13	3
Hessen	44	3	35	7	37	8	-7	2
Mecklenburg-Vorpommern	55	15	32	3	33	2	-22	1
Niedersachsen	51	10	38	11	40	9	-11	2
Nordrhein-Westfalen	41	1	33	5	35	6	-6	2
Rheinland-Pfalz	47	6	37	10	40	9	-7	3
Saarland	45	5	40	13	41	11	-4	1
Sachsen	44	3	31	2	33	2	-11	2
Sachsen-Anhalt	48	8	35	7	36	7	-12	1
Schleswig-Holstein	52	11	39	12	42	13	-10	3
Thüringen	47	6	30	1	32	1	-15	2
Deutschland	47	x	35	x	37	x	-10	2

Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

## Tabellenanhang

### Verkehrstote (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 100 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	8	6	5	9	4	4	-4	-1
Bayern	12	11	6	12	6	11	-6	-
Berlin	3	2	1	1	2	1	-1	1
Brandenburg	16	15	8	16	7	12	-9	-1
Bremen	3	2	2	3	2	1	-1	-
Hamburg	2	1	1	1	2	1	-	1
Hessen	9	8	4	5	4	4	-5	-
Mecklenburg-Vorpommern	21	16	7	14	9	16	-12	2
Niedersachsen	12	11	6	12	7	12	-5	1
Nordrhein-Westfalen	6	4	3	4	4	4	-2	1
Rheinland-Pfalz	9	8	5	9	5	9	-4	-
Saarland	6	4	4	5	4	4	-2	-
Sachsen	10	10	4	5	5	9	-5	1
Sachsen-Anhalt	13	13	7	14	8	15	-5	1
Schleswig-Holstein	8	6	4	5	4	4	-4	-
Thüringen	13	13	5	9	7	12	-6	2
Deutschland	9	x	4	x	5	x	-4	1

Quelle: Statistik der Straßenverkehrsunfälle

### Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011 <sup>2</sup>		2000–2011	2010–2011
	m <sup>2</sup> je Wohnung	Rang	m <sup>2</sup> je Wohnung	Rang	m <sup>2</sup> je Wohnung	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	90,1	6	92,2	5	92,4	5	2,6	0,2
Bayern	91,3	4	93,3	4	93,5	4	2,4	0,2
Berlin	69,3	15	70,6	15	70,7	15	2,0	0,1
Brandenburg	74,9	11	78,6	9	78,8	9	5,2	0,3
Bremen	75,6	9	76,8	11	76,9	11	1,7	0,1
Hamburg	71,0	14	72,4	14	72,6	14	2,3	0,3
Hessen	90,2	5	91,7	6	91,8	6	1,8	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	71,4	13	73,2	13	73,3	13	2,7	0,1
Niedersachsen	93,6	3	95,8	3	96,0	3	2,6	0,2
Nordrhein-Westfalen	83,4	8	85,2	8	85,3	8	2,3	0,1
Rheinland-Pfalz	96,6	1	98,9	1	99,1	1	2,6	0,2
Saarland	96,2	2	97,6	2	97,6	2	1,5	-
Sachsen	68,2	16	70,2	16	70,3	16	3,1	0,1
Sachsen-Anhalt	72,8	12	75,1	12	75,2	12	3,3	0,1
Schleswig-Holstein	85,9	7	87,8	7	87,9	7	2,3	0,1
Thüringen	75,0	10	77,3	10	77,4	10	3,2	0,1
Deutschland	84,6	x	86,7	x	86,9	x	2,7	0,2

1 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. – 2 Vorläufig. – Quelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes

### Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011 <sup>1</sup>		2000–2011	2010–2011
	m <sup>2</sup> je Einwohner	Rang	m <sup>2</sup> je Einwohner	Rang	m <sup>2</sup> je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	40,3	7	42,9	7	43,1	7	6,9	0,5
Bayern	41,6	4	44,9	4	45,0	4	8,2	0,2
Berlin	38,2	9	38,7	15	38,4	15	0,5	-0,8
Brandenburg	35,6	14	40,2	12	40,6	12	14,0	1,0
Bremen	39,7	8	41,3	9	41,4	9	4,3	0,2
Hamburg	35,5	15	36,2	16	36,2	16	2,0	-
Hessen	40,6	6	43,6	5	43,6	6	7,4	-
Mecklenburg-Vorpommern	34,3	16	40,0	13	40,4	13	17,8	1,0
Niedersachsen	42,1	3	46,1	3	46,4	3	10,2	0,7
Nordrhein-Westfalen	37,8	10	41,0	10	41,2	10	9,0	0,5
Rheinland-Pfalz	43,5	2	48,3	2	48,7	2	12,0	0,8
Saarland	44,5	1	49,3	1	49,7	1	11,7	0,8
Sachsen	36,2	12	39,3	14	39,5	14	9,1	0,5
Sachsen-Anhalt	37,1	11	42,0	8	42,5	8	14,6	1,2
Schleswig-Holstein	40,7	5	43,5	6	43,8	5	7,6	0,7
Thüringen	36,1	13	40,3	11	40,7	11	12,7	1,0
Deutschland	39,5	x	42,8	x	43,0	x	8,9	0,5

1 Vorläufig. – Quellen: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

**Wohneigentumsquote<sup>1</sup>**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2002		2006		2010		2002–2010	2006–2010
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	49,3	5	49,1	3	52,8	4	3,5	3,7
Bayern	48,9	6	46,4	6	51,0	5	2,1	4,6
Berlin	12,7	16	14,1	16	14,9	16	2,2	0,8
Brandenburg	39,8	9	39,6	9	46,2	8	6,4	6,6
Bremen	35,1	13	35,4	12	37,2	12	2,1	1,8
Hamburg	21,9	15	20,2	15	22,6	15	0,7	2,4
Hessen	44,7	7	44,3	7	47,3	7	2,6	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	35,9	12	33,2	13	37,0	13	1,1	3,8
Niedersachsen	51,0	3	49,0	4	54,5	3	3,5	5,5
Nordrhein-Westfalen	39,0	11	38,7	10	43,0	10	4,0	4,3
Rheinland-Pfalz	55,7	2	54,3	2	58,0	2	2,3	3,7
Saarland	56,9	1	54,9	1	63,7	1	6,8	8,8
Sachsen	31,0	14	29,5	14	33,7	14	2,7	4,2
Sachsen-Anhalt	39,6	10	37,9	11	42,7	11	3,1	4,8
Schleswig-Holstein	49,4	4	47,1	5	49,7	6	0,3	2,6
Thüringen	41,8	8	40,6	8	45,5	9	3,7	4,9
Deutschland	42,6	x	41,6	x	45,7	x	3,1	4,1

<sup>1</sup> Anteil der Haushalte in Wohneigentum an allen Haushalten. – Quelle: Mikrozensus

**Bodenfläche**

Land	Jahr <sup>1</sup>						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	km <sup>2</sup>	Rang	km <sup>2</sup>	Rang	km <sup>2</sup>	Rang	Veränderung in km <sup>2</sup>	
Baden-Württemberg	35 751	3	35 751	3	35 751	3	-	-
Bayern	70 550	1	70 550	1	70 550	1	-	-
Berlin	892	14	892	14	892	14	-	-
Brandenburg	29 477	5	29 483	5	29 484	5	7	1
Bremen	404	16	419	16	419	16	15	-
Hamburg	755	15	755	15	755	15	-	-
Hessen	21 115	7	21 115	7	21 115	7	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	23 173	6	23 191	6	23 193	6	20	2
Niedersachsen	47 616	2	47 613	2	47 614	2	-2	1
Nordrhein-Westfalen	34 081	4	34 092	4	34 098	4	17	6
Rheinland-Pfalz <sup>2</sup>	19 853	9	19 854	9	19 854	9	1	-
Saarland <sup>2</sup>	2 569	13	2 570	13	2 570	13	1	-
Sachsen	18 413	10	18 420	10	18 420	10	7	-
Sachsen-Anhalt	20 447	8	20 450	8	20 450	8	3	-
Schleswig-Holstein	15 763	12	15 799	12	15 800	12	37	1
Thüringen	16 172	11	16 172	11	16 173	11	1	1
Deutschland	357 031	x	357 127	x	357 138	x	107	11

<sup>1</sup> Stichtag jeweils 31.12. – <sup>2</sup> Einschließlich des gemeinsamen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebiets. – Quelle: Flächenerhebung

**Anteil der Waldfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche**

Land	Jahr <sup>1</sup>						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	38,0	3	38,3	3	38,3	3	0,3	-
Bayern	34,8	5	35,0	5	35,0	5	0,2	-
Berlin	17,9	13	18,3	13	18,3	13	0,4	-
Brandenburg	34,9	4	35,4	4	35,5	4	0,6	0,1
Bremen	1,9	16	1,9	16	1,9	16	-	-
Hamburg	4,5	15	6,2	15	6,4	15	1,9	0,2
Hessen	39,9	2	40,1	2	40,1	2	0,2	-
Mecklenburg-Vorpommern	21,3	10	21,7	11	21,8	11	0,5	0,1
Niedersachsen	21,1	12	21,7	11	21,8	11	0,7	0,1
Nordrhein-Westfalen	24,8	9	25,6	9	25,7	9	0,9	0,1
Rheinland-Pfalz	40,8	1	42,0	1	42,0	1	1,2	-
Saarland	33,4	6	33,9	6	34,0	6	0,6	0,1
Sachsen	26,5	8	27,2	8	27,2	8	0,7	-
Sachsen-Anhalt	21,3	10	24,4	10	24,5	10	3,2	0,1
Schleswig-Holstein	9,5	14	10,5	14	10,5	14	1,0	-
Thüringen	31,9	7	31,9	7	32,0	7	0,1	0,1
Deutschland	29,5	x	30,1	x	30,2	x	0,7	0,1

<sup>1</sup> Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

## Tabellenanhang

### Anteil der Landwirtschaftsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr <sup>1</sup>						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	46,8	10	45,7	10	45,7	10	-1,1	-
Bayern	50,6	8	49,4	7	49,3	7	-1,3	-0,1
Berlin	5,3	16	4,2	16	4,2	16	-1,1	-
Brandenburg	49,9	9	49,4	7	49,3	7	-0,6	-0,1
Bremen	29,2	14	28,9	14	28,7	14	-0,5	-0,2
Hamburg	27,8	15	24,7	15	24,5	15	-3,3	-0,2
Hessen	43,0	12	42,1	12	42,1	12	-0,9	-
Mecklenburg-Vorpommern	64,3	2	62,7	2	62,6	2	-1,7	-0,1
Niedersachsen	61,4	4	60,1	4	60,2	4	-1,2	0,1
Nordrhein-Westfalen	51,0	7	49,1	9	49,0	9	-2,0	-0,1
Rheinland-Pfalz	42,8	13	41,9	13	41,8	13	-1,0	-0,1
Saarland	44,6	11	43,2	11	43,0	11	-1,6	-0,2
Sachsen	56,0	5	55,1	5	55,0	5	-1,0	-0,1
Sachsen-Anhalt	62,7	3	61,8	3	61,7	3	-1,0	-0,1
Schleswig-Holstein	72,2	1	69,8	1	70,0	1	-2,2	0,2
Thüringen	53,9	6	54,4	6	54,4	6	0,5	-
Deutschland	53,5	x	52,3	x	52,3	x	-1,2	-

1 Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

### Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche

Land	Jahr <sup>1</sup>						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	13,2	8	14,1	8	14,2	7	1,0	0,1
Bayern	10,4	12	11,3	12	11,4	12	1,0	0,1
Berlin	69,0	1	70,3	1	70,4	1	1,4	0,1
Brandenburg	8,2	15	9,2	15	9,3	15	1,1	0,1
Bremen	55,8	3	55,4	3	55,6	3	-0,2	0,2
Hamburg	57,0	2	59,7	2	59,7	2	2,7	-
Hessen	14,9	6	15,5	6	15,5	6	0,6	-
Mecklenburg-Vorpommern	6,7	16	8,0	16	8,0	16	1,3	-
Niedersachsen	12,6	9	13,6	9	13,7	9	1,1	0,1
Nordrhein-Westfalen	21,0	4	22,4	4	22,6	4	1,6	0,2
Rheinland-Pfalz	13,4	7	14,2	7	14,2	7	0,8	-
Saarland	19,7	5	20,7	5	20,8	5	1,1	0,1
Sachsen	11,3	10	12,5	11	12,6	11	1,3	0,1
Sachsen-Anhalt	9,4	13	11,0	13	11,0	13	1,6	-
Schleswig-Holstein	11,2	11	12,6	10	12,7	10	1,5	0,1
Thüringen	8,8	14	9,3	14	9,4	14	0,6	0,1
Deutschland	12,3	x	13,4	x	13,4	x	1,1	-

1 Stichtag jeweils 31.12. – Quelle: Flächenerhebung

### Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt

Land	Jahr						Zeitraum	
	1999		2007		2010		1999–2010	2007–2010
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	5,3	5	6,6	6	8,0	7	2,7	1,4
Bayern	2,2	6	4,6	10	6,2	9	4,0	1,6
Berlin	.	x	4,7	9	12,4	1	x	7,7
Brandenburg	5,4	4	10,1	1	10,6	3	5,2	0,5
Bremen	0,7	14	5,0	8	9,8	4	9,1	4,8
Hamburg	.	x	6,9	5	6,8	8	x	-0,1
Hessen	5,6	3	7,8	4	9,5	5	3,9	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	6,9	1	8,9	3	8,7	6	1,8	-0,2
Niedersachsen	1,0	12	2,9	15	3,1	16	2,1	0,2
Nordrhein-Westfalen	1,0	12	3,3	14	3,7	14	2,7	0,4
Rheinland-Pfalz	1,7	9	3,6	12	5,4	10	3,7	1,8
Saarland	6,3	2	9,1	2	10,9	2	4,6	1,8
Sachsen	1,5	10	3,5	13	4,2	12	2,7	0,7
Sachsen-Anhalt	2,0	7	3,8	11	4,2	12	2,2	0,4
Schleswig-Holstein	1,5	10	2,9	15	3,5	15	2,0	0,6
Thüringen	1,9	8	5,1	7	5,0	11	3,1	-0,1
Deutschland	2,9	x	5,1	x	5,9	x	3,0	0,8

Quellen: Agrarstrukturerhebung, Landwirtschaftszählung

**Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) pro Tag (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2001		2007		2010		2001–2010	2007–2010
	Liter je Einwohner	Rang	Liter je Einwohner	Rang	Liter je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	124	7	116	7	115	8	-7,3	-0,9
Bayern	134	12	133	13	129	13	-3,7	-3,0
Berlin	124	7	112	6	113	7	-8,9	0,9
Brandenburg	102	4	98	4	105	4	2,9	7,1
Bremen	138	13	127	11	123	11	-10,9	-3,1
Hamburg	151	15	133	13	134	14	-11,3	0,8
Hessen	128	10	123	10	121	10	-5,5	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	102	4	100	5	106	5	3,9	6,0
Niedersachsen	131	11	128	12	126	12	-3,8	-1,6
Nordrhein-Westfalen	141	14	135	16	135	16	-4,3	-
Rheinland-Pfalz	125	9	118	9	119	9	-4,8	0,8
Saarland	121	6	116	7	112	6	-7,4	-3,4
Sachsen	90	2	85	1	84	1	-6,7	-1,2
Sachsen-Anhalt	95	3	90	2	91	3	-4,2	1,1
Schleswig-Holstein	152	16	133	13	134	14	-11,8	0,8
Thüringen	87	1	90	2	89	2	2,3	-1,1
Deutschland	127	x	122	x	121	x	-4,7	-0,8

Quelle: Statistik der öffentlichen Wasserversorgung

**Aufkommen an Haushaltsabfällen (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2004		2010		2011		2004–2011	2010–2011
	kg je Einwohner	Rang	kg je Einwohner	Rang	kg je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	418	3	429	6	437	6	4,5	1,9
Bayern	452	7	466	11	469	13	3,8	0,6
Berlin	433	6	407	4	410	4	-5,3	0,7
Brandenburg	383	2	392	3	398	2	3,9	1,5
Bremen	481	11	447	9	451	9	-6,2	0,9
Hamburg	489	12	441	7	446	7	-8,8	1,1
Hessen	462	8	473	13	468	12	1,3	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	426	5	416	5	425	5	-0,2	2,2
Niedersachsen	492	14	492	15	505	15	2,6	2,6
Nordrhein-Westfalen	469	10	463	10	467	11	-0,4	0,9
Rheinland-Pfalz	493	15	515	16	518	16	5,1	0,6
Saarland	526	16	490	14	458	10	-12,9	-6,5
Sachsen	347	1	324	1	329	1	-5,2	1,5
Sachsen-Anhalt	468	9	443	8	447	8	-4,5	0,9
Schleswig-Holstein	489	12	468	12	481	14	-1,6	2,8
Thüringen	421	4	391	2	398	2	-5,5	1,8
Deutschland	452	x	450	x	454	x	0,4	0,9

Quelle: Auswertung der Abfallbilanzen der Länder

**Energieproduktivität<sup>1</sup>**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	1991=100	Rang	1991=100	Rang	1991=100	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	111,4	12	118,7	13	116,0	14	4,6	-2,7
Bayern	112,6	8	130,4	9	126,1	12	13,5	-4,3
Berlin	119,3	6	144,0	6	145,2	6	25,9	1,2
Brandenburg	184,4	3	190,0	3	192,0	3	7,6	2,0
Bremen	107,1	14	126,2	11	128,4	11	21,3	2,2
Hamburg	.	x	141,5	7	135,2	9	x	-6,3
Hessen	107,2	13	114,6	15	130,6	10	23,4	16,0
Mecklenburg-Vorpommern	147,0	5	140,9	8	144,8	7	-2,2	3,9
Niedersachsen	111,8	11	120,9	12	117,2	13	5,4	-3,7
Nordrhein-Westfalen	112,1	10	116,1	14	108,9	15	-3,2	-7,2
Rheinland-Pfalz	100,2	15	103,9	16	107,1	16	6,9	3,2
Saarland	119,0	7	127,3	10	142,3	8	23,3	15,0
Sachsen	216,2	2	229,1	2	222,1	2	5,9	-7,0
Sachsen-Anhalt	177,1	4	169,6	4	163,0	5	-14,1	-6,6
Schleswig-Holstein	112,2	9	162,4	5	164,6	4	52,4	2,2
Thüringen	228,4	1	229,4	1	223,6	1	-4,8	-5,8
Deutschland	118,9	x	132,9	x	134,1	x	15,2	1,2

1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je direktem Energieverbrauch. – Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen

## Tabellenanhang

### Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttostromverbrauch

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	.	x	11,6	10	12,3	9	x	0,7
Bayern	.	x	22,6	6	24,6	5	x	2,0
Berlin	.	x	1,8	16	2,8	14	x	1,0
Brandenburg	.	x	39,8	3	43,0	2	x	3,2
Bremen	1,9	x	5,7	11	5,2	12	3,3	-0,5
Hamburg	.	x	3,0	15	...	x	x	x
Hessen	.	x	5,5	12	6,5	11	x	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	.	x	52,3	1	54,7	1	x	2,4
Niedersachsen	.	x	26,2	5	27,0	4	x	0,8
Nordrhein-Westfalen	1,1	x	4,7	13	8,0	10	6,9	3,3
Rheinland-Pfalz	4,8	x	13,0	8	14,4	7	9,6	1,4
Saarland	-	x	4,2	14	4,0	13	4,0	-0,2
Sachsen	3,0	x	12,0	9	13,2	8	10,2	1,2
Sachsen-Anhalt	5,8	x	39,0	4	42,3	3	36,5	3,3
Schleswig-Holstein	.	x	45,1	2	...	x	x	x
Thüringen	7,4	x	17,5	7	19,3	6	11,9	1,8
Deutschland	6,8	x	15,1	x	16,4	x	9,6	1,3

Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

### CO<sub>2</sub>-Emissionen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2008		2009		2000–2009	2008–2009
	Tonnen je Einwohner	Rang	Tonnen je Einwohner	Rang	Tonnen je Einwohner	Rang	Veränderung %	
Baden-Württemberg	7,1	4	6,8	7	6,2	4	-12,7	-8,8
Bayern	7,3	6	6,4	4	6,2	4	-15,1	-3,1
Berlin	7,0	3	5,4	2	5,3	2	-24,3	-1,9
Brandenburg	23,3	15	22,4	16	21,1	16	-9,4	-5,8
Bremen	21,3	13	19,7	14	19,0	15	-10,8	-3,6
Hamburg	.	x	6,1	3	6,2	4	x	1,6
Hessen	9,2	8	8,6	9	8,1	9	-12,0	-5,8
Mecklenburg-Vorpommern	5,8	2	6,5	5	5,7	3	-1,7	-12,3
Niedersachsen	9,4	9	8,7	10	8,3	10	-11,7	-4,6
Nordrhein-Westfalen	16,3	12	15,9	13	14,6	13	-10,4	-8,2
Rheinland-Pfalz	7,2	5	6,8	7	6,5	7	-9,7	-4,4
Saarland	21,9	14	22,2	15	17,9	14	-18,3	-19,4
Sachsen	9,4	9	11,2	12	11,5	12	22,3	2,7
Sachsen-Anhalt	10,1	11	10,9	11	11,3	11	11,9	3,7
Schleswig-Holstein	7,7	7	6,6	6	6,5	7	-15,6	-1,5
Thüringen	4,9	1	4,8	1	4,7	1	-4,1	-2,1
Deutschland	10,8	x	10,3	x	9,6	x	-11,1	-6,8

Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Umweltbundesamt, Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder

### Anteil der Umweltschutzinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2009		2010		2000–2010	2009–2010
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	1,9	15	3,9	8	3,2	13	1,3	-0,7
Bayern	2,2	12	2,0	14	2,4	15	0,2	0,4
Berlin	2,9	9	1,8	15	3,2	13	0,3	1,4
Brandenburg	5,6	3	5,7	5	5,7	3	0,1	-
Bremen	1,0	16	2,6	11	5,0	5	4,0	2,4
Hamburg	5,0	4	6,7	2	13,1	1	8,1	6,4
Hessen	2,3	11	2,6	11	4,3	7	2,0	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	6,5	1	5,9	4	4,3	7	-2,2	-1,6
Niedersachsen	3,1	7	3,1	10	3,9	10	0,8	0,8
Nordrhein-Westfalen	3,4	5	4,0	7	4,3	7	0,9	0,3
Rheinland-Pfalz	2,1	13	5,6	6	5,0	5	2,9	-0,6
Saarland	2,9	9	1,7	16	1,3	16	-1,6	-0,4
Sachsen	2,1	13	2,6	11	3,5	11	1,4	0,9
Sachsen-Anhalt	5,9	2	6,7	2	6,0	2	0,1	-0,7
Schleswig-Holstein	3,3	6	6,8	1	3,4	12	0,1	-3,4
Thüringen	3,1	7	3,3	9	5,6	4	2,5	2,3
Deutschland	2,8	x	3,5	x	3,8	x	1,0	0,3

<sup>1</sup> An Gesamtinvestitionen. – Quelle: Statistik der Umweltschutzinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden



**Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	296 623	3	382 836	3	389 493	3	31,3	1,7
Bayern	342 486	2	456 273	2	465 502	2	35,9	2,0
Berlin	81 518	7	101 141	7	103 604	7	27,1	2,4
Brandenburg	43 859	11	56 475	11	57 774	11	31,7	2,3
Bremen	22 222	16	26 956	16	27 693	16	24,6	2,7
Hamburg	76 426	8	93 447	9	95 815	9	25,4	2,5
Hessen	188 394	4	226 180	4	229 747	5	21,9	1,6
Mecklenburg-Vorpommern	29 193	14	35 477	14	36 885	14	26,3	4,0
Niedersachsen	177 232	5	224 287	5	230 021	4	29,8	2,6
Nordrhein-Westfalen	455 454	1	572 275	1	582 054	1	27,8	1,7
Rheinland-Pfalz	91 085	6	114 932	6	117 659	6	29,2	2,4
Saarland	24 926	15	31 503	15	31 709	15	27,2	0,7
Sachsen	74 253	9	95 383	8	96 608	8	30,1	1,3
Sachsen-Anhalt	42 136	12	51 474	12	52 810	12	25,3	2,6
Schleswig-Holstein	63 022	10	75 389	10	77 275	10	22,6	2,5
Thüringen	38 671	13	48 573	13	49 250	13	27,4	1,4
Deutschland	2 047 500	x	2 592 600	x	2 643 900	x	29,1	2,0

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

**Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	Index: 2005=100	Rang	Index: 2005=100	Rang	Index: 2005=100	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	97,8	x	112,4	3	113,1	3	15,7	0,6
Bayern	93,1	x	113,6	2	114,4	2	22,9	0,7
Berlin	105,1	x	115,9	1	117,4	1	11,6	1,2
Brandenburg	97,5	x	108,8	7	109,3	10	12,1	0,5
Bremen	96,6	x	105,5	13	106,8	13	10,6	1,2
Hamburg	95,7	x	108,4	10	109,7	8	14,6	1,2
Hessen	98,3	x	105,1	14	106,1	14	7,9	0,9
Mecklenburg-Vorpommern	99,5	x	108,4	9	110,5	6	11,0	1,9
Niedersachsen	97,9	x	111,7	4	112,7	4	15,1	0,9
Nordrhein-Westfalen	97,9	x	109,3	6	109,7	9	12,1	0,4
Rheinland-Pfalz	97,7	x	109,7	5	110,7	5	13,3	0,9
Saarland	93,5	x	104,2	15	103,8	16	11,0	-0,4
Sachsen	94,2	x	107,8	12	107,5	12	14,1	-0,3
Sachsen-Anhalt	97,9	x	103,7	16	104,2	15	6,5	0,5
Schleswig-Holstein	98,7	x	108,7	8	109,7	7	11,2	0,9
Thüringen	96,5	x	108,0	11	107,7	11	11,7	-0,3
Deutschland	97,1	x	110,2	x	110,9	x	14,3	0,7

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

**Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	EUR	Rang	EUR	Rang	EUR	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	54 570	4	66 752	4	67 066	3	22,9	0,5
Bayern	53 879	5	66 759	3	67 013	4	24,4	0,4
Berlin	51 001	8	59 010	10	58 892	11	15,5	-0,2
Brandenburg	40 715	12	52 715	12	53 805	12	32,2	2,1
Bremen	56 787	3	65 858	5	66 881	5	17,8	1,6
Hamburg	73 396	1	81 731	1	82 485	1	12,4	0,9
Hessen	61 319	2	70 819	2	71 152	2	16,0	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	38 570	14	48 506	15	50 598	14	31,2	4,3
Niedersachsen	50 220	9	59 536	9	60 225	9	19,9	1,2
Nordrhein-Westfalen	53 755	6	64 862	6	65 376	6	21,6	0,8
Rheinland-Pfalz	51 160	7	60 192	8	61 096	8	19,4	1,5
Saarland	49 461	11	61 051	7	61 174	7	23,7	0,2
Sachsen	37 462	15	48 581	14	48 946	15	30,7	0,8
Sachsen-Anhalt	39 771	13	50 858	13	52 619	13	32,3	3,5
Schleswig-Holstein	50 109	10	57 827	11	58 952	10	17,6	1,9
Thüringen	36 248	16	46 869	16	47 472	16	31,0	1,3
Deutschland	51 991	x	62 982	x	63 535	x	22,2	0,9

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

## Tabellenanhang

### Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	1,0	10	0,7	10	0,7	10	-0,3	-
Bayern	1,3	9	1,1	9	1,1	9	-0,2	-
Berlin	0,0	16	0,0	16	0,0	16	-0,0	0,0
Brandenburg	2,2	3	2,0	3	2,3	3	0,1	0,3
Bremen	0,2	14	0,0	15	0,0	15	-0,2	-
Hamburg	0,1	15	0,1	14	0,1	14	-	-
Hessen	0,5	12	0,5	11	0,5	11	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	4,3	1	3,4	1	3,9	1	-0,4	0,5
Niedersachsen	2,0	6	1,8	4	1,8	5	-0,2	-
Nordrhein-Westfalen	0,6	11	0,5	11	0,5	11	-0,1	-
Rheinland-Pfalz	1,5	7	1,6	7	1,6	7	0,1	-
Saarland	0,3	13	0,2	13	0,3	13	-	0,1
Sachsen	1,4	8	1,2	8	1,3	8	-0,1	0,1
Sachsen-Anhalt	2,7	2	2,3	2	2,6	2	-0,1	0,3
Schleswig-Holstein	2,1	5	1,7	6	1,8	5	-0,3	0,1
Thüringen	2,2	3	1,8	4	1,9	4	-0,3	0,1
Deutschland	1,1	x	0,9	x	1,0	x	-0,1	0,1

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

### Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	38,5	1	39,1	1	39,0	1	0,5	-0,1
Bayern	31,5	5	34,2	5	33,9	5	2,4	-0,3
Berlin	18,4	15	17,5	15	17,4	15	-1,0	-0,1
Brandenburg	28,3	11	28,2	10	27,7	10	-0,6	-0,5
Bremen	31,2	7	26,2	11	26,4	11	-4,8	0,2
Hamburg	17,2	16	15,0	16	14,9	16	-2,3	-0,1
Hessen	25,7	12	24,8	12	24,4	13	-1,3	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	21,3	14	20,6	14	20,3	14	-1,0	-0,3
Niedersachsen	33,4	3	32,1	7	32,1	7	-1,3	-
Nordrhein-Westfalen	30,5	8	29,5	9	29,0	9	-1,5	-0,5
Rheinland-Pfalz	35,3	2	34,7	3	34,9	3	-0,4	0,2
Saarland	32,6	4	36,2	2	36,1	2	3,5	-0,1
Sachsen	29,8	9	31,9	8	31,3	8	1,5	-0,6
Sachsen-Anhalt	29,8	9	32,5	6	32,5	6	2,7	-
Schleswig-Holstein	24,6	13	24,8	12	24,9	12	0,3	0,1
Thüringen	31,4	6	34,6	4	34,4	4	3,0	-0,2
Deutschland	30,5	x	30,8	x	30,5	x	-	-0,3

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

### Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	60,5	16	60,2	16	60,3	16	-0,2	0,1
Bayern	67,2	11	64,7	12	65,0	11	-2,2	0,3
Berlin	81,5	2	82,5	2	82,6	2	1,1	0,1
Brandenburg	69,5	6	69,7	8	70,0	8	0,5	0,3
Bremen	68,7	9	73,7	5	73,5	5	4,8	-0,2
Hamburg	82,7	1	84,9	1	85,0	1	2,3	0,1
Hessen	73,8	4	74,7	4	75,1	4	1,3	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	74,5	3	75,9	3	75,8	3	1,3	-0,1
Niedersachsen	64,5	14	66,2	10	66,1	10	1,6	-0,1
Nordrhein-Westfalen	69,0	7	70,1	7	70,5	7	1,5	0,4
Rheinland-Pfalz	63,2	15	63,7	13	63,5	15	0,3	-0,2
Saarland	67,1	12	63,6	14	63,6	14	-3,5	-
Sachsen	68,8	8	66,9	9	67,5	9	-1,3	0,6
Sachsen-Anhalt	67,5	10	65,2	11	64,8	12	-2,7	-0,4
Schleswig-Holstein	73,3	5	73,5	6	73,3	6	-	-0,2
Thüringen	66,4	13	63,6	14	63,7	13	-2,7	0,1
Deutschland	68,4	x	68,3	x	68,5	x	0,1	0,2

1 In jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

**Anteil der Dienstleistungsbereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“<sup>1</sup>**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	17,2	16	17,6	13	17,7	12	0,5	0,1
Bayern	20,2	8	18,6	9	18,6	9	-1,6	-
Berlin	20,5	7	20,5	6	20,7	6	0,2	0,2
Brandenburg	19,6	9	18,0	10	18,0	11	-1,6	-
Bremen	24,9	2	28,2	2	28,4	2	3,5	0,2
Hamburg	29,2	1	32,1	1	32,4	1	3,2	0,3
Hessen	21,1	5	20,8	4	21,0	4	-0,1	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	21,1	5	20,2	7	20,2	7	-0,9	-
Niedersachsen	18,9	12	18,7	8	18,8	8	-0,1	0,1
Nordrhein-Westfalen	21,5	4	21,3	3	21,4	3	-0,1	0,1
Rheinland-Pfalz	18,8	13	17,6	13	17,6	13	-1,2	-
Saarland	18,7	14	17,7	12	17,4	14	-1,3	-0,3
Sachsen	19,0	11	17,9	11	18,1	10	-0,9	0,2
Sachsen-Anhalt	19,5	10	16,6	15	16,7	15	-2,8	0,1
Schleswig-Holstein	21,7	3	20,7	5	20,8	5	-0,9	0,1
Thüringen	18,0	15	15,0	16	14,9	16	-3,1	-0,1
Deutschland	20,3	x	19,8	x	19,9	x	-0,4	0,1

1 An der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

**Anteil der Dienstleistungsbereiche „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“<sup>1</sup>**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	25,1	8	23,8	8	23,6	9	-1,5	-0,2
Bayern	27,5	4	27,1	4	27,0	4	-0,5	-0,1
Berlin	30,9	3	31,3	3	31,2	3	0,3	-0,1
Brandenburg	20,0	14	23,8	8	23,7	8	3,7	-0,1
Bremen	22,9	9	24,8	7	24,4	7	1,5	-0,4
Hamburg	36,6	1	35,0	1	34,6	1	-2,0	-0,4
Hessen	34,4	2	34,5	2	34,3	2	-0,1	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	20,5	13	21,9	13	21,5	14	1,0	-0,4
Niedersachsen	22,3	10	23,8	8	23,5	10	1,2	-0,3
Nordrhein-Westfalen	25,7	7	26,2	5	26,1	5	0,4	-0,1
Rheinland-Pfalz	21,0	12	22,1	12	21,7	12	0,7	-0,4
Saarland	27,0	5	23,2	11	23,1	11	-3,9	-0,1
Sachsen	21,3	11	21,6	14	21,6	13	0,3	-
Sachsen-Anhalt	18,8	16	20,5	15	20,2	15	1,4	-0,3
Schleswig-Holstein	26,5	6	25,7	6	25,3	6	-1,2	-0,4
Thüringen	19,2	15	19,3	16	19,4	16	0,2	0,1
Deutschland	26,2	x	26,3	x	26,1	x	-0,1	-0,2

1 An der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

**Anteil der Dienstleistungsbereiche „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“<sup>1</sup>**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,2	15	18,8	15	19,1	15	0,9	0,3
Bayern	19,5	13	19,1	14	19,4	14	-0,1	0,3
Berlin	30,1	2	30,6	2	30,8	2	0,7	0,2
Brandenburg	30,0	3	28,0	5	28,2	4	-1,8	0,2
Bremen	20,9	12	20,7	12	20,7	12	-0,2	-
Hamburg	16,8	16	17,8	16	17,9	16	1,1	0,1
Hessen	18,4	14	19,4	13	19,7	13	1,3	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	32,8	1	33,9	1	34,1	1	1,3	0,2
Niedersachsen	23,3	9	23,7	9	23,9	9	0,6	0,2
Nordrhein-Westfalen	21,8	10	22,6	11	22,9	11	1,1	0,3
Rheinland-Pfalz	23,4	8	24,0	8	24,1	8	0,7	0,1
Saarland	21,4	11	22,8	10	23,2	10	1,8	0,4
Sachsen	28,6	6	27,4	6	27,8	6	-0,8	0,4
Sachsen-Anhalt	29,2	4	28,1	4	27,9	5	-1,3	-0,2
Schleswig-Holstein	25,2	7	27,0	7	27,2	7	2,0	0,2
Thüringen	29,2	4	29,3	3	29,5	3	0,3	0,2
Deutschland	21,9	x	22,2	x	22,5	x	0,6	0,3

1 An der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

## Tabellenanhang

### Umsatz im verarbeitenden Gewerbe

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000 <sup>1</sup>		2011 <sup>2</sup>		2012 <sup>2</sup>		2000–2012	2011–2012
	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	187 996	10	255 659	13	255 519	12	35,9	-0,1
Bayern	204 245	5	283 766	9	281 465	8	37,8	-0,8
Berlin	274 455	3	266 425	11	251 267	13	-8,4	-5,7
Brandenburg	175 274	13	261 550	12	256 544	11	46,4	-1,9
Bremen	296 498	2	467 425	2	482 478	2	62,7	3,2
Hamburg	570 682	1	1 024 157	1	1 055 553	1	85,0	3,1
Hessen	179 280	11	281 704	10	276 333	10	54,1	-1,9
Mecklenburg-Vorpommern	157 367	14	227 483	15	222 181	15	41,2	-2,3
Niedersachsen	241 042	4	383 389	3	378 727	3	57,1	-1,2
Nordrhein-Westfalen	203 309	6	290 171	6	281 221	9	38,3	-3,1
Rheinland-Pfalz	201 926	7	312 547	5	312 666	5	54,8	0,0
Saarland	176 206	12	287 899	7	291 985	7	65,7	1,4
Sachsen	142 663	16	238 408	14	227 621	14	59,6	-4,5
Sachsen-Anhalt	189 025	9	328 317	4	324 809	4	71,8	-1,1
Schleswig-Holstein	199 465	8	287 109	8	297 527	6	49,2	3,6
Thüringen	143 371	15	193 673	16	187 891	16	31,1	-3,0
Deutschland	204 975	x	296 516	x	293 293	x	43,1	-1,1

1 WZ 2003. – 2 WZ 2008. – Quelle: Monats- und Jahresbericht im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

### Exportquote im verarbeitenden Gewerbe

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000 <sup>1</sup>		2011 <sup>2</sup>		2012 <sup>2</sup>		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	41,6	2	49,9	4	51,2	5	9,6	1,3
Bayern	40,3	4	51,0	2	51,3	4	11,0	0,3
Berlin	23,6	11	45,1	7	52,8	1	29,2	7,7
Brandenburg	17,9	14	27,1	13	28,5	14	10,6	1,4
Bremen	49,5	1	52,2	1	52,8	1	3,3	0,6
Hamburg	17,1	15	22,0	16	22,1	16	5,0	0,1
Hessen	37,4	7	49,5	5	50,2	6	12,8	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	21,6	13	26,6	14	28,8	13	7,2	2,2
Niedersachsen	40,2	5	44,2	8	44,6	8	4,4	0,4
Nordrhein-Westfalen	34,7	8	41,9	9	41,9	9	7,2	-
Rheinland-Pfalz	40,6	3	50,8	3	51,9	3	11,3	1,1
Saarland	39,9	6	48,0	6	48,5	7	8,6	0,5
Sachsen	25,6	10	35,8	11	35,7	11	10,1	-0,1
Sachsen-Anhalt	15,7	16	26,6	14	26,5	15	10,8	-0,1
Schleswig-Holstein	31,7	9	39,1	10	39,3	10	7,6	0,2
Thüringen	22,8	12	29,5	12	30,2	12	7,4	0,7
Deutschland	36,3	x	44,3	x	44,9	x	8,6	0,6

1 WZ 2003. – 2 WZ 2008. – Quelle: Monats- und Jahresbericht im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

### Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	97 949	7	132 309	5	131 820	5	34,6	-0,4
Bayern	102 458	5	135 105	4	136 182	3	32,9	0,8
Berlin	112 888	3	135 171	3	135 329	4	19,9	0,1
Brandenburg	79 259	13	115 808	12	111 140	13	40,2	-4,0
Bremen	120 484	2	161 100	2	153 162	2	27,1	-4,9
Hamburg	131 438	1	191 817	1	179 561	1	36,6	-6,4
Hessen	102 511	4	123 200	8	122 706	7	19,7	-0,4
Mecklenburg-Vorpommern	77 507	14	114 009	13	115 497	11	49,0	1,3
Niedersachsen	95 689	8	130 895	6	131 355	6	37,3	0,4
Nordrhein-Westfalen	100 399	6	124 002	7	120 910	8	20,4	-2,5
Rheinland-Pfalz	94 730	9	120 197	9	119 111	9	25,7	-0,9
Saarland	93 305	10	117 478	11	116 496	10	24,9	-0,8
Sachsen	79 654	12	109 634	15	107 987	15	35,6	-1,5
Sachsen-Anhalt	76 784	15	108 188	16	108 282	14	41,0	0,1
Schleswig-Holstein	82 541	11	118 780	10	112 151	12	35,9	-5,6
Thüringen	75 052	16	109 724	14	105 815	16	41,0	-3,6
Deutschland	93 977	x	125 581	x	124 341	x	32,3	-1,0

Quelle: Monatsbericht im Bauhauptgewerbe (alle Betriebe)

Umsatz in den Dienstleistungsbereichen<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2008		2009		2010		2008–2010	2009–2010
	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	EUR je Beschäftigten	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	114 401	6	120 924	6	124 461	4	8,8	2,9
Bayern	119 180	5	123 127	5	110 843	7	-7,0	-10,0
Berlin	114 282	7	111 089	7	110 844	6	-3,0	-0,2
Brandenburg	87 125	12	83 291	12	87 117	12	-0,0	4,6
Bremen	156 041	2	130 975	3	134 834	3	-13,6	2,9
Hamburg	214 354	1	193 843	1	207 081	1	-3,4	6,8
Hessen	141 016	3	135 265	2	137 739	2	-2,3	1,8
Mecklenburg-Vorpommern	77 536	13	82 525	13	74 414	14	-4,0	-9,8
Niedersachsen	95 391	9	92 256	9	93 103	10	-2,4	0,9
Nordrhein-Westfalen	130 205	4	126 029	4	124 112	5	-4,7	-1,5
Rheinland-Pfalz	92 939	10	87 945	10	94 162	9	1,3	7,1
Saarland	89 399	11	87 115	11	87 415	11	-2,2	0,3
Sachsen	73 198	14	71 526	14	74 481	13	1,8	4,1
Sachsen-Anhalt	65 076	16	63 184	15	69 213	15	6,4	9,5
Schleswig-Holstein	105 001	8	96 692	8	100 826	8	-4,0	4,3
Thüringen	67 500	15	63 071	16	63 702	16	-5,6	1,0
Deutschland	120 210	x	117 290	x	116 790	x	-2,8	-0,4

1 Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N und Abteilung 95 der WZ 2008. – Quelle: Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich

 Bruttoanlageinvestitionen<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2009		2010		2000–2010	2009–2010
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	18,9	11	18,4	10	17,4	11	-1,5	-1,0
Bayern	23,0	6	19,4	5	18,8	8	-4,2	-0,6
Berlin	18,9	11	13,5	15	13,2	15	-5,7	-0,3
Brandenburg	36,8	1	20,2	2	20,0	6	-16,8	-0,2
Bremen	16,5	15	12,7	16	12,6	16	-3,9	-0,1
Hamburg	15,5	16	20,2	2	20,6	4	5,1	0,4
Hessen	16,6	14	14,7	12	15,0	13	-1,6	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	34,5	3	19,4	5	25,4	1	-9,1	6,0
Niedersachsen	21,9	10	18,5	9	20,1	5	-1,8	1,6
Nordrhein-Westfalen	18,7	13	14,3	13	14,5	14	-4,2	0,2
Rheinland-Pfalz	22,5	7	18,7	8	19,1	7	-3,4	0,4
Saarland	22,4	8	13,7	14	17,2	12	-5,2	3,5
Sachsen	34,6	2	19,1	7	21,7	3	-12,9	2,6
Sachsen-Anhalt	32,9	5	20,2	2	18,4	9	-14,5	-1,8
Schleswig-Holstein	22,0	9	17,1	11	17,5	10	-4,5	0,4
Thüringen	33,4	4	20,4	1	22,1	2	-11,3	1,7
Deutschland	21,5	x	17,2	x	17,4	x	-4,1	0,2

1 Anteil am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen. – Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

## Gewerbeanmeldungen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2010	2010–2011
	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner	Rang	je 10 000 Einwohner <sup>1</sup>	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	89	7	102	7	96	7	7,9	-5,9
Bayern	102	3	120	4	114	4	11,8	-5,0
Berlin	101	4	137	2	139	1	37,6	1,5
Brandenburg	86	10	89	12	82	12	-4,7	-7,9
Bremen	83	12	97	9	95	8	14,5	-2,1
Hamburg	109	1	138	1	136	2	24,8	-1,4
Hessen	106	2	131	3	128	3	20,8	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	83	12	81	14	80	13	-3,6	-1,2
Niedersachsen	82	14	94	10	88	10	7,3	-6,4
Nordrhein-Westfalen	88	9	101	8	95	8	8,0	-5,9
Rheinland-Pfalz	94	6	103	6	98	6	4,3	-4,9
Saarland	77	15	89	12	77	14	-	-13,5
Sachsen	89	7	92	11	88	10	-1,1	-4,3
Sachsen-Anhalt	76	16	71	16	63	16	-17,1	-11,3
Schleswig-Holstein	100	5	115	5	106	5	6,0	-7,8
Thüringen	86	10	77	15	71	15	-17,4	-7,8
Deutschland	92	x	106	x	100	x	8,7	-5,7

1 Stichtag 31.12.2011. – Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik

## Tabellenanhang

### Unternehmensinsolvenzen (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	je 10 000 Unternehmen <sup>1</sup>	Rang	je 10 000 Unternehmen <sup>1</sup>	Rang	je 10 000 Unternehmen <sup>1</sup>	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	57	1	52	1	49	1	-14,0	-5,8
Bayern	61	2	59	2	56	2	-8,2	-5,1
Berlin	193	13	104	11	94	11	-51,3	-9,6
Brandenburg	197	14	71	5	68	4	-65,5	-4,2
Bremen	82	7	112	13	102	14	24,4	-8,9
Hamburg	69	3	85	8	87	9	26,1	2,4
Hessen	81	6	68	4	62	3	-23,5	-8,8
Mecklenburg-Vorpommern	201	15	80	7	68	4	-66,2	-15,0
Niedersachsen	96	10	92	9	85	8	-11,5	-7,6
Nordrhein-Westfalen	89	8	170	16	158	16	77,5	-7,1
Rheinland-Pfalz	73	4	79	6	70	7	-4,1	-11,4
Saarland	75	5	119	15	100	13	33,3	-16,0
Sachsen	189	12	108	12	93	10	-50,8	-13,9
Sachsen-Anhalt	245	16	116	14	98	12	-60,0	-15,5
Schleswig-Holstein	94	9	101	10	102	14	8,5	1,0
Thüringen	185	11	64	3	68	4	-63,2	6,3
Deutschland	98	x	95	x	88	x	-10,2	-7,4

1 Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen. – Quelle: Insolvenzstatistik

### Gästeintensität im Tourismus<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	je 100 Einwohner <sup>2</sup>	Rang	je 100 Einwohner <sup>2</sup>	Rang	je 100 Einwohner <sup>3</sup>	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	134	9	166	8	172	8	28,4	3,6
Bayern	195	2	237	4	247	4	26,7	4,2
Berlin	149	7	282	3	308	3	106,7	9,2
Brandenburg	123	11	162	11	167	10	35,8	3,1
Bremen	110	13	166	8	162	11	47,3	-2,4
Hamburg	157	6	283	2	310	2	97,5	9,5
Hessen	167	5	204	7	213	6	27,5	4,4
Mecklenburg-Vorpommern	284	1	417	1	429	1	51,1	2,9
Niedersachsen	142	8	158	13	161	13	13,4	1,9
Nordrhein-Westfalen	81	15	109	15	112	15	38,3	2,8
Rheinland-Pfalz	173	3	205	6	201	7	16,2	-2,0
Saarland	62	16	79	16	77	16	24,2	-2,5
Sachsen	120	12	163	10	171	9	42,5	4,9
Sachsen-Anhalt	86	14	125	14	128	14	48,8	2,4
Schleswig-Holstein	172	4	216	5	216	5	25,6	-
Thüringen	127	10	160	12	162	11	27,6	1,3
Deutschland	138	x	180	x	186	x	34,8	3,3

1 Ohne Privatquartiere. – 2 Stichtag 31.12. – 3 Stichtag 30.06. – Quelle: Beherbergungsstatistik

### Übernachtungsintensität im Tourismus<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	je 100 Einwohner <sup>2</sup>	Rang	je 100 Einwohner <sup>2</sup>	Rang	je 100 Einwohner <sup>3</sup>	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	397	7	423	11	441	11	11,1	4,3
Bayern	639	3	643	3	666	4	4,2	3,6
Berlin	341	10	639	4	708	3	107,6	10,8
Brandenburg	350	9	443	9	461	9	31,7	4,1
Bremen	205	16	292	14	290	14	41,5	-0,7
Hamburg	288	12	530	6	589	5	104,5	11,1
Hessen	439	6	476	8	491	8	11,8	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	1 202	1	1 690	1	1 714	1	42,6	1,4
Niedersachsen	488	5	498	7	505	7	3,5	1,4
Nordrhein-Westfalen	208	14	248	15	255	15	22,6	2,8
Rheinland-Pfalz	520	4	538	5	528	6	1,5	-1,9
Saarland	207	15	230	16	226	16	9,2	-1,7
Sachsen	339	11	419	12	445	10	31,3	6,2
Sachsen-Anhalt	218	13	306	13	319	13	46,3	4,2
Schleswig-Holstein	832	2	864	2	862	2	3,6	-0,2
Thüringen	380	8	427	10	438	12	15,3	2,6
Deutschland	422	x	481	x	497	x	17,8	3,3

1 Ohne Privatquartiere. – 2 Stichtag 31.12. – 3 Stichtag 30.06. – Quelle: Beherbergungsstatistik

Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	Tage	Rang	Tage	Rang	Tage	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	3,0	6	2,6	9	2,6	8	-13,3	-
Bayern	3,3	4	2,8	5	2,7	6	-18,2	-3,6
Berlin	2,3	14	2,3	13	2,3	12	-	-
Brandenburg	2,8	9	2,8	5	2,8	5	-	-
Bremen	1,9	15	1,7	16	1,8	16	-5,3	5,9
Hamburg	1,8	16	1,9	15	1,9	15	5,6	-
Hessen	2,6	11	2,4	12	2,3	12	-11,5	-4,2
Mecklenburg-Vorpommern	4,2	2	4,2	1	4,0	1	-4,8	-4,8
Niedersachsen	3,4	3	3,2	3	3,1	3	-8,8	-3,1
Nordrhein-Westfalen	2,6	11	2,3	13	2,3	12	-11,5	-
Rheinland-Pfalz	3,0	6	2,7	7	2,6	8	-13,3	-3,7
Saarland	3,3	4	3,0	4	2,9	4	-12,1	-3,3
Sachsen	2,8	9	2,6	9	2,6	8	-7,1	-
Sachsen-Anhalt	2,5	13	2,5	11	2,5	11	-	-
Schleswig-Holstein	4,8	1	4,1	2	4,0	1	-16,7	-2,4
Thüringen	3,0	6	2,7	7	2,7	6	-10,0	-
Deutschland	3,1	x	2,7	x	2,7	x	-12,9	-

1 Ohne Privatquartiere. – Quelle: Beherbergungsstatistik

Ausgaben für FuE (Anteil am Bruttoinlandsprodukt)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2001		2007		2009		2001–2009	2007–2009
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	3,9	1	4,4	1	4,8	1	0,9	0,4
Bayern	3,1	3	2,9	3	3,2	3	0,1	0,3
Berlin	3,9	1	3,2	2	3,5	2	-0,4	0,3
Brandenburg	1,5	11	1,3	13	1,4	13	-0,1	0,1
Bremen	2,1	7	2,2	7	2,7	6	0,6	0,5
Hamburg	1,4	12	1,9	8	2,2	8	0,8	0,3
Hessen	2,4	5	2,6	5	3,1	4	0,7	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1,2	14	1,4	12	1,8	12	0,6	0,4
Niedersachsen	2,5	4	2,5	6	2,7	6	0,2	0,2
Nordrhein-Westfalen	1,7	10	1,8	10	2,0	11	0,3	0,2
Rheinland-Pfalz	2,0	9	1,8	10	2,1	10	0,1	0,3
Saarland	1,0	16	1,1	16	1,3	15	0,3	0,2
Sachsen	2,4	5	2,7	4	2,8	5	0,4	0,1
Sachsen-Anhalt	1,3	13	1,2	14	1,4	13	0,1	0,2
Schleswig-Holstein	1,1	15	1,2	14	1,3	15	0,2	0,1
Thüringen	2,1	7	1,9	8	2,2	8	0,1	0,3
Deutschland	2,5	x	2,5	x	2,8	x	0,3	0,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik; Berechnungen des BMBF; eigene Berechnungen

FuE-Personal im Wirtschaftssektor (Vollzeitäquivalente)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2001		2007		2009		2001–2009	2007–2009
	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	je 1 000 Erwerbstätige	Rang	Veränderung je 1 000 Erwerbstätige	
Baden-Württemberg	15,2	1	18,5	1	18,7	1	3,5	0,2
Bayern	13,8	2	12,9	3	13,4	2	-0,4	0,5
Berlin	10,9	4	6,9	6	7,5	6	-3,4	0,6
Brandenburg	2,6	13	2,2	15	2,3	16	-0,3	0,1
Bremen	6,8	7	5,6	10	5,4	11	-1,4	-0,2
Hamburg	5,4	11	6,9	6	7,3	7	1,9	0,4
Hessen	11,8	3	13,2	2	13,4	2	1,6	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	1,0	16	2,0	16	2,8	14	1,8	0,8
Niedersachsen	7,9	5	8,3	4	7,9	5	-	-0,4
Nordrhein-Westfalen	6,0	9	6,6	8	6,9	8	0,9	0,3
Rheinland-Pfalz	7,7	6	7,7	5	8,1	4	0,4	0,4
Saarland	2,0	14	2,9	13	3,2	13	1,2	0,3
Sachsen	6,3	8	6,5	9	6,3	9	-	-0,2
Sachsen-Anhalt	2,0	14	2,5	14	2,8	14	0,8	0,3
Schleswig-Holstein	3,1	12	3,4	12	3,7	12	0,6	0,3
Thüringen	5,5	10	5,6	10	5,8	10	0,3	0,2
Deutschland	9,0	x	9,5	x	9,8	x	0,8	0,3

Quelle: Wissenschaftsstatistik gGmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

## Tabellenanhang

### Anteil der Beschäftigten in Hochtechnologiebranchen an allen Beschäftigten<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	x	x	21,8	1	22,0	1	x	0,2
Bayern	x	x	18,6	2	18,7	2	x	0,1
Berlin	x	x	11,2	12	11,3	12	x	0,1
Brandenburg	x	x	7,5	15	7,4	15	x	-0,1
Bremen	x	x	14,8	5	14,8	5	x	-
Hamburg	x	x	12,5	8	12,7	8	x	0,2
Hessen	x	x	14,1	6	14,3	6	x	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	4,9	16	5,0	16	x	0,1
Niedersachsen	x	x	12,5	8	12,6	9	x	0,1
Nordrhein-Westfalen	x	x	12,7	7	12,8	7	x	0,1
Rheinland-Pfalz	x	x	14,9	4	15,1	4	x	0,2
Saarland	x	x	15,1	3	15,3	3	x	0,2
Sachsen	x	x	11,5	11	12,0	10	x	0,5
Sachsen-Anhalt	x	x	8,0	14	8,1	14	x	0,1
Schleswig-Holstein	x	x	9,4	13	9,4	13	x	-
Thüringen	x	x	11,8	10	12,0	10	x	0,2
Deutschland	x	x	14,5	x	14,7	x	x	0,2

<sup>1</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Für 2000 liegen keine Daten nach der WZ 2008 vor. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungsbranchen an allen Beschäftigten<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	x	x	36,0	16	35,9	16	x	-0,1
Bayern	x	x	37,0	15	37,0	15	x	-
Berlin	x	x	50,8	1	50,7	1	x	-0,1
Brandenburg	x	x	38,4	11	38,2	11	x	-0,2
Bremen	x	x	39,4	7	39,5	5	x	0,1
Hamburg	x	x	46,4	2	46,3	2	x	-0,1
Hessen	x	x	43,5	3	43,4	3	x	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	x	x	39,7	6	39,5	5	x	-0,2
Niedersachsen	x	x	38,5	10	38,5	8	x	-
Nordrhein-Westfalen	x	x	39,8	4	40,0	4	x	0,2
Rheinland-Pfalz	x	x	37,5	13	37,6	12	x	0,1
Saarland	x	x	37,6	12	37,6	12	x	-
Sachsen	x	x	39,8	4	39,4	7	x	-0,4
Sachsen-Anhalt	x	x	38,7	8	38,3	9	x	-0,4
Schleswig-Holstein	x	x	38,6	9	38,3	9	x	-0,3
Thüringen	x	x	37,5	13	37,1	14	x	-0,4
Deutschland	x	x	39,3	x	39,3	x	x	-

<sup>1</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Für 2000 liegen keine Daten nach der WZ 2008 vor. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss an allen Beschäftigten<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	8,7	8	11,4	6	11,7	6	3,0	0,3
Bayern	8,1	10	10,5	7	10,8	7	2,7	0,3
Berlin	12,2	1	14,8	1	15,3	1	3,1	0,5
Brandenburg	9,2	7	9,6	10	9,8	10	0,6	0,2
Bremen	9,3	6	12,0	5	12,2	5	2,9	0,2
Hamburg	10,5	3	13,7	2	14,1	2	3,6	0,4
Hessen	10,1	5	12,5	4	12,7	4	2,6	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	8,4	9	9,0	12	9,2	11	0,8	0,2
Niedersachsen	6,1	15	8,4	13	8,6	13	2,5	0,2
Nordrhein-Westfalen	7,8	12	10,1	9	10,4	9	2,6	0,3
Rheinland-Pfalz	6,3	14	8,0	15	8,2	15	1,9	0,2
Saarland	6,5	13	8,3	14	8,3	14	1,8	-
Sachsen	11,9	2	13,3	3	13,4	3	1,5	0,1
Sachsen-Anhalt	8,1	10	9,1	11	9,1	12	1,0	-
Schleswig-Holstein	5,4	16	6,7	16	6,8	16	1,4	0,1
Thüringen	10,4	4	10,3	8	10,5	8	0,1	0,2
Deutschland	8,5	x	10,6	x	10,8	x	2,3	0,2

<sup>1</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit



**Patentdichte**

Land	Durchschnitte der Jahre						Zeitraum	
	2001–2004 [1]		2005–2008 [2]		2009–2012 [3]		[1]–[3] <sup>1</sup>	[2]–[3]
	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	je 100 000 Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	122	1	128	1	137	1	x	7,0
Bayern	115	2	110	2	106	2	x	-3,6
Berlin	32	8	27	9	26	9	x	-3,7
Brandenburg	14	15	15	14	13	14	x	-13,3
Bremen	26	11	24	11	24	12	x	-
Hamburg	68	3	56	3	51	3	x	-8,9
Hessen	66	4	51	4	40	4	x	-21,6
Mecklenburg-Vorpommern	12	16	11	16	11	16	x	-
Niedersachsen	38	7	36	7	37	6	x	2,8
Nordrhein-Westfalen	49	6	45	5	40	4	x	-11,1
Rheinland-Pfalz	59	5	37	6	30	7	x	-18,9
Saarland	32	8	31	8	26	9	x	-16,1
Sachsen	19	13	21	12	27	8	x	28,6
Sachsen-Anhalt	16	14	14	15	13	14	x	-7,1
Schleswig-Holstein	23	12	21	12	19	13	x	-9,5
Thüringen	32	8	27	9	26	9	x	-3,7
Deutschland	63	x	59	x	58	x	x	-1,7

1 Bedingt durch die PCT-Reform 2004 sind die Werte ab 2004 mit denen der Vorjahre nicht direkt vergleichbar. – Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt

**Gründungsintensität**

Land	Durchschnitt der Jahre						Zeitraum	
	1999–2002 [1]		2003–2006 [2]		2007–2010 [3]		[1]–[3]	[2]–[3]
	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	je 10 000 Erwerbsfähige	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	40	14	39	15	37	10	-7,5	-5,1
Bayern	47	5	45	7	43	5	-8,5	-4,4
Berlin	60	2	56	2	52	2	-13,3	-7,1
Brandenburg	48	3	50	3	35	11	-27,1	-30,0
Bremen	47	5	50	3	46	3	-2,1	-8,0
Hamburg <sup>1</sup>	100	1	66	1	61	1	-39,0	-7,6
Hessen	47	5	48	5	42	6	-10,6	-12,5
Mecklenburg-Vorpommern	45	8	42	11	32	13	-28,9	-23,8
Niedersachsen	44	9	45	7	40	8	-9,1	-11,1
Nordrhein-Westfalen	42	12	44	10	40	8	-4,8	-9,1
Rheinland-Pfalz	43	11	45	7	41	7	-4,7	-8,9
Saarland	35	16	34	16	34	12	-2,9	-
Sachsen	44	9	42	11	32	13	-27,3	-23,8
Sachsen-Anhalt	36	15	40	14	29	16	-19,4	-27,5
Schleswig-Holstein	48	3	47	6	46	3	-4,2	-2,1
Thüringen	41	13	42	11	32	13	-22,0	-23,8
Deutschland	46	x	45	x	40	x	-13,0	-11,1

1 Werte bis 2001 nur bedingt mit den Angaben für die anderen Bundesländer vergleichbar. – Quelle: Mannheimer Unternehmenspanel

**Erwerbstätige am Arbeitsort**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	1 000	Rang	1 000	Rang	1 000	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	5 436	3	5 735	3	5 808	3	6,8	1,3
Bayern	6 357	2	6 835	2	6 946	2	9,3	1,6
Berlin	1 598	8	1 714	8	1 759	8	10,1	2,6
Brandenburg	1 077	10	1 071	11	1 074	11	-0,3	0,2
Bremen	391	16	409	16	414	16	5,8	1,2
Hamburg	1 041	13	1 143	10	1 162	10	11,6	1,6
Hessen	3 072	5	3 194	5	3 229	5	5,1	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	757	14	731	14	729	14	-3,7	-0,3
Niedersachsen	3 529	4	3 767	4	3 819	4	8,2	1,4
Nordrhein-Westfalen	8 473	1	8 823	1	8 903	1	5,1	0,9
Rheinland-Pfalz	1 780	7	1 909	7	1 926	7	8,2	0,9
Saarland	504	15	516	15	518	15	2,9	0,5
Sachsen	1 982	6	1 963	6	1 974	6	-0,4	0,5
Sachsen-Anhalt	1 059	12	1 012	13	1 004	13	-5,3	-0,8
Schleswig-Holstein	1 258	9	1 304	9	1 311	9	4,2	0,5
Thüringen	1 067	11	1 036	12	1 037	12	-2,8	0,1
Deutschland	39 382	x	41 164	x	41 613	x	5,7	1,1

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

# Tabellenanhang

## Arbeitsplatzdichte

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	Erwerbstätige <sup>1</sup> je 1 000 Einwohner <sup>2</sup>	Rang	Erwerbstätige <sup>1</sup> je 1 000 Einwohner <sup>2</sup>	Rang	Erwerbstätige <sup>1</sup> je 1 000 Einwohner <sup>2</sup>	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner <sup>2</sup>	
Baden-Württemberg	766	4	791	4	799	4	33	8
Bayern	771	3	803	3	813	3	42	10
Berlin	657	11	711	11	712	11	55	1
Brandenburg	583	15	648	16	652	16	69	4
Bremen	876	1	923	2	936	1	60	13
Hamburg	872	2	924	1	928	2	56	4
Hessen	745	5	782	5	789	5	44	7
Mecklenburg-Vorpommern	600	14	675	14	673	15	73	-2
Niedersachsen	670	9	718	9	730	9	60	12
Nordrhein-Westfalen	705	6	740	7	749	7	44	9
Rheinland-Pfalz	666	10	715	10	722	10	56	7
Saarland	705	6	758	6	768	6	63	10
Sachsen	650	12	738	8	744	8	94	6
Sachsen-Anhalt	582	16	668	15	675	14	93	7
Schleswig-Holstein	672	8	705	12	712	11	40	7
Thüringen	624	13	701	13	712	11	88	11
Deutschland	706	x	752	x	760	x	54	8

1 Am Arbeitsort. – 2 Von 15 bis unter 65 Jahren. – Quellen: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

## Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	35,1	1	31,4	1	31,4	1	-3,7	-
Bayern	31,0	4	27,7	4	27,7	4	-3,3	-
Berlin	17,7	15	12,5	16	12,4	16	-5,3	-0,1
Brandenburg	27,4	10	23,0	10	23,1	10	-4,3	0,1
Bremen	23,9	12	19,0	14	19,2	14	-4,7	0,2
Hamburg	16,9	16	12,8	15	12,7	15	-4,2	-0,1
Hessen	25,6	11	21,7	11	21,6	11	-4,0	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	23,4	13	19,3	13	19,6	13	-3,8	0,3
Niedersachsen	27,5	9	23,7	8	23,9	8	-3,6	0,2
Nordrhein-Westfalen	28,6	8	23,3	9	23,4	9	-5,2	0,1
Rheinland-Pfalz	29,6	6	26,2	6	26,3	6	-3,3	0,1
Saarland	31,9	2	28,1	3	28,0	3	-3,9	-0,1
Sachsen	30,5	5	26,9	5	27,1	5	-3,4	0,2
Sachsen-Anhalt	28,8	7	26,0	7	26,2	7	-2,6	0,2
Schleswig-Holstein	22,7	14	19,6	12	19,7	12	-3,0	0,1
Thüringen	31,8	3	29,9	2	30,1	2	-1,7	0,2
Deutschland	28,7	x	24,7	x	24,7	x	-4,0	-

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

## Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	63,1	16	67,3	16	67,4	16	4,3	0,1
Bayern	66,0	14	70,0	14	70,1	14	4,1	0,1
Berlin	82,2	2	87,4	1	87,6	1	5,4	0,2
Brandenburg	69,3	9	74,1	8	73,9	8	4,6	-0,2
Bremen	75,9	3	80,8	3	80,6	3	4,7	-0,2
Hamburg	82,8	1	87,0	2	87,1	2	4,3	0,1
Hessen	73,2	5	77,3	6	77,4	4	4,2	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	73,2	5	77,5	4	77,2	6	4,0	-0,3
Niedersachsen	69,6	8	73,5	9	73,2	9	3,6	-0,3
Nordrhein-Westfalen	70,5	7	75,8	7	75,7	7	5,2	-0,1
Rheinland-Pfalz	67,8	11	71,5	11	71,4	12	3,6	-0,1
Saarland	67,6	12	71,4	13	71,5	10	3,9	0,1
Sachsen	67,4	13	71,5	11	71,4	12	4,0	-0,1
Sachsen-Anhalt	68,7	10	71,8	10	71,5	10	2,8	-0,3
Schleswig-Holstein	74,7	4	77,5	4	77,3	5	2,6	-0,2
Thüringen	65,7	15	68,0	15	67,7	15	2,0	-0,3
Deutschland	69,4	x	73,7	x	73,7	x	4,3	-

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

**Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	89,9	11	89,7	5	89,9	5	-	0,2
Bayern	87,5	16	87,8	13	88,0	13	0,5	0,2
Berlin	89,5	13	85,9	16	86,0	16	-3,5	0,1
Brandenburg	90,0	9	87,2	15	87,3	15	-2,7	0,1
Bremen	92,8	1	91,4	1	91,4	1	-1,4	-
Hamburg	90,3	8	88,7	9	88,9	8	-1,4	0,2
Hessen	89,8	12	89,4	6	89,5	6	-0,3	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	92,1	2	88,7	9	88,8	10	-3,3	0,1
Niedersachsen	90,0	9	89,4	6	89,5	6	-0,5	0,1
Nordrhein-Westfalen	91,0	5	90,0	4	90,1	4	-0,9	0,1
Rheinland-Pfalz	89,1	14	88,8	8	88,9	8	-0,2	0,1
Saarland	91,5	4	91,3	2	91,2	2	-0,3	-0,1
Sachsen	90,6	6	88,4	12	88,4	11	-2,2	-
Sachsen-Anhalt	91,8	3	90,5	3	90,6	3	-1,2	0,1
Schleswig-Holstein	88,5	15	87,4	14	87,4	14	-1,1	-
Thüringen	90,6	6	88,5	11	88,4	11	-2,2	-0,1
Deutschland	89,9	x	89,0	x	89,1	x	-0,8	0,1

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

**Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	10,1	6	10,3	12	10,1	12	-	-0,2
Bayern	12,5	1	12,2	4	12,0	4	-0,5	-0,2
Berlin	10,5	4	14,1	1	14,0	1	3,5	-0,1
Brandenburg	10,0	7	12,8	2	12,7	2	2,7	-0,1
Bremen	7,2	16	8,6	16	8,6	16	1,4	-
Hamburg	9,7	9	11,3	7	11,1	8	1,4	-0,2
Hessen	10,2	5	10,6	10	10,5	10	0,3	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	7,9	15	11,3	7	11,2	7	3,3	-0,1
Niedersachsen	10,0	7	10,6	10	10,5	10	0,5	-0,1
Nordrhein-Westfalen	9,0	12	10,0	13	9,9	13	0,9	-0,1
Rheinland-Pfalz	10,9	3	11,2	9	11,1	8	0,2	-0,1
Saarland	8,5	13	8,7	15	8,8	15	0,3	0,1
Sachsen	9,4	10	11,6	5	11,6	5	2,2	-
Sachsen-Anhalt	8,2	14	9,5	14	9,4	14	1,2	-0,1
Schleswig-Holstein	11,5	2	12,6	3	12,6	3	1,1	-
Thüringen	9,4	10	11,5	6	11,6	5	2,2	0,1
Deutschland	10,1	x	11,0	x	10,9	x	0,8	-0,1

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

**Arbeitsvolumen**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2011	2010–2011
	Stunden je Erwerbstätigen	Rang	Stunden je Erwerbstätigen	Rang	Stunden je Erwerbstätigen	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	1 443	12	1 381	12	1 372	11	-4,9	-0,7
Bayern	1 471	9	1 407	9	1 397	8	-5,0	-0,7
Berlin	1 518	6	1 463	6	1 455	6	-4,2	-0,5
Brandenburg	1 585	1	1 501	3	1 491	3	-5,9	-0,7
Bremen	1 423	16	1 384	11	1 370	13	-3,7	-1,0
Hamburg	1 492	7	1 451	7	1 443	7	-3,3	-0,6
Hessen	1 474	8	1 409	8	1 396	9	-5,3	-0,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 563	4	1 506	2	1 499	2	-4,1	-0,5
Niedersachsen	1 448	11	1 381	12	1 372	11	-5,2	-0,7
Nordrhein-Westfalen	1 430	14	1 368	15	1 358	15	-5,0	-0,7
Rheinland-Pfalz	1 440	13	1 365	16	1 355	16	-5,9	-0,7
Saarland	1 429	15	1 371	14	1 361	14	-4,8	-0,7
Sachsen	1 550	5	1 491	5	1 478	5	-4,6	-0,9
Sachsen-Anhalt	1 570	3	1 493	4	1 485	4	-5,4	-0,5
Schleswig-Holstein	1 466	10	1 396	10	1 392	10	-5,0	-0,3
Thüringen	1 571	2	1 512	1	1 503	1	-4,3	-0,6
Deutschland	1 471	x	1 406	x	1 397	x	-5,0	-0,6

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

## Tabellenanhang

### Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	22,0	5	27,3	8	27,5	8	5,5	0,2
Bayern	21,1	8	26,2	10	26,6	10	5,5	0,4
Berlin	18,8	11	26,9	9	27,5	8	8,7	0,6
Brandenburg	12,4	14	21,2	14	21,0	15	8,6	-0,2
Bremen	22,1	4	33,1	1	31,5	1	9,4	-1,6
Hamburg	22,3	3	24,9	11	25,9	11	3,6	1,0
Hessen	21,7	6	28,2	6	28,8	5	7,1	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	10,7	16	22,8	12	22,8	12	12,1	-
Niedersachsen	21,1	8	28,6	3	28,9	3	7,8	0,3
Nordrhein-Westfalen	21,0	10	28,0	7	28,3	7	7,3	0,3
Rheinland-Pfalz	21,3	7	28,5	4	28,9	3	7,6	0,4
Saarland	22,6	2	28,4	5	28,7	6	6,1	0,3
Sachsen	13,7	12	22,2	13	22,0	13	8,3	-0,2
Sachsen-Anhalt	11,1	15	21,1	15	21,3	14	10,2	0,2
Schleswig-Holstein	23,8	1	30,2	2	30,2	2	6,4	-
Thüringen	12,6	13	20,7	16	21,0	15	8,4	0,3
Deutschland	19,8	x	26,7	x	27,0	x	7,2	0,3

1 Abhängig Erwerbstätige. – Quelle: Mikrozensus

### Frauenerwerbsquote<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	63,7	9	71,8	8	72,7	8	9,0	0,9
Bayern	65,1	7	71,9	7	73,0	7	7,9	1,1
Berlin	65,8	6	71,8	8	72,4	9	6,6	0,6
Brandenburg	70,1	3	78,0	1	78,7	1	8,6	0,7
Bremen	60,0	13	67,6	14	68,1	14	8,1	0,5
Hamburg	65,0	8	72,3	6	73,2	6	8,2	0,9
Hessen	62,2	10	69,6	12	70,9	11	8,7	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	69,7	5	76,9	5	75,8	5	6,1	-1,1
Niedersachsen	60,0	13	69,0	13	70,4	12	10,4	1,4
Nordrhein-Westfalen	57,1	15	65,8	15	67,2	15	10,1	1,4
Rheinland-Pfalz	61,0	12	70,1	11	70,3	13	9,3	0,2
Saarland	56,8	16	64,9	16	65,1	16	8,3	0,2
Sachsen	70,3	2	77,4	2	77,7	3	7,4	0,3
Sachsen-Anhalt	70,1	3	77,0	4	77,9	2	7,8	0,9
Schleswig-Holstein	62,2	10	71,0	10	71,6	10	9,4	0,6
Thüringen	70,7	1	77,3	3	77,2	4	6,5	-0,1
Deutschland	62,9	x	70,7	x	71,6	x	8,7	0,9

1 Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. – Quelle: Mikrozensus

### Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte<sup>1</sup>

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	57,6	3	64,6	5	63,8	4	10,8	-1,2
Bayern	52,0	7	59,5	9	58,8	9	13,1	-1,2
Berlin	30,6	12	42,5	11	41,4	11	35,3	-2,6
Brandenburg	26,8	15	40,3	13	39,5	14	47,4	-2,0
Bremen	60,0	1	70,2	1	69,5	1	15,8	-1,0
Hamburg	50,1	10	56,7	10	56,8	10	13,4	0,2
Hessen	52,0	7	61,0	8	60,3	8	16,0	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	27,9	14	40,2	14	39,8	13	42,7	-1,0
Niedersachsen	53,8	5	65,0	4	63,7	5	18,4	-2,0
Nordrhein-Westfalen	56,7	4	70,2	1	69,2	2	22,0	-1,4
Rheinland-Pfalz	51,9	9	64,1	6	63,5	6	22,4	-0,9
Saarland	58,7	2	68,7	3	68,1	3	16,0	-0,9
Sachsen	32,4	11	42,0	12	41,3	12	27,5	-1,7
Sachsen-Anhalt	25,6	16	37,6	16	36,9	16	44,1	-1,9
Schleswig-Holstein	53,4	6	62,3	7	61,8	7	15,7	-0,8
Thüringen	30,0	13	38,8	15	38,0	15	26,7	-2,1
Deutschland	49,3	x	59,9	x	59,0	x	19,7	-1,5

1 Stichtag jeweils 30.6. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Arbeitslosenquote (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	5,4	1	4,0	2	3,9	2	-1,5	-0,1
Bayern	5,5	2	3,8	1	3,7	1	-1,8	-0,1
Berlin	15,8	12	13,3	16	12,3	16	-3,5	-1,0
Brandenburg	17,0	13	10,7	12	10,2	12	-6,8	-0,5
Bremen	13,0	10	11,6	13	11,2	13	-1,8	-0,4
Hamburg	8,9	6	7,8	8	7,5	8	-1,4	-0,3
Hessen	7,3	3	5,9	4	5,7	4	-1,6	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	17,8	15	12,5	15	12,0	15	-5,8	-0,5
Niedersachsen	9,3	8	6,9	6	6,6	5	-2,7	-0,3
Nordrhein-Westfalen	9,2	7	8,1	9	8,1	9	-1,1	-
Rheinland-Pfalz	7,3	3	5,3	3	5,3	3	-2,0	-
Saarland	9,8	9	6,8	5	6,7	6	-3,1	-0,1
Sachsen	17,0	13	10,6	11	9,8	11	-7,2	-0,8
Sachsen-Anhalt	20,2	16	11,6	13	11,5	14	-8,7	-0,1
Schleswig-Holstein	8,5	5	7,2	7	6,9	7	-1,6	-0,3
Thüringen	15,4	11	8,8	10	8,5	10	-6,9	-0,3
Deutschland	9,6	x	7,1	x	6,8	x	-2,8	-0,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000 <sup>1</sup>		2011 <sup>1</sup>		2012 <sup>1</sup>		2000–2012	2011–2012
	%	Rang	%	Rang	%	Rang	Veränderung in Prozentpunkten	
Baden-Württemberg	4,7	1	2,7	1	2,8	1	-1,9	0,1
Bayern	4,8	2	3,0	2	3,0	2	-1,8	-
Berlin	19,4	16	13,4	16	13,3	16	-6,1	-0,1
Brandenburg	16,7	13	10,2	14	9,8	13	-6,9	-0,4
Bremen	13,6	10	9,9	12	9,4	12	-4,2	-0,5
Hamburg	9,9	6	5,7	6	5,6	5	-4,3	-0,1
Hessen	7,2	3	5,3	4	5,3	4	-1,9	-
Mecklenburg-Vorpommern	16,9	14	11,2	15	11,1	15	-5,8	-0,1
Niedersachsen	10,1	8	6,0	7	5,8	6	-4,3	-0,2
Nordrhein-Westfalen	9,0	5	7,0	9	7,2	10	-1,8	0,2
Rheinland-Pfalz	7,8	4	4,8	3	4,8	3	-3,0	-
Saarland	10,5	9	5,6	5	6,5	7	-4,0	0,9
Sachsen	15,8	12	9,1	11	8,4	11	-7,4	-0,7
Sachsen-Anhalt	18,5	15	10,1	13	10,2	14	-8,3	0,1
Schleswig-Holstein	9,9	6	7,0	9	6,7	8	-3,2	-0,3
Thüringen	14,3	11	6,9	8	7,0	9	-7,3	0,1
Deutschland	9,5	x	5,9	x	5,9	x	-3,6	-

1 Für das Jahr 2000 bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen, ab 2011 alle zivilen Erwerbspersonen. – Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Berufsauspendler**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner <sup>1</sup>	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	15	14	19	14	20	14	5	1
Bayern	14	15	18	15	19	15	5	1
Berlin	33	10	42	10	43	10	10	1
Brandenburg	75	1	102	1	104	1	29	2
Bremen	51	4	60	4	63	4	12	3
Hamburg	44	7	55	7	57	7	13	2
Hessen	26	11	32	11	33	11	7	1
Mecklenburg-Vorpommern	39	9	46	8	46	9	7	-
Niedersachsen	40	8	46	8	47	8	7	1
Nordrhein-Westfalen	11	16	14	16	15	16	4	1
Rheinland-Pfalz	59	3	69	3	71	3	12	2
Saarland	22	13	28	13	29	13	7	1
Sachsen	26	11	32	11	32	12	6	-
Sachsen-Anhalt	45	6	59	5	60	5	15	1
Schleswig-Holstein	62	2	70	2	72	2	10	2
Thüringen	48	5	58	6	58	6	10	-
Deutschland	.	x	.	x	.	x	x	x

1 Stichtag 30.06.2012. – Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

# Tabellenanhang

## Berufseinpender

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2011		2012		2000–2012	2011–2012
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner <sup>1</sup>	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	28	9	31	9	32	9	4	1
Bayern	20	11	23	13	24	13	4	1
Berlin	53	3	71	3	72	3	19	1
Brandenburg	35	6	48	6	49	6	14	1
Bremen	170	1	186	1	190	1	20	4
Hamburg	159	2	176	2	178	2	19	2
Hessen	46	5	54	4	55	4	9	1
Mecklenburg-Vorpommern	12	16	14	16	15	16	3	1
Niedersachsen	25	10	30	10	31	10	6	1
Nordrhein-Westfalen	17	12	19	15	19	15	2	-
Rheinland-Pfalz	29	8	36	8	37	8	8	1
Saarland	52	4	53	5	53	5	1	-
Sachsen	17	12	21	14	22	14	5	1
Sachsen-Anhalt	17	12	25	11	25	11	8	-
Schleswig-Holstein	34	7	40	7	40	7	6	-
Thüringen	17	12	24	12	25	11	8	1
Deutschland	.	x	.	x	.	x	x	x

1 Stichtag 30.06.2012. – Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

## Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2 875	13	3 393	11	3 589	12	24,8	5,8
Bayern	2 880	12	3 507	10	3 659	9	27,0	4,3
Berlin	4 045	3	4 804	1	4 973	2	22,9	3,5
Brandenburg	3 098	7	3 773	7	3 845	8	24,1	1,9
Bremen	5 057	1	4 324	3	5 005	1	-1,0	15,7
Hamburg	4 115	2	4 771	2	4 971	3	20,8	4,2
Hessen	3 058	9	3 559	9	3 605	11	17,9	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 117	5	3 830	5	3 929	5	26,1	2,6
Niedersachsen	2 732	15	3 197	15	3 302	16	20,9	3,3
Nordrhein-Westfalen	2 893	11	3 347	12	3 470	13	19,9	3,7
Rheinland-Pfalz	2 791	14	3 279	13	3 369	14	20,7	2,7
Saarland	3 290	4	3 258	14	3 633	10	10,4	11,5
Sachsen	3 070	8	3 818	6	3 914	6	27,5	2,5
Sachsen-Anhalt	3 112	6	3 857	4	3 989	4	28,2	3,4
Schleswig-Holstein	2 728	16	3 168	16	3 353	15	22,9	5,8
Thüringen	3 052	10	3 766	8	3 895	7	27,6	3,4
Deutschland	3 003	x	3 541	x	3 680	x	22,5	3,9

Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

## Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2 069	16	2 466	13	2 539	12	22,7	3,0
Bayern	2 115	12	2 533	10	2 585	10	22,2	2,1
Berlin	3 327	2	3 927	1	4 075	1	22,5	3,8
Brandenburg	2 772	6	3 223	7	3 273	7	18,1	1,6
Bremen	4 150	1	3 323	4	3 868	2	-6,8	16,4
Hamburg	2 737	9	3 149	8	3 257	8	19,0	3,4
Hessen	2 109	13	2 496	12	2 520	14	19,5	1,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 824	3	3 370	2	3 422	4	21,2	1,5
Niedersachsen	2 103	14	2 427	15	2 463	16	17,1	1,5
Nordrhein-Westfalen	2 094	15	2 409	16	2 464	15	17,7	2,3
Rheinland-Pfalz	2 154	10	2 519	11	2 545	11	18,2	1,0
Saarland	2 758	7	2 571	9	2 832	9	2,7	10,2
Sachsen	2 746	8	3 259	6	3 304	6	20,3	1,4
Sachsen-Anhalt	2 821	4	3 361	3	3 436	3	21,8	2,2
Schleswig-Holstein	2 126	11	2 451	14	2 531	13	19,0	3,3
Thüringen	2 791	5	3 305	5	3 363	5	20,5	1,8
Deutschland	2 306	x	2 679	x	2 743	x	19,0	2,4

Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

**Kassenmäßige Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	805	4	926	6	1 050	5	30,4	13,4
Bayern	766	6	974	4	1 075	4	40,3	10,4
Berlin	718	7	877	7	898	7	25,1	2,4
Brandenburg	327	12	550	13	571	13	74,6	3,8
Bremen	907	3	1 001	3	1 137	2	25,4	13,6
Hamburg	1 378	1	1 622	1	1 713	1	24,3	5,6
Hessen	949	2	1 063	2	1 085	3	14,3	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	292	14	460	15	507	16	73,6	10,2
Niedersachsen	630	9	770	8	839	8	33,2	9,0
Nordrhein-Westfalen	799	5	938	5	1 007	6	26,0	7,4
Rheinland-Pfalz	637	8	760	9	824	9	29,4	8,4
Saarland	532	11	687	11	801	11	50,6	16,6
Sachsen	324	13	559	12	610	12	88,3	9,1
Sachsen-Anhalt	291	15	496	14	553	14	90,0	11,5
Schleswig-Holstein	602	10	718	10	822	10	36,5	14,5
Thüringen	261	16	460	15	532	15	103,8	15,7
Deutschland	697	x	862	x	937	x	34,4	8,7

Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände

**Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich<sup>1</sup> (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	3 506	2	4 538	3	4 432	3	26,4	-2,3
Bayern	2 523	1	3 377	2	3 306	2	31,0	-2,1
Berlin	10 553	15	17 490	15	17 647	15	67,2	0,9
Brandenburg	5 835	10	8 026	5	8 003	5	37,2	-0,3
Bremen	13 110	16	26 714	16	27 954	16	113,2	4,6
Hamburg	10 464	14	12 142	13	11 718	13	12,0	-3,5
Hessen	5 072	4	8 381	8	8 985	8	77,1	7,2
Mecklenburg-Vorpommern	5 573	5	7 133	4	7 056	4	26,6	-1,1
Niedersachsen	5 681	6	8 347	7	8 660	7	52,4	3,7
Nordrhein-Westfalen	5 766	7	9 298	9	9 576	9	66,1	3,0
Rheinland-Pfalz	5 811	9	9 768	10	10 647	12	83,2	9,0
Saarland	7 219	13	13 738	14	14 166	14	96,2	3,1
Sachsen	3 570	3	2 346	1	2 153	1	-39,7	-8,2
Sachsen-Anhalt	6 405	11	10 309	12	10 336	10	61,4	0,3
Schleswig-Holstein	6 406	12	10 067	11	10 504	11	64,0	4,3
Thüringen	5 790	8	8 233	6	8 264	6	42,7	0,4
Deutschland	5 234	x	7 822	x	7 994	x	52,7	2,2

<sup>1</sup> Im Jahr 2000 Kreditmarktschulden, Vergleichbarkeit eingeschränkt (siehe Glossar). – Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

**Schulden der Länder beim nicht-öffentlichen Bereich<sup>1</sup> (niedrigster Wert = Rang 1)**

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	2 811	3	3 971	3	3 858	3	37,2	-2,8
Bayern	1 475	1	2 328	2	2 285	2	54,9	-1,8
Berlin	10 553	15	17 490	15	17 647	15	67,2	0,9
Brandenburg	5 071	10	7 157	8	7 126	8	40,5	-0,4
Bremen	13 110	16	26 714	16	27 954	16	113,2	4,6
Hamburg	10 464	14	12 142	14	11 718	14	12,0	-3,5
Hessen	3 647	4	6 089	5	6 404	5	75,6	5,2
Mecklenburg-Vorpommern	4 375	6	5 956	4	5 902	4	34,9	-0,9
Niedersachsen	4 481	7	6 811	6	7 072	6	57,8	3,8
Nordrhein-Westfalen	4 260	5	7 022	7	7 111	7	66,9	1,3
Rheinland-Pfalz	4 568	9	7 212	10	7 948	10	74,0	10,2
Saarland	5 748	13	11 102	13	11 360	13	97,6	2,3
Sachsen	2 266	2	1 543	1	1 358	1	-40,1	-12,0
Sachsen-Anhalt	5 154	11	8 761	11	8 891	11	72,5	1,5
Schleswig-Holstein	5 570	12	9 013	12	9 349	12	67,8	3,7
Thüringen	4 535	8	7 188	9	7 269	9	60,3	1,1
Deutschland	4 133	x	6 412	x	6 513	x	57,6	1,6

<sup>1</sup> Im Jahr 2000 Kreditmarktschulden, Vergleichbarkeit eingeschränkt (siehe Glossar). – Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

## Tabellenanhang

### Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich<sup>1</sup> (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	EUR je Einwohner	Rang	Veränderung in %	
Baden-Württemberg	696	1	567	1	574	1	-17,5	1,2
Bayern	1 049	4	1 049	5	1 022	5	-2,6	-2,6
Berlin	x	x	x	x	x	x	x	x
Brandenburg	764	2	869	3	877	3	14,8	0,9
Bremen	x	x	x	x	x	x	x	x
Hamburg	x	x	x	x	x	x	x	x
Hessen	1 425	11	2 291	11	2 580	11	81,1	12,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 198	5	1 177	7	1 154	6	-3,7	-2,0
Niedersachsen	1 200	6	1 535	8	1 588	9	32,3	3,5
Nordrhein-Westfalen	1 506	13	2 275	10	2 464	10	63,6	8,3
Rheinland-Pfalz	1 243	7	2 555	12	2 699	12	117,1	5,6
Saarland	1 471	12	2 636	13	2 806	13	90,8	6,4
Sachsen	1 303	10	804	2	795	2	-39,0	-1,1
Sachsen-Anhalt	1 252	8	1 547	9	1 445	8	15,4	-6,6
Schleswig-Holstein	836	3	1 054	6	1 156	7	38,3	9,7
Thüringen	1 255	9	1 045	4	995	4	-20,7	-4,8
Deutschland	1 184	x	1 519	x	1 597	x	34,9	5,1

<sup>1</sup> Im Jahr 2000 Kreditmarktschulden, Vergleichbarkeit eingeschränkt (siehe Glossar). – Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte

### Personal des öffentlichen Dienstes<sup>1</sup> im Landesbereich und im kommunalen Bereich (Vollzeitäquivalente)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	je 1 000 Einwohner	Rang	Veränderung je 1 000 Einwohner	
Baden-Württemberg	39,1	12	39,8	5	40,3	5	1,2	0,5
Bayern	41,6	8	39,1	9	39,5	9	-2,1	0,4
Berlin	61,8	1	48,5	1	48,1	1	-13,7	-0,4
Brandenburg	47,9	6	36,9	13	37,6	13	-10,3	0,7
Bremen	57,0	2	40,1	4	40,8	4	-16,2	0,7
Hamburg	41,4	9	41,7	2	42,0	3	0,6	0,3
Hessen	41,2	10	37,9	12	38,2	12	-3,0	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	50,7	4	38,6	10	39,0	11	-11,7	0,4
Niedersachsen	39,5	11	35,4	15	35,8	15	-3,7	0,4
Nordrhein-Westfalen	36,9	14	36,1	14	36,7	14	-0,2	0,6
Rheinland-Pfalz	34,0	16	38,6	10	39,2	10	5,2	0,6
Saarland	37,7	13	39,6	6	40,1	7	2,4	0,5
Sachsen	47,6	7	39,6	6	40,1	7	-7,5	0,5
Sachsen-Anhalt	56,8	3	41,4	3	42,3	2	-14,5	0,9
Schleswig-Holstein	35,8	15	34,6	16	34,9	16	-0,9	0,3
Thüringen	48,4	5	39,4	8	40,3	5	-8,1	0,9
Deutschland	41,8	x	38,4	x	38,9	x	-2,9	0,5

<sup>1</sup> Vergleichbarkeit eingeschränkt, da ab 2010 inklusive Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. – Quelle: Personalstandstatistik

### Länderfinanzausgleich (niedrigster Wert = Rang 1)

Land	Jahr						Zeitraum	
	2000		2010		2011		2000–2011	2010–2011
	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Mill. EUR	Rang	Veränderung in Mill. EUR	
Baden-Württemberg	-1 980	2	-1 694	3	-1 779	3	201	-85
Bayern	-1 917	3	-3 491	1	-3 663	1	-1 746	-172
Berlin	2 823	16	2 884	16	3 043	16	220	159
Brandenburg	646	12	397	11	440	11	-206	43
Bremen	446	9	444	12	516	12	70	72
Hamburg	- 562	5	- 62	4	- 62	4	500	0
Hessen	-2 737	1	-1 738	2	-1 804	2	933	-66
Mecklenburg-Vorpommern	503	10	393	10	429	10	-74	36
Niedersachsen	569	11	256	7	204	7	-365	-52
Nordrhein-Westfalen	-1 125	4	358	9	224	8	1 349	-134
Rheinland-Pfalz	399	8	263	8	234	9	-165	-29
Saarland	168	6	89	5	120	6	-48	31
Sachsen	1 190	15	843	15	918	15	-272	75
Sachsen-Anhalt	720	14	491	14	540	14	-180	49
Schleswig-Holstein	183	7	100	6	115	5	-68	15
Thüringen	675	13	466	13	527	13	-148	61
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Statistik über das Steueraufkommen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände



---

# Glossar



### Allgemeinbildende Schulen

Zu den allgemeinbildenden Schulen zählen Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen, Regionale Schulen, Duale Oberschulen sowie Förderschulen.

### Allgemeine Krankenhäuser

Krankenhäuser, die über Betten in vollstationären Fachabteilungen verfügen, wobei die Betten nicht ausschließlich für psychiatrische und neurologische Patienten vorgehalten werden.

### Altenquotient

Der Altenquotient gibt die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die über 65-Jährigen in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die nicht mehr erwerbstätigen Personen.

### Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schülerinnen bzw. Schüler, Studierende oder Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfängerinnen bzw. Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen zivilen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

### Arbeitsplatzdichte

Die Arbeitsplatzdichte ist die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen bezogen auf die jahresdurchschnittliche Bevölkerung.

### Arbeitsproduktivität

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen wird als Maß für die Arbeitsproduktivität verwendet. Dabei wird das Bruttoinlandsprodukt auf die Zahl der voll- und teilzeitbeschäftigten Erwerbstätigen bezogen.

### Arbeitsvolumen

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiterinnen bzw. Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen bzw. Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen bzw. Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Hingegen gehören die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise wegen Jahresurlaub, Erziehungsurlaub, Feiertagen, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit, nicht zum Arbeitsvolumen. Das Arbeitsvolumen wird nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) nachgewiesen.

### Ärztinnen bzw. Ärzte, niedergelassene

Bei den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten handelt es sich ausschließlich um Ärztinnen bzw. Ärzte mit eigener Praxis. Angestellte Ärztinnen und Ärzte werden nicht berücksichtigt.

### Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der bundes-

deutschen Bevölkerung (in Privathaushalten) be trägt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

### **Ausländerinnen bzw. Ausländer**

Ausländerinnen und Ausländer sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz sind, einschließlich Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

### **Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte**

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 400 Euro nicht überschreitet. Die wöchentliche Arbeitszeit ist unerheblich. Es ist zu unterscheiden zwischen geringfügig entlohnnten Beschäftigten, die nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte), und solchen, die ihre geringfügig entlohnte Beschäftigung neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausüben („Nebenjob“).

### **Bauhauptgewerbe**

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten errichten (einschließlich Fertigteilbauten) sowie Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

### **Bereinigte Gesamtausgaben der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände**

Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte nach Abzug der haushaltstechnischen Verrechnungen sowie der von gleicher Ebene empfangenen Zahlungen.

### **Berufsauspendlerinnen bzw. -auspendler**

Aus der Sicht der Wohngemeinde handelt es sich um Erwerbstätige, deren Arbeitsstätte außerhalb der Wohngemeinde liegt.

### **Berufseinpenderinnen bzw. -einpender**

Aus der Sicht der Zielgemeinde handelt es sich bei Berufseinpendlern um Erwerbstätige, deren Arbeitsort sich in der Zielgemeinde befindet, die aber in einer anderen Gemeinde ihren Wohnsitz haben.

### **Beschäftigte**

In den Erhebungen im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

### **Betriebsgründung**

Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

### **Bevölkerung**

Zur Bevölkerung eines Gebietes zählen alle Personen, die in diesem Gebiet ihre alleinige oder ihre Hauptwohnung (vorwiegend genutzte Wohnung) haben. Die zugrunde liegenden Zahlen des Bevölkerungsstandes beziehen sich i. d. R. auf den Stichtag 31. Dezember des betreffenden Jahres.

### **Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter**

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter umfasst alle Personen in dem Alter, in dem üblicherweise eine Erwerbstätigkeit ausgeübt oder gesucht wird. Je nach Untersuchungsgegenstand sind unterschiedliche Altersabgrenzungen möglich. Für langfristige Vergleichszwecke wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter häufig mit der Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen gleichgesetzt.

### Bildungsausländerinnen bzw. -ausländer

Als Bildungsausländerinnen bzw. -ausländer werden die ausländischen Studierenden nachgewiesen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem Studienkolleg erworben haben.

### Body-Mass-Index (BMI)

Der Index wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird.

### Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten und selbsterstellten Anlagen) sowie die Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land.

### Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept). Der Übergang von der „bereinigten Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen“ zum „Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen“ erfolgt, indem der Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen zur „Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen“ hinzuaddiert wird.

### Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert. Sie ergibt sich als Differenz zwischen den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Die Bruttowertschöpfung ist zu Herstellungspreisen bewertet, berücksichtigt also die empfangenen Gütersubventionen, nicht jedoch die zu zahlenden Gütersteuern. Die Summierung der in den einzelnen Wirtschafts-

bereichen ermittelten Bruttowertschöpfung ergibt die gesamtwirtschaftliche „unbereinigte Bruttowertschöpfung“. Durch Abzug der unterstellten Bankgebühr, die als gesamtwirtschaftlicher Vorleistungsverbrauch zu interpretieren ist, ergibt sich die „bereinigte Bruttowertschöpfung“.

### CO<sub>2</sub>-Emissionen

Bei der Verbrennung fossiler Energieträger werden Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Stickstoffoxide sowie das Klimagas Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) freigesetzt. Die Darstellung der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen beruht auf dem Primärenergieverbrauch gemäß der Energiebilanz der Länder. Unter Primärenergie wird die Energie verstanden, die mit den natürlich vorkommenden Energieformen oder Energiequellen zur Verfügung steht (z.B. Kohle, Gas oder Wind). Die Darstellung erfolgt quellenbezogen, das bedeutet, dass die Emissionen am Ort der Entstehung nachgewiesen werden.

### Dienstleistungsbereiche

Zu den Dienstleistungsbereichen zählen die Bereiche „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“, „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ und „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“.

### Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist eine Erhebung über die Lebensverhältnisse privater Haushalte. Sie wird alle fünf Jahre durchgeführt.

### Einkommensreichumsquote

Die Einkommensreichumsquote ist definiert als Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen mehr als 200 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt.

### Energieproduktivität

Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität gilt als Maßstab für die Effizienz einer Volkswirtschaft

im Umgang mit den Energieressourcen. Sie wird ausgedrückt als Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch.

### Elterngeld

Das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld löst das bis dahin geltende Erziehungsgeld ab. Rechtsgrundlage der Statistik zum Elterngeld ist das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG). Mit Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 erstreckte sich die Erhebung der Statistik auf bewilligte Anträge von Elterngeld (so genannte Antragsstatistik). Ab dem 01. Januar 2008 wurde die Erhebung von der Antragsstatistik auf die gemeldeten beendeten Leistungsbezüge umgestellt. Mit dieser rückwirkenden Betrachtung steht die tatsächliche Inanspruchnahme von Elterngeld im Vordergrund.

### Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamtinnen bzw. Beamte, Angestellte und Arbeiterinnen bzw. Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

### Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die innerhalb eines Wirtschaftsgebietes („Inland“) einer oder mehreren Erwerbstätigkeiten nachgehen, unabhängig von ihrem Wohnort und der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Nach der Stellung im Beruf wird unterschieden zwischen Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie Arbeitnehmern (Arbeiterinnen bzw. Arbeiter, Angestellte, geringfügig Beschäftigte, Beamtinnen bzw. Beamten). Anders als beim Inlandskonzept, das die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort misst, ist beim Inländerkonzept der Wohnort für die räumliche Zuordnung der Erwerbstätigen maßgebend.

### Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten

Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

### Forschung und Entwicklung (FuE)

FuE kann sich auf Natur- und Ingenieurwissenschaften, Informatik, Medizin, Agrarwissenschaften sowie auf Wirtschafts-, Geistes- und Sozialwissenschaften beziehen. FuE-Arbeiten sind Arbeiten, die mit dem Ziel ausgeübt werden:

- neue allgemeingültige Erkenntnisse zu gewinnen,
- neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden und
- neue Dienstleistungen, Produkte oder Verfahren auf experimentelle Weise zu entwickeln oder durch wesentliche Änderungen weiterzuentwickeln.

### Frauenerwerbsquote

Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der weiblichen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

### Frauen im gebärfähigen Alter

Frauen im Alter zwischen 15 bis unter 45 Jahren.

### FuE-Gesamtaufwendungen

Diese umfassen interne FuE-Aufwendungen (für eigene und im Auftrag für andere in Ihrem Unternehmen durchgeführte FuE) und externe FuE-Aufwendungen (für FuE-Aufträge, die nach außen vergeben wurden). Beiträge zur Gemeinschafts-FuE sind in jedem Falle auszuschließen, da diese bei den Institutionen für Gemeinschaftsforschung direkt erfragt werden.

### FuE-Intensität

Die FuE-Intensität stellt die Ausgaben in Forschung und Entwicklung (FuE) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts dar.

### FuE-Personal

FuE-Personal umfasst Personen, die direkt mit FuE-Arbeiten befasst sind oder indirekte Dienst-

leistungen für FuE erbringen, wie z. B. in Management und Verwaltung tätiges Personal sowie Bürokräfte. Eingeschlossen sind auch solche Personen, die auf Honorar- oder ähnlicher Vertragsbasis im Unternehmen für FuE arbeiten. Vollzeitäquivalent ist eine Maßeinheit, die einem Vollzeitbeschäftigten entspricht, der seine gesamte Arbeitszeit auf FuE verwendet. Bei der Berechnung wird z. B. ein Vollzeitbeschäftigter, der ein Viertel seiner Arbeitszeit auf FuE verwendet, als 0,25 VZÄ berechnet, ein Halbtagsbeschäftigter, der ausschließlich für FuE-Arbeiten eingesetzt wird, als 0,5 VZÄ.

### Gästeintensität

Gäste je 100 Einwohner (Tourismus).

### Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Quote)

Am 1. Januar 2005 wurde die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) eingeführt. Die SGB II-Quote berechnet sich aus den Empfängerinnen bzw. Empfängern von Leistungen nach dem SGB II, bezogen auf die Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren.

### Geborenen-/Gestorbenenüberschuss

Differenz zwischen der Zahl der Lebendgeborenen und der Zahl der Gestorbenen in einem bestimmten Zeitraum.

### Gewerbeanmeldung

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle, bei der Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes, wie durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt und bei Verlagerung des Betriebes in den Bereich einer eigenen Meldebehörde.

### Haushalt

Einen privaten Haushalt bilden zusammen wohnende und gemeinsam wirtschaftende Personen

sowie einzelne Personen, die alleine wohnen und wirtschaften.

### Hochqualifizierte Beschäftigte

Unter hochqualifizierten Beschäftigten sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zu verstehen, die ein Studium an einer Fachhochschule oder an einer wissenschaftlichen Hochschule abgeschlossen haben (als Fachhochschulabschluss gilt auch der Abschluss der früheren höheren Fachschule). Synonym wird hier auch von Akademikern oder Hochschulabsolventinnen bzw. -absolventen gesprochen.

### Hochtechnologiebranchen

Zu den Hochtechnologiebranchen zählen (nach einer Abgrenzung von Eurostat und der OECD) die chemische Industrie, der Maschinenbau, die Herstellung von Büromaschinen usw., die Herstellung von Geräten zur Elektrizitätserzeugung usw., die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik usw., der Fahrzeugbau, die Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung.

### Jugendquotient

Der Jugendquotient gibt die Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die unter 20-Jährigen häufig noch nicht erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die noch nicht erwerbstätigen Personen.

### Kassenmäßige Steuereinnahmen (Steueraufkommen)

Ist-Einnahmen, die in dem Betrachtungszeitraum tatsächlich vereinnahmt wurden. Dabei ist es unerheblich, für welchen Zeitraum sie verrechnet werden.

### Kindertagesbetreuung

Kindertagesbetreuung umfasst die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege. Zentrale Kennziffer ist die Betreuungsquote, die den Anteil der betreuten Kinder in einer Kindertageseinrichtung und in Kindertagespflege an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe angibt. Angaben zu den betreuten Kindern werden im Rahmen der Statistiken der Kindertagesbetreuung erhoben. Seit dem Jahr 2006 erfolgt die Erhebung nicht mehr nur alle vier Jahre, sondern wird jährlich zum Stichtag 1. März (bis zum Jahr 2008: 15. März) durchgeführt. Voraussetzung für die Einbeziehung in die Statistik ist die finanzielle Förderung durch die Jugendämter; rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht erfasst.

### Kreditmarktschulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Unter Kreditmarktschulden werden die Schulden zusammengefasst, die von den Haushalten der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zum Zweck der Haushaltsfinanzierung über Verbindlichkeiten aus Obligationen und Schatzanweisungen sowie Forderungen inländischer und ausländischer Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen aufgenommen wurden. Ab 2010 wurde die Unterscheidung zwischen „Schulden bei öffentlichen Haushalten“ und „Kreditmarktschulden“ durch das Begriffspaar „Schulden beim öffentlichen Bereich“ und „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ abgelöst. Insofern sind die Daten von 2000 mit denen der Berichtsjahre 2010 und 2011 nur eingeschränkt vergleichbar.

### Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich ist ein finanzielles Ausgleichssystem zwischen dem Bund und den Ländern sowie zwischen den Ländern. Die Bezugsgröße ist die bundesdurchschnittliche Steuerkraft je Einwohner. Länder, deren tatsächliche Steuereinnahmen je Einwohnerin bzw. Einwohner den

Bundesdurchschnitt unterschreiten, sind grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Bei Überschreiten des Bundesdurchschnitts sind die Länder grundsätzlich ausgleichspflichtig.

### Mikrozensus

Repräsentativerhebung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, die jährlich mit einem Auswahl-satz von einem Prozent durchgeführt wird. Der Mikrozensus richtet sich an Haushalte und die darin lebenden Personen. Die Ergebnisse des Mikrozensus beruhen daher auf den Angaben der Befragten. So wird beispielsweise die Beteiligung am Erwerbsleben von der Person aus gesehen, im Gegensatz zu Erhebungen, in denen Unternehmen und Betriebe über die von ihnen Beschäftigten befragt werden.

### Öffentliche Transferzahlungen

Öffentliche Transferzahlungen sind u. a. (Brutto-) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, (Brutto-)Pensionen, Arbeitslosenhilfe, laufende Übertragungen der Arbeitsförderung, Kindergeld. Nichtöffentliche Transferzahlungen sind u. a. (Brutto-)Werks- und Betriebsrenten, Leistungen aus privaten Versicherungen, Unterstützung von privaten Haushalten.

### Patente

Patente geben ihrem Inhaber ein exklusives, jedoch zeitlich befristetes Recht an einer Erfindung. Der Forschungs- und Entwicklungsaufwand der Erfinderin bzw. des Erfinders wird durch die Patenterteilung belohnt. Nach Ablauf der Schutzdauer steht die Erfindung der Allgemeinheit zur Verfügung. Im Ergebnis fördert das Schutzrecht Forschungsleistungen und Innovation (Vermarktung der Erfindung), sodass die Zahl der angemeldeten Patente eine Aussage über das Innovationspotenzial einer Gesellschaft erlaubt.

### Patentintensität

Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner.



### Personal im öffentlichen Dienst

Beschäftigte der Kernhaushalte, der Sonderrechnungen und der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform. Sonderrechnungen sind rechtlich unselbstständige Einheiten in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die über eine eigene Rechnungsführung verfügen und deren Einnahmen und Ausgaben folglich nicht in den Kernhaushalten enthalten sind (z. B. Landesbetriebe, kommunale Eigenbetriebe und Sondervermögen). Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform sind rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die unter Aufsicht des Bundes, der Länder oder der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände stehen. Hierzu zählen Zweckverbände, nicht aber die Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit. Bedingt durch Änderungen in der Darstellungssystematik konnten in der vorliegenden Veröffentlichung für das Jahr 2000 nur die bei den Zweckverbänden beschäftigten Personen, nicht aber das Personal der übrigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform berücksichtigt werden. Insofern sind die Werte von 2000 nur eingeschränkt mit denen der Jahre 2010 und 2011 vergleichbar.

### Privatquartiere

Kleinbeherbergungsstätte, die für Gäste weniger als neun Betten zur Verfügung stellt, für jeden zugänglich ist und in der Gäste zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt aufgenommen werden. In den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes werden der Betriebsart „Privatquartiere“ sowohl gewerbliche Kleinbetriebe als auch nicht erlaubnispflichtige Beherbergungsstätten privater Vermieter zugeordnet.

### Produzierendes Gewerbe

Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

### Schulden der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen, soweit sie durch Übernahme einer besonderen Schuldverpflichtung oder durch eine Schuldkunde fundiert sind und haushaltsmäßig vereinnahmt wurden. Der Schuldenstand insgesamt untergliedert sich in Schulden beim öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich. Zu den Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich zählen alle Schulden, die bei in- und ausländischen Kreditinstituten oder sonstigen in- und ausländischen Stellen aufgenommen worden sind einschließlich in der Regel zur kurzfristigen Liquiditätssicherung dienender Kassenkredite. Der Unterschied zu der bis zum Berichtsjahr 2009 üblichen Abgrenzung der Kreditmarktschulden besteht darin, dass die Schulden gegenüber der gesetzlichen Sozialversicherung und den öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen nunmehr als Schulden beim öffentlichen Bereich nachgewiesen werden. Außerdem waren in den Kreditmarktschulden keine Kassenkredite enthalten. Diese wurden separat ausgewiesen. Da eine nachträgliche Aufteilung der Kassenkredite in vom öffentlichen oder nicht-öffentlichen Bereich gewährte Mittel nicht möglich ist, sind in den hier für das Jahr 2000 ausgewiesenen Werten auch dem öffentlichen Bereich zuzurechnende Kassenkredite enthalten. Insofern sind die Daten von 2000 mit denen der Berichtsjahre 2010 und 2011 nur eingeschränkt vergleichbar.

### Siedlungs- und Verkehrsfläche

Zur Siedlungs- und Verkehrsfläche gehören die Gebäude- und Freiflächen, die Betriebsflächen ohne das Abbauland, die Erholungsflächen, die Verkehrsflächen und die Friedhofsflächen.

### Sonstige Dienstleistungen

Die sonstigen Dienstleistungen als Teil des Dienstleistungsbereichs umfassen die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie sonstige öffentliche und private Dienstleister.

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Aus dieser Abgrenzung ergibt sich, dass in der Regel alle Arbeiterinnen bzw. Arbeiter und Angestellten (einschließlich Personen in beruflicher Ausbildung) von der Sozialversicherungspflicht erfasst werden. Daneben besteht in wenigen Fällen auch für Selbstständige Versicherungspflicht in der Sozialversicherung. Wehr- und Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihren Dienst aus einem auch weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen der Ableistung dieser Dienstzeiten kein Entgelt erhalten. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen der weit überwiegende Teil der Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen, die Beamtinnen und Beamten sowie die geringfügig Beschäftigten.

### Straßendichte

Straßenlänge in Meter je Quadratkilometer Fläche.

### Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich

Mit der Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungsstatistik) werden jährlich höchstens 15 Prozent der wirtschaftlich tätigen Unternehmen und Einrichtungen aus den Abschnitten „Verkehr und Lagerei“, „Information und Kommunikation“, „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ sowie „Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern“ erfasst. Die Erhebung wurde erstmals im Jahr 2000 durchgeführt. Die Ergebnisse

der ersten Befragung sind jedoch nicht veröffentlicht worden, daher erfolgt hier kein Vergleich der Entwicklung seit 2000.

### Studienanfängerquote

Anteil der Studienanfängerinnen bzw. -anfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Die Berechnung wurde nach dem OECD-Verfahren durchgeführt.

### Teilzeitbeschäftigung

Zu den Teilzeitbeschäftigten werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezählt, die regelmäßig kürzer arbeiten als ein vergleichbarer Vollzeitbeschäftigter.

### Teilzeitquote

Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängigen Erwerbstätigen.

### Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen die Firma beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen. Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Bearbeitung in das Ausland ausführen.

### Umweltschutzinvestitionen

Zugänge an Sachanlagen zum Schutz vor schädlichen Einflüssen, die bei der Produktionstätigkeit

entstehen (produktionsbezogene Investitionen) sowie zur Herstellung von Erzeugnissen, die bei Verwendung oder Verbrauch eine geringere Umweltbelastung hervorrufen (produktbezogene Investitionen).

### Unternehmensgründung

Unternehmensgründung wird hier als originäre (erstmalige) Unternehmensgründung verstanden.

### Unternehmensinsolvenz

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubigerinnen bzw. Gläubiger durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerinnen bzw. Schuldner oder in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan) zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

### Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren.

### Verbraucherinsolvenz

Das Verbraucherinsolvenzverfahren stellt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren dar, das für Verbraucherinnen und Verbraucher gilt.

### Verweildauer im Tourismus, durchschnittliche

Der als Quotient aus Übernachtungen und Ankünften im Reiseverkehr (Tourismus) errechnete Wert gibt die durchschnittliche Verweildauer der Gäste im Beherbergungsbetrieb an.

### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens zu liefern. Sie stellen ein Auswertungssystem

dar, in dem das Datenmaterial einer Vielzahl von Wirtschafts- und Finanzstatistiken zu einem konsistenten Rechenwerk zusammengeführt wird. Im Rahmen der Inlandsproduktsberechnungen werden Angaben zur Entstehung, Verteilung und Verwendung (Drei-Seiten-Rechnung) des Bruttoinlandsprodukts ermittelt.

### Vollzeitäquivalent

Maßeinheit für die Arbeitszeit, die dem Gegenwert eines Vollzeitbeschäftigten entspricht.

### Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Beherbergungsstätte unter ärztlicher Leitung zur ausschließlichen oder überwiegenden Unterbringung von Kurgästen. Zu dieser Betriebsart können auch Kinderheilstätten, Mutter-Kind-Kurheime, Rehabilitations- oder ähnliche Krankenhäuser sowie Fachabteilungen von Krankenhäusern zählen.

### Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung)

Veränderung von Bestand und Struktur der Bevölkerung eines Gebietes im Zeitablauf durch dauerhafte Verlagerungen des Wohnorts von Personen zwischen abgegrenzten Gebietseinheiten. Es ist zu unterscheiden zwischen Abwanderung (Fortzug aus der betrachteten Gebietseinheit) und Zuwanderung (Zuzug in die betrachtete Gebietseinheit).

### Wissensintensive Dienstleistungsbranchen

Zu den wissensintensiven Dienstleistungsbranchen zählen (nach einer Abgrenzung von Eurostat und der OECD) die Schifffahrt, die Luftfahrt, die Nachrichtenübermittlung, das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie damit verbundene Tätigkeiten, das Grundstücks- und Wohnungswesen, die Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal, Datenverarbeitung und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, die Unternehmensdienstleistungen, Erziehung und Unterricht, das

Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie Kultur, Sport und Unterhaltung.

### **Wohneigentumsquote**

Die Wohneigentumsquote ist definiert als der Anteil der von Gebäude- und Wohnungseigentümern selbst bewohnten Wohnungen an den bewohnten Wohnungen insgesamt (wohnungsbezogene Eigentumsquote).

### **Zahnärztinnen bzw. Zahnärzte, niedergelassene**

Bei den niedergelassenen Zahnärztinnen bzw. Zahnärzten handelt es sich ausschließlich um Zahnärztinnen bzw. Zahnärzte mit eigener Praxis. An-

gestellte Zahnärztinnen bzw. Zahnärzte werden nicht berücksichtigt.

### **Zusammengefasste Geburtenziffer (Geburtenrate)**

Zur Berechnung dieser wichtigen demografischen Maßzahl wird zunächst für jedes Altersjahr die Zahl der Lebendgeborenen eines bestimmten Zeitraums auf die (durchschnittliche) Zahl der Frauen dieses Altersjahrs im gleichen Zeitraum bezogen und üblicherweise mit 1 000 multipliziert. Die errechneten altersspezifischen Geburtenziffern für alle Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) werden summiert; die Summe heißt zusammengefasste Geburtenziffer (Geburtenrate).

## Impressum

---

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie kostenlos alle Statistischen Analysen herunterladen.



Herausgeber:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
Mainzer Straße 14-16  
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0  
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Redaktion: Referate „Analysen, Europa“ und „Veröffentlichungen“

Titelfoto: Hero - Fotolia.com

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Erschienen im Mai 2013

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet:  
[http://www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich\\_2013.pdf](http://www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich_2013.pdf)

---

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.